Mittwoch, 8. Februar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 33 - 6.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Libanon: Der Sturz der prowestlichen Regierung von Präsident Gemayel schien angesichts Fortdauer der Kämpfe und Auflösungserscheinungen bei der regulären libanesischen Armee eine Frage der Zeit. Drusenführer Dschumblatt fordert offen auf, Gemayel „niederzuschießen". Italien schlägt eine Außenministerkonferenz der Staaten der Beiruter Friedenstruppe vor.

Sowjet-Rüstung: Die Sowjetunion hat nach gleichlautenden offiziellen Angaben aus USA und Japan die Zahl ihrer Atomraketen vom Typ SS 20 in Asien von 99 auf 135 erhöht.

„DDR" droht: Der stellvertretende Verteidigungsminister Generaloberst Keßler warnt den Westen unter Hinweis auf die Reichweite der neuen Raketen davor, die „Gegenmaßnahmen" des Ostens zur NATO-Nachrüstung „herunterzuspielen".

Massaker: Sowjetische Besatzungstruppen haben in Afghanistan ein Massaker unter der Zivilbevölkerung verübt, berichten westliche Diplomaten in Pakistan unter Berufung auf Augenzeugen.

Klage: Nach fünfjährigen Ermittlungen läßt das Landgericht Düsseldorf die Anklage wegen Verstosses gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz gegen vier Manager eines Rüstungskonzerns zu.

Ausreise: „Von einer bevorstehenden Ausreisewelle" aus der „DDR" sei „nichts bekannt", erklärt ein Sprecher des innerdeutschen Ministeriums zu Pressemeldungen über Genehmigung Hunderter von Ausreiseanträgen durch die „DDR"-Behörden. (S. 1)

Interessen Israels: Unerläßliche Voraussetzung deutscher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien sei „die Rücksichtnahme auf die vitalen Interessen Israels", erklärt Staatsminister Alois Mertes gegenüber der WELT. (S. 4)

Ernüchterung: In der Beurteilung der Arbeit der verbotenen Gewerkschaft „Solidarnosc" sei eine „gewisse Ernüchterung" eingetreten, erklärt SPD-Vorstandsmitglied Wischnewski. (S. 12)

Ausgeschlossen: Auf Drängen der Sowjets wurden die US-Sender Free Europe und Liberty von der Berichterstattung über die Olympischen Spiele ausgeschlossen.

Mordanschlag: Der frühere Schah-Vertraute General Oveissi und sein Bruder sind in Paris von Unbekannten erschossen worden.

Heute: Kanzler Kohl unterrichtet Bundestag über Affäre Kießling. – Minister Wörner als Zeuge vor dem Verteidigungsausschuß. – US-Vizepräsident Bush beginnt Europa-Reise. – Metall-Tarifverhandlungen in Hessen.

ZITAT DES TAGES



» Unsere Handlungen und Worte auf innerdeutschem Feld müssen stets auch als Botschaft an die Deutschen in der DDR verstanden werden «

Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, in einem Vortrag der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington (S. 1) FOTO: WEREK

WIRTSCHAFT

Kurseinbruch: Die Weltbörsen reagierten auf den Kurseinbruch in New York mit einem neuen Schwächeanfall. Die Verluste deutscher Spitzenwerte wie Siemens, Daimler, BMW und Deutsche Bank summieren sich Montag und Dienstag auf 15 bis 23 Mark.

Zahlungsbilanz: 1983 Fehlbetrag von 4,07 Milliarden DM nach Überschuß von 3,08 Milliarden DM 1982.

Atlantik-Kabel: American Telephone and Telegraph und sieben weitere US-Unternehmen haben die Erlaubnis zur Verlegung des ersten Glasfaser-Transatlantikkabels nach Westeuropa beantragt. Es kann 40 000 Gespräche gleichzeitig übertragen.

Porsche AG: Mit 2,1 Milliarden DM Gesamtumsatz war das Geschäftsjahr 1982/83 (31. Juli) das erfolgreichste in der Geschichte des Unternehmens. (S. 15)

Börse: Die Schwäche der Wall Street lähmte auch die Aktivitäten an den deutschen Aktienbörsen. Der Rentenmarkt gab nach. WELT-Aktienindex 155,0 (157,5). Dollarmittelkurs 2,7682 (2,7500) Mark. Goldpreis pro Feinunze 379,25 (380,80) Dollar.

KULTUR

Hölderlin-Preis: Die mit 15 000 Mark dotierte Auszeichnung der Stadt Bad Homburg erhält dieses Jahr die Lyrikerin Sarah Kirsch. Damit soll die aus Ost-Berlin stammende und jetzt in der Bundesrepublik lebende Autorin für ihre „Poesie ohne Beschönigung" geehrt werden.

Kunstschätze: Die vom italienischen Zoll beschlagnahmte Gemälde-Sammlung Sophia Lorens und ihres Mannes Carlo Ponti – 230 Stücke, darunter Werke von Rubens, Picasso und Canaletto – wird auf mehrere italienische Galerien verteilt, teilte die Regierung in Rom mit.

SPORT

Eishockey: Gelungener Auftakt für die deutsche Mannschaft beim olympischen Turnier in Sarajewo. Sehr klar wurde Jugoslawien mit 8:1 besiegt. Weiter spielten CSSR - Norwegen 10:4 und Italien - Schweden 3:11.

Bundesliga: In der „Machtprobe am Rhein" zwischen dem 1. FC Köln und Fortuna Düsseldorf fiel die Entscheidung in der zweiten Halbzeit. In der 74. Minute schoß Pierre Littbarski das entscheidende 1:0 für den Gastgeber.

AUS ALLER WELT

Erfolg der „Challenger": Erstmals in der Geschichte der Weltraumfahrt ist es einem Astronauten gelungen, ein Raumschiff ohne Sicherheitsleine zu verlassen und mit einem tragbaren Manövriergerät durch den Weltraum zu fliegen. (S. 22)

Schiffbruch: Beim Untergang eines unter Panama-Flagge fahrenden Frachters in schwerem Sturm vor der französischen Atlantikküste ertranken acht Seeleute.

Wetter: Wechselnd bewölkt, Niederschläge. 2 bis 6 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

In Beirut droht jetzt eine Regierung unter syrischer Regie

Gemayels Armee löst sich auf / Christen fürchten „blutige Abrechnung"

PETER M. RANKE, Beirut

Die prowestliche Staatsführung des Präsidenten Amin Gemayel in Beirut steht vor dem Sturz. Starke Milizen der schiitischen Amal und der Drusen haben West-Beirut erobert. Die Armee löst sich nach fünftägigen Straßenkämpfen auf. In der Stadt lodern nach der schweren Beschießung in der Nacht und am Dienstag Dutzende von Bränden.

Hupend und mit Khomeini-Bildern „geschmückt" rasen Jeeps und Pkw mit schwerbewaffneten Schiiten durch das Zentrum. Soldaten der libanesischen Armee haben sich mit ihnen verbrüdert.

Die USA haben gestern, wie die Nachrichtenagenturen ergänzend berichteten, einen Teil des Personals ihrer Botschaft in der libanesischen Hauptstadt Beirut evakuiert. 41 Mitarbeiter und Familienangehörige wurden auf ein Kriegsschiff vor der Küste Libanons gebracht. Rund 70 Botschaftsangehörige blieben weiter in Beirut.

Die amerikanischen kommandierenden Offiziere im Raum Beirut haben erweiterte Befugnis erhalten, aus eigenem Ermessen Vergeltungsschläge auf gegen ihre Einheiten gerichtete Angriffe anzuordnen. Dies gab ein Sprecher des Washingtoner Verteidigungsministeriums gestern abend bekannt.

Gleichzeitig wurde in Washington bekannt, daß die USA ihre Flotte vor der libanesischen Küste weiter verstärken. Diesen Angaben zufolge werden der Flugzeugträger „Independence" und der Zerstörer „Claude Ricketts" einen Besuch in Istanbul abbrechen und die amerikanischen Einheiten vor Beirut verstärken. Außerdem eröffnete das Schlachtschiff „New Jersey" erneut das Feuer auf Stellungen außerhalb Beiruts.

SEITE 6:
„Europa trägt Mitverantwortung"
USA-Arrangement mit Syrien?

Nach der Besetzung West-Beiruts und dem Zerfall der Armee werden wir Gemayel aus dem Palais in Baabda verjagen, erklärte Akef Haidar vom Politbüro der Organisation Amal. Gemayel solle aufgeben und im christlichen Ost-Beirut oder in den USA Zuflucht suchen. Und Drusenführer Dschumblatt forderte den Tod des Präsidenten. Die schiitischen „Khomeinisten", die am vergangenen Donnerstag mit dem Kampf gegen die Armee begannen und den Hauptanteil an der Niederlage der Armee tragen, rechnen mit der Bildung einer Volksfront-Regierung. Deren Regierungschef wird wohl in Damaskus ausgewählt, wo sich bereits sieben ehemalige sunnitische Ministerpräsidenten und Politiker aus Libanon versammelt haben. Man rechnet mit Kerame oder Selim Hoss.

„Nichts geht mehr ohne Syrien", sagt ein Politiker des christlichen Lagers. Wie alle Libanesen ist er beeindruckt und erstaunt darüber, daß sich der Machtwechsel in West-Beirut unter den Geschützen des US-Schlachtschiffes „New Jersey" und der inzwischen völlig gelähmten alliierten Friedenstruppe vollziehen konnte. Auch die US-Marines blieben bei ihrer defensiven Taktik und griffen nicht in die Kämpfe ein. Ein französischer Soldat wurde getötet, acht wurden verwundet. Die Opfer der Zivilbevölkerung gehen in die Hunderte.

Weite Kreise in West-Beirut fürchten jetzt blutige Abrechnungen. Zunächst dürften schiitische Familien aus den Slums der südlichen Vororte Häuser und Wohnungen in West-Beirut besetzen. Dann sind blutige Rachefeldzüge gegen alle Minister, Beamte und Polizisten zu erwarten, die der Regierung Gemayel gedient haben oder gegen PLO, Moslems oder Drusen vorgingen. Erste Berichte sprechen von Plünderungen im Hamra-Viertel und im Ausländer-Bezirk Rausche.

● Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Zerfall

HEINZ BARTH

Der Traum eines wiedervereinigten Libanon ist ausgeträumt. Es ist nicht mehr verfrüht, dem multi-rassischen und multikonfessionellen Staatsgebilde, das einst als die Schweiz des Nahen Ostens galt, den Nachruf zu schreiben. Sein Zerfall war schon unaufhaltsam, als deutlich wurde, daß sich Israel bei seinem Versuch übernommen hatte, der syrischen Invasion ein militärisches Gleichgewicht entgegen zu setzen. Zu lange hatte der Westen dem Selbstbetrug vertraut, es sei möglich, das Rad einer Entwicklung zurückzudrehen, die schon vor dreißig Jahren Eisenhower zur Intervention in Libanon veranlaßt hatte.

Was Eisenhower damals vorübergehend glückte, mußte Reagan diesmal mißglücken. Denn seither haben sich syrischer Expansionismus, islamischer Fanatismus und schiitischer Fundamentalismus mit dem revolutionären Geist der arabischen Renaissance zu einem explosiven Gemisch verbunden, das der Westen nur entschärfen könnte, wenn er zu einem Risiko bereit wäre, auf das sich weder Amerikaner noch Europäer einlassen werden.

Besonders die USA sehen sich in einer ausweglosen Situation. Vor der Entsendung der Friedenstruppen hätte der Präsident bedenken müssen, daß er nicht in einen „Bürgerkrieg" eingriff, wie man sich in Washington einredete, sondern in einen internationalen Konflikt, bei dem weitreichende geostrategische Entscheidungen im Spiel sind.

Diese Unbedachtsamkeit wird jetzt bestraft. Ronald Reagan steht vor einer peinlichen Alternative: entweder läßt er vor Beirut die Schiffsgeschütze dröhnen, um die Lebensdauer des maroden Gemayel-Regimes zu verlängern, oder er folgt dem Rat derer, die auf den Abzug des US-Kontingents drängen. Eine chaotische Perspektive in einem Präsidentschaftsjahr. Undenkbar für Reagan, sich den Wählern als Kriegstreiber zu präsentieren, noch undenkbarer, ausgerechnet er, der Erneuerer des US-Prestige, könnte eine internationale Blamage von Carter-Dimensionen hinnehmen.

Da bleibt nur noch ein Schein-Kompromiß mit Syrien, der zum Entsetzen der Israelis in Vorbereitung ist. Auf die Dauer müßte das mit einem syrischen Protektorat über Teile Libanons enden, das heißt mit einem Fußbad des Sowjetbären im Mittelmeer. Der Trost, daß Hafez Assad Unabhängigkeit gegenüber Moskau zeigt, dürfte kurzlebig sein. Bald kommt für den Westen die Zeit, da ihm dämmert, wie unentbehrlich die viel geschmähte Türkei für die Stabilität der Region ist.

Zahlt Bonn für Ausreisegenehmigungen?

Angeblich 1000 Fälle / Regierung reagiert zurückhaltend auf Berichte aus „DDR"

GREGOR KONDEK, Berlin

Dem Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen ist, so die eigene Darstellung, von einer bevorstehenden Ausreisewelle aus der „DDR" „nichts bekannt". Mit dieser Bemerkung reagierte ein Sprecher des Ministeriums auf einen Bericht der „Süddeutschen Zeitung", in dem von vermutlich 1000 genehmigten Ausreiseanträgen die Rede war. Informationen der WELT aus dem Kreis von Antragstellern in Mitteldeutschland stützen jedoch entsprechende Informationen.

Es verstärkten sich die Vermutungen, daß von Ost-Berlin getroffene Entscheidungen zur Genehmigung einer großen Anzahl von Ausreiseanträgen innenpolitische Gründe hätten. Nicht unerheblich ist außerdem der finanzielle Hintergrund. Ausreisewilligen aus den Bezirken Erfurt, Gera, Dresden, Halle und Magdeburg war von den zuständigen Vertretern der „DDR"-Behörden direkt oder indirekt mitgeteilt worden, daß für die Erteilung zur Genehmigung der Ausreise „die BRD zahlt".

Die WELT fragte das Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, ob die Bundesregierung für eine großzügigere Handhabung der Ausreisepraxis eine finanzielle Gegenleistung erbringe, etwa über eine „Ausbildungsaufwandsentschädigung" oder über die Zusagen eines weiteren Kredits an die „DDR". Das Ministerium verweigerte jegliche Auskunft.

Einem Antragsteller in Halle, der sich seit 1980 vergeblich um eine Ausreise bemüht hatte, wurde Ende Januar völlig überraschend mitgeteilt, daß sein Gesuch genehmigt sei. Auf erstaunte Fragen – im November 1983 war dem Mann noch unter Strafandrohung eine weitere Antragstellung untersagt worden –, erklärte ein Mitarbeiter der Abteilung Inneres beim Rat des Kreises Halle: „Sie sind für uns sowieso nur noch eine Belastung. Jetzt, wo wir dafür eine Entschädigung bekommen, können wir auf Sie verzichten."

SEITE 2:
Ein Schub Menschlichkeit

In Weimar (Bezirk Erfurt) erklärte ein Funktionär auf eine ähnliche Frage: „Warum sollen wir Ihren Antrag nicht genehmigen, wo doch eine Ausbildungsaufwandsentschädigung an uns gezahlt wird." In Freiberg im Bezirk Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) und in Jena im Bezirk Gera wurde den Antragstellern in zynischer Weise fast gleichlautend gesagt: „Da Sie nicht nur ein ideologischer Schädling unseres Staates sind, sondern auch ein negativer Faktor für unsere Volkswirtschaft und wir für Ihr Verschwinden einen Ausgleich erhalten, warum sollen wir Sie nicht gehen lassen." Einem Antragsteller aus Halberstadt im Bezirk Magdeburg wurde vom Zoll erklärt: „Nehmen Sie nur alles mit, die BRD zahlt dafür." Antragsteller müssen vor ihrer Ausreise eine Genehmigung des Zollamtes über die zur Ausfuhr bestimmten Gegenstände vorlegen.

Auffallend ist, daß eine große Anzahl von Ausreiseanträgen in Ost-Berlin, Dresden, Plauen und Weimar aber auch in Jena, Leipzig, Erfurt und Halle genehmigt wurden. Alle diese Orte sind in der vergangenen Zeit politisch neuralgische Punkte in

■ Fortsetzung Seite 12

Kreml tritt Spekulationen entgegen

DW. Helsinki/Moskau

Den Gerüchten über eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes des sowjetischen Staats- und Parteichefs Jurij Andropow ist gestern ein hochrangiger Funktionär des Moskauer Partei-Apparats entgegengetreten. Der Leiter der Abteilung für internationale Information beim Zentralkomitee der KPdSU, Leonid Samjatin, erklärte bei einem Besuch in Helsinki zu Andropows Befinden: „Ich bin sicher, daß er auf dem Weg der Besserung ist." Andropow arbeite sehr viel, wie man an den von ihm veröffentlichten Briefen, Erklärungen und Aufrufen sehen könne.

Die plötzliche Absage einer für Montag geplanten Indien-Reise des sowjetischen Verteidigungsministers Dimitrij Ustinow hatte Spekulationen darüber ausgelöst, Ustinow sei wegen einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Andropow in Moskau unabkömmlich. Inzwischen ließen sowjetische Regierungsvertreter westliche Diplomaten in Moskau informell wissen, der 75jährige Ustinow sei plötzlich an Grippe erkrankt.

Im Sinne der Äußerungen Samjatins meldete die sowjetische Nachrichtenagentur Tass, Andropow habe am Montag Dekrete über die Beförderung eines Generals und die Auszeichnung eines Wissenschaftlers unterzeichnet. Samjatin hatte vor zwei Monaten mitgeteilt, Andropow leide an Grippe. Inoffiziell war von einem Nierenleiden des Spitzenpolitikers die Rede, der seit dem 18. August 1983 nicht mehr öffentlich auftrat.

In Asien hat Moskau jetzt 135 SS-20-Raketen

DW. Tokio/Washington

Die Sowjetunion hat die Zahl ihrer in Asien stationierten nuklearen Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 offensichtlich auf 135 erhöht. In Washington bestätigte ein hoher Beamter des State Department eine entsprechende Darstellung des japanischen Außenministers Abe. Vor einem Jahr habe es im asiatischen Teil der Sowjetunion bereits 99 Raketen dieses Typs gegeben. Der Beamte bezeichnete die Verstärkung der sowjetischen Militärpräsenz in Asien als „klare Gefahr" für die Schiffahrtswege der freien Welt. Diese militärische Aufrüstung sei eindeutig gegen die USA sowie ihre Freunde und Verbündeten gerichtet.

Wie Abe gestern bei einem Treffen des japanischen Sicherheitsrates unter Leitung von Ministerpräsident Nakasone mitteilte, soll das sowjetische Potential, in dessen Reichweite auch die japanischen Inseln liegen, in Kürze auf 144 Raketen erhöht werden. Das Verteidigungsministerium in Washington war Mitte Dezember 1983 davon ausgegangen, daß Moskau 117 Raketen des Typs SS 20 in Sibirien aufgebaut hat.

Angesichts des wachsenden sowjetischen Raketenpotentials in Fernost verlangt Tokio von den USA und von der NATO, bei einer Wiederaufnahme der unterbrochenen Genfer Raketenverhandlungen auch die Sicherheitsinteressen Japans und der anderen asiatischen Länder einzubeziehen. Ungeachtet der sowjetischen Bedrohung sollte sich Japan nach Abes Meinung aber weiter um die Normalisierung des Dialogs mit Moskau bemühen.

Windelen präzisiert das Ziel Bonns

Vortrag in Washington: Innerdeutsche Beziehungen nicht zu Lasten des Bündnisses

fac. Bonn/Washington

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), hat vor amerikanischem Publikum die Zielsetzung der Bonner Politik gegenüber der „DDR" präzisiert und damit Befürchtungen in den USA zu zersteuen versucht. Kernsatz eines Vortrags Windelens während eines Seminars der Konrad-Adenauer-Stiftung gestern in Washington, dessen Text in Bonn vorab verbreitet wurde: „Die Bundesregierung hat unmißverständlich bewiesen, daß sie die innerdeutschen Beziehungen allein auf innerdeutscher Interessengrundlage betreiben wird und sich nicht zu Leistungen nötigen läßt, die ihre vitalen Sicherheits- und Bündnisinteressen gefährden."

Umgekehrt, so der Minister, zeige das Verhalten der „DDR" nach dem Beginn der Stationierung neuer Raketen in Europa, „daß auch sie nicht beabsichtigt, ihre Interessen am innerdeutschen Sonderverhältnis derart eng mit dem Thema der militärischen Sicherheit zu verknüpfen, daß ihr daraus Schaden entstünde".

Die Vertragspolitik mit der „DDR" werde fortgesetzt werden, aufbauend auf den Verträgen, die die neue Regierung in Bonn im Herbst 1982 vorgefunden habe. „Wir sehen darin die unter den obwaltenden Umständen einzig verantwortbare Möglichkeit, unsere nationalen Sonderinteressen wahrzunehmen und unserer nationalen Verpflichtung nachzukommen."

SEITE 2:
Freiheit vor Einheit
SEITE 5:
Aus dem Wortlaut

Und um letzte Zweifel zu beseitigen, fügte Windelen hinzu: „Verantwortbar heißt: ohne unsere eigene Freiheit und die unserer Verbündeten zu gefährden; ohne die prekäre Stabilität in Europa zu verunsichern."

Die Bundesregierung glaube nicht, daß es verantwortbar wäre, auf eine Politik des „starren Antagonismus" und damit der Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung in Mitteldeutschland und in Osteuropa zu setzen. Das, so meinte der CDU-Politiker, wäre nicht einmal nützlich. „Es würde uns und alle übrigen Europäer, angesichts der Natur des Sowjetsystems, von dem Ziel entfernen, die Teilung Europas und damit auch Deutschlands zu überwinden." Die „DDR" brauche im übrigen ebenso Verhandlungsspielraum wie die Bundesrepublik Deutschland. Die Verantwortung als Deutsche und Europäer liege darin, das mögliche und Verantwortbare zu tun, um den Ost-West-Konflikt so weit wie möglich einzugrenzen „und der Zukunft die Chance der Veränderung zu sichern".

In diesen Kontext bettete Windelen auch den Milliardenkredit an die „DDR" ein. Er nannte ihn ein gezielt eingesetztes Instrument zur Bewahrung der Sonderbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Das Signal sei verstanden worden, zumal da in der Kreditannahme auf dem Höhepunkt der Antinachrüstungskampagne auch das Eingeständnis Ost-Berlins gelegen habe, „daß die Welt nach dem November nicht zu Ende geht".



Reagan: Amerikas Herz ist stark

dpa/DW. Dixon/Illinois

US-Präsident Ronald Reagan zog es an die Stätten seiner Kindheit, als er jetzt in Nord-Illinois seinen 73. Geburtstag feierte. Mit einem nostalgischen Blick zurück und einem zuversichtlichen Ausblick beschwor er bei einer Gala-Feier in der High School von Dixon und später am College von Eureka die Tugenden des kleinstädtischen Amerika und die Größe der USA.

Bei eisigen Temperaturen war der Präsident mit der „Air Force One" in Rockford gelandet. Dann flog er mit dem Hubschrauber nach Dixon, wo der junge Reagan von 1920 bis 1924 mit seinen Eltern gelebt hatte. In dem zweistöckigen weißen Schindeldachhaus, in dem er aufgewachsen war, aß der Präsident mit seinem älteren Bruder Neil zu Mittag. Dann fuhr er erstmals mit seiner neuen Panzerlimousine, die der Geheimdienst entworfen hat – mit einem erhöhten Dach und Innenbeleuchtung, die Einblick von außen gestattet –, durch die 18 000 Einwohner zählende Kleinstadt. Die Kinder hatten schulfrei und säumten die Straßen, die Schaufenster waren mit Präsidentenbildern, Flaggen und Spruchbändern geschmückt. Doch auch rund 100 Demonstranten hatten sich eingefunden und präsentierten Plakate: „Reagonomics stinken – fragt die Arbeitslosen", las man da, oder: „Dies ist Dein schlechtester Film."

Reagan zeigte sich unbeirrt. „Amerikas Herz ist stark, gut und wahr", sagte er. „Wir richten den Blick nach vorn. Wir wissen, wir sollten niemals die Zweitbesten sein, und wir werden es nie sein." Diesen Ton schlug er auch in der High School an, wo er sich vor einem halben Jahrhundert für die Football-Mannschaft geschlagen und die Schauspielgruppe geleitet hatte. „Ehre, Anstand und Freundlichkeit existieren im ganzen Land ... Es gibt ein Sehnen nach Leben und Lachen." Reagan: „Vom Gemüseladen bis zum Football-Feld, und von den Veteranen-Clubs bis zur Handelskammer hat Amerika Schwung, Energie und Entschlossenheit wiedergefunden."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Schub Menschlichkeit

Von Bernt Conrad

Nach Berichten aus Ost-Berlin sollen die „DDR"-Behörden in letzter Zeit ungewöhnlich viele Ausreiseanträge genehmigt haben. Das wird sich vermutlich erst dann verifizieren lassen, wenn die Begünstigten tatsächlich in der Bundesrepublik eintreffen. Käme es dazu, so wäre dies ein deutliches Indiz für die Absicht des SED-Chefs Erich Honecker, die Zusammenarbeit mit Bonn – über bloße Rhetorik hinaus – auch in schwierigen internationalen Zeiten fortzusetzen.

Dahinter stehen handfeste wirtschaftliche Interessen. Die hoch verschuldete „DDR" braucht dringend westliches Geld. Der im Sommer 1983 von der Bundesregierung verbürgte Milliardenkredit war nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Weitere Milliarden werden benötigt. Doch die Bundesregierung hat mehrfach erklärt, zunächst müßten alle mit dem ersten Kredit verbundenen Erwartungen erfüllt werden. Das ist nach Bonner Ansicht noch nicht geschehen, wenngleich der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, einer der Initiatoren der Anleihe, sich über die bisherigen Ergebnisse schon höchst befriedigt geäußert hat.

Vielleicht will Honecker jetzt mit einem „Schub Menschlichkeit" seine Aussichten für den zweiten Kredit verbessern. Die Geste wäre gewiß begrüßenswert, aber keineswegs ausreichend. Was vom SED-Chef verlangt werden muß, sind dauerhafte und generelle, nicht vorübergehende oder auf Einzelfälle *begrenzte Erleichterungen im Reiseverkehr hinüber und her*über. Dies wäre die adäquate Antwort auf den von Bundesminister Heinrich Windelen bekräftigten Willen Bonns, „mit der DDR zu kooperieren".

Honecker hat in letzter Zeit mehrfach Äußerungen getan, die sogar von nüchternen Politikern der Unionsparteien als „realistisch, maßvoll und konstruktiv" bewertet wurden. Wirkliches Gewicht aber werden sie erst dann erhalten, wenn der SED-Chef dafür auch einen soliden Unterbau in Form konkreter Erleichterungen liefert. Sollte er das erkannt haben, wird er auch mit Gegenleistungen rechnen können.

Großer Rutenstreich

Von Rüdiger Moniac

Wenn in der Bonner Politik überhaupt Vorhersagen gewagt werden sollen: Diese dürfte kaum auf den Verkünder zurückschlagen. Heute wird sich das Bundeskabinett mit hoher Wahrscheinlichkeit mit dem Wunsch des beamteten Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, Hiehle, nach vorzeitiger Zurruhesetzung einverstanden erklären. Dann verläßt ein Verwaltungsfachmann von hohen Graden die Hardthöhe; einer der versuchte, Ministern verschiedener politischer Richtung loyal die Geschäfte zu führen; einer, der „unter Wörner" vielleicht zu stark am Text von Vorschriften klebte und so am Ende sich als derjenige selbst sehen muß, in der Affäre um Kießling den Anstoß für sie gegeben zu haben.

Muß sich Hiehle als *„Opfer" fühlen? Vielleicht gar als einzi*ges dieser in vieler Hinsicht für die Republik so unwürdigen Affäre? Die Antwort wird erst möglich sein, wenn der Untersuchungsausschuß des Parlaments seine Ermittlungen vorantreibt. Mit Kießlings Rehabilitierung und seiner auf wenige Wochen begrenzten Aktivierung wollen alle Partizipanten der Parlamentsuntersuchung die Persönlichkeitsrechte des Generals streng achten und den Aufmarsch der Zeugen so steuern, daß lediglich noch die „Entscheidungsabläufe" im Ministerium, die letzthin zu Kießlings vorzeitiger Entlassung führten, aufgeblättert werden. Den Akteuren ist zu wünschen, daß sie damit Erfolg haben.

Sie sollten nicht vergessen, daß dieselbe löbliche Absicht letzten Dezember auch den verantwortlichen Minister bei seinem Tun bestimmte. Wörner wollte Kießling helfen, den Ruhestand zu erreichen, ohne daß öffentlich ihm abträgliche Spekulationen aufkommen sollten. Dies ging daneben, wie inzwischen jedermann weiß. Wird es dem Untersuchungsausschuß schließlich nicht ähnlich ergehen, ergehen müssen? Als parlamentarische Institution hat er nicht in der Hand, was in der Begleitung seiner Arbeit manche Presseerzeugnisse vielleicht an „Storys" aus altem oder gar neuem Stoff anrühren mögen. Dies sollten vor allem die Sozialdemokraten bedenken, die – verständlicherweise – die Rute nicht aus der Hand geben möchten, mit der sie wochenlang einen Minister schlagen können. Sie haben abzuwägen zwischen den Rechten einer Person und ihrem Recht als Opposition, für die Regierung unbequemer Mahner zu sein. Wie immer sie sich entscheiden. Es hat Bedeutung.

Sarajevo

Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn heute in der bosnischen Landeshauptstadt Sarajevo die Olympischen Winterspiele beginnen, dann sollte man den Sportlern ebenso wie den Zuschauern – und nicht zuletzt den Bewohnern des gastgebenden Landes wünschen, daß es unbeschwerte, faire Spiele werden: *soweit das im Zeitalter* elektronischer Vermarktung, olympischer Funktionärsherrlichkeit und moderner Materialschlachten (etwa bei den Skiern) noch möglich ist.

Dennoch sollten sich die Aktiven ebenso wie die Zuschauer (auch jene an den heimischen Fernsehapparaten) einen Augenblick darauf besinnen, was der Name Sarajevo geschichtlich bedeutet: Hier fielen vor fast siebzig Jahren, am 28. Juni 1914, beim Attentat auf den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand die verhängnisvollen Schüsse, die den Ersten *Weltkrieg auslösten. Dieses Attentat* von Sarajevo – *die Stelle*, wo es sich ereignete, kann noch heute besichtigt werden – hat aller Leben verändert, auch wenn die meisten von uns damals nicht geboren waren.

Mit den Schüssen von Sarajevo endete die österreichisch-ungarische Monarchie, ebenso das von Bismarck geschaffene deutsche Kaiserreich. Der Erste Weltkrieg forderte Millionen von Toten. Ohne dieses Attentat hätte es vermutlich keinen Hitler und auch keinen Zweiten Weltkrieg gegeben, jedenfalls nicht in der Form, wie er sich dann abspielte. Sarajevo hat unser Schicksal entscheidender bestimmt als die Schlacht von Stalingrad – denn ohne das Attentat hätte es auch Jahrzehnte später den deutschen Marsch an die Wolga nicht gegeben. So kann man schließlich sagen, daß zwischen jenem Attentat und der deutschen Teilung, ja sogar der Berliner Mauer, ein gewisser innerer Zusammenhang besteht.

Man sollte deswegen nicht dem Trübsinn verfallen. Die Geschichte geht weiter, in Sarajevo und anderwärts. Aber innehalten sollte man dennoch und sich vergegenwärtigen, daß dieser Boden, auf dem Skifahrer und Bob-Asse jetzt zu Tal gleiten, eine andere geschichtliche Wertigkeit hat als Lake Placid, Sapporo oder Seefeld in Tirol.



Khomeini hantiert mit den Hebelgesetzen — ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Freiheit vor Einheit

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Nicht auf deutschem Boden, sondern in Washington hat Heinrich Windelen Gelegenheit gesucht und gefunden, die „deutsche Frage" aus dem diffusen Licht herauszuschälen, in das sie seit den Ostverträgen Willy Brandts getaucht war, und ihr ein Profil von gemeißelter Klarheit zu geben. Auf eine Kurzformel gebracht, sagt der zuständige Bonner Ressortminister ohne Wenn und Aber: Freiheit – und zwar „unsere und die unserer Verbündeten" – hat Vorrang vor der Einheit Deutschlands; ebenso geht die „Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis" den innerdeutschen Beziehungen vor.

Der Konsequenz dieser Rangordnung der Werte für alle Deutschen weicht der Minister nicht aus. Er sagt: „Die Bürger unseres Landes wissen sehr wohl, was die Entscheidung für die Nation bedeutet und immer schon bedeutet hat, nämlich die Teilung Deutschlands entlang der Linie des sowjetischen und des westlichen Einflußbereichs".

Mit dieser Klarstellung wird zugleich zurückgewiesen, daß Honekker in seinem offenen Brief vom 5. Oktober 1983 an Bundeskanzler Kohl für sich in Anspruch nahm, „im Namen des deutschen Volkes" vor der Stationierung moderner Raketen der NATO zu warnen. In der Sache heißt *das: Die Regierung* des Kanzlers *Kohl* pflegt die Beziehungen zum anderen Teil Deutschlands „allein auf innerdeutscher Interessengrundlage" und nicht etwa zu Lasten ihrer „vitalen Sicherheits- und Bündnisinteressen". Damit ist die zwielichtige Vermengung von „deutsch-deutscher Politik" und Sicherheitspolitik beendet.

Aus allem folgt: An einer emotionalen Verquickung der „deutschen Frage" mit der Sicherheitspolitik sind in erster Linie Moskau und Ost-Berlin, in zweiter – auch abgeleiteter – Linie jene Kräfte in der „Friedensbewegung" interessiert, die Honekkers Geschäfte besorgen oder dem Pazifismus und dem Nationalneutralismus eine Bresche schlagen wollen.

Gleichwohl besteht Windelen auf der „Legitimität" unserer – wie er *formuliert* – *nationalen* Sonderinteressen an und gegenüber der „DDR", solange sie den Interessen der Demokratie „dienen". In solcher Eingrenzung können unsere nationalen Interessen von niemand als nationalistisch *diffamiert* werden. „Deutschlandpolitik" wird zutreffend als außenpolitischer und innerdeutscher Gesamtrahmen Bonner Wiedervereinigungspolitik definiert; die „innerdeutsche Vertragspolitik" wird dem ausdrücklich untergeordnet, kann also nicht selbst zur Wiedervereinigung führen. Deutschlandpolitik versteht die Bundesregierung essentiell als europäische Wiedervereinigungspolitik und in diesem Sinn als europäische Friedenspolitik.

Die somit hergestellte Klarheit der Begriffe bringt Windelen in Beziehung zu seiner überraschend hoffnungsträchtigen Beurteilung der gegenwärtigen Lage in Europa und Deutschland. Er konstatiert ein starkes Bedürfnis der Sowjetunion nach Ruhe und Stabilität „im Europa bis zur Elbe" und erkennt darin eine Basis für europäische Zusammenarbeit. Windelen spricht davon, daß bereits eine Entwicklung im Gange sei, welche die Formen der sowjetischen Vorherrschaft verändere. Offensichtlich könne Moskau den Ländern des Sowjetblocks eine Rückkehr zum Kalten Krieg nicht mehr zumuten, und ebenso wenig könne es sich Ost-Berlin erlauben, die Erwartungen der Deutschen in der „DDR", die das innerdeutsche Sonderverhältnis bereits als „psychologischen Besitzstand" betrachten, zu enttäuschen.

Ein Blick nach Polen lehrt, daß *sich zwar die Formen sowjetischer* Vorherrschaft ändern, aber keineswegs so, wie es sich das polnische Volk wünscht. Vor allzu optimistischem Höhenflug der Zukunftsspekulationen kann nur gewarnt werden.



Es wäre unmoralisch, die deutsche Frage abzuschreiben: Das Brandenburger Tor, Symbol der Einheit in der alten Reichshauptstadt — FOTO: STARK-OTTO

Immerhin beurteilt Windelen die gegebene Machtlage realistisch. Eine Herausgabe der „DDR", so sagt er, setzte einen drastischen Machtverlust der Sowjetunion und eine Erschütterung ihrer ideologischen Grundlagen voraus, was unter den gegebenen Bedingungen nur als Folge einer militärischen Niederlage vorstellbar wäre. Darauf zu spekulieren, verbiete sich.

Alles Gesagte wäre gegenstandslos, hätte Windelen Zweifel daran, daß bei den Deutschen diesseits und jenseits der Elbe das Bewußtsein der nationalen Einheit unversehrt sei. Solche Zweifel hat der Minister keineswegs, und seine Gewißheit begründet er interessanterweise damit, daß „die gemeinsame Erfahrung von nationaler Schicksals-, Haftungs- und auch Schuldgemeinschaft aus jüngster Vergangenheit" die Deutschen in beiden Staaten besonders aneinander binde. Weil es ein nationales Selbstbewußtsein gibt, wäre es nicht nur unklug, sondern – so Windelen – unmoralisch, wenn Bonn die „deutsche Frage" abschriebe. Dem ist nichts hinzuzufügen.

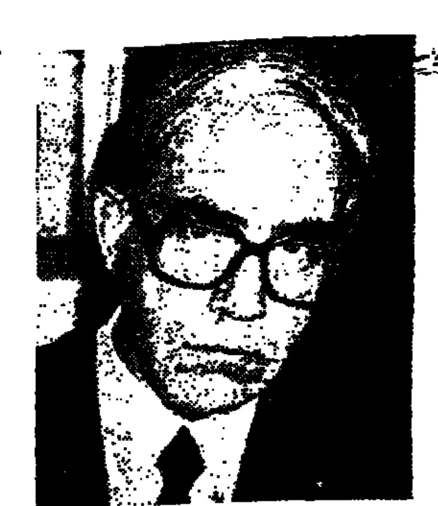
Wie man sich erinnert, hatte sich Brandt einmal dahingehend geäußert, er weigere sich, von „Wiedervereinigung" zu sprechen. Soweit geht Windelen nicht. Da aber Brandts Bemerkung *als Ablehnung* einer irgendwie gearteten Rückkehr zum Bismarck-Staat zu deuten war, ist es bemerkenswert, daß Windelen Kanzler Kohl mit dem Satz zitiert: „Es geht kein Weg zurück in den Nationalstaat Otto von Bismarcks". Das ist eine höchst überflüssige Verunsicherung der ohnehin schwierigen Diskussion über den Begriff „Wiedervereinigung", an dem das Bundesverfassungsgericht zu Recht konsequent festhält. Die Deutschen haben sich erst in dem von Bismarck gegründeten Reich als Nation im heute gebräuchlichen Wortsinn erfahren. Diese Tatsache sollte nicht vernebelt werden.

Dagegen ist nicht zu kritisieren, wenn Windelen den personalen Rechten der Freiheit und der Selbstbestimmung Vorrang vor dem Territorialbegriff der Einheit gibt. Er hätte sich da auf Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß berufen können, die schon 1958 einer österreichischen Lösung für den anderen Teil Deutschlands das Wort geredet hatten.

IM GESPRÄCH Franz Böckle

Franz Dampf in allen Gassen

Von Susanne Plück



Erste Adresse in Fragen der Moraltheologie: Franz Böckle — FOTO: GERT BACHERT

Er vertritt die Moraltheologie auf Juristentagen und Medizinerkongressen, Bonner Minister suchen in Fragen der Ethik seit Jahren seinen Rat, und in der Grundwertediskussion hat er seinen Sachverstand den Kommissionen der Union wie der SPD zur Verfügung gestellt. Im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken ist seine Mitarbeit so gefragt wie bei „Justitia et Pax". Doch unter seinem Image als „Hans Dampf in allen moraltheologischen Gassen" leidet Franz Böckle.

Der Direktor des Seminars für Katholische Moraltheologie an der Universität Bonn – und derzeit ihr Direktor – hat zur öffentlichen Diskussion um gesellschaftliche Normen mit fundierten Stellungnahmen beigetragen: sei es zur Friedensfrage, Sterbehilfe oder Gentechnologie, zu nichtehelichen Formen des Zusammenlebens oder zur Apparatemedizin. Publizität war ihm jederzeit sicher, seit er sich 1968 anläßlich der Pillenenzyklika Papst Pauls VI. vom Standpunkt der Amtskirche in der Frage der Geburtenregelung vorsichtig distanzierte.

Bei allem Verständnis für die Brisanz praktisch-ethischer Probleme gehört Böckles Forscherehrgeiz jedoch der Fundamentalmoral. In seinem gleichnamigen Werk hat er theologische Ethik beschrieben als Sachverhalts- und Sinnforschung aus dem Zusammenhang des christlichen Menschenbildes. Böckle ist ein vehementer Vertreter der sittlichen Autonomie des Menschen: „Gott hat dem Menschen Verstand, Herz und Erfahrung gegeben, damit er sich selbst die Normen des Zusammenlebens schaffe."

Jenen Studenten, die zwar gegen die kirchlichen Verbotskataloge in der Sexualmoral zu Felde ziehen, in der Friedensfrage hingegen inhaltlich verbindliche Aussagen der Amtskirche fordern, hält er entgegen, daß Gott den Menschen nicht eindeutige „Rezeptologien" für den Weg zum Heil erteilt habe: Jeder sei zur eigenen Entscheidung aufgerufen.

Diejenigen, die in ihn ähnliche Hoffnungen setzten wie in seinen Landsmann Hans Küng, hat der 1921 im Kanton Glarus geborene Schwei*zer enttäuscht, denn Reformen* extra ecclesiam schließt er für sich nachdrücklich aus. „Ich kann eine Gemeinschaft nur mitgestalten, wenn ich mich auch mit ihren Grenzen solidarisch erkläre." Doch selbst, wenn Böckle als theologischer Forscher gelegentlich Distanz zur Hierarchie zeigt, ist er im Grunde eine irenische Natur, geborener Diplomat: stets auf Ausgleich bedacht und bestrebt, Konflikte zu meiden.

Seine erste Intention als Rektor der Bonner Alma mater ist es denn auch, „zu integrieren, wo zu integrieren möglich ist".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt befaßt sich mit Steuersenkungsforderungen:

Früher als befürchtet gerät Finanzminister Stoltenberg unter Druck. Kaum daß es mit der Konjunktur wieder bergauf geht und die Steuerquellen reichlicher fließen, wächst die Begehrlichkeit vieler Politiker. Alten Untugenden widerfährt ein vorzeitiges Frühlingserwachen: Man will sich mit Wohltaten beim Wähler beliebt machen, wenn möglich auf Kosten anderer. Daß ausgerechnet der Bundesrat damit anfängt, ist betrüblich .... Nach Angaben des Finanzministeriums könnten dadurch der Bundesanstalt für Arbeit Mehrausgaben bis zu einer Milliarde Mark jährlich entstehen.

SÜDKURIER

Die in Konstanz herausgegebene Zeitung zum Umweltschutz:

Der eine stellt den bösen Buben als Engel dar, und der andere sucht selbst auf der weißen Weste noch Flecken. Dies etwa ist die Situation des Innenausschusses des Deutschen Bundestages,der sich in einer Anhörungsrunde ein Urteil darüber bilden will, wie die Belastung der Umwelt durch Schadstoffe reduziert werden kann. Gesprächspartner der Abgeordneten sind dabei Vertreter der Automobilindustrie, von Umweltschutzorganisationen und mehr oder weniger unabhängige Experten. Kann ein Tempolimit die Risiken für die Natur lindern, heißt niedrigere Geschwindigkeit auch niedrigere Belastung: Das ist die Kernfrage. Sowohl die Erfassungsmethoden als auch die Schlüsse aus den Ergebnissen sind dabei umstritten. Man kann getrost davon ausgehen, daß beide Seiten die Fakten einseitig deuten. Die Vertreter der Autoindustrie ließen am liebsten alles beim alten, und die Umweltschützer sähen als Ideallösung wohl zunehmende Beschränkungen des Individualverkehrs. Beides ist falsch. Bereits einmal, nach der Ölkrise von 1973/74, hat sich gezeigt, wie derartige Probleme in den Griff zu kriegen sind. In den letzten zehn Jahren wurde der Kraftstoffverbrauch der Fahrzeuge um runde 20 Prozent verringert – weil die wirtschaftspolitischen Vorgaben zeigen, daß es auch bei der Schadstoffreduzierung so am besten geht. Nicht weniger Tempo kann deshalb das Leitmotiv sein, sondern weniger Umweltbelastung. Die Industrie kann sich auf Herausforderungen erheblich leichter einstellen als auf Gängelungen. Und eine Herausforderung ist es allemal, Motoren zu bauen, die viel leisten und trotzdem sauber arbeiten.

Schwäbische Zeitung

Das Blatt aus Leutkirch schreibt über den vorzeitigen Abgang des Hardthöhen-Staatssekretärs Hiehle:

Der vorherrschende Eindruck ist ja: Den Großen, den Minister, läßt man laufen, den kleineren, den Staatssekretär, hängt man. Gewiß, es steht fest, daß vor allem Dr. Hiehle den Verteidigungsminister Wörner gedrängt hat, General Kießling als Sicherheitsrisiko einzustufen und ihn zu feuern. Und Joachim Hiehle war es auch, der dem Offizier den Grund der Entlassung eröffnete, nämlich die wegen eines angeblich anrüchigen Intimlebens drohende Möglichkeit der Erpressung. Das war ein schwerer juristisch-politischer Kunstfehler- ...doch auch im Lichte dieser Tatsache fällt der eigentliche Schatten auf den Minister. Niemand zwang ihn, Hiehles Ratschlägen zu folgen. Umso peinlicher erscheint es nun, daß der Staatssekretär seinen Hut nimmt, während der politisch Verantwortliche bleibt.

Wann schlägt Wirtschaftswachstum in Arbeitsplätze um?

Die Tarifpartner und der Schlüssel zur Vollbeschäftigung / Von Peter Gillies

An einem Aufschwung ohne Vollbeschäftigung – oder zumindest die Aussicht darauf – will die rechte Freude nicht aufkommen. Ein schnittiges Auto ohne Benzin. Wann aber schlägt Wirtschaftswachstum in mehr Arbeitsplätze um? In der öffentlichen Debatte ist dazu folgende Theorie verankert: Erst wenn über viele Jahre hinweg ein reales Wirtschaftswachstum von rund sechs Prozent erzielt werde, verringerten sich die Erwerbslosenzahlen schrittweise. Da aber derartige Zuwachsraten außerhalb jeder Erwartung (und vielleicht auch der Wünschbarkeit) stünden, bleibe die Dauerarbeitslosigkeit unabwendbares Schicksal.

Diese These des starren Zusammenhangs war zwar früher schon töricht, was ihre weiteste Verbreitung jedoch keineswegs behinderte. Die Schwelle, von der an Wachstum zu Neueinstellungen führt, ist tatsächlich überaus beweglich, in den Zeiten heftigen Strukturwandels mehr denn je. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat den – an sich bekannten – Zusammenhang untersucht. Das Ergebnis überrascht Ökonomen nicht, vielleicht aber die halbinformierte Öffentlichkeit: Vollbeschäftigung ist *nahezu bei jeder Wachstumsrate* organisierbar.

In den Jahren 1968 bis 1976 mußte das verarbeitende Gewerbe seine Produktion um 5,9 Prozent steigern, um jene Schwelle zu erreichen, an der Betriebe wieder daran denken, neue Leute anzuheuern. Im Zeitraum 1977 bis 1982 jedoch, so ergab die Untersuchung, reichte bereits ein Wachstum von nur 2,3 Prozent aus, um die ersten Arbeitsmarkteffekte auszulösen. Und das, obwohl neue Technologien die Fertigung immer stärker rationalisierten. Warum sank nun die Beschäftigungsschwelle?

Entscheidend dafür war die Relation der Löhne zur Ergiebigkeit der Arbeit (Produktivität). In den Jahren 1968 bis 1976 kletterten die realen Löhne um durchschnittlich 6,4 Prozent, *die Produktivität zog jedoch nur* um fünf Prozent an. Ein Arbeitsplatz war also tendenziell teurer, als er erwirtschaftete. Die Unternehmen bauten Arbeitsplätze ab. Zwischen 1977 und 1982 dagegen zogen Reallöhne und Produktivität etwa im Gleichschritt um rund drei Prozent an: Die *Beschäftigungsschwelle sank. Oder* anders: Schon bei relativ bescheidenem Wachstum von rund gut zwei Prozent erwogen Personalchefs die ersten Neueinstellungen. Daß sich dies nicht augenfällig in den Erwerbslosenzahlen niederschlug, hängt mit den geburtenstarken Jahrgängen zusammen, also dem sprunghaften generativen Verhalten der Deutschen, wie Bevölkerungswissenschaftler formulieren.

Ein Blick über die Grenzen zeigt, welche Fehler wir noch machen, aber auch, welche wir vermeiden können. In den USA beispielsweise überschritt die Produktivität das nahezu unveränderte Niveau der Reallöhne mit der Folge, daß bereits eine geringe Produktionssteigerung auch die Beschäftigung um rund ein Prozent anhob. *Aus einer Modellrechnung* ergibt sich, daß die Deutschen mit diesem Verhalten Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre nicht 450 000 Arbeitsplätze verloren, sondern 270 000 gewonnen hätten.

Als Negativbeispiel mag Großbritannien dienen. Dort überstieg seit *1968 der verteilte Lohnzuwachs* die erarbeitete Leistung stets. Die Beschäftigungsschwelle erhöhte sich auf mehr als fünf Prozent, so daß 1,8 Millionen Arbeitsplätze verlorengingen. In Japan wiederum, wo das Verteilbare selten voll verfrühstückt wird, konnten stetig Beschäftigungsgewinne verbucht werden.

Nun wird mancher Gewerkschaftsfunktionär, dessen Argumentation der Hoffnungslosigkeit bedarf, um zu stimmen, entgegnen, das seien Zahlenspielereien von Seminaristen. Deswegen ein Vergleich zwischen den Rezessionen Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre. Damals gingen bei einem Wachstum von 3,5 Prozent rund 360 000 Arbeitsplätze verloren, 1983 bei einem Wachstum mit einer Eins vor dem Komma nur *280 000.*

Daraus zu schließen, daß die Tarifpartner den Schlüssel zur Vollbeschäftigung in der Hand halten, ist nicht schwierig. Sollten sie auch diesmal der Versuchung erliegen, den kompletten Einkommenszuwachs an diejenigen zu verteilen, die Arbeitsplätze haben, bleibt für die Schaffung neuer Arbeitsplätze nichts übrig. Eine derartige Verteilungspolitik dient der Verewigung der Arbeitslosenzahlen, nicht ihrer Verringerung. Die niedriger gewordenen Beschäftigungsschwellen zeigen auch, wie kostbar jeder Prozentpunkt Wachstum geworden ist. Und auch, daß Resignation und starre Weltbilder die falschen Ratgeber *sind.*

Jeder Produktivitätszuwachs, den die glücklichen Besitzer eines Arbeitsplatzes nicht selbst beanspruchen, sondern für die Wettbewerbsfähigkeit und die Investitionen übriglassen, erhöht die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes und schafft tendenziell neue, ohne daß eine Nachfragedämpfung befürchtet werden muß. Die Debatte um die 35-Stunden-Woche läßt derartige Rücksichtnahme bisher noch nicht erkennen. Aber vielleicht kommt das noch.

Ein Sparkorsett für das neue Herz der Republik

Es wird noch Jahre dauern, bis die neuen Parlamentsbauten in Bonn zur Verfügung stehen werden. Aber seit gestern steht es fest: Das Modell des Kölner Architekten Professor Joachim Schürmann hat das Rennen gemacht.

Von DANKWART GURATZSCH

Der Bund will bauen. Bonn, die einst provisorische Hauptstadt, will und muß sich auf die Realitäten der Verwaltungspraxis, auf Notwendigkeiten der Arbeitsabläufe und auf die räumlichen Ansprüche der Abgeordneten einstellen.

Die alten Gebäude allein tun es nicht mehr. Die Abgeordneten fühlen sich im Langen Eugen, dem Hochhaus in der Rheinaue, eingesperrt wie in Kaninchenställe. Die Verwaltung ist verteilt auf Dutzende Baracken und Ausweichquartiere in Villen und Nebengebäuden. Der Parlamentssaal selbst, das „Herz" der *Bundesbauten*, ist nach über 30jähriger Benutzung baufällig und entspricht nicht mehr den baupolizeilichen Anforderungen, die bei jeder Schule und bei jedem Kindergarten gelten.

Die Diskussion ist noch nicht beendet

Aber wie soll das Zentrum der deutschen Demokratie aussehen? Der Streit darüber ist bis in die jüngste Zeit hinein nicht zur Ruhe gekommen. Ein Konsens war und ist nicht zu erwarten. So wird auch die Diskussion über die jüngsten Entscheidungen der Baukommission des Ältestenrates anhalten, bis die geplanten Neubauten, frühestens wohl in zehn Jahren, errichtet sein werden.

Zunächst: Die hochfliegenden Pläne *der siebziger Jahre für einen* Neubau des Parlamentssaals und für ein repräsentatives Haus des Bundesrates sind endgültig zu den Akten gelegt. Die alte „Pädagogische Akademie" am Rheinufer, 1930 bis 1933 von Regierungsbaumeister Witte erbaut und seit dem Umbau von 1949 als „Deutscher Bundestag" im Gebrauch, wird renoviert. In dieser Zeit müssen die Abgeordneten in ein altes Wasserwerk umziehen,das vorübergehend zum Plenarsaal umgestaltet wird. Der Bundesrat geht mit seinen Neubauplänen völlig leer aus.

Was von den alten Ausbauplänen *für die Bundeshauptstadt übrigge*blieben ist, das ist somit nicht viel mehr als das, was die nackte Not gebietet: Zusätzliche Zimmer für die Abgeordneten, für die Verwaltung in unmittelbarer Anbindung und Zuordnung zum „Langen Eugen", dazu eine Bibliothek, die auch öffentlich zugänglich sein soll. Das Raumprogramm wurde von 79 000 auf 28 000 Quadratmeter reduziert.

Der Bundestag, vertreten durch die Baukommission des Ältestenrates und beraten durch das Bundesbauministerium, forderte sechs Architekten auf, Entwürfe für das neue Verwaltungszentrum einzureichen. Die Auszeichnung, zum Kreis dieser sechs „Erlauchten" zu gehören, wurde den *Büros von Behnisch und Partner* (Stuttgart), Gottfried Böhm (Köln), Alexander von Branca (München), Busmann und Haberer (Köln), Novotny, Mähner und Weber (Offenbach/Bonn) sowie Joachim und Margot Schürmann (Köln) zuteil. Im Juni und Juli 1983 saß eine Jury von Stadtplanern über die Entwürfe zu Gericht. Fünf Stimmen der durchwegs älteren Herren entfielen auf den Entwurf des Ehepaars Schürmann, drei auf den des Olympiaarchitekten Günter Behnisch.

Zwischen diesen beiden Entwürfen fiel schließlich auch die Entscheidung der Baukommission am 18. Janaur 1984 – gestern wurde das Ergebnis der Presse in Bonn verkündet: Schürmann hat den Sieg davongetragen, Behnisch wurde zum tragischen Helden des Bonner Wettbwerbsgeschehens. Er, der einmal den besten Entwurf für einen neuen Bundestag eingereicht hatte, seine Pläne aber niemals ausführen durfte, kann sich keine Hoffnung mehr darauf machen, an *größeren* Neubauten im Bonner Regierungsviertel mitzuwirken. Allerdings hat er noch ein Eisen im Feuer. Wenn er Glück hat, wird ihm die Baukommission die Gestaltung eines neuen Eingangs zum Bundes*tag übertragen. Eine Vorentschei*dung darüber wird noch im Frühjahr erwartet.

Aber nicht zwischen Schürmann udn Behnisch verlief die eigentliche Frontlinie zwischen Siegern und Verlierern in diesem Wettbewerb. Denn beide Architekten liegen in ihrer Konzeption für die neuen Gebäude dicht beieinander. Zu ihrem eigentlichen Kontrahenten wurde der Erbauer der Münchner Neuen Pinakothek, Freiherr von Branca. Seinen von der Jury schon abgelehnten Entwurf hatte der Bundesbauminister, der Bayer Oskar Schneider, böchstpersönlich noch einmal ins Gespräch gebracht. Auf Schneiders Intervention hin durfte der Münchner seinen Entwurf ebenfalls vor der Baukommission erläutern. Aber er fand bei den Parlamentariern keine Gnade.

Zwischen Bauhaus und Historie

Ein Vergleich der Entwürfe Schürmanns und von Brancas führt unmittelbar in die Frontlinien der jüngsten Architekturdiskussion in der Bundesrepublik. Während Schürmann (und auch Behnisch) in nostalgischer Anknüpfung an den Bauhausstil der 20er Jahre planen und konzipieren und sich damit in Einklang mit den historischen Bundestagsbauten und ihrem kargen Erscheinungsbild bewegen, setzt von Branca auf eine Kontrastwirkung zu diesen Bauten und folgt mit manchen historischen Assoziationen den jüngsten „postmodernen" Strömungen in der Architektur.

Die Wettbewerbsjury hat diesen Gegensatz in Formulierungen gefaßt, die für Branca eher schmeichelhaft, für Schürmann dagegen fast abfällig klingen. Während dem Münchner ein „hoher Anspruch" einer „fast feudal anmutenden Architektur" bescheinigt wird, werden Schürmann „einfache, fast spartanische Baukörper", die Unterbewertung von räumlichen Ansprüchen und die mangelnde Qualität des Bibliotheksbaus angekreidet, der weder vom Bautypus noch von den Funktionen her seiner zentralen Bedeutung ganz gerecht werde und im Untergeschoß den wenig charmanten Charakter eines Magazins besitze.

Den „vielen meisterhaft entwickelten Einzelheiten von ästhetischem Reiz" bei Branca steht die Einschätzung gegenüber, Schürmanns Entwurf verspreche „nur wenige erlebnisreiche Innenräume".

Verlegene Argumente aus der Bundeshauptstadt

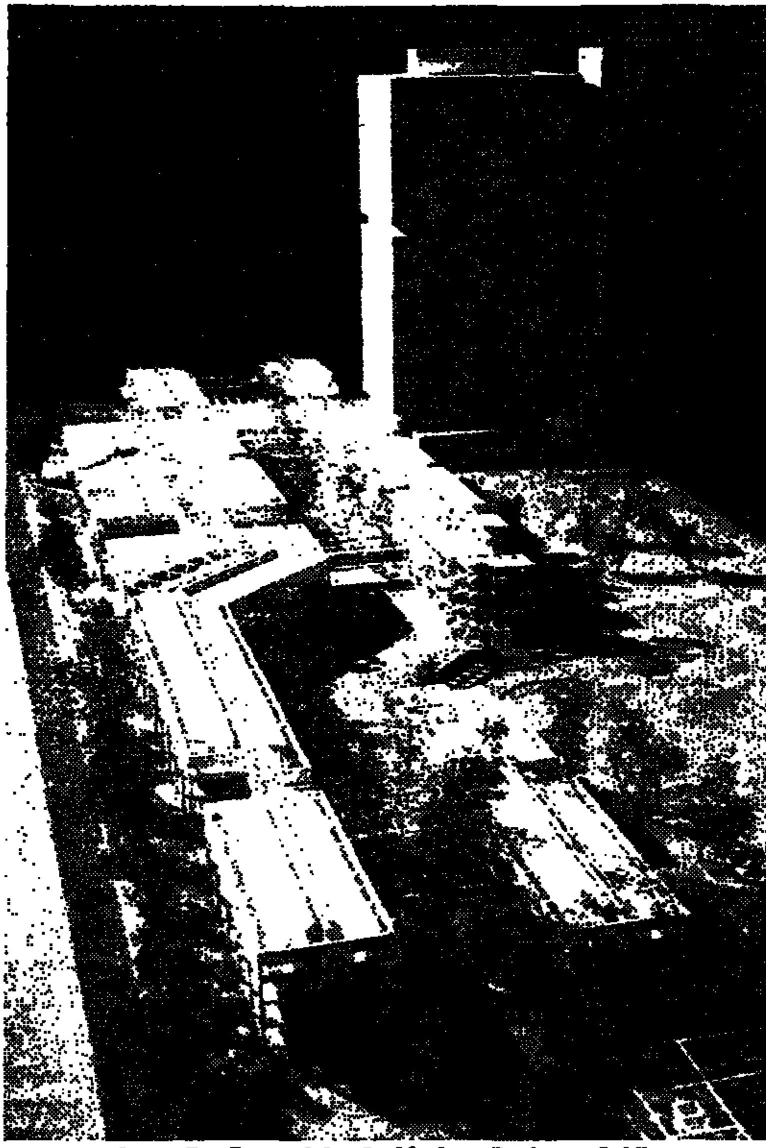
Alle diese Tatsachen konnten aber weder die Jury noch die Baukommission daran hindern, den Entwurf eines „Neu-Schleißheims" am Rhein des Architekten von Branca abzulehnen und sich für die „einfachen, fast spartanischen Baukörper" des Ehepaars Schürmann zu entscheiden.

Als Begründung wurden in Bonn eher verlegene Argumente genannt. Die Bauten von Brancas hätten mit ihrer „neuen Prächtigkeit" das Schwergewicht der Bundesbauten vom Plenarsaal weg und zu den „andienenden" Gebäuden hin verlagert. Aber die Neubauten, so Bundestagspräsident Stücklen, dürften nicht „das Dominierende" sein. Maßstab und Orientierung des Bundestagsviertelsmüßten nun einmal vom Zentrum der parlamentarischen Demokratie, also vom Gebäude des Bundestages selbst und seinen stilistischen Vorgaben, bestimmt werden.

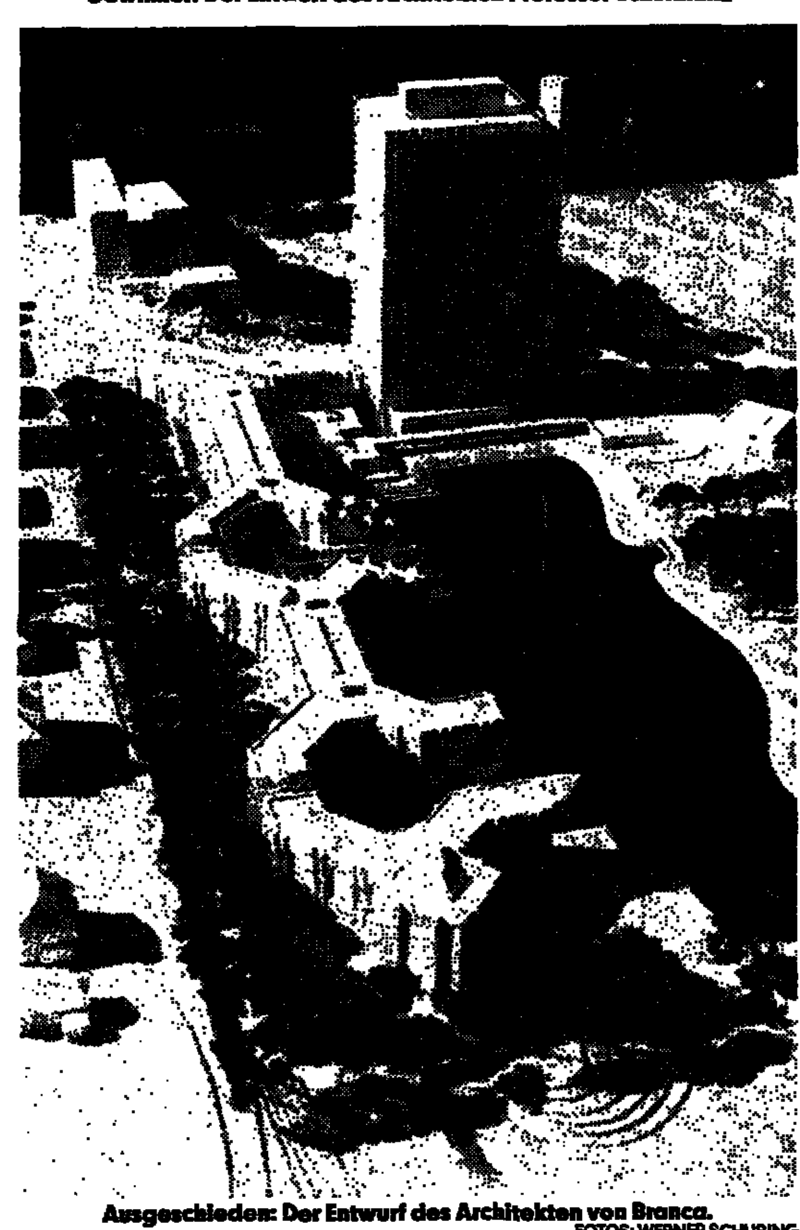
In diesem Zusammenhang klang der Hinweis Stücklens freilich decouvrierend, daß er nämlich „noch kein einziges Parlament in der Welt gesehen" habe, das „so primitiv untergebracht sei wie der Deutsche Bundestag". Primitivität als Maßstab und Orientierungshilfe für Bauentscheidungen des Bundestages?

Mitglieder von Jury und Baukommission räumten ein, daß in Bonn natürlich nicht entfernt so großzügig wie in Brasilia oder dem australischen Canberra gebaut werden könne. Selbst der Düsseldorfer Landtag *werde mit anderem Anspruch gebaut*, ganz zu schweigen von den Parlamentsbauten in zahlreichen Entwicklungsländern, die zum Teil mit deutschem Geld errichtet würden.

Was also wird aus der mit großen Hoffnungen angekündigten „Selbstdarstellung der deutschen Demokratie" in Bonn werden? Ein Ausländer sagte in der Bonner Pressekonferenz das despektierliche Wort: Freizeitarchitektur. Die Baukörper verlören sich ja förmlich unter den Kronen der Bäume. Von der „Zeichenhaftigkeit" eines Parlamentsbaus sei nichts zu sehen.



Gewinner: Der Entwurf des Architekten Professor Schürmann



Ausgeschieden: Der Entwurf des Architekten von Branca.
FOTOS: WERNER SCHÜRING

Stipendien für eine Brücke über den Atlantik

Es ist eine alte Erfahrung: Was man kennt, versteht man besser. Um das zuweilen gestörte Verständnis zwischen Amerikanern und Deutschen zu verbessern, hat die Robert-Bosch-Stiftung nun ein Stipendien-Programm für junge amerikanische Führungskräfte eröffnet.

Von PETER PHILIPPS

Deutschen wie Amerikanern der jüngeren Generation scheint vor allem in den Entscheidungsetagen der Politik das Verständnis füreinander abhanden gekommen zu sein. Es fehlt – ganz im Gegensatz zu den ersten Jahrzehnten dieser Republik die Antenne für die Sorgen, Nöte und Wünsche auf der jeweils anderen Seite des Atlantiks, die bei den Altvorderen ganz natürlich gewachsen war aus dem gemeinsamen *Erleben des Wiederaufbaus* und der Institutionalisierung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

Durch die Schwerpunktverlagerung in den USA von der Ost- an die Westküste ist dieser Trend noch verstärkt worden: In den Führungszirkeln der USA gibt es kaum noch Vertreter jener Generation, die aus eigenem Erleben einen Zugang zu Deutschland hatte. Und zwischen Rhein und Elbe ist etwas nachgewachsen, was Kraft, Engagement und Denkweisen des amerikanischen Partners allenfalls aus den Medien erfahren hat.

In der Bundesrepublik Deutschland beginnt man allmählich die Gefahren zu erkennen, die sich daraus ergeben können. Nichts wäre für die Bundesrepublik schädlicher – auch im Blick auf die Sicherheit –, als wenn sie die Amerikaner aus der Enttäuschung über deutsches Unverständnis heraus in einen neuen Isolationismus treiben ließe. Zu den ersten Konsequenzen, die aus dieser Erkenntnis gezogen werden, gehört eine Initiative der Robert-Bosch-Stiftung.

Botschafter Hillenbrand *wählt die Kandidaten aus*

Mit Hilfe eines neu eingerichteten Stipendien-Programms sollen von diesem Jahr an 10 bis 15 hochqualifizierte junge Amerikaner, Mitglieder aus dem Kreis des Führungsnachwuchses, jährlich zu einem siebenmonatigen *Studien- und Arbeitsauf*enthalt in die Bundesrepublik eingeladen werden. Die erste Gruppe wird derzeit gerade handverlesen und soll im September kommen. Ein deutsch-amerikanisches Komitee unter Vorsitz des ehemaligen Bonner US-Botschafters Martin Hillenbrand wählt in New York die Kandidaten aus.

Nach dem bisherigen Stand der Dinge werden der ersten Stipendiatengeneration drei Juristen, vier Wirtschaftswissenschaftler, zwei Journalisten und sechs Universitätsabsolventen aus dem Bereich Staatswissenschaften/*Internationale Beziehun*gen angehören. Sie alle kommen aus amerikanischen Spitzen-Hochschulen und haben bereits erste erfolgversprechende Berufserfahrungen hinter sich – sind mithin Bewerber, so die Bosch-Stiftung, „bei denen wir einen maximalen Multiplikatorenwert erwarten können".

Ein maßgeschneidertes Programm wartete auf jeden von ihnen: Seminare über Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in Deutschland, anschließend zwei dreimonatige Aufenthalte in den Führungsetagen von Bundes- oder Landesministerien, von Verbänden, Unternehmen und Medien. Zwei kurze gemeinsame Studienaufenthalte in Brüssel und Paris sollen die europäische Komponente zumindest streifen.

Die Stiftung hofft auf ein Pendant in den USA

Die Robert-Bosch-Stiftung, die darauf hofft, daß nach einer erfolgreichen Anlaufphase in den USA ein Pendant für deutsche Stipendiaten entstehen könnte, schließt mit diesem Programm für angehende Füh*rungskräfte eine Lücke. Denn bisher* gibt es nur für Schüler, Studenten und Wissenschaftler die Möglichkeit, an Austauschprogrammen mit den USA teilzunehmen. Dies ist offenkundig zu wenig gewesen. Auch die Parlamente in Washington und Bonn hatten dies erkannt und deshalb aus Anlaß der 300-Jahr-Feier der ersten deutschen Einwanderung nach Amerika im Oktober 1983 vereinbart, den Jugendaustausch erheblich auszuweiten. Bis zu 520 deutsche Schüler und junge Berufstätige sollen jährlich einen kostenfreien Aufenthalt in amerikanischen Familien verbringen können. Im Gegenzug entsendet der US-Kongreß amerikanische Jugendliche in die Bundesrepublik. Die 520 Bundestagsabgeordneten sind an der Auswahl der deutschen Amerikareisenden beteiligt, jeder Parlamentarier hat für einen Jugendlichen die Patenschaft übernommen.

Jedoch, während es für Schülerprogramme ausreichend Bewerber gibt, mangelt es beim Anschlußangebot: Seit vielen Jahren schon nimmt die Zahl der deutschen wie der amerikanischen Stipendiaten für Auslandssemester an Universitäten rapide ab. In Amerika liegt dies offensichtlich in erster Linie am nachlassenden Stellenwert der Bundesrepublik Deutschland, hierzulande sind es vor allem berufliche Gründe: Obwohl auch die Unternehmen immer wieder darüber jammern, daß die von der Universität kommenden Berufsanfänger im Gegensatz zur Eltern-Generation keine Auslandserfahrun*gen während des Studiums gesam*melt haben, tun sie selbst nichts dafür, entsprechende Anreize zu schaffen. Im Gegenteil: Wer einen Teil seines Universitätslebens außerhalb der deutschen Grenzen verbringt, hat nur noch größere Probleme, einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden.

Direktor Haag hat kaum Zeit, sich um seine Geldanlage zu kümmern. Und sein Vermögen wächst trotzdem?



Herr Haag arbeitet hart und verdient gut. Aber ihm fehlt die Zeit, sich um seine Geldanlagen zu kümmern. Das tun wir. Unsere Experten haben ihm eine ausgewogene Anlagemischung zusammengestellt. Sie besteht aus festverzinslichen Wertpapieren unserer beiden Hypothekenbanken, Investment-Anteilen und Immobilien-Zertifikaten. Mit einem Teil seines Geldes gehen wir für Herrn Haag an die Börse. Einen wei*teren Teil haben wir mehrwertsteuerfrei in* Goldzertifikaten in Luxemburg angelegt. Eine renditeträchtige und sichere Mischung also.

Außerdem sichert sich Herr Haag Steuervorteile durch den Petrofonds Nr. 4 und durch einen Bausparvertrag. Um alle diese Anlagemöglichkeiten zu nutzen, brauchte er nur zu *uns zu kommen. Denn wir bieten zur guten* Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.
Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft.* Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Denddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen – und dies bei jeder der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache.
Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,6 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum *wir eine so erfolgreiche Bankengruppe ge*worden sind.

DG BANK
Deutsche
Genossenschaftsbank

8 regionale
Zentralbanken

*
Bausparkasse
Schwäbisch Hall

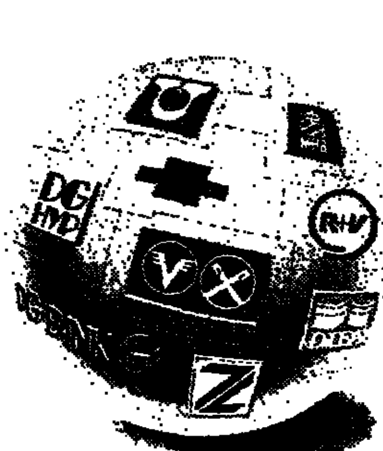
DG HYP
Deutsche
Genossenschafts-
Hypothekenbank

DIFA
Deutsche
Immobilien Fonds AG

Münchener
Hypothekenbank eG

R + V Versicherung

Union-Investment-
Gesellschaft



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

„Eine spürbare steuerliche Entlastung der Familie ist politisch unumstritten"

Schleswig-Holsteins Finanzminister Asmussen erläutert die verschiedenen Modelle einer Steuerreform

Die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs ist das steuerpolitische Kernstück der Regierungsarbeit in dieser Legislaturperiode. Fast täglich gibt es dazu in der öffentlichen Diskussion neue Vorschläge. Der Verfasser des folgenden Beitrags stützt mit dem Vorrang, den er der Haushaltskonsolidierung beimißt, den Stoltenberg-Kurs. Nachdrücklich favorisiert er – in Übereinstimming zumindest mit der Ländermehrheit – die Freibetragslösung.

Von ROGER ASMUSSEN

Die Diskussion um die steuerliche Entlastung der Familie – ein Schwerpunkt im steuerpolitischen Programm der Bundesregierung für 1984 – ist in vollem Gange. Das Ziel, eine spürbare Entlastung der Familie herbeizuführen, ist unbestritten. Unklarheit besteht nur noch über den Zeitpunkt der Verwirklichung und über den Weg, auf dem diese Entlastung bewirkt werden soll. Hier werden mehrere Modelle gehandelt: das Familien-Splitting und Kinderfreibeträge.

Das Familien-Splitting

Bei der reinsten Form des Familien-Splittings soll das Ehegatten-Splitting durch die Einbeziehung der Kinder mit ihren Einkünften in das Splittingverfahren zu einer Haushaltsbesteuerung ausgedehnt werden. Mit anderen Worten: Der Besteuerung wird das gemeinsame Einkommen von Eltern und Kindern zugrunde gelegt und der Splittingdivisor entsprechend erhöht, beispielsweise bei *zwei Kindern auf „4"*.

Dagegen bestehen allerdings erhebliche systematische Bedenken, denn Kinder sind in erster Linie Unterhaltsempfänger. Sie haben in der Regel – jedenfalls bis zu einem Alter von ungefähr 15 Jahren – kein eigenes Einkommen und entscheiden auch über die Verwendung des Familieneinkommens nicht in gleicher Weise mit wie die Eltern.

Zudem würde die Einführung des Familien-Splittings zu einer weiteren Komplizierung der Besteuerung führen. Zusätzlich zum Einkommen der Eltern müßten nämlich die Einkommensverhältnisse der Kinder in der Steuererklärung angegeben und von der Finanzverwaltung berücksichtigt und überprüft werden. Beim Lohnsteuerabzugsverfahren wäre eine Berücksichtigung der gesamten Familienverhältnisse des Steuerpflichtigen kaum noch möglich. Dies hätte *zur Folge, daß bei Familien in* erheblich größerem Umfang als bisher eine Veranlagung zur Einkommensteuer durchgeführt werden müßte.

Ernsthaft erwogen wird deshalb nur die Einführung eines abgemilderten Familien-Splittings, bei dem die Einkünfte der Kinder nicht miterfaßt werden. Lediglich der Splittingdivisor wird erhöht, um die Unterhaltsverpflichtung der Eltern gegenüber *den Kindern steuerlich zu berück*sichtigen, für jedes Kind dann allerdings mit einem niedrigeren Faktor als „1".

Ein weiterer erheblicher Nachteil dieses Verfahrens bestünde darin, daß sich in unteren Einkommensbereichen nur eine sehr geringe Entlastungswirkung ergäbe, so daß ergänzende Entlastungen – sei es durch einen zusätzlichen Freibetrag, sei es *durch Kindergeldzahlungen* – unvermeidlich wären. Mit zunehmendem Einkommen steigt die Wirkung des Familien-Splittings dann allerdings auf rund das 16fache der Entlastung bei kleineren Einkommen an. Eine derart unterschiedliche Steuerminderung wäre sozial nicht vertretbar; im oberen Einkommensbereich wären deshalb Kappungsregelungen unumgänglich.

Steuerliche Kinderfreibeträge

Ich halte deshalb den Ausbau der Kinderfreibeträge für sachgerechter.

- Kinderfreibeträge sind einfacher zu realisieren.
- Sie stellen unmittelbar auf die Verminderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ab.
- Die Entlastungswirkung könnte besser abgestimmt werden und wäre *für den Bürger verständlich.*
- Kinderfreibeträge eröffnen einfache Möglichkeiten für später erforderlich werdende Anpassungen.
- Sie vermeiden zu hohe Entlastungsunterschiede als Folge des progressiv gestalteten Steuertarifs.
- Das Ehegatten-Splitting-Verfahren wird in seiner geltenden Ausgestaltung, insbesondere hinsichtlich der hälftigen Teilhabe der Ehegatten am gemeinsamen Einkommen, gegen mögliche Eingriffsbestrebungen besser abgesichert.

Die Freibeträge müßten allerdings gegenüber den bis 1974 maßgebenden Werten (1. Kind 1200, 2. Kind 1680 und ab 3. Kind 1800 Mark) merklich angehoben werden, um das Existenzminimum des Kindes in etwa abzudecken. Anhaltspunkte können hier zum Beispiel die Unterhaltssätze für nichteheliche Kinder geben.



Roger Asmussen, Finanzminister in Kiel FOTO: SCHLÜNSER

Der Kinderfreibetrag gilt nur die üblichen Aufwendungen ab. Außergewöhnliche kinderbedingte Lasten wie etwa eine Körperbehinderung des Kindes oder eine auswärtige Unterbringung zur Berufsausbildung sollten neben dem Kinderfreibetrag zusätzlich berücksichtigt werden.

Auch bei einer Freibetragslösung nimmt die steuerliche Wirkung mit steigendem Einkommen zu; sie erreicht in der Spitze etwa das 2,5fache der Entlastung im unteren Einkommensbereich. Dies ist jedoch gerechtfertigt. Denn einerseits verlangt das Leistungsfähigkeitsprinzip den Abzug *leistungsmindernder* Aufwendungen – wie zum Beispiel kinderbedingter Kosten –; andererseits erfordert das Sozialstaatsprinzip eine progressive Besteuerung des verbleibenden verfügbaren Einkommens. Damit wirkt jeder Freibetrag mit steigendem Einkommen zunehmend entlastend. Wer diese Wirkungsweise aber beseitigen will, gefährdet die progressive Einkommensbesteuerung insgesamt.

Das Kindergeld als Auffangregelung

Für Kinder der sozial schwächeren Bevölkerungsschichten bringt jede steuerliche Regelung – ob Familien-Splitting, ob Kinderfreibeträge – ein Problem mit sich: Wer mangels ausreichender Einkünfte keine oder nur geringe Steuern zu entrichten hat, dem wird mit steuerlichen Entlastungsmaßnahmen nicht oder nur in geringem Umfang geholfen.

Für diesen Bereich sollte deshalb in jedem Fall ein ergänzendes Kindergeld vorgesehen werden, das bei bestimmten Einkommensgrenzen ausläuft. Auf diese Fälle muß das Kindergeld dann aber auch beschränkt und wieder zu einer reinen Sozialleistung umgestaltet werden, auf die nur der Anspruch hat, der bedürftig ist. Das setzt allerdings eine abgewogene Verzahnung von steuer*licher Entlastung und Kindergeld* voraus, die sicherstellt, daß die Leistungsbereitschaft nicht beeinträchtigt wird. Denn es wäre schlimm, wenn sich Bürger im Ergebnis finanziell schlechter stehen würden, weil ihr Einkommen durch erhöhten Einsatz aus bestimmten Einkommensgrenzen herauswächst.

Familienlastenausgleich und Tarifreform

Eine überzeugende Absenkung der Steuerprogression, verbunden mit einer deutlichen Familienentlastung, bedeutet erhebliche Steuerausfälle. Die begonnene Haushaltssanierung darf hierdurch nicht in Frage gestellt werden, denn für die angestrebte Wirtschaftsbelebung ist die Gesundung der öffentlichen Finanzen noch wichtiger als die Einkommensteuer*entlastung*. Das *wird es* unter Umständen erforderlich machen, die Verbesserung des Familienlastenausgleichs von der Tarifreform abzukoppeln und zeitlich vorzuziehen.

Warum viele Firmen schon jetzt das Weihnachtsgeld für 1984 zahlen

Arbeitgeber und Arbeitnehmer nutzen Gesetzeslücke aus / Einsparungen für alle Beteiligten

GISELA REINERS, Bonn

Es war ein Gefühl wie Weihnachten für die Mitarbeiter von Opel: Geradezu festliche Beträge fanden sich auf den Abrechnungen für Januar. Des Rätsels Lösung: Entsprechend einer Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung sind mit dem Januar-Entgelt auch schon das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld für 1984 – in Worten: neunzehnhundertvierundachtzig – ausgezahlt worden.

In seltener Einigkeit haben hier Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine kleine Lücke im Begleitgesetz für den Haushalt 1984 genutzt, das eine stärkere Heranziehung der Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld zur Entrichtung von Sozialabgaben vorsieht. Das Arbeitsministerium findet dieses Verhalten zwar „nicht solidarisch", aber rechtswidrig ist es nicht.

Bisher wurden Sonderzahlungen nur in dem Monat mit Beiträgen zur Sozialversicherung belastet, in denen sie gezahlt wurden. Beispiel: ein Arbeitnehmer verdient 3500 Mark, erhält im Juni ein halbes Gehalt als Urlaubs- und im November ein ganzes als Weihnachtsgeld, also einmal 5250 und einmal 7000 Mark. In der Rentenversicherung liegt die Grenze, bis zu der Beiträge entrichtet werden müssen, bei 5200, in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung bei 3900 Mark. Entgelte, die diese Beträge übersteigen, sind abgabefrei. Je höher die Beträge über den Bemessungsgrenzen liegen, desto günstiger für den Versicherten – und den Arbeitgeber, denn er zahlt jeweils noch einmal denselben Betrag an die Versicherungen. Deshalb sind viele Betriebe dazu übergegangen, alle Sonderzahlungen an einem Termin zu leisten, damit die erhöhten Beiträge nur einmal fällig werden.

Damit soll nun Schluß sein. In diesem Jahr werden nun die z. B. bis November aufgelaufenen Entgeltzahlungen den addierten Bemessungsgrenzen gegenübergestellt. Nach dem Beispiel 12,5 mal 3500 = 43 750 Mark. Demgegenüber stehen für die Rentenversicherung: 11 mal 5200 = 57 200 Mark. Es ist deutlich erkennbar, daß das Entgelt unter der Bemessungsgrenze liegt. Es müssen entsprechende Abgaben gezahlt werden, analog auch für die Kranken- und Arbeitslosenversicherung.

In diesem Januar stehen jedoch entsprechend dem Beispiel zweieinhalb Monatsentgelte nur einer Bemessungsgrundlage gegenüber: 8750 zu 5200 Mark. In diesem Monat sind also 3550 Mark beitragsfrei. Nach Berechnungen bei *Opel spart ein Arbeit*nehmer dabei je nach Einkommenshöhe etwa 330 bis 440 Mark. (Für diejenigen, die mehr als 5200 Mark verdienen, ändert sich nichts). Der Arbeitgeber spart entsprechend. Sein finanzieller Vorteil aus diesem Trick liegt jedenfalls höher als der Betrag, den er für die Vorfinanzierung der Sonderzahlungen aufbringen muß. Der Effekt vermindert sich allerdings von Monat zu Monat, weil die sich addierenden Beträge Ende März einholen: 3,5 x 3500 = 15 750 Mark Entgelt stehen 15 600 Mark aufgelaufener Bemessungsgrenze gegenüber. Auch im nächsten Jahr verfängt der Trick nicht mehr – dann wird die durchschnittliche Bemessungsgrenze des Vorjahres bei der Berechnung unterstellt.

*Schwierig wird es für den Arbeitge*ber, wenn sein Mitarbeiter in diesem Jahr noch den Betrieb verläßt. Er darf dann nicht einfach das letzte Monatsentgelt einbehalten, weil für die Pfändung von Lohn und Gehalt strenge Vorschriften gelten. Manche Firmen haben deshalb die Sonderzahlungen auf ein Anderkonto beim Notar geleistet, so daß der Arbeitnehmer erst bei Fälligkeit, z. B. im Juni *oder im November, über die Beträge* verfügen kann.

Geschäft mit Atomabfall bestätigt

dpa, Bonn/Paris

*Die Bundestagsfraktion der CDU/*CSU fordert von der Bundesregierung Aufklärung über den geplanten Export von deutschem Atommüll zur Endlagerung in der Volksrepublik China. Der forschungspolitische Sprecher der Fraktion, Christian Lenzer, teilte in Bonn mit, daß die Bundesregierung heute um eine entsprechende Berichterstattung im Forschungsausschuß des Bundestages aufgefordert werde.

Die Geschäftsführung des Hanauer Nuklearunternehmens Nukem GmbH hatte bestätigt, daß China in den nächsten Jahren Atommüll aus Westeuropa übernehmen und einlagern werde. Danach unterzeichneten Vertreter der China Nuklear Energie Industrie Corporation, der Alfred Hempel KG als Konsortialführer sowie der Nukem GmbH und ihrer Tochtergesellschaft eine Absichtserklärung, daß Brennelemente aus westeuropäischen Kernkraftwerken „endgültig in die Volksrepublik China verbracht werden" können. In einer Mitteilung der Nukem GmbH hieß es, das integrierte Entsorgungskonzept der Bundesrepublik, das keine Endlagerung, sondern eine Wiederaufarbeitung vorsehe, werde „hierdurch nicht berührt".

Mit Überraschung haben französische Experten gestern auf die Bekanntgabe des Abkommens reagiert. In Frankreich, wo in der Aufbereitungsanlage für abgebrannten Kernbrennstoff von La Hague ebenfalls deutscher Atommüll verarbeitet und vorübergehend gelagert wird, wurde der Vertrag im Wert von sechs Milliarden Dollar in erster Linie mit dem Bemühen Pekings um Devisen erklärt.

Mertes: Rücksicht auf die Interessen Israels

Staatsminister nimmt zum Thema Waffenlieferung Stellung

BERNT CONRAD, Bonn

Unerläßliche Voraussetzung deutscher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien ist nach den Worten des Staatsministers Alois Mertes (CDU) „die Rücksichtnahme auf die vitalen Interessen Israels". Bundeskanzler Helmut Kohl habe wiederholt klargemacht, daß Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik, die dem Frieden im Nahen Osten und den Lebensinteressen Israels zuwiderlaufen könnten, nicht in Frage kämen, hob Mertes gestern in einem Gespräch mit der WELT hervor.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt nahm damit unmittelbar nach seiner Rückkehr von einer Mittelamerika-Reise zu negativen Reaktionen auf den Kanzler-Besuch in Israel Stellung. Er versicherte, unter ausgewogener Nahost-Politik verstehe die Bundesregierung Fairneß gegenüber den legitimen Interessen aller Konfliktparteien. „Dazu gehört auch das Wissen um die Tatsache, daß im Namen Deutschlands Millionen von Juden, aber keine Araber erniedrigt, gequält und ermordet wurden. Wer das leugnet oder herunterspielt, schadet dem guten Namen des deutschen Volkes. Bundeskanzler Kohl hat an dieser Haltung weder vor noch während seiner Israel-Reise irgendeinen Zweifel gelassen."

Die Wachhaltung eines solchen geschichtlichen Bewußtseins würde nach Ansicht des CDU-Politikers „durch einen Anspruch des Staates Israel auf Mitbestimmung über die Außenpolitik des Staates Bundesrepublik Deutschland erschwert. Diese beruht auf Souveränität und Ethik. Sie entspricht den moralischen Grundlagen des Atlantischen Bündnisses. Sie tritt ein für Selbstbestimmung und gegen Fremdbestimmung, für friedliche Streitbeilegung und gegen gewaltsame Konfliktlösung."

Mit besonderem Nachdruck betonte Mertes den „unlösbaren Zusammenhang zwischen einem Verhandlungsfrieden im Nahen Osten, dem alle Konfliktparteien zustimmen müssen, der Sicherheit sämtlicher Staaten der Region und der gewaltfreien Verwirklichung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung". Auch das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes sei nur in Verbindung mit einem Verhandlungsfrieden für ganz Europa zu verwirklichen, der den Sicherheitsinteressen aller Nachbarn Deutschlands Rechnung trage.

Der Staatsminister stellte klar: „Eine Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes, das auf Israels Vernichtung abzielt und auf Gewalt nicht verzichtet, wäre eine Perversion dieses Menschenrechts. Im übrigen ist es erstaunlich, wie schweigsam viele arabische Staaten sind, wenn es um das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes geht."

Der CDU-Politiker hob hervor, Israel habe im Camp-David-Abkommen und bei der Räumung des Sinai bewiesen, daß es zu strategischen Konzessionen großen Gewichts im Interesse des Friedens bereit sei.

In „Sofagesprächen" mit der CDU steckt Berlins FDP Positionen ab

F. DIEDERICHS, Berlin

Berlin begeht die Woche des bedeutsamen Wachwechsels mit Gelassenheit. Wenn morgen um 13 Uhr im Rathaus Schöneberg der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker (CDU) vor dem versammelten Landesparlament seine Rücktrittserklärung verlesen hat und die Parlamentarier zu den Wahlurnen schreiten, so gilt die Neuwahl Eberhard Diepgens zum „Regierenden" und die Bestätigung der „alten" Weizsäcker-Senatsmannschaft als Formsache: Selbst größte Pessimisten erwarten von der historischen Stunde eine eindeutige Wiederwahl der Regierungskoalition, die ohne weitere personelle Veränderungen mit Blick auf den voraussichtlichen Wahltermin am 10. März 1985 einen makellosen christlich-liberalen Schulterschluß präsentieren will.

„Die FDP garantiert, daß auch unter einem neuen Regierenden Bürgermeister der gestaltende Einfluß liberaler Politik im Senat erhalten bleiben soll", formulierten die Freien Demokraten bereits im Dezember vergangenen Jahres. In welchen Bereichen jetzt die *Ideen der* FDP in der Regierungserklärung Eberhard Diepgens Niederschlag finden sollen, haben FDP-Spitzenpolitiker wie der Landesvorsitzende Walter Rasch in den vergangenen Tagen in „Sofagesprächen" den Christdemokraten an der Spree nahegebracht.

Die „mehrstrophige liberale Leitmelodie", *so der FDP-Jargon*, die gleichzeitig auch den Rahmen für den 85er-Wahlkampf absteckt, läßt einen Reigen landespolitischer Forderungen erklingen, die vom Thema S-Bahn über die Wohnungswirtschaft der Stadt bis hin zu deutschlandpolitischen Fragen reicht. Dabei schrecken die Freien Demokraten, im Bewußtsein ihres senatstragenden Selbstverständnisses, auch nicht vor Kritik am christdemokratischen Koalitionspartner zurück.

So koppelt die FDP ihre Forderung nach Reduzierung des „überproportional aufgeblähten öffentlichen Dienstes" in Berlin mit der Aussage, auch die CDU habe „ihre ordnungspolitische Position in wirtschaftlichen Bereichen" verlassen, die öffentliche Hand sei zum Selbstbedienungsladen „der Parteien" degeneriert. „Weniger Markt – mehr Staat" – mit diesem Slogan umschreibt die FDP dann auch die Absicht, hoheitliche und gewerbliche Tätigkeiten des Landes wieder auf private Sektoren zu übertragen. Die FDP denkt dabei zwar nicht an die teilweise stark defizitären Eigenbetriebe wie Stadtreinigung oder Brennstoffversorgung, will jedoch in diesem Bereich die Eigenbetriebsgesetze geändert wissen und dort eine scharfe Trennung von Personalvertretung und Verwaltungsrat anstreben.

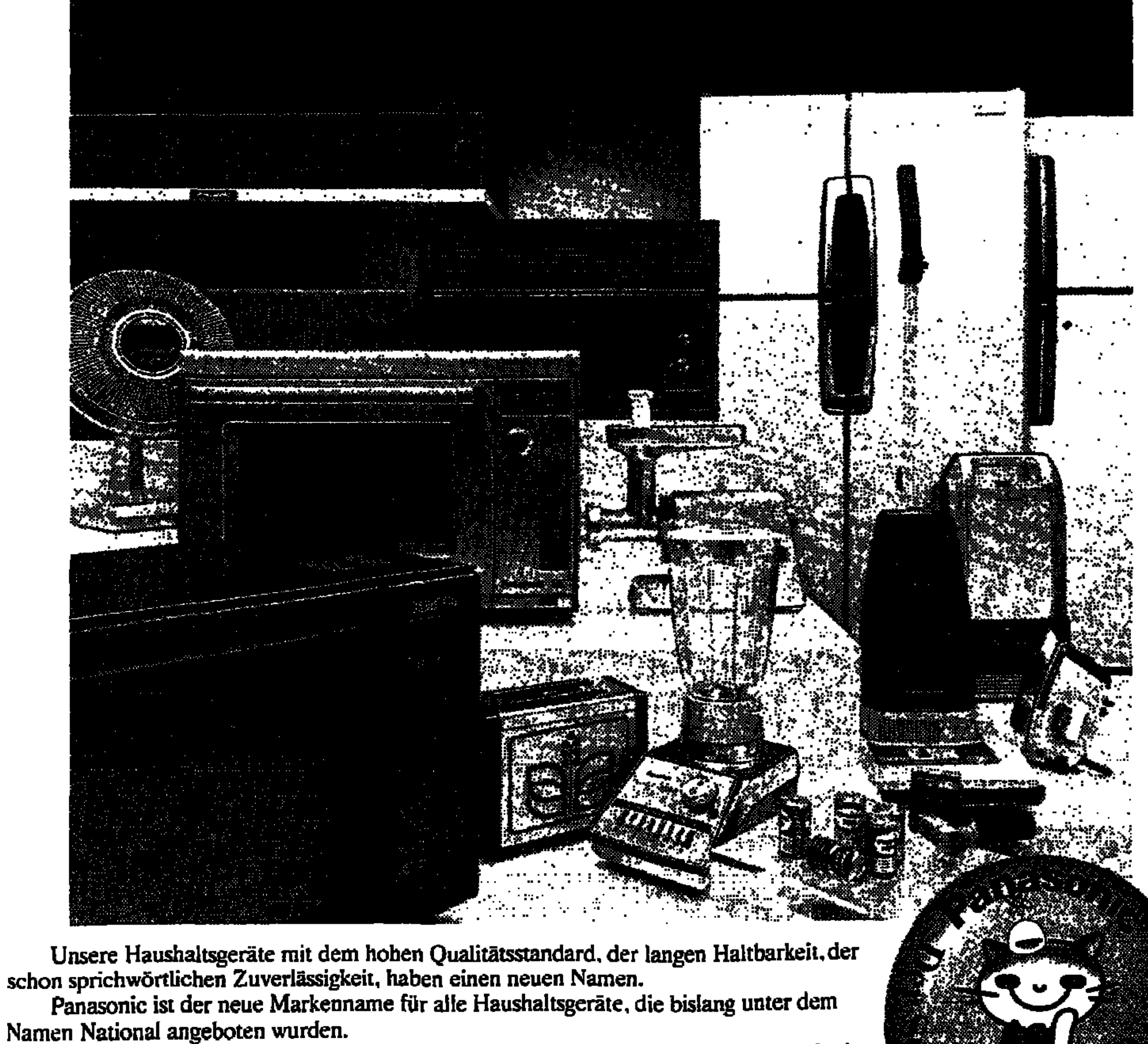
Neben einer möglichst schnellen Inbetriebnahme weiterer S-Bahn-Strecken erwartet die FDP vom Koalitionspartner Engagement in drei innerdeutschen Fragen, die den Berlinern besonders am Herzen liegen: Die Offenhaltung des Transitübergangs Staaken über das Jahr *1984 hinaus*, die Öffnung eines weiteren Übergangs im Süden Berlins an der Waltersdorfer Chaussee sowie eine Verbesserung der Reisemöglichkeiten nach Ost-Berlin und in die „DDR", wo Radfahrer bislang „außen vor" blieben. Kontrovers diskutiert wird schließlich auch die schon seit Jahren schwebende FDP-Forderung, Polizeibeamten durch Nummern- oder Namensschilder, wie jetzt in Hamburg bei Fußstreifen praktiziert, auszurüsten.

Die Regierungserklärung Diepgens, für den 23. Februar anberaumt, wird auch Antwort auf diese Frage geben müssen – eine Regierungserklärung ohne große Überraschungen, aber mit einem Programm, das erstmals rechtzeitig und vollständig mit dem Koalitionspartner abgestimmt werden konnte.

Wie sehr diesem allerdings die Nähe des liberal-autoritären Regierungschefs Weizsäcker fehlen wird, zeigten die Worte des FDP-Landesvorsitzenden Walter Rasch, als der Senat sich am Montag abend in kleinem Kreis zur „Abschiedsrunde" traf. Mit „sehr großem und starken Bedauern" stellte Rasch fest, daß der Eintritt der FDP in die Koalition im Juli 1981 „uns bei Ihnen natürlich nicht schwerfiel".

Nicht nur bei den Worten von Rasch, auch bei der Dankesrede von Innensenator und Bürgermeister Heinrich Lummer (CDU) für den scheidenden Parteifreund vermißten Beobachter an diesem Abend den Namen „Diepgen". So fehlte der Ausblick auf die Zukunft mit einem Mann, der sich die „großen Schuhe" seines Vorgängers nicht anziehen will.

Panasonic
Ein großer Name für Audio und Video.
Jetzt auch der Name für Haushaltsgeräte.



Unsere Haushaltsgeräte mit dem hohen Qualitätsstandard, der langen Haltbarkeit, der schon sprichwörtlichen Zuverlässigkeit, haben einen neuen Namen.

Panasonic ist der neue Markenname für alle Haushaltsgeräte, die bislang unter dem Namen National angeboten wurden.

Dieser Name steht für herausragende Innovation und entscheidende Fortschritte in der Unterhaltungselektronik. Panasonic gehört zu den weltweit führenden Marken im Bereich der Elektrotechnik und Elektronik, der Name steht für eine hohe Qualität und Zuverlässigkeit.

Panasonic Haushaltsgeräte—der Schritt in die Zukunft.

Panasonic elektro

Weitere Informationen sendet Ihnen: Panasonic Deutschland G.m.b.H., Winsbergring 15, 2000 Hamburg 54.

Windelen: Warum wir die „deutsche Frage" nicht aufgeben dürfen

Aus dem Vortrag des Ministers in Washington / Begründung des Kredits an die „DDR"

DW. Bonn/Washington

Bundesminister Heinrich Windelen sagte in seinem Vortrag während eines Seminars der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington: „Die Durchsetzung der Stationierung war von Anfang an auch ein deutschlandpolitisches Problem. Dies einmal wegen der Mahnungen, Warnungen und Drohungen aus Ost-Berlin, die seit 1980 in wechselnder Tonlage die deutsche Öffentlichkeit in beiden Staaten verunsichern sollten. Der Tenor war immer derselbe: Die Stationierung, wenn sie komme, werde das in den innerdeutschen Beziehungen Erreichte belasten, gefährden, bedrohen und weitere Fortschritte erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen.

Darüber hinaus wurde die Stationierung aber auch deswegen zum deutschlandpolitischen Problem, weil die Raketendiskussion in Teilen der Öffentlichkeit mit großer nationaler und internationaler Resonanz ins Grundsätzliche führte: zu Fragen der NATO-Strategie, der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland als nichtnukleare Macht, zur moralischen Zulässigkeit der nuklearen Abschreckung schlechthin, schließlich *zu Pazifismus* und *Neutralismus*. Diese Diskussion wird, so schätze ich, noch eine ganze Weile andauern. Sie ist eine Herausforderung an diejenigen, die in unseren Ländern politische Verantwortung tragen, an ihre Geduld und Standhaftigkeit, an ihre geistige und moralische Sensibilität und, nicht zuletzt, an ihre Fähigkeit, überzeugende Antworten zu geben, in Worten und Taten...

Das Ergebnis der vorgezogenen Bundestagswahl vom 6. März letzten Jahres war auch in dieser Hinsicht eindeutig. Nach wie vor gibt es in unserem Land keine Mehrheit für eine Politik, die auch nur dem Anschein der Distanz zum westlichen Bündnis unterliegt, sie unterschätze die Bedrohung, die von der Sowjetunion ausgeht, und ließe es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland auf die schiefe Bahn des Neutralismus gerät. Die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger, bis auf Randgruppen links oder rechts, weiß, wohin die Bundesrepublik Deutschland als freiheitlich-demokratisches Industrieland gehört und woran sie sich angesichts des machtpolitischen und ideologischen Gegensatzes zwischen Ost und West zu *halten hat*: an das Bündnis mit den westlichen Demokratien.

Die Bürger unseres Landes wissen sehr wohl, was die Entscheidung für die Nation bedeutet und immer schon bedeutet hat, nämlich die Teilung Deutschlands entlang der Linie des sowjetischen und des westlichen Einflußbereichs. Sie stehen zu dieser Entscheidung, auch weil sie wissen, daß die Deutschen in der DDR, hätten sie je die Entscheidungsfreiheit gehabt, nicht anders entschieden hätten. Dennoch, es ist eine Sache, aus rationalen Gründen für die eigene Freiheit auf Kosten der nationalstaatlichen Einheit zu optieren, und eine andere zu wissen, daß man sich damit auf unabsehbare Zeit von einem Viertel des eigenen Volkes trennt. Wenn auch die Größen Freiheit und Einheit unvergleichbar sind und die Freiheit Vorrang haben muß, es bleibt doch, und das bitte ich zu verstehen, ein Rest von Unbehagen, von schlechtem Gewissen, ja ich möchte fast sagen, von Schuldgefühl; denn wir dürfen ja nicht vergessen, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland mit der Freiheit zugleich auf der Sonnenseite des deutschen Nachkriegsschicksals leben.

Was ich begreiflich machen möchte, ist, warum die Politik der Bundesrepublik Deutschland das Thema ‚deutsche Frage' nicht abschreiben kann und nicht abschreiben darf. Sie kann es nicht abschreiben, weil das Bewußtsein der nationalen Einheit, trotz aller staatlichen und gesellschaftspolitischen Trennung, im Kern immer noch selbstverständlich und unversehrt ist...

Lassen Sie mich hier eine Bemerkung zum Begriff ‚nationalistisch' einflechten. Mir fällt bei der Lektüre der amerikanischen Presse immer wieder auf, daß diese mit dem Adjektiv ‚nationalistisch' allzu schnell und allzu leicht bei der Hand ist, wo immer von unserer Seite innerdeutsche oder gesamtdeutsche Gesichtspunkte im Rahmen der Ostpolitik des Bündnisses geltend gemacht werden. Ich finde das häufig ungerecht, denn unsere nationalen Sonderinteressen an und gegenüber der DDR sind nur allzu natürlich und dürfen Legitimität beanspruchen, solange sie nicht auf Kosten der Interessen der Demokratie und ihres Schutzes gehen, sondern ihnen vielmehr dienen.



Heinrich Windelen FOTO: WERNER SCHÜRING

Nach dem Verständnis der Bundesregierung verengt sich Deutschlandpolitik nicht auf das Verhältnis zur DDR, ist also nicht identisch mit unserer DDR-Politik. Deutschlandpolitik ist der außenpolitische und innerdeutsche Gesamtrahmen, einschließlich der rechtlichen Grundlagen unserer Politik, deren Ziel es ist, ‚auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt'.

Die Bundesregierungen der zweiten Hälfte der 50er bis in die 60er Jahre spürten die zunehmende Neigung der Verbündeten, zu Sicherheits- und Entspannungsarrangements mit dem Osten zu gelangen, ohne gleichlaufend Fortschritte in der Wiedervereinigungsfrage einzufordern. Die besorgte Haltung der damaligen Bundesregierungen hatten vor allem einen innenpolitischen Grund: Sie mußten befürchten, daß die Bindung an den Westen einschließlich Wiederbewaffnung nicht hielt, was man sich von ihr für die Lösung des nationalen Problems versprochen hatte.

Wie die Geschichte weiterging, brauche ich hier nicht zu wiederholen. Wichtig ist festzuhalten: Die Bundesregierungen und die öffentliche Meinung akzeptierten ab Mitte der 60er Jahre die Einsicht in die politischen Konsequenzen der militärischen Kräfteverhältnisse, der Sicherheitslage überhaupt, die Konsequenzen für die Lösung der deutschen Frage inbegriffen. Letztere rückte in eine ferne politische Zukunft. In den Vordergrund trat die Aufgabe, unter Nutzung der Möglichkeiten einer Modus-vivendi-Politik wenigstens die Folgen der Teilung für die Menschen erträglicher zu machen...

Man darf das Ausmaß an Zustimmung nicht unterschätzen, das diese Politik mit ihren Ergebnissen in den 70er Jahren in beiden Teilen Deutschlands gefunden hat. Vor allem, was die DDR angeht. Hier hat sich das innerdeutsche Sonderverhältnis zu einem psychologischen Besitzstand der Bevölkerung entwickelt, zu einer Erwartung, einem Anspruch an das Regime, den dieses zu enttäuschen sich hüten muß, ganz abgesehen davon, daß es dies auch gar nicht wollen kann, weil es selbst profitiert.

Der Anspruch der DDR-Deutschen auf das innerdeutsche Sonderverhältnis an die eigene Führung richtet sich natürlich, als Wunsch und Erwartung, ebenso an die Bundesregierung. Keine Bundesregierung kann darüber leichtherzig hinweggehen, zumal wir ja selbst wünschen, daß unter den Menschen dort nicht das Gefühl aufkommt, sie seien vom größeren, wohlhabenderen, freien und handlungsfähigeren Teil der Nation verlassen. Unsere Handlungen und Worte auf innerdeutschem Feld müssen stets auch als Botschaft an die Deutschen in der DDR verstanden werden.

Das spektakulärste Beispiel aus jüngster Zeit bietet der von der Bundesregierung garantierte Finanzkredit westdeutscher Banken über eine Milliarde Mark vom Sommer vergangenen Jahres. Die Situation der neuen Bundesregierung war nicht einfach. Sie hatte von Anfang an in der Stationierungsfrage klar ihre Prioritäten zu erkennen gegeben: Würde man sie vor die Wahl stellen zwischen innerdeutschen Beziehungen und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis, so würde sie zugunsten der letzteren entscheiden. Es läßt sich leicht vorstellen, wie die Nachrüstungsgegner dies hätten ausbeuten können. Überdies wußten wir, daß die Bevölkerung der DDR, von der östlichen Angstkampagne beeindruckt, ebenfalls um die innerdeutschen Beziehungen fürchtete. In dieser Lage war der Kreditwunsch der DDR durchaus hilfreich. Durch die Garantie konnte die neue Bundesregierung signalisieren, daß sie bei konsequenter Wahrung der Sicherheits- und Bündnisinteressen der Bundesrepublik Deutschland durchaus bereit sei, mit der DDR zu kooperieren. Nach allem, was wir wissen, ist das Signal auch so verstanden worden, zumal in der Kreditannahme auf dem Höhepunkt der Anti-Nachrüstungskampagne ja auch ein Eingeständnis der DDR lag, daß die Welt nach dem November nicht zu Ende gehen würde, was sich ja dann auch bestätigt hat."

CDU/CSU-Fraktion billigt Entscheidung über Wörner

Kritischer Kommentar der „Times" zu Bundeskanzler Kohl

rmc./DW. Bonn

Die Entscheidung von Bundeskanzler Helmut Kohl im Fall Kießling/Wörner ist gestern von der CDU/CSU-Fraktion ohne Diskussion gebilligt worden. Der Kanzler begründete sein Festhalten an dem umstrittenen Minister. Danach verwies der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger darauf, daß Kohl als Kanzler allein zu entscheiden hatte.

Die Probleme in dieser Affäre sind nach Dreggers Worten schwerwiegend gewesen, denn es sei um ein Ehrenwort, um Ehrenschutz und „damit um den moralischen Nerv der Armee" gegangen. Zugleich habe der Rechtsschutz des Betroffenen eine Rolle gespielt – und damit ein „Kernstück unserer rechtsstaatlichen Ordnung".

Der Fall beschäftigt von heute an das Parlament in Bonn. Nach einer Erklärung des Kanzlers vor dem Plenum, die nicht als Regierungserklärung deklariert ist, will der Verteidigungsausschuß seine Untersuchungen aufnehmen.

Den Rücktritt des Ministers hat der FDP-Landesvorstand Hamburg gefordert. Er wirft Wörner vor, seine Fürsorgepflicht gegenüber dem General gröblich verletzt zu haben. Der frühere Bundeskanzler Schmidt sieht in den Entscheidungen Kohls „mangelnde Entschlußkraft" des Kanzlers, dessen Kabinett ein „ähnlich ramponiertes Ansehen" habe wie vor knapp 20 Jahren die Regierung Erhard.

Auffallend kritisch hat sich die britische Tageszeitung „Times" mit der politischen Zukunft von Kohl befaßt. Unter der Überschrift „Israel-Flop und Kießling-Skandal können zu Kohls politischem Ableben führen", heißt es: „Die Zeiten für Kanzler Kohl sind schwierig. Nicht nur hat seine Entscheidung, Verteidigungsminister Wörner im Amt zu belassen, ätzende Kritik und noch mehr Belastungen für die Koalitionsregierung hervorgehoben, sondern sie hat auch im Ausland zu Zweifeln an seiner Führungskunst geführt. Kohls Besuch in Israel ist als Flop beschrieben worden, und Präsident Mitterrand soll bitter enttäuscht über den Kanzler sein."

Das Blatt bemerkt weiter: „Indem er nicht dem Ratschlag vieler Leute seiner eigenen Partei folgte, die wegen der Kießling-Affäre den Rücktritt Wörners befürworteten, hat sich Kohl Beschuldigungen ausgeliefert, er habe aus kurzfristigen politischen Motiven gehandelt und das Ansehen seiner Regierung geschädigt.

Schließlich schreibt die „Times": „Einige Kommentatoren meinten, der Skandal (um Kießling) könne der Anfang vom Ende der Ära Kohl sein. Selbst die konservative WELT, die normalerweise fest auf seiten der Regierung steht, bezeichnete das Festhalten an Wörner als das geringere Übel – aber immer noch als ein Übel. Die Bonner Dorfzirkus-Atmosphäre wird als innen- und außenpolitisch gleichermaßen schädlich angesehen, und Kohls Wahlreden für eine moralische und geistige Erneuerung gelten jetzt als scheinheilig. Leute in seiner eigenen Partei deuten an, daß Kohl eines Tages durch Finanzminister Gerhard Stoltenberg ersetzt werden könnte." Seite 2: Großer Rutenstreich

Auch SPD-Anhänger gegen 35-Stunden-Woche

Neue Daten der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF

S. HEYDECK/P. PHILIPPS, Bonn

Der SPD-Spitze, die eine breit angelegte Kampagne zur Unterstützung der Gewerkschaftsforderung nach Arbeitszeitverkürzungen gestartet hat, ist es bisher noch nicht einmal gelungen, eigene Anhänger zu überzeugen. Deutlich mehr als die Hälfte der sozialdemokratischen Klientel ist nach einer Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Im Januar waren nach der Erhebung, die das Institut jeden Monat für das ZDF durchführt, insgesamt 66 Prozent der Bundesbürger gegen das Tarifziel, mit dem insbesondere die IG Metall in die diesjährigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern geht. Aufgeschlüsselt nach Parteipräferenz ergab sich folgendes Bild: 84 Prozent der CDU/CSU-Anhänger und 74 Prozent der potentiellen FDP-Wähler waren gegen die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Lohneinbuße; 57 Prozent waren es im SPD-Lager. Nur bei den Grünen gab es eine Mehrheit für die Forderung der Gewerkschaften: 81 Prozent. Allerdings hieß es schon vor Wochen in der Fraktion der Grünen, der Kampf für die 35-Stunden-Woche sei kaum zu gewinnen. Aber man würde sich „solidarisch" mit den Gewerkschaften erklären.

Mit der Mannheimer Untersuchung bestätigt sich ein Trend, der die Verantwortlichen im DGB und in der SPD schon seit geraumer Zeit beunruhigt. Bereits im Dezember hatte eine Emnid-Umfrage für den Arbeitgeberverband Gesamtmetall ergeben, daß nur noch 29 Prozent der Arbeitnehmer die Stoßrichtung des Vorreiters IG Metall für richtig hielten. Selbst in den Reihen der Gewerkschaften gab es vor einem Monat erstmals eine Mehrheit dagegen. Die ÖTV, die selbst auch die 35-Stunden-Woche verlangt, hat in der Januar-Ausgabe ihres Mitgliedermagazins ausgerechnet, daß diese Form der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich einer Einkommensverbesserung von 14,3 Prozent entsprechen würde.

Positiver als noch im September sehen, so ein weiteres Ergebnis der ZDF-Umfrage, die Bürger die wirtschaftliche Entwicklung: Jetzt erwarten 29 Prozent „eine bessere Zukunft". Das sind sieben Prozent mehr als vor vier Monaten. Allerdings liegt dieses Ergebnis noch um sechs Prozent unter der Zahl vom April unmittelbar nach der Bundestagswahl.

15 Monate nach der Wende sind nur vier Prozent der Befragten davon überzeugt, daß diese bereits „vollständig" vollzogen sei. 55 Prozent sehen eine „teilweise" Wende und 41 Prozent „gar keine". Der Zustimmung der Union tut dies keinen Abbruch: Sie wird von 47 Prozent zur Zeit „bevorzugt". Damit konnte sich die CDU/CSU in der Wählergunst gegenüber November um drei Prozentpunkte verbessern. Exakt um diesen Satz ging die SPD zurück auf 39 Prozent. Unverändert liegen nach der Mannheimer Umfrage die Grünen bei sechs und die FDP bei vier Prozent. Ähnliche Ergebnisse brachte auch in der vergangenen Woche eine Infas-Erhebung.

Das Tauwetter zwischen Moskau und Tokio beschränkt sich auf Gesten

Japan hält an Anspruch auf die sowjetisch besetzten Nordinseln fest / Kreml rüstet weiter

FRED de LA TROBE, Tokio

An einer Feierstunde anläßlich des „Gedenktags für die japanischen Nordterritorien" nahmen am Dienstag in Tokio 1800 Personen einschließlich Ministerpräsident Nakasone und seiner Kabinettsminister teil. Alle Redner bekräftigten, daß Japan unbeirrt an seinem *Anspruch* auf die vier nördlichen Inselgebiete festhalten wird.

Nakasone betonte, seine Regierung werde über dieses nationale Anliegen weitere zähe Verhandlungen führen. Das Territorium wurde 1945 von den Sowjets besetzt und die ungefähr 14 000 dort lebenden Japaner ausgewiesen. Tokio hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder die Rückgabe des Gebiets gefordert.

Moskau hatte noch Ende der fünfziger Jahre angeboten, auf zwei der Inseln zu verzichten, rückte später jedoch von diesem Vorschlag wieder ab. Der strategische Wert des Territoriums hat sich für die Sowjets inzwischen auch entscheidend geändert: War er bis vor zwei Jahren militärisch noch kaum belegt, so sind dort jetzt eine volle Division der Roten Armee und eine Staffel Abfangjäger vom Typ MiG 23S stationiert. Außerdem befindet sich dort eine wichtige Basis der sowjetischen Fernostflotte.

Da Tokio die Rückgabe des Gebiets als Voraussetzung für eine Normalisierung der Beziehungen zu Moskau setzt, die Sowjets aber nicht bereit sind, dieses Thema zu erörtern, stoßen Versuche zur Normalisierung des gegenseitigen Verhältnisses immer wieder auf unüberbrückbare Differenzen.

Dennoch unternahm der japanische Außenminister Abe Anfang der Woche einen neuen Anlauf zur Entkrampfung des gegenseitigen Verhältnisses. Dabei geht es zunächst einmal um eine Normalisierung des Dialogs in Anknüpfung an die Initiativen des amerikanischen Präsidenten Reagan *zu neuen Abrüstungsgesprächen*. „Japan wird sich entschieden um bessere Beziehungen zur Sowjetunion auf der Basis eines aufrichtigen gegenseitigen Verständnisses bemühen", stellte Abe fest.

Auch Moskau hat signalisiert, daß es an einem besseren Klima und vermehrten Kontakten interessiert ist. Bei einem kürzlichen Treffen zwischen Abe und dem sowjetischen Botschafter in Tokio, Pawlow, strich der russische Diplomat den Wunsch seiner Regierung nach größerem Austausch auf wissenschaftlichem, technischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet heraus. Beide Seiten kamen überein, daß möglichst bald Gespräche auf hoher Ebene ohne Vorbedingungen beginnen sollten.

Abe forderte jetzt auch seinen sowjetischen Amtskollegen Gromyko auf, in Bälde Japan zu besuchen. Eine japanische Einladung aus früheren Jahren steht noch. Auch zu einem Treffen mit Gromyko in einem dritten Land erklärte sich der Außenminister bereit. Für nächsten Monat wollen die Japaner außerdem eine neue Runde von beiderseitigen Konsultationen auf der Ebene der Staatssekretäre vorschlagen.

Politische Beobachter in Tokio schätzen die Aussichten auf ein Tauwetter zwischen beiden Staaten dennoch als nicht sehr günstig ein. Dies Urteil basiert auf dem seit Jahrzehnten erstaunlich starren Japan-Kurs Moskaus, der keinerlei diplomatische Feinheiten erkennen läßt. Er hat Japan noch weiter an die Seite des Westens und Chinas geschoben, zu vermehrten Rüstungsanstrengungen Tokios geführt und ein großes japanisches Wirtschaftsengagement in Sibirien vereitelt. Angesichts der Krankheit Andropows und der Führungskämpfe im Kreml wird ein baldiger Kurswechsel Moskaus gegenüber Japan nicht erwartet.

Japanische Militärkreise registrieren mit Unbehagen, daß sich in der Folge der sowjetischen Hochrüstung das strategische Gleichgewicht in Ostasien zugunsten Moskaus verschoben hat. Allein das Drohpotential der auf China, Japan und Südostasien gerichteten SS-20-Raketen hat sich von 99 vor einem Jahr auf 144 erhöht.

Radio Moskau warnte letzte Woche in einer nach Japan ausgestrahlten Sendung: Nach der beabsichtigten Stationierung einer Staffel amerikanischer F-16-Abfangjäger in Nordjapan und der Bestückung von US-Kriegsschiffen in japanischen Häfen mit Tomahawk-Raketen bestehe akute Gefahr, daß das Inselreich ein atomares Schlachtfeld werde. Eine besonders schwere Breitseite feuerte Radio Moskau gegen Ministerpräsident Nakasone ab. Der sei ein getreuer Schüler der aggressiven Politik Washingtons. (SAD)

Gesicherte Alternativen für die Wahl des finanziellen Standorts.

Die WestLB ist die Bank der Finanzierungsalternativen. Sie kombiniert Kredit- und Anlageangebote zu Leistungsbündeln. Daher hat sie auch für Ihr Unternehmen das Finanzierungskonzept.

Das Konzerngeschäftsvolumen der WestLB von über 150 Milliarden DM bedeutet nicht nur Finanzpotential. Dahinter stehen Erfahrung, Können und Flexibilität.

WestLB Unternehmens-Finanzierung

Ein Schwerpunkt der WestLB liegt im langfristigen Kredit, bei der Investitions-Finanzierung und der Konsolidierung von zwischenfinanzierten Objekten. Zum Finanzierungs-Angebot gehören kurz- und mittelfristige Kredite wie auch Anfinanzierungen und Zusagen für langfristige Darlehen auf Vorrat. Dies sind Bausteine für ein geeignetes Finanzierungskonzept. Es beinhaltet auch die optimale Nutzung liquider Mittel. Fristengerecht und zinsgünstig angelegt. Als Einlage bei der WestLB oder in Wertpapieren.

WestLB Exportfinanzierung und Auslandsservice

Die WestLB finanziert Ihr internationales Geschäft: Ihre Exporte in DM und anderen internationalen Währungen. Dazu: Avale und sämtliche Garantien. Das Arrangement für An- und Zwischenzahlungen und die Finanzierung der local costs. Die WestLB bietet Ihnen umfassende Leistungen im kommerziellen Auslandsgeschäft. Sowie Kurssicherung von Forderungen und Verpflichtungen.

Für Ihre Auslandsstützpunkte beschafft die WestLB Finanzierungsmittel. Auch in lokaler Währung.

Ihre Erfolgschancen wachsen mit Ihrer Flexibilität. Dafür brauchen Sie eine flexible Bank.

WestLB
Westdeutsche Landesbank
Girozentrale
Düsseldorf Münster
Zentralinstitut
der Sparkassen in NRW

WestLB Ihr Finanzmanager mit Ideen



CSSR-Bischöfe kritisieren USA und den Kreml

AP/DW. Wien

In einem brisanten Hirtenwort haben drei slowakische Bischöfe und vier Kapitel-Vikare Produktion, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen ein „Verbrechen gegen die Menschheit" genannt. Sie verurteilten all jene, die die Wissenschaft zur Waffenherstellung und Gewaltanwendung mißbrauchten, die Beherrschung der Welt anstrebten und die Grundrechte der Menschen mißachteten. Diese Kritik gilt nach Auffassung von Beobachtern sowohl den USA wie der Sowjetunion. Die CSSR *hat sich bereit erklärt, als Reaktion* auf die Stationierungen neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa auf ihrem Gebiet neue sowjetische Raketen zu stationieren.

Schon im Dezember hatten sich Berichte von Unmutsäußerungen der tschechoslowakischen Bevölkerung über diese Stationierung gehäuft. Der „Ausschuß zur Vorbereitung freier Gewerkschaften" hatte die Staatsgewerkschaften kritisiert, einseitig die westliche Stationierung abzulehnen, und internationale Volksabstimmungen über die Mittelstreckenstationierung in allen Ländern gefordert. In mehreren Städten soll es Unterschriftensammlungen und Protestaktionen gegeben haben. Die Bürgerrechtsbewegung „Charta '77" hatte freie Diskussionen über den Frieden verlangt. (WELT vom 5., 12., 19. Dezember)

„DDR" beansprucht deutsche Geschichte

AFP, Berlin

Die SED-Zeitschrift zu theoretischen Fragen „Einheit" hat in ihrer jüngsten Ausgabe bekräftigt, daß die „DDR" ihren historischen Boden „in der gesamten deutschen Geschichte" habe. Das Blatt wies zugleich „den Vorwurf eines Alleinvertretungsanspruchs der DDR auf deutsche Geschichte" als „völlig absurd" zurück. Doch ergebe sich daraus, daß sich in *der „DDR" eine Nation entwickle*, die ihrem Charakter nach sozialistisch, ihrer ethnischen Herkunft nach deutsch sei, die „unabweisbare Konsequenz", die „gesamte deutsche Geschichte" von der Warte des Sozialismus zu verarbeiten.

Die „Einheit" schrieb, das Geschichtsbild der „DDR" lasse sich „keineswegs – wie manche bürgerliche Ideologen gern möchten – nur auf Gebiete begrenzen", die heute zur „DDR" gehörten.

Wörners Kreisverband gibt Strauß Absage

xhk, Göppingen

Der CDU-Kreisverband in Göppingen – Wahlkreis von Verteidigungsminister Manfred Wörner – hat sich gegen einen geplanten Wahlkampfauftritt von Franz Josef Strauß ausgesprochen, der für den baden-württembergischen Landtagswahlkampf am 21. März in Göppingen geplant war.

Zur Begründung erklärte der Geschäftsführer des Wahlkreises, Karl Heißler, die „Stimmung innerhalb der CDU in Göppingen gegenüber Strauß ist nicht gerade wohlwollend". Anlaß für die Verärgerung im Kreisverband sei die distanzierte Haltung von Strauß in der Kießling/Wörner-Affäre und zum Verbleib des Verteidigungsministers in seinem Amt.

„Europa trägt Mitverantwortung an den Ereignissen in Libanon"

Haltung und Optionen der libanesischen Christen / „Auch Israel bedroht" / WELT-Gespräch

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die libanesischen Christen fühlen sich durch die Angriffe der pro-syrischen und muslimischen Milizen in ihrer Existenz bedroht. Es gehe den Gegnern des „legal und übrigens auch von den Abgeordneten der Drusen und Schiiten gewählten Präsidenten nicht mehr nur um einen Umsturz, sondern um das Ausschalten der Christen als politisch wirkende Gestaltungskraft in Libanon und Nahost." Das sagt der Leiter des Bonner Büros „Résistance Libanaise" Camille Tawil in einem Gespräch mit der WELT. In der „Résistance Libanaise" haben sich die christlichen Parteien Libanons zusammengeschlossen. Ihr militärischer Arm sind die Milizen der „Forces Libanaises". Das bewußte Aussparen der Religionszugehörigkeit bei diesen Namen soll deutlich machen, worum es bei dieser Allianz geht: nicht um einen Glaubenskampf, sondern um die politisch und religiös pluralistische Nation Libanon.

Der Angriff der Schiiten, Drusen und Syrer *habe gerade* die Vernichtung dieser pro-westlichen Nation zum Ziel. Sollte das gelingen, so werde „auf libanesischem Boden eine Volksrepublik entstehen. Diese wird sich demokratisch, islamisch oder arabisch sowie libanesisch nennen und pro-sowjetisch ausgerichtet sein". Tawil : „Sie wollen das Land aus dem politisch-kulturellen Verbund der westlichen Welt ausbrechen. Deswegen greifen sie den christlichen Präsidenten und die Christen an, die allein die Werte der Demokratie und der Freiheit verteidigen. *Unterstützt werden die Rebellen* dabei einerseits von Syrien und der Sowjetunion und andererseits von den muslimischen Integristen und Fanatikern wie Khomeini und Khadhafi. Die Gefahr ist groß, daß der Staat Libanon von der Landkarte verschwindet."

Bei der Schlacht um Beirut habe der Westen viel zu verlieren. Und zwar „nicht nur einen treuen Verbündeten, sondern den zuverlässigsten Partner unter allen Ländern der arabischen Liga". Tawil: „Europa trägt Mitverantwortung an den heutigen Geschehnissen im Libanon. Sollte der Libanon untergehen, so wird der Westen diesen Verlust vor der Geschichte zu verantworten haben, so wie die Niederlage in Saigon."

Die Schlacht um Beirut hätte bereits begonnen, als die Syrer und ihre libanesischen Bundesgenossen die Annullierung des libanesisch-israelischen Abkommens vom 17. Mai 1983 forderten. Die Vereinigten Staaten haben damals, so Tawil, „die libanesische Regierung zur Unterzeichnung des Abkommens gedrängt und sich mit ihrer eigenen Unterschrift dazu verpflichtet, diesem Abkommen Respekt zu verschaffen. *Aber die USA* sind von Syrien getäuscht worden. Eine Großmacht kann es sich nicht leisten, sich mehrmals und auf die gleiche Weise betrügen zu lassen."

Washington müsse nun seine Verantwortung wahrnehmen um die letzten, verbleibenden Interessen der freien Welt in Libanon *zu retten*. Sollte Amerika nicht mehr über politische oder diplomatische Möglichkeiten verfügen, um Druck auf Syrien auszuüben, dann „sehen wir nur noch einen Weg, die Verteidigung mit Gewalt gegen das Vordringen der Syrer *und Sowjets und ihrer libanesischen* Verbündeten."

Die libanesischen Christen geben sich aber keinen falschen Hoffnungen hin. Tawil: „Alleine können wir nichts machen. Wenn das jetzige Regime gestürzt und ein pro-sowjetisches an seiner statt errichtet wird, wird es *einen libanesischen Babrak* Karmal geben. Beirut wird dann das Kabul des Mittleren Orients sein und wir werden in den bewaffneten Widerstand gehen als christliche Mudschahedin."

Möglichkeiten für ein Arrangement mit den jetzigen Gegnern des Regimes unter einem muslimischen Präsidenten sieht Tawil nicht. Ein solches Regime würde aus den Christen im Libanon Bürger zweiter Klasse machen und dem Land das rauben, was es bisher unter den Ländern der arabischen Welt auszeichnete, Freiheit und gleiche Rechte für alle Bürger. Tawil: „Wir werden kämpfen so wie wir es Jahrhunderte hindurch getan haben, um unsere Freiheit zu bewahren."

Nach den Worten des libanesischen Politikers fühlen sich die Christen vom Westen mißverstanden. Man habe vom Präsidenten immer verlangt, eine nationale Versöhnung mit seinen Gegnern herbeizuführen." Das Problem Libanons aber ist die Besetzung des Landes."

Wir glauben, sagt Tawil, „daß auch Israel bedroht ist. Jede Veränderung des Regimes in Libanon bedroht die Existenz des Staates Israel. Wenn die israelische Regierung meint, mit kleinen Verbündeten in den Grenzregionen die Sicherheit seiner Grenze gewährleisten zu können, täuscht sie sich. Die syrische Präsenz in Libanon *ist eine ständige Bedrohung für Israel* und für den Frieden in der Region".

Suchen USA Arrangement mit Syrien auf Kosten Beiruts und Jerusalems?

Jüdische Bedenken in Washington über Reagans Prioritäten im Nahen und Mittleren Osten

RAFAEL SELIGMANN, Bonn

Die militärische Zurückhaltung der USA in Libanon hat in einflußreichen jüdischen Kreisen in den Vereinigten Staaten Befürchtungen verstärkt, Washington könnte versucht sein mit Damaskus – auf Kosten Jerusalems – einen Ausgleich zu suchen.

Grundsätzlich bestehen die jüdi*schen Bedenken in Washington*, die von einflußreichen Kabinettsmitgliedern in Israel geteilt werden, bereits seit der Anfangsphase des Libanon-Kriegs im Juni 1982. Damals hatte Washington Jerusalem nach entscheidenden militärischen Erfolgen seiner Armee gegen die syrischen Streitkräfte daran gehindert, die syrischen Truppen vollständig aus Libanon zu vertreiben. Als Ursache dieser amerikanischen Politik sehen jüdische Vertreter, die gute Kontakte zum Präsidenten haben, Reagans geopolitische Betrachtungsweise des *Nahen und Mittleren Ostens*. Nach ihren Worten hat in Reagans strategischen Überlegungen der persisch-arabische Golf Vorrang: Der Präsident sehe Stabilität in dieser Region als Voraussetzung eines ungehinderten Zugangs Westeuropas und des Fernen Ostens zu den Ölfeldern Arabiens an. Davon wiederum hänge die Prosperität der westlichen Länder und somit die Stärke der freien Welt ab, meine der Präsident.

Reagan, so ein ehemaliger jüdischer Berater des Präsidenten, sei daher entschlossen, für die Stabilität der arabischen Golf-Staaten einen erheblichen militärischen Einsatz zu *leisten. Der Nahe Osten sei in den* global-strategischen Überlegungen Reagans nur drittrangig. Das aber bedeute, daß der Präsident entschlossen ist, Ruhe im Nahen Osten herbeizuführen, um eine Konzentration der amerikanischen Kräfte auf den Golf zu ermöglichen.

Der Libanonkrieg, von Israel als präventive militärische Maßnahme gegen die PLO und Syrien geplant, habe in Washingtons Augen das labile Gleichgewicht, das bis dahin im Nahen Osten geherrscht habe, gefährdet. Daher das unmißverständli*che Ersuchen, ja fast der Befehl des* Weißen Hauses an Israel, die syrische Armee in Libanon nicht vollständig auszuschalten. Denn Damaskus werde von der Reagan-Administration trotz anderslautender öffentlicher Erklärungen als vielfach unentbehrlicher Faktor für Stabilität in Nahost angesehen.

Darüber hinaus hege man in der Umgebung des Präsidenten die Hoffnung, Damskus durch Zugeständnisse aus der Abhängigkeit von Moskau zu befreien.

Daß Syriens Präsident Assad für Stillhalten in Nahost einen Preis von Washington verlangen werde, war im Weißen Haus bekannt, und es habe in der Administration vielfach die Neigung geherrscht, diesen Preis auch zu bezahlen. Es heiße Druck auf Jerusalem auszuüben, damit Israel die Golan-Höhen zurückgebe.

Das Verbleiben der syrischen Truppen in Libanon, das Washington erst möglich gemacht hatte, sowie die Unfähigkeit der westlichen Truppen in Beirut, die Assad offenbar als seine Geiseln betrachtet, ermöglichen es nun, den Preis höherzuschrauben: Assad fordert faktisch ein syrisches *Kondominium* über *Libanon. Nicht* nur von jüdischer Seite wird befürchtet, daß Washington angesichts des zunehmenden Drucks im Kongreß – vor den Präsidentschaftswahlen – versucht sein könnte, auch diesen Preis an Syrien zu zahlen.

Kinnock will auf alle Atomwaffen verzichten

In Großbritannien lebt die Nukleardebatte wieder auf

FRITZ WIRTH, London

Es ist die Zeit der eigenartigen und erstaunlichen politischen Premieren in Großbritannien, die kennzeichnend sind für die seltsamen ideologischen Verhärtungen der beiden großen Parteien. Denn nur wenige Tage, nachdem Premierministerin Margaret Thatcher das Eis ihrer bisher sehr starren Ostpolitik durchbrach und sich zum ersten Mal in ihrer fünfjährigen Amtszeit in ein Land des Ostblocks begab, beendet die britische Labour-Party ihren selbstauferlegten diplomatischen Isolationismus gegenüber den Vereinigten Staaten.

Die Reise Neil Kinnocks nach Washington in dieser Woche ist der erste offizielle USA-Besuch eines britischen Labourparteichefs seit vier Jahren. Sein Vorgänger Michael Foot hatte ein gestörtes Verhältnis zur Außenpolitik und ein besonders gestörtes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, die er seit über 30 Jahren nicht mehr besucht hat. Immerhin aber fand er in seinen Amtstagen als Oppositionsführer Anlaß und Zeit zu einem Besuch im Kreml.

Das alles soll unter Kinnock anders werden. Er hat bereits einen Besuch bei Präsident Mitterrand hinter sich und nach seiner USA-Reise sind Besuche in Bonn und in Rom geplant.

Erstaunlicherweise gab sich Kinnock zu seiner Amerikareise selbst ein höchst provokantes Entree, indem er vor amerikanischen Kongreßmitgliedern in London schärfer als je zuvor seit seiner Wahl zum Parteichef die antinukleare und unilateralistische Verteidigungspolitik seiner Partei definierte. Kinnock erklärte, daß er als Regierungschef niemals den Einsatzbefehl für irgendeine britische Nuklearwaffe geben werde, auch dann nicht, wenn im Kriegsfalle bereits sowjetische Nuklearbomben auf britischem Boden explodiert seien.

Mit diesem absoluten Verzicht auf nukleare Abschreckung sieht Kinnock folgerichtig auch keine Notwendigkeit für den Besitz britischer Atomwaffen. Er ließ die amerikanischen Politiker deshalb wissen, daß er unmittelbar nach dem Amtsantritt einer Labourregierung die sofortige Abschaffung aller britischen Atomwaffen anordnen werde. Während des letzten Wahlkampfs hatte die Labour-Party immerhin noch erklärt, daß sie das britische Nukleararsenal als Handelsobjekt für sowjetische nukleare Abrüstungskonzessionen benutzen.

Mit diesem radikalen Unilateralismus wird Kinnock nicht nur in Washington scharfe und mißtrauische Fragen provozieren, er wird mit diesem Kurs auch innenpolitisch auf Widerstand stoßen. Der SPD-Parteichef und frühere Außenminister David Owen wies gestern bereits auf die Widersprüchlichkeit des Verteidigungskonzepts Kinnocks hin: „Man kann nicht, wie Kinnock es tut, sich zur NATO bekennen und zugleich die kollektive Nuklearpolitik der Allianz ablehnen."

Kinnock steht mit diesem harten Unilateralismus auch in deutlichem Widerspruch zu seinem eigenen Stellvertreter Roy Hattersley, zu seinem Schatten-Außenminister Denis Healey, zum ehemaligen Premierminister James Callaghan und besonders zu Peter Shore, der im letzten Herbst gegen Kinnock um die Parteiführung kämpfte und verlor.

Shore hatte im Vorfeld dieses Wahlkampfes um die Parteiführung in einer Rede am 1. August des letzten Jahres den Kurs Kinnocks scharf verurteilt: „Wenn ich zum Parteichef gewählt werde, werde ich meinen Außenminister nicht nackt in einen Konferenzraum schicken", und fügte hinzu: „Den Unilateralisten, die das britische Nukleararsenal auflösen und sich auf das der Amerikaner verlassen, mangelt es an politischer Moral."

Shore klagte darüber hinaus den starken pazifistischen Flügel seiner Partei der „Kapitulation und das Appeasements" an. Er reflektierte mit dieser Äußerung auch weitgehend die Haltung James Callaghans, der heute noch von seinem linken Parteiflügel angeklagt wird, die Labour Party mit seinem Widerstand gegen die unilaterale Nuklearpolitik um den Wahlsieg gebracht zu haben.

Peter Shores eigener verteidigungspolitischer Kurs deckt sich weitgehend mit den Ansichten und Thesen, die in den letzten Tagen vom britischen „Atlantischen Komitee" veröffentlicht wurden, dem unter anderen der ehemalige RAF-Marschall Lord Cameron und Sir Frank Cooper, bis vor zwei Jahren der höchste Beamte im britischen Verteidigungsministerium, angehören. Das Komitee argumentiert, daß die gegenwärtige NATO-Strategie der „flexible response" unglaubwürdig geworden sei, da der Warschauer Pakt in der konventionellen Bewaffnung inzwischen hoch überlegen sei und damit die Schwelle für einen Einsatz von Nuklearwaffen der NATO zu gering geworden sei. Das Komitee plädiert für eine glaubwürdige Abschreckung der NATO mit konventionellen Waffen und zugleich für eine Reduzierung des westlichen Atomarsenals.

Gemeinsamkeiten Rumänien – NATO

dpa, Stockholm

Rumänien und die übrigen Ostblockländer sind offenbar unterschiedlicher Ansicht darüber, mit welchem Verhandlungsrezept ein Erfolg der europäischen Abrüstungskonferenz in Stockholm sichergestellt werden kann. Der rumänische Delegationsleiter verwies gestern auf Gemeinsamkeiten seiner Vorschläge mit denen der NATO im Bereich der technischen Maßnahmen zur Verminderung des Kriegsrisikos in Europa.

Sowjet-Angriff in Afghanistan

rtr, Islamabad

Die sowjetischen Truppen in Afghanistan haben nach Angaben westlicher Diplomaten eine Großoperation gegen die Stadt Istalef, 55 Kilometer nördlich von Kabul unternommen. Bei dem Angriff am vergangenen Donnerstag und Freitag seien möglicherweise mehrere hundert Menschen, darunter mindestens 50 sowjetische Soldaten, ums Leben gekommen. Istalef war bereits im Oktober bei Bombenangriffen zur Hälfte zerstört worden.

Anhörung über Brennelemente interessiert kaum

lz. Neunburg

Die erste Anhörung über eine deutsche Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte atomare Brennelemente begann gestern in der Stadthalle von Neunburg vorm Wald/Oberpfalz bei nur mäßigem Publikumsinteresse. Auch nur knapp ein Dutzend Demonstranten empfing die Interessenten mit Plakaten wie „Oberpfalz ja, Atompfalz nein".

Konkrete Fragen zu dem auf vier Milliarden Mark geschätzten Projekt, in dem jährlich 350 Tonnen Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken aufgearbeitet werden sollen, kamen am ersten Tag noch nicht zur Sprache. Vertreter von Bürgerinitiativen und alternative Wissenschaftler verzögerten den Einstieg in die sachliche Diskussion mit zahlreichen Befangenheitsanträgen gegen die Genehmigungsbehörde, das bayerische Umweltministerium.

Ihr Hauptargument war, das Ministerium habe sich längst für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage entschieden, um die Entsorgung der von der gleichen Behörde genehmigten Kernkraftwerke sicherzustellen. Ministerialrat Rudolf Mauker betonte dagegen, die Genehmigung für eine Anlage werde nur dann erteilt, wenn das atomrechtliche Verfahren sicherstelle, daß für die Umwelt keine Gefahr besteht.

Nach der Erörterung in Bayern werden Anfang März die Bürgereinwendungen gegen den niedersächsischen Aufarbeitungsstandort *Dragahn* behandelt. Spätestens im Herbst wird die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung (DWK) endgültig entscheiden, ob die Anlage bis 1992 in Wackersdorf oder in Dragahn den Betrieb aufnimmt.

Grüne: Bastian will Bedenkzeit

dpa. Bonn

Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Gert Bastian hat sich bis zum Wochenende Bedenkzeit erbeten, um seine Entscheidung über *Austritt* oder Verbleib in der Bundestagsfraktion der Grünen zu treffen. Nach einer fünfstündigen nichtöffentlichen Fraktionssitzung in Bonn, bei der ihm zwei wissenschaftliche Mitarbeiter für den Arbeitsbereich Abrüstung und Frieden bewilligt wurden, sagte Bastian gestern abend, er brauche zunächst Kontakt zu seiner Basis in München, die sich sehr für ihn eingesetzt habe. Der Abgeordnete Eckard Stratmann sprach in diesem Zusammenhang von einem „Sturm im Wasserglas".

Die Fraktion beschloß außerdem, eine Kommission einzusetzen, die bis Mitte März einen Stellenplan ausarbeiten soll. Ein Antrag Bastians, der die teilweise Auflösung der Bürogemeinschaften forderte, wurde mit Rücksichtnahme auf die zuständigen Parteigremien nicht behandelt. Nach Angaben von Fraktionssprecher Heinz Suhr sollen Fragen der Rotation in den Rechenschaftsbericht der Fraktion für die außerordentliche Bundesversammlung der Grünen Anfang März in Karlsruhe einfließen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Hier sehen Sie die vier besten ausländischen Limousinen bis 2500 ccm* der letzten vier Jahre.



* Der Saab 900 turbo wurde von den Lesern der „auto motor und sport" zum vierten Male hintereinander zur besten ausländischen Limousine bis 2500 ccm gewählt. Das hat dem Saab 900 turbo in seiner Kategorie noch kein anderes Auto vorgemacht. Der Saab 900 turbo ist eben im Gewinnen von Preisen ebenso einzigartig wie in seiner Technik. Fahren Sie dieses ungewöhnliche Auto bei Ihrem Saab-Händler Probe. Dann wissen Sie aus eigener Erfahrung, was den Saab 900 turbo so erfolgreich macht. Saab Deutschland GmbH, Berner Straße 89, 6000 Frankfurt/Main 56, Telefon (0611) 5006-1.

SAAB
Kraft und Verstand.



Lassen Sie Ihre Mitarbeiter doch miteinander arbeiten.



Herrn Direktor Stein mit Fräulein Groß. Fräulein Groß mit Verkaufsleiter Altmann. Verkaufsleiter Altmann mit Einkäufer Strauß. Einkäufer Strauß mit Buchhalter Wies. Buchhalter Wies mit Fräulein Groß.

Lassen Sie Ihre Mitarbeiter so einfach miteinander arbeiten, wie Wang es möglich macht. Mit seinem umfassenden Gesamtkonzept für die integrierte Bürokommunikation.

Für jeden Arbeitsplatz, für jede Abteilung, für das ganze Unternehmen erarbeiten wir Ihnen maßgeschneiderte Lösungen. Ganz gleich, was für eine Firma Sie führen und wie groß sie ist. Alle Computer-Systeme von Wang arbeiten reibungslos miteinander. Und mit nahezu allen anderen Systemen. In Text und Daten. Intern und extern. Jedes System ist maßgeschneidert für die Aufgaben seiner Abteilung. Eins paßt zum anderen. Alles ist nahtlos miteinander zu verbinden. Auch in Zukunft werden Sie jedes neue Wang-System an Ihr System anschließen können. Und anders als bei anderen wird auch die Software immer voll integrierbar sein.

In seiner Vielseitigkeit, seiner Perfektion und seiner Einfachheit ist Wang auch weiterhin unübertroffen. Das liegt daran, daß wir uns von Anfang an mit nichts anderem beschäftigt haben als mit integrierter Bürokommunikation. Weltweit. So haben wir auch eine Systemberatung und einen Service aufgebaut, der Ihnen für alle Aufgaben die richtige Lösung bietet. Nutzen Sie das.



WANG

The Office Automation Computer People.

WANG DEUTSCHLAND GMBH, LYONER STR. 26, D-6000 FRANKFURT/MAIN 71, TEL: 0611-6675400, WANG AG, TALACKER STR. 7, CH-8152 GLATTBRUGG, SCHWEIZ. WANG GESELLSCHAFT M.B.H., LINKE WIENZEILE 234, A-1150 WIEN, ÖSTERREICH.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nur vordergründige Kritik

„Europapolitiker bringen Licht ins dunkle Geschäft mit der Abtreibung"; WELT vom 30. Januar

Sehr geehrte Redaktion,

von „Auswüchsen des Forschergeistes", gar vom „Weg in die nazistische Doktrin vom unwerten Leben" ist die Rede. Gemeint ist die Verwendung menschlicher Föten zu Forschungszwecken. Doch erscheint mir die Aufregung und Kritik sehr vordergründig zu sein.

Gäbe es denn überhaupt solches „Forschungsmaterial" ohne die Riesenwelle von Abtreibungen, die in der Bundesrepublik offiziell 70 000 bis 90 000, in Wirklichkeit wahrscheinlich die doppelte Zahl an getöteten ungeborenen Kindern zur Folge hat? Von anderen europäischen Ländern mit zum Teil noch größerem gesetzlichen Spielraum für Abtreibungen gar nicht zu reden.

Hier und nirgends anders müßte das Entsetzen beginnen, müßte Monsieur Jacquinots „Internationaler Verein" ansetzen. Solange es keine moralische Ächtung der Kindestötung in der modernen Gesellschaft gibt, solange der Staat Abtreibung auch in solchen Fällen, in denen Leben und Gesundheit der Mutter nicht gefährdet sind, straffrei beläßt oder gar bis zu einer bestimmten Frist völlig freigibt, ist es Unfug, von „Mangel an Hemmungen" bei der Wissenschaft zu reden. Auch die Wissenschaft ist nur ein Teil der sie umgebenden Gesellschaft.

N. Mantel,
Bonn 2

Grundeinstellung

„Bundeswehr und die Probleme der Soldaten"; WELT vom 1. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine kurze Anmerkung zu o. a. Artikel: Als Zeitoffizier der Bundesmarine habe ich in vier Jahren die traurige Erfahrung gemacht, daß die jungen Offiziere in puncto „Menschenführung nach Dienst" von ihren Vorgesetzten nur sehr selten Anregung und Unterstützung erhalten, geschweige denn von persönlichen Vorbildern lernen konnten. Dieses Problem kann man m. E. nicht von „oben" lösen, sondern es ist eine Frage der persönlichen Grundeinstellung zum Dienst („Acht-Stunden-Mentalität").

Mit freundlichem Gruß
Chr. Tiessen,
Oberleutnant zur See d. R.
Hamburg 13

Mehr Vertrauen

„Skandinavien im Fadenkreuz der Sowjets"; WELT vom 16. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hut ab vor Ingo Urban und der Redaktion der WELT für die eindrucksvolle Dokumentation über die militärpolitische Lage im Baltikum.

In sehr lobenswerter, aber heutzutage gar nicht üblicher Weise hat der Verfasser seine Informationen aus erstrangigen inoffiziellen Quellen geschöpft, die auf unmittelbare Observationen der dortigen Bevölkerung zurückgehen. Das ist schon ein Wagnis gegenüber dem Zeitgeist. Denn heutzutage wird den offiziellen sowjetischen Desinformationsorganen sowie gewissen gezielten nachrichtendienstlichen Einschätzungen oft mehr Glauben geschenkt als Berichten von Ort und Stelle.

Mehr Vertrauen zu den kleinen unterdrückten Völkern und weniger Illusionen gegenüber dem großen Unterdrücker sind vonnöten. Das wäre in der Tat eine vertrauensbildende Maßnahme zwischen den Völkern. Hoffentlich verbleibt diese Dokumentation nicht ein Einzelfall.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. I. Alksnis,
Lund, Schweden

Wort des Tages

» Wir sind nicht dazu verdammt, die Geschichte sich wiederholen zu lassen. Es ist uns freigestellt, ihr in unserem Falle eine neue, noch *nie dagewesene* Wendung zu geben. Als Menschen sind wir mit dieser Freiheit der Wahl begabt, und wir können die uns auferlegte Verantwortung nicht auf Gott oder die Natur abwälzen. Wir müssen sie selbst auf uns nehmen. «

Arnold J. Toynbee, engl. Geschichtsphilosoph (1889–1975)

Positiver Hirte

„Pankraz, Hans Thoma und der Schweinehirt"; WELT vom 30. Januar

Sehr geehrte Redaktion,

so gern ich sonst die fast immer amüsanten und oft bitter notwendigen Pankraz-Artikel lese, diesmal muß ich als alter Humanist korrigierend eingreifen. Der „göttliche Sauhirt" ist bei Homer eine durchaus positive Figur und Helfer des Odysseus, sein Gegenspieler ist der Ziegenhirt.

Dr. K. Witte,
Hamburg 76

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

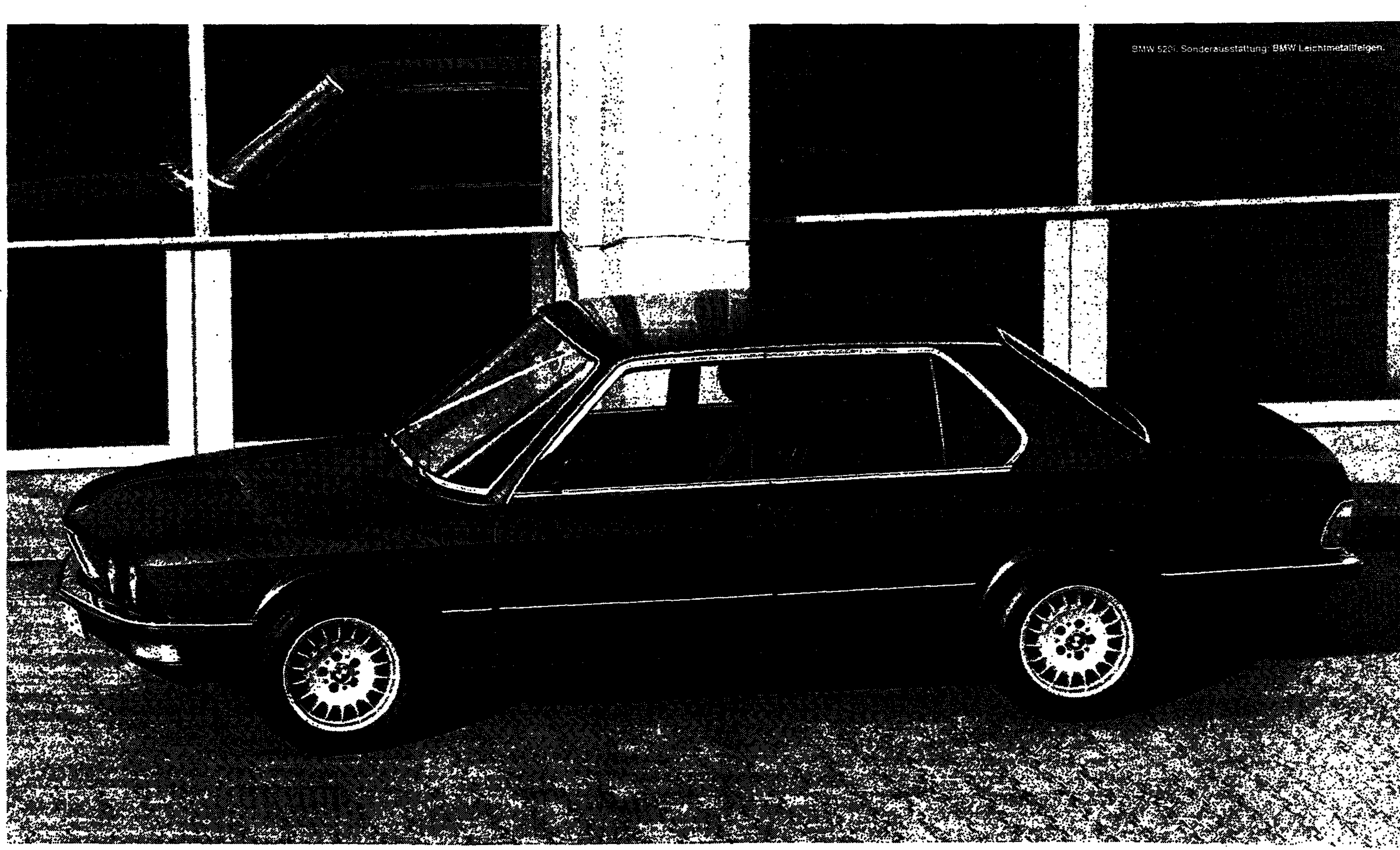
Karl Fürst zu Löwenstein, früherer Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, feiert am 8. Februar in Bronnbach an der Tauber in Unterfranken seinen 80. Geburtstag. Der Name Löwenstein ist seit mehr als einem Jahrhundert eng mit der Laienbewegung der katholischen Kirche in Deutschland verbunden. Der Großvater des Fürsten gründete 1868 das „Zentralkomitee der Deutschen Katholikentage", das unter seiner Führung zu einem bedeutenden Instrument im preußischen Kulturkampf wurde. Karl Fürst zu Löwenstein, dessen Vater ebenfalls das Zentralkomitee geleitet hatte, hatte die Präsidentschaft von 1948 bis 1968 inne. Unter seiner Leitung standen neun Katholikentage. In den fünfziger Jahren sorgte er für die ersten großen Hilfsmaßnahmen der deutschen Katholiken für die notleidenden Völker in Asien, Afrika und Südamerika. Und schon vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil bemühte er sich um gute Kontakte zum Deutschen Evangelischen Kirchentag. Gemeinsam mit seinem Freund **Reinhold von Thadden-Trieglaff**, dem Begründer der Evangelischen Kirchentage, leitete er regelmäßig ökumenische Zusammenkünfte, die viel zum Verständnis der Konfessionen beitrugen. Bayerns Kultusminister Professor **Hans Maier**, zur Zeit Präsident des Zentralkomitees, nannte von Löwenstein „einen der großen Männer, die nach dem Zweiten Weltkrieg das Haus der Bundesrepublik Deutschland mitaufgebaut haben, ohne je den Zusammenhalt aller Deutschen aus den Augen zu verlieren".

EHRUNGEN

Professor **Michael Raucheisen**, einer der ganz großen Pianisten in diesem Jahrhundert, wird am 10. Februar, an seinem 95. Geburtstag, Ehrenbürger seiner Geburtsstadt Rain am Lech. Raucheisen wurde als Liedbegleiter und als Kammermusiker international gefeiert. Der junge Raucheisen hatte in München zunächst Violine studiert. Er gehörte als erster Geiger dem Münchner Hoforchester an und betätigte sich als Organist in Münchner Kirchen. Der große Dirigent **Felix Mottl**, 1856 bis 1911 Generalmusikdirektor in München, gab ihm schließlich den Rat, in die Pianistenlaufbahn einzuschwenken. Von 1920 bis 1958 hatte Michael Raucheisen, der mit der Kammersängerin **Maria Ivogün** verheiratet ist, einen festen Wohnsitz in Berlin, wo er auch der Musikhochschule angehörte. Heute lebt er im schweizerischen Thun. Die Hochschule der Künste in Berlin gratulierte unter den ersten. In einer Würdigung schrieb Professor **Erich Andreas**, stellvertretender Fachbereichssprecher für Musik, Professor Raucheisen habe über Jahrzehnte das europäische Musikleben mitgeprägt und als Liedbegleiter und Kammermusiker für nachfolgende Generationen höchste Maßstäbe gesetzt.

*

Das hessische Kultusministerium hat Dr. **Elsie Kühn-Leitz**, Wetzlar, mit der Goetheplakette ausgezeichnet. Frau Kühn-Leitz hat sich in ganz besonderer Weise um die deutsch-französische Verständigung verdient gemacht. 1954 gründete sie in Wetzlar die Deutsch-Französische Gesellschaft, deren Präsidentin sie wurde. Frankreich ehrte sie mit dem Orden „Palmes Académiques". Die Stadt Avignon machte sie zur Ehrenbürgerin. Eine langjährige Freundschaft verband Elsie Kühn-Leitz mit dem Urwald-Arzt Dr. **Albert Schweitzer**. Aus dieser Freundschaft erwuchsen ihr Verständnis und ihr Engagement für die Rechte der Afrikaner. Das Haus Friedwart in Wetzlar wurde zum Treffpunkt für afrikanische Politiker, Studenten und Praktikanten. Das kulturelle Leben in Wetzlar selbst hatte Elsie Kühn-Leitz sofort nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in Gang gebracht mit der Gründung der Wetzlarer Kulturgemeinschaft. Die Stadt ehrte sie inzwischen ebenfalls mit den Ehrenbürgerrechten.



In der Spitzenklasse würde niemand 4-Zylinder akzeptieren.

Deshalb sind für anspruchsvolle Autofahrer auch in der gehobenen Mittelklasse 6-Zylinder so selbstverständlich wie bei BMW.

Was macht eigentlich Spitzenklasse beim Automobil aus?
Neben den technischen Qualitäten in jedem Detail, der umfangreichen Ausstattung und dem qualitativ hochwertigen Material in guter Verarbeitung ist es vor allem die Art, wie das Herz des Automobils, der Motor, seine Leistung entfaltet.
Und zwar nicht nur bei niedrigen, sondern vor allen Dingen auch bei höheren Drehzahlen.
Denn das Besondere eines aufwendigeren Automobils ist, daß man mit ihm gerade auch bei größeren Geschwindigkeiten ausgesprochen komfortabel reisen kann.
Und dafür ist Laufkultur und damit die Geräusch- und Streßarmut durch kultivierte Kraftentfaltung bekanntlich ein absolutes Muß.
Ein 6-Zylinder-Triebwerk schafft hierfür die besten Voraussetzungen.
Und da es weder technische noch ökonomische Gründe gibt, in der wirtschaftlichen Hubraumgröße von 2 l auf dieses Triebwerkskonzept mit seiner unvergleichlich höheren Laufkultur zu verzichten, hat jeder BMW ab 2 l Hubraum 6 Zylinder.
Allerdings – selbstverständlich ist das in dieser Klasse noch lange nicht.

Wenn Ihnen also ein 2-l-Automobil Spitzenklasse verspricht, sollten Sie prüfen, ob es wenigstens 6-Zylinder-Qualität zu bieten hat.

Bei Kennern verlieren selbst klangvolle Namen an Renommee, wenn ein Automobil der 2-l-Klasse nach 4-Zylindern klingt.
Wer ab 2 l Hubraum etwas anderes als einen BMW 6-Zylinder mit elektronischer Einspritzung fährt, verzichtet ganz einfach auf wesentliche Vorteile.
Schon beim BMW 520i kommt zur 6-Zylinder-Laufkultur die modernste elektronische Einspritzung mit Schubabschaltung.
Eine nicht nur besonders effektive, sondern vor allen Dingen auch umweltfreundliche Kraftstoff-Aufbereitung.
Das 5-Gang-Schongang-Getriebe ist sowohl im Hinblick auf Komfort als auch auf Ökonomie die ideale Ergänzung zum 6-Zylinder-Triebwerk und gehört deshalb ebenfalls zur Serienausstattung.
Das gilt auch für die intelligente elektronische Peripherie mit der individuellen Service-Intervallanzeige SI und der computergesteuerten Energie-Control EC.

Wenn Sie all das zusammenzählen, was der BMW 520i als Selbstverständlichkeit für sich verbucht, und was Sie bei anderen anspruchsvollen Automobilen gar nicht oder nur gegen Aufpreis erwerben können, werden Sie sicher unsere Ansicht teilen, daß man einen BMW fahren muß, um so gut wie in einem BMW zu *fahren*.

Lassen Sie sich also von Ihrem BMW Händler zeigen, was man heute von einem *fortschrittlichen Automobil* erwarten darf.

Die BMW der 5er Reihe.
Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.
BMW auf BTX ★ 209 #





● Heute werden die XIV. Olympischen Winterspiele in Sarajevo mit der offiziellen Eröffnungsfeier eröffnet. Das Eishockey-Turnier läuft bereits, heute sind keine Wettkämpfe.

ERÖFFNUNG

Sanda steht im Mittelpunkt

Rund 50 000 Besucher im Stadion Koveso und zwei Milliarden Menschen an den Bildschirmen in aller Welt werden heute zwischen 14.30 Uhr und 16.00 Uhr die feierliche Eröffnung der XIV. Olympischen Winterspiele in Sarajevo miterleben. Der Einmarsch der Nationen beginnt um 14.33 Uhr. Monika Holzner, die zum vierten Mal bei Winterspielen dabei ist, wird die deutsche Fahne tragen.

Eröffnet werden die Spiele durch Mika Spiljak, Vorsitzender des jugoslawischen Staatspräsidiums. Das olympische Feuer entzündet um 15.20 Uhr die jugoslawische Eiskunstläuferin Sanda Dubravcic, den olympischen Eid spricht anschließend der Skirennläufer Bojan Krizaj. Das ZDF überträgt die Eröffnungsfeier live von 14.25 bis 16.00 Uhr. Von 20.15 bis 21.00 berichtet das ZDF-Olympia-Studio. Seite 2: Sarajevo

FACKELLAUF

Griechen wollen nicht einlenken

Trotz eines Kompromißangebots von Peter Ueberroth, Präsident des Organisationskomitees der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles (LAOOC), ist der Streit zwischen dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) von Griechenland und dem LAOOC über die Vermarktung des olympischen Fackellaufs nicht beendet.

Ueberroth kündigte in Sarajevo an, der Lauf durch die USA werde von 19 000 auf 12 000 Kilometer verkürzt und nur die Hälfte der Etappen werde zum Verkauf (3000 Dollar pro Kilometer) angeboten. Das griechische NOK will seinen Widerstand gegen das Unternehmen dennoch nicht aufgeben. Bisher hat es auch auf die Einladung der Amerikaner, sich an Ort und Stelle zu informieren, nicht reagiert.

EISHOCKEY / Zulassungs-Wirrwarr und kein Ende: Fünf Spieler vom Olympia-Turnier ausgeschlossen – Andere Profis aber dürfen spielen

Österreicher Schmäh: „Bei uns ist eh' der Klammer der einzige Amateur . . ."

sid, Sarajevo

Wenige Stunden vor Beginn des olympischen Eishockey-Turniers schlugen in Sarajevo immer noch die Wellen der Erregung hoch. „Das alles ist unlogisch und unbegreiflich", meinte Österreichs NOK-Chef Kurt Heller zum Ausschluß seines Stürmers Gregory Holst, der Italiener Jim Corsi und Richard Bragnalo sowie der Kanadier Mark Morrison und Donald Dietrich. Die betroffenen Nationen erwogen kurzfristig sogar einen Boykott, der aber wegen der drohenden Folgen schnell fallengelassen wurde.

Ursache und Wirkung des Streits verdeutlichen, auf welch morschen Pfählen die Zulassungsbestimmungen gebaut sind. Der finnische Verband veröffentlichte nur deshalb seine viel diskutierte schwarze Liste, nachdem Torwart Hannu Kamppuri durch die IOC-Sportdirektion Monique Berlioux die Reamateurisierung verweigert worden war, weil er einmal als Profi in der World Hockey Association (WHA) gespielt hatte. Nach den stundenlangen Beratungen vom Montag aber dürfte Kamppuri in Sarajevo spielen, denn nur Profis oder Ex-Profis der National Hockey League (NHL) wurden ausgesperrt.

Somit kommt es zu dem Kuriosum, daß Kamppuri daheim vor dem Fernsehschirm sitzt, während in Sarajevo für Österreich beispielsweise Rick Cunningham um olympische Ehren kämpft, der in der WHA 323 Spiele für die Toronto Toros bestritt. Damit aber nicht genug. Alle Verbände wissen, daß nicht einmal die Spitze des Eisbergs zum Vorschein kam, als die Kanadier Mark Morrison und Donald Dietrich gesperrt wurden. Im kanadischen und amerikanischen Olympia-Team gibt es weit mehr Spieler, die ebenfalls Verträge mit NHL in der Tasche haben.

Die Italiener wußten nicht, ob sie lachen oder weinen sollten. Noch unmittelbar vor dem Abflug war den Sündern Richard Bragnalo und Jim Corsi versichert worden, es sei alles in Ordnung, schließlich wären ihre Pässe dem Eishockey-Weltverband (IIHF) vorgelegt worden. „Um so größer ist die Enttäuschung. Ich will sofort nach Hause", erklärte Bragnalo. Jim Corsi dagegen, einer der besten Torhüter bei der WM 1983, bleibt als Tourist in Sarajevo. Sein Vertreter Marco Capone mußte am Dienstag im ersten Spiel gegen Schweden in Watte gepackt werden. Denn der neue zweite Torwart Adriano Tancon und der ebenfalls nachnominierte Stürmer Marco Endrizzi können erst am Mittwoch anreisen.

Mit typischem Wiener Schmäh reagierten die Österreicher auf das Verhandlungs-Wirrwarr. „Der einzige Amateur bei uns ist eh' der Klammer Franz", hieß es im Austria-Team.

Um das Unverständnis jedermann sichtbar zu machen, wurde zwischenzeitlich erwogen, den gesperrten Stürmer Gregory Holst statt des Ski-Idols Franz Klammer zum Fahnenträger zu bestimmen. Allein der Gedanke löste Lachsalven aus. Weit ernsthafter sind dagegen schon die Bemühungen, Holst nun als Assistenz-Trainer in Sarajevo zu halten. Seine Position in der Eishockey-Mannschaft übernimmt der nachnominierte Helmut Koren aus Klagenfurt, der schon vor dem ersten Spiel gegen Finnland eintraf.

Alle Beteiligten waren sich am Eröffnungstag des Eishockey-Turniers einig, daß mit den fünf Sperren das letzte Wort wohl noch nicht gesprochen ist. Möglich, daß nun wieder ein Vorschlag des Düsseldorfer Weltpräsidenten Dr. Günther Sabetzki in den Vordergrund rückt. Sabetzki hatte schon bei den Winterspielen 1976 in Innsbruck erklärt: „Ich bin für ein gänzlich offenes Olympia."

Der Streit im Eishockey dürfte ein Vorgeschmack auf weitere Auseinandersetzungen bei den Fußballspielern sein, die in Los Angeles nur auf die Profis verzichten wollen, die schon einmal bei einer Weltmeisterschaft oder Weltmeisterschafts-Qualifikation dabei waren. Eine Klärung ist schon lange überfällig. Den entscheidenden Männern ist nur zu empfehlen, daß sie nicht wieder warten, bis etwa Dieter Schatzschneider oder Bernd Franke zum Beispiel schon in Los Angeles eingetroffen sind. (Siehe auch „Standpunkt" auf Seite 10.)



Fast wehmütig schaut der österreichische Eishockeyspieler Greg Holst, der nicht am Olympia-Turnier teilnehmen darf, auf einen Eishockey-Spielautomaten im olympischen Dorf. FOTO: AP

Olympia-Splitter

Ausgeschlossen: Der in München stationierte amerikanische Sender Radio Free Europe/Radio Liberty darf nicht von den XIV. Olympischen Spielen berichten. Diesen Beschluß faßte das Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees (IOC). Es folgte damit einem Protest des sowjetischen NOK.

Ungewißheit: Weil sich das sowjetische NOK erst kurz vor Beginn der Sommerspiele in Los Angeles anmelden will, hätten die USA keine Eile, die Frage der sowjetischen Anreise zu klären. Das erklärte in Sarajevo Peter Ueberroth, der Präsident des Organisationskomitees von Los Angeles. Die Sowjets verlangen Landerechte für Flugzeuge und Ankerrechte für Luxusdampfer.

Bürgerinitiative: Eine Bürgerinitiative gegen Olympische Winterspiele 1988 in Bad Reichenhall war ein riesiger Erfolg. 71,2 Prozent stimmten gegen die Spiele in Bad Reichenhall, 22,2 Prozent dafür, der Rest enthielt sich der Stimme. Die Initiatoren der Volksbefragung erwarten nun, daß Bad Reichenhall aus der Bewerbergemeinschaft ausscheidet.

Verletzt: Nun wird es wohl doch keine olympische Medaille für die deutsche Ski-Rennläuferin Irene Epple geben. Beim Training war sie bei einem Sprung in Rücklage geraten und unglücklich aufgekommen. Dabei zog sie sich eine Zerrung des Innenbands am linken Knie zu. Ihr Olympia-Start ist gefährdet. Beim dritten Training wurde Irene Epple dennoch Elfte. Schnellste war wiederum die Schweizerin Michaela Figini.

Qualifikation: Noch steht nicht fest, wer als vierter österreichischer Abfahrer neben Franz Klammer, Erwin Resch und Helmut Höflehner am Donnerstag starten wird. Die Entscheidung fällt beim heutigen Training zwischen Weltmeister Harti Weirather und dem Slalomspezialisten Anton Steiner. Die Schweiz nominierte endgültig Räber, Müller, Zurbriggen und Canthomen. Ausgeschieden ist Franz Heinzer, der Sieger von Val d'Isere.

Erkrankt: Der Ohlstädter Bobfahrer Anton Fischer hütet in Sarajevo mit fast vierzig Grad Fieber das Bett. Ihm machen starke Halsschmerzen zu schaffen. Nun bangt Fischer um seinen Einsatz bei den Zweier-Bobrennen am Freitag und Samstag.

Enttäuscht: Nur Platz 12 und 13 belegten die deutschen Rodler Rzeznizok und Schettel beim Dienstag-Training in Sarajevo. Am schnellsten war der Österreicher Sandbichler.

2:4 – USA beginnen mit Fehlstart

DW. Sarajevo

Um 13.33 Uhr war es gestern soweit: Durch das Tor des Finnen Jarmo Makitalo nach 17 Minuten und 24 Sekunden gegen Österreich im ersten Spiel des Eishockey-Turniers gab es das erste zählbare Ergebnis der Olympischen Winterspiele. Am Ende taten sich die Finnen beim 4:3-Erfolg dann sehr schwer. In der gleichen Gruppe B kamen die Kanadier zu einem 4:2-Erfolg über den Olympiasieger USA.

Die Jubelszenen, die die Amerikaner vor vier Jahren nach ihrem sensationellen Gewinn der olympischen Goldmedaille im ausverkauften Stadion von Lake Placid darboten, werden sich in diesem Jahr wohl nicht wiederholen. Und ob der amerikanische Präsident Ronald Reagan die Eishockey-Spieler nach dem Turnier ins Weiße Haus einfliegen läßt wie einst sein Amtsvorgänger Jimmy Carter, scheint noch unwahrscheinlich. Zu wenig boten die Amerikaner in ihrem ersten Spiel, um als aussichtsreicher Titelverteidiger angesehen zu werden.

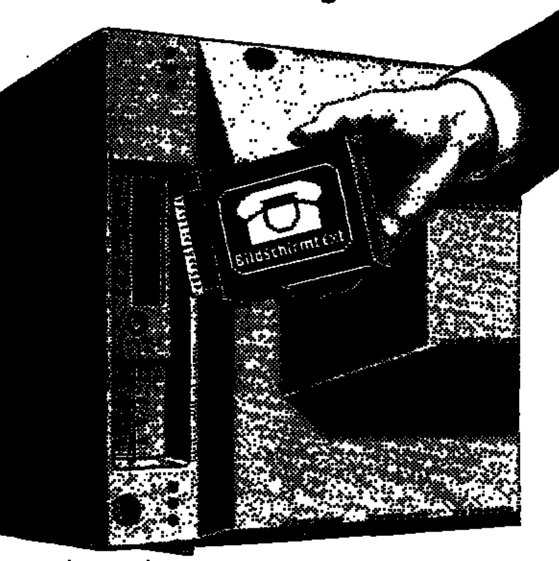
Schon nach 27 Sekunden des ersten Drittels bekam der Olympiasieger seine Grenzen aufgezeigt. Mit ihrem ersten Angriff schossen die Kanadier bereits die 1:0-Führung heraus. Und auch in der Folgezeit spielte das Team aus Kanada längst nicht so schlecht, wie es vor Turnierbeginn noch eingeschätzt wurde. Schon beim Aufbau wurden die Amerikaner durch geschicktes Forechecking der Kanadier gestört. Dazu machte Torwart Mark Behrend im Team der USA einen unsicheren Eindruck. Immer wieder konnte er den Puck nicht festhalten und sorgte so für zahlreiche gute Chancen der Kanadier, die sie auch zu einem Tor ausnutzten.

Die kanadische Mannschaft war auch nicht durch den Rückzug ihrer beiden Profis Dietrich und Morrison kurz vor Meldeschluß geschwächt. Dan Wood, der ebenfalls als Profi angeprangert worden war, aber dennoch gemeldet wurde, war der Torschütze zum vorentscheidenden 4:2 im letzten Drittel. Nach dem schwachen Spiel der Finnen gehören die Kanadier somit neben der CSSR zu den Favoriten der Gruppe B.

Schneider macht Fernsehen zukunftssicher.

Nur bei Schneider können Sie Bildschirmtext und Videotext einfach selbst dazustecken.

Wenn Sie heute ein neues Stereo-Farbfernsehgerät kaufen, treffen Sie die Entscheidung darüber, ob Sie morgen die Annehmlichkeiten neuer TV-Technologien nutzen können. Videotext, Bildschirmtext, Kabelfernsehen usw. stehen unmittelbar „vor der Tür."
Ein TV-Gerät muß deshalb mehr als gute Bildqualität und hohen Bedienungskomfort bieten. Es muß vor allem zukunftssicher sein.



● Neu und nur von Schneider: Videotext- und Bildschirmtext-Decoder (CEPT-Standard) werden mit einem Handgriff in den dafür vorgesehenen Kontakt gesteckt.

Montagekosten und Transport in die Werkstatt erübrigen sich. Genauso einfach können Eingabetastatur und Drucker angeschlossen werden – eine weitere intelligente Innovation von Schneider, dem Erfinder des Direct Contact Stecksystems „Schneider DCS".
● Auch für Kabel- und Satellitenfernsehen sind die Schneider-Stereo-Farbfernsehgeräte programmiert. Außerdem: anschlußbereit für Videorecorder, Bildplattenspieler, Heimcomputer, Telespiele und HiFi-Anlage.
Sie verfügen über: 100 Kanäle, 30 Programmspeicherplätze, 2-Ton-Empfang mit Kopfhörer/Lautsprecher, umschaltbar. Anschluß für 2 externe Boxen. Infrarotfernbedienung für alle Funktionen. Frontale Klangabstrahlung. Inline-Farbbildröhre. Elegantes „regalfreundliches Design" in colinalbraun und Nußbaum.
Schneider STV 6000, DM 1.648,-* (56 cm Bild)
Schneider STV 7000, DM 1.798,-* (67 cm Bild)
*) Unverbindliche Preisempfehlung.
Im Fachhandel und in Fachabteilungen.
Schneider. Intelligente TV-Technik.



Schneider Rundfunkwerke GmbH & Co., 8939 Türkheim

SARAJEVO / Skiläuferinnen Pelen und Serrat waren gedopt, bei Olympia aber dürfen sie trotzdem starten

Doping-Experte Donike hart attackiert

sid, Sarajevo

Zwei der besten französischen Ski-Rennläuferinnen wurden des Dopings überführt. Fabienne Serrat, vor zehn Jahren in St. Moritz Weltmeisterin im Riesentorlauf, und Perrine Pelen, die erfolgreichste Slalomspezialistin aller Weltcup-Rennen, sollen beim Weltcup-Riesenslalom am 29. Januar in St. Gervais gedopt gewesen sein. Der Olympiastart der beiden Französinnen steht offenbar aber nicht in Frage, weil der Internationale Ski-Verband (FIS) erkennen ließ, er wolle keine Schritte unternehmen. Die Dopingkontrollen wurden auf Veranlassung des französischen Ministeriums für Jugend und Sport vorgenommen, das in fast allen Disziplinen derartige Untersuchungen startet.

Mit Folgen haben die beiden Skiläuferinnen deshalb offenbar nur auf nationaler Ebene zu rechnen. Zwar hat auch die FIS in ihren Regeln die Möglichkeit verankert, derartige Kontrollen vorzunehmen, doch Gebrauch macht der Weltverband davon nicht.

Auch der französische Skiverband stört sich offenbar wenig an dem Untersuchungs-Ergebnis. Präsident Georges Coquillard erklärte, die beiden Läuferinnen würden wie geplant bei Olympia an den Start gehen. Weltcup-Chef Serge Lang dazu: „Ende der siebziger Jahre haben wir zuletzt bei fünf Rennen kontrolliert. Bei drei Läuferinnen war das Ergebnis positiv. Es wurde Ephidrin festgestellt, doch die Sache blieb ohne Folgen. Normalerweise müssen die Resultate annulliert werden, aber ich nehme an, daß eine Entscheidung erst nach Gesprächen fallen wird."

Der Kölner Professor Dr. Manfred Donike, der renommierteste Anti-Doping-Fachmann des internationalen Sports, ging in Sarajevo wie schon bei den Leichtathletik-Weltmeisterschaften im vergangenen Jahr in Helsinki nur lasch gegen Doping-Sünder vor. Dafür – das befürchten die Amerikaner – werden die Kontrollen bei den Sommerspielen in Los Angeles um so konsequenter sein. Dieser in


War gedopt, wird aber nicht bestraft: Fabienne Serrat. FOTO: RZEPKA

Kalifornien weit verbreitete und vom Organisationskomitee in Los Angeles (LAOOC) geschürte Vorwurf wurde von der einflußreichen „Los Angeles Times" auf der Pressekonferenz der medizinischen Kommission des IOC gegen Professor Donike gerichtet.

Der Kölner Biochemie-Professor setze gegen die Gastgeber der Sommerspiele härteste Auflagen zur Errichtung der Doping-Laboratorien durch. Zudem würden dem Organisationskomitee in Los Angeles immer höhere Kosten entstehen.

In Zeitungsinterviews war Donike zitiert worden, einige der bei der Leichtathletik-WM untersuchten Urin-Proben hätten Spuren des Mittels Somatropin enthalten. Jetzt wolle er davon nichts mehr wissen, meint die „Los Angeles Times". „Ich habe das nie gegenüber Journalisten behauptet", bestritt Donike die Behauptung. Die in Amerika unter dem Handelsnamen HGH bekannte Wachstums-Substanz wurde unter Sportlern kurzfristig als neues Wundermittel gehandelt. Es hat den Vorteil, nicht auf der schwarzen Liste zu stehen und bei herkömmlichen Analyse-Verfahren nicht nachweisbar zu sein. Bei den Sommerspielen werden die Doping-Analysen auch nach dem männlichen Wachstumshormon Nortestosteron und dem Aufputschmittel Koffein forschen, die in Sarajevo erstmals auf der Verbotsliste stehen.

NACHRICHTEN

Stein und Hartwig bestraft

Hamburg (sid) – Das Präsidium des deutschen Fußballmeisters Hamburger SV hat die beiden Spieler Uli Stein und Jimmy Hartwig mit einer Geldstrafe von jeweils 2000 Mark belegt. Torhüter Stein hatte bei der 1:3-Niederlage gegen Uerdingen die Ausführung eines Elfmeters unnötig verzögert und dafür die gelbe Karte erhalten. Hartwig wurde für ein Interview bestraft, in dem er seine Mannschaftskameraden hart kritisiert hatte.

Bojars stieß Hallenrekord

Riga (dpa) – Hallen-Europameister Janis Bojars (UdSSR) stieß bei den Leichtathletikmeisterschaften von Litauen in Riga die Kugel auf 20,94 Meter und erreichte damit sowjetischen Hallenrekord.

Pfaff eine Runde weiter

Chicago (sid) – Die Deutsche Meisterin Eva Pfaff (Königstein) erreichte beim internationalen Damen-Tennisturnier in Chicago die zweite Runde. Gegen die Französin Catherine Tanvier gewann Pfaff ihr erstes Spiel mit 6:4 und 6:4.

FUSSBALL / Zukunftsplanung bei Bayern München

Auf der Wunschliste Schuster ganz oben

sid, München

Präsident Willi O. Hoffmann und Manager Uli Hoeneß wollen den FC Bayern München wieder zur europäischen Spitze führen. „Udo Lattek bleibt in München, der erste Schritt ist somit getan", verkündeten sie voller Zuversicht. Morgen wird der Bayern-Trainer seine Unterschrift unter einen neuen Zwei-Jahres-Vertrag bis 1986 setzen. Für den Sommer kündigte man in der Vorstands-Etage des Pokalsiegers weitere personelle Veränderungen an.

„Wir werden uns noch mit einem torgefährlichen Mittelfeldspieler verstärken", zeichnete Hoffmann die Konturen der nächsten Jahre. Auf der Wunschliste des Bayern-Präsidenten rangiert Bernd Schuster obenan. Der Augsburger, von dem einige im 18köpfigen Präsidium des FC Barcelona seinen Verkauf fordern, steht in engem Kontakt mit den Münchnern.

Falls es mit Schuster (Hoffmann: „Er hat mir gesagt, daß für ihn der FC Bayern erster Ansprechpartner ist") nicht klappen sollte, hat Trainer Udo Lattek noch Lothar Matthäus im Visier, der neben seinem Klub Borussia Mönchengladbach auch noch vom 1. FC Köln und Hamburger SV umworben wird. Die Bayern sollen dem Gladbacher Mittelfeld-Star und Nationalspieler bereits 500 000 Jahressalär geboten haben. Allerdings will sich Matthäus erst am 21. März, an seinem Geburtstag, entscheiden, ob Isar, Rhein oder Elbe.

Besonders Mannschaftskapitän Karl-Heinz Rummenigge plädiert verstärkt für eine Verpflichtung des Gladbachers. „Auf alle Fälle muß es ein Klassemann sein, an dem sich auch die jungen Spieler orientieren können", sagt Hoffmann, dem vorschwebt, daß die Bayern Mitte und Ende der 80er Jahre „so souverän wie einst Real Madrid in Europas Spitze spielen".

Manager Uli Hoeneß mag an die weitere Zukunft noch nicht denken. „Erst müssen wir mal die Verträge mit unseren Spielern verlängern", sagt er. Bis Ende März sollen die auslaufenden Kontrakte mit Klaus Agenthaler (Hoffmann: „Da er Bayer ist, wird er bei uns bleiben"), Wolfgang Kraus, Michael Rummenigge, Bernhard Dürnberger sowie Dieter Hoeneß, dem ein Angebot eines italienischen Erstligaklubs vorliegen soll, verlängert werden. Dabei wird nach Willen von Hoffmann in Zukunft verstärkt nach Leistung und Zuschauer-Einnahmen honoriert werden.

Was den Bayern-Präsidenten optimistisch in die Zukunft blicken läßt, ist die Tatsache, „daß unter Lattek junge Spieler den Durchbruch schaffen können". Hoffmann: „Nur mit fertigen Stars formt man keine Spitzenmannschaft." Von seinem Angestellten Lattek ist Arbeitgeber Hoffmann begeistert: „Im Vergleich zu früher ist er abgeklärter, erfahrener und besitzt nach seinem Spanien-Aufenthalt die nötige internationale Erfahrung."

Keine Sorge bereitet den Bayern, wie Manager Uli Hoeneß versichert, die Tatsache, daß bei dem neuen Werbepartner Commodore Computer (eine Milliarde Dollar Umsatz jährlich) einige wichtige Leute nicht mehr im Amt sind. Die Aktien des neuen Sponsors (ab 1. Juli 1984) sind an der Börse zwar von 48 auf 28 Dollar gefallen, doch Hoeneß ist nicht beunruhigt: „Erstens ist unser Dreijahresvertrag über dreimal 1,1 Millionen Mark mit einer Bankbürgschaft abgesichert. Zweitens geht es der Firma blendend, auch wenn die Aktien der technischen Industrie allgemein in den Keller gefallen sind." Angst, ihr Geld nicht zu bekommen, haben die Bayern also nicht.

STAND PUNKT / *Die Flamme leuchtet, aber sie wärmt nicht . . .*

Eigentlich müßte man Schlittschuhe, Ski-Bretter und auch die Schreibmaschine in die nächste Ecke werfen und statt dessen sagen: „Nun macht mal ruhig so weiter." Denn irgendwann, und das wohl nicht eines allzu fernen Tages, wird scheinbar alles ein großer Scherbenhaufen sein: der Hochleistungssport und die gesamte olympische Bewegung.

Wenn aber heute die olympische Flamme über Sarajevo leuchtet, dann werden wieder die Medaillen gezählt: zwei für mich, vielleicht auch eine für dich. Und IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch, dieser Großmeister des sinnentleerenden Aktionismus, wird Gespräche führen, Gespräche über Gespräche. Und er wird repräsentieren. Da werden schon noch die potemkinschen Olympia-Wände wackeln, keine Bange.

Denn inzwischen wurden alle Probleme mit olympischer Logik, jener fast exotischen Form eigenwilliger Arroganz, vom Tisch gewischt: The games must go on.

Da macht es fast gar nichts, daß Eihockey-Spieler, die damit ihren Lebensunterhalt verdienen, mitmachen dürfen, während andere, die das auch mal versucht haben sollen, nicht spielen dürfen. Das sind halt die Segnungen des neuen Amateurparagraphen, und der gilt schließlich als beispielhafte Formel für angewandten Liberalismus. Die Ski-Olympiasiegerin Hanni Wenzel aus Liechtenstein wunderte sich auch darüber. Sie hatte eine sogenannte B-Lizenz gelöst, um fleißig Geld zu verdienen, doch davon keinen Gebrauch gemacht. Aber allein der sündhafte Gedanke, man könne, der hat sie nun zum Zuschauen degradiert.

Der amerikanische Sender Radio Free Europe kämpfte um seine Akkreditierung – vergebens. Das sowjetische NOK erhob Einspruch, weil es sich nach Moskauer Einschätzung um einen „Hetzsender" handelt. Radio Moskau darf freilich berichten, gewissermaßen als Inkarnation der olympischen Friedenstaube.

Daß man zwei französische Ski-Rennläuferinnen zuläßt, die ebenso attraktiv wie erfolgreich sind, aber hin und wieder mal zur Dopingspritze greifen, nun gut, wen stört das schon noch? Weder den Prinzen Alexandre de Merode aus Belgien, der der olympischen Mediziner-Kommission vorsteht, noch sonst wen.

Olympia '84 – das wird bei alldem nicht aufzuhalten sein, weder in Sarajevo noch in Los Angeles. Und wenn heute ab 15.28 Uhr das olympische Feuer brennt, dann wissen wir, daß es leuchtet, aber keineswegs wärmt. Alles wie gehabt.

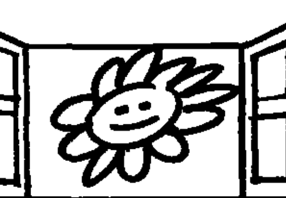
DW.

ZAHLEN

TENNIS

Damen-Turnier in Chicago (150 000 Dollar), erste Runde: Pfaff (Deutschland) – Tanvier (Frankreich) 6:4, 6:4, Gadusek – Piatek 6:1, 6:2, Rinaldi – Rehe (alle USA) 3:6, 6:3, 6:2, Shriver (USA) – Ruzici (Rumänien) 6:3, 6:2, Bassett (Kanada) – Leand (USA) 7:5, 4:6, 6:0.

Grand-Prix-Turnier, Herren, in Memphis (250 000 Dollar), erste Runde: Pecci (Paraguay) – van't Hoff (USA) 7:6, 3:6, 7:5, Odizor (Nigeria) – Wilkison (USA) 7:5, 7:6, Ocleppo (Italien) – Gilbert (USA) 6:4, 6:4, Krishnan (Indien) – Vasselin (Frankreich) 4:6, 6:1, 6:4, Fleming – Brown 6:1, 6:2, Teacher – Pfister 7:6, 6:4, Tim Gullikson – Korita 3:6, 6:4, 6:3, Tanner – Hooper 4:6, 6:3, 6:4, Buehning – Moor 6:4, 6:2, Testerman (alle USA) – Mitton (Südafrika) 6:7, 6:3, 7:6, Tom Gullikson (USA) – Edberg (Schweden) 7:6, 6:4.

Familien-Urlaub  in Ferienwohnungen und Ferienhäusern

INLAND

BAYERN



Spar-Kurzurlaub '84
Angebot: 2 Pers. DM 53,50 pro Tag, jede weitere Person im gleichen Appartement DM 10,- pro Tag. Anreise nach Wunsch bis 16. 6. 1984 und ab 1. 9. 1984 gültig, ausgenommen Feiertage und Karneval.
Umfangreiches Ferienprogramm
Ausflugsfahrten, Sport- und Unterhaltungsveranstaltungen je nach Jahreszeit, Angeln, Golfen, Klettern, Reiten, Wandern, Tennis (Plätze, Halle, Unterricht), Tischtennis, Minigolf, Volleyball, Freiluftspiele, Kegeln, Frei- und Hallenbad, Trimmpfad usw. Ferienkurse, Ferienfahrschule.
700 m, föhn- und nebelfreie Lage zwischen Ort und Wald, 1- bis 7-Personen-Wohnungen mit kompl. eingerichteter Küche, Du./WC, Kinder- und Elternschlafzimmer, geräumiger Wohnraum mit Eßplatz, Balkon, SB- u. a. Läden, Miet-TV, Restaurationen, Discothek, behindertengerechte Anlage.
Im größten Waldgebiet Mitteleuropas „zum Kennen- und Liebenlernen" eine interessante Aktiv-Ferienwoche zum 5-Tage-Preis in der Vor- und Nachsaison (zwei Wochen zum 10-Tage-Preis).

Happy-Weekend '84
Anreise Freitag/Abreise Sonntag bis 16. 6. 1984 und ab 1. 9. 1984 gültig, ausgenommen Feiertage und Karneval. Machen Sie mal ein richtig tolles Wochenende zu zweit oder mit guten Freunden. 2-Personen-Arrangement im 3-Raum-Appartement 180,- DM, Verlängerungstag ÜF 70,- DM. Jede weitere Person im gleichen Appartement 50,- DM, Verlängerungstag ÜF 35,- DM. Im Preis eingeschlossen zwei Übernachtungen mit Halbpension von Freitag abend bis Sonntag morgen inkl. 3-Gang-Candle-Light-Dinner am Samstagabend, Begrüßungscocktail, Tanz (Disco/Bar) und Zimmerüberraschung.
Schneereicher Wintersportort
Lifte, alpiner Skilift, Skilanglauf (58-km-Loipen), Schlittschuhlauf, Eisstockschießen, Schlittenfahren, Grillfeten, Kinderfeste, für jeden etwas . . .

Karneval + Skispaß
Anreise Freitag/Abreise Dienstag, 2.–6. März 1984, tolle Preise für tolle Tage. Eine interessante Alternative für alle, die kein Freund von Traurigkeit sind: man verwöhnt den Gaumen und erlebt vergnügte Stunden in froher Runde. Preis 2-Personen-Arrangement im 3-Raum-Appartement 350,- DM, Verlängerungstag HP 85,- DM, für jede weitere Person im gleichen Appartement 100,- DM, Verlängerungstag HP 50,- DM. Im Preis eingeschlossen: 4 Übernachtungen mit Halbpension inkl. Fastnacht-Buffet von Freitag abend bis Dienstag mittag, Kaffee und Berliner Pfannkuchen und Fastnachts-Cocktail im bekannten, großen Sommer- und Winter-Sport-Aparthotel
Ferienpark Bischofsmais
8379 Bischofsmais - Postfach
Telefon 0 99 20 / 2 41
Bitte Prospekt anfordern!

Ski-Osterferien zum Sparwochenpreis!
Gemütl. einger. Ferienwhg. – Altreichenau/Bayer. Wald (900 m), Küche, Dusche, WC, Radio, TV, Balkon, Schwimmbad, Sauna, Solar., Restaurant im Hause, viele Wander- u. Ausflugmöglichk., 1 Woche für 2–3 Pers. nur DM 195,- Miete/App. + NK, 1 Woche für 4–5 Pers. nur DM 250,- Miete/App. + NK.
Feriendienst Haus Bayerwald, 8391 Altreichenau, Tel. 0 85 83 / 6 96 u. 6 22

Kosbrunn
in der Fränkischen Schweiz: ideal für einen erholsamen Urlaub
– komfortable Ferienwohnungen
– herrliche Lage
– reizvolle Umgebung
– nette Vermieter
– vernünftige Preise
Ferienwohnungen für 2–6 Pers., Neubau, Endpreis: 28–42 DM/Whg.
Fam. Kärber-Zitzmann
Kosbrunn 12, 8570 Pegnitz
Tel. 0 92 41 / 24 69 od. 59 26 (abends).

Ferienwohnungen
2–6 Pers., ab 37,- DM pro Tag in Schwarzenbach a. d. Saale (Fichtelgebirge).
Marg. Hertel, Tel. 0 92 84 / 4 28
Kirchenlamitzer Straße 50
8676 Schwarzenbach/S.

Schliersee – Obb.
Ski-alpin, Ski-Langlauf, Eisstadion, komf. Ferienwhgen. mit Erker sowie Atelierwhgen. – Neubau beste Lage – Seenähe – alle Kureinricht. i. unmittelb. Nähe f. 2–4 Pers. je ca. 65 m² noch Termine frei.
M. Weltl, 8162 Schliersee, Perfallstr. 1c
Tel. 0 80 26 / 46 81

Garmisch-Partenkirchen
2-Zi.-Appartem., 1–4 Pers., Tel., FFS, Garage, Restaurant, Schwimmbad, Sauna im Hause, Tennis.
Telefon 0 51 03 / 25 45

Ferienapartm. u. Wohnungen
Oberstdorf/Oberallgäu und Blatten/Oberwallis
v. 2–6 Personen, beides neue Häuser.
Unterlagen: Inge Hoss, 6238 Hofheim 6, Elsterweg 1, Tel. 0 61 92 / 2 19 53

Rhön
Hallo, Urlauber! Suchen Sie exklusive Ferienwohnungen? Wir haben sie! In Oberelsbach OT Ginolfs/Rhön. Verschiedene Größenordnungen mit Loggien oder Terrasse, Südlage, Hallenschwimmbad, Solarium, Sauna, TT usw. Prospektmaterial anford. Fam. R. Deeling, Martin-Luther-Str. 20, 8740 Bad Neustadt/Saale, ☎ 0 97 71 / 70 91.

Bayerischer Wald
Komf. Ferienhs. bis 4 Personen, Südhang, Nähe Grafenau zu vermieten.
Tel. 0 40 / 6 93 78 27.

Ruhe + Erholung in verschneiter Oberpfalz. Großzügiges privat konzipiertes Landhaus mit allem erdenklichem Komfort wie Sauna, Farb-TV, Kamin, Bibliothek, 3 Schlafzimmern, Abfahrt-, Langlauf- und Wanderwege, idyllische Lage. Tel. 0 96 74 / 4 26 + 0 04 11 / 47 28 21

Ferienwohnungen
auf der Insel Lindau (B)
Tel. 0 71 53 / 7 11 73

Aschau/Chiemgau
gemütl. Komfort-Ferienwohnungen f. 2–6 Pers., in jahrhundertealtem, neu ausgebautem Bauernhaus. Wanderwege, Langlaufloipe am Haus, DM 42,- bis 89,-. Bitte fordern Sie unseren Hausprospekt an. Ferienwohnhaus Uphoff, Kampenwandstraße 100, 8213 Aschau, Tel. 0 80 52 / 27 79.

Bayerischer Wald
Landhaus – Ferienwohnung frei, pro Tag 50,- DM/4 Pers.
C. & L. Erdloff, Liebmannsberg 21½
8351 Grattersdorf, T. 0 99 08 / 3 90

Mittenwald
30 schöne Ferienwohnungen.
ALLWO-GmbH
Tel.: 0 88 23 / 50 21, 8102 Mittenwald, Am Ländbach 17

Rarität im Bayr. Wald
Urlaubsdomizil für Naturliebhaber. Umgebauter ehem. Bergbauernhof, Alleinlage im Wald bietet komf. Studioappartements mit Sauna und Bar.
Tel. „Schererhof" 0 85 81 / 10 78

1 Komf.-Appartem. Fichtelgebirge
3 Zi., Du., Kü., Farb-TV eign. Tel., Gar., ruhig a. Hochwald, ideal f. ält. Ehepaare a. m. Hund/Ski, Bäder, Tennis, Wald-Wandern. DM 350 p. Wo. priv. Dr. Chr., 8591 Nagel 0 92 36 / 2 17

Garmisch
Komf. Whg., zentral gel., gr. Ost-Süd-West-Balkon, Spülma., TV, Tel. Garg.
Tel. 0 23 06 / 1 34 28

BADEN-WÜRTTEMBERG

Bodensee
Überlingen-Nußdorf, schöne Ferienwohnung, Fahrradvermietung, Seesicht, 30,-/40,- DM
Tel. 0 73 35 / 69 69

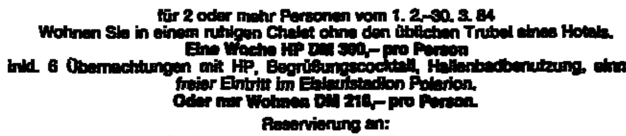
Bodensee
12 km von Überlingen, komf. Ferienhs., ruh. Lage, überd. Terrasse, Garten, 2–6 Pers., 70 m², 4 Zi., Farb-TV, HS 80,- DM, NS 50,- DM tgl.
Tel.: 0 28 71 / 4 37 53

Meersburg
Ferienwhg. f. 4 Pers., 2 Zi., Kü., Bad, Dachterr., See- u. Alpens., Wäsche u. Geschirr vorh.; Privatzi. bis 4 Pers., Übern. m. Frühst., eigen. Bad u. Gartenteil.
Tel. 0 75 32 / 99 53

Südschwarzwald
verm. 3-Zi.-Ferienhaus b. Badenweiler, Tel. 07 61 / 3 73 78

Bad Herrenalb
Ferienwohnungen preisgünstig, 2–5 Pers.
Tel. 07 21 / 4 23 79

KONSTANZ/Bodensee
2-Zi.-FW, ruhig, herrliche Seesicht, 4 Min. zum Standbad, 55–65 DM.
Tel.: 0 75 31 / 4 31 94 (4 31 34)



Bad Liebenzell
für 2 oder mehr Personen vom 1. 2.–30. 3. 84
Wohnen Sie in einem ruhigen Chalet ohne den üblichen Trubel eines Hotels.
Eine Woche HP DM 360,– pro Person
inkl. 6 Übernachtungen mit HP, Begrüßungscocktail, Hallenbadbenutzung, einmal freier Eintritt im Eislaufstadion Polarion.
Oder nur Wohnen DM 218,– pro Person.
Reservierung an:
Schwarzwald-Ferienpark
Am Hährenwald 1–3, 7263 Bad Liebenzell, Tel. 0 70 52 / 20 98



Schwarzwald – Münstertal
Ferienparadies in 30 000 m² Park
Zimmer mit allem Komfort, Ferienwohnungen – mit Hotelservice, absolute Ruhe, Terrasse, Liegewiese, Tennisplätze, beheiztes Freischwimmbad, Sauna, Massage. Bitte Prospekt anfordern. 78 16 Münstertal/Schwarzwald, Telefon 0 76 36 / 2 28. Familie H. u. M. Meyer



im Frühjahr und Sommer
Komfort-Appartm.-Haus, Rieslehofweg kompl. Kü., Tel., Farb-TV, Tiefgar., ruhige Südlage
Bitte Prospekte anfordern bei
M. Hoffmann, Comeniusstr. 29
6909 Leimen 3, Tel. (06224) 36 37
(Mo. – Fr. 17 – 20 Uhr)

BODENSEE!
3 schöne Ferienwohnungen m. Seesicht u. ein 1-Zi.-Apt. sowie Zi. m. Frühst. Genießen Sie den Bodensee u. dessen Schönheit d. Natur i. Frühling z. Baumblüte, i. Sommer z. Badezeit, i. Herbst in seiner Farbenpracht. Ideal z. Wandern.
Ewald Biller, 7767 Sipplingen, Maurenstr. 6, Tel. 0 75 51 / 6 13 73

Schönwald
Hochschwarzwald
Große Komf.-Ferienwohnung, Südbalkon, Garage, Farb-TV, im Kurzentrum. Eines der schönsten Winter- und Sommererholungsgebiete im Schwarzwald.
Telefon (0 74 43) 77 47

Südschwarzwald
2 Ferienwohnungen 2 u. 5 Pers. verm.:
St. Blasien-Menzenschwand
Tel. 07 61 / 40 38 12
Kühn, 7802 Merzhausen, Alte Str. 27

FW - Kniebis, Oppenau
gute Ausstattung u. Lage
Anfr./Prosp.: Tel. 0 78 04 / 22 96

OSTSEE

Urlaub an der Ostsee
Heiligenhafen
kompl. eingerichtete Appartements zu vermieten. Prospekt anfordern:
Aquamarina, 2447 Heiligenhafen
Steinwarder 11, Ruf 0 43 62 / 67 82

Glücksburg
1-Zi.-Lux.-App. frei; 34 m², Kurstrand, herrl. Seeblick, Sauna, Schwimmbad, TV, Küche, Garage, bis 3 Pers.
Telefon 04 61 / 9 19 50

Grömitz/Ostsee, Hanse-Haus,
direkt am Kurzentrum, voll möbl. Appartements zu vermieten, Wochenpreis VS/HS 370/600 DM.
Tel. 0 45 62 / 5 11

Grömitz – Villa am Meer
1½-Zi.-Kft.-Ferienwohnungen für 4 Pers., direkt am Strand, sonnig, sehr großer Balkon. Tel. 0 40 / 44 43 40.
Bernhard v. Appen
Ballerstr. 50, 2 HH 13

Ostseebad Scharbeutz
exkl. Ferienwohnung, 70 m², 5–6 Schlafpl., 150 m zum Strand. Juni bis Sept. frei, bis 4 Personen.
Tel. 0 40 / 49 85 95 (ab 18 Uhr)

Pelzerhaken/Ostsee
Ruhige u. strandnahe 2-Zi.-Fewo. bis 4 Pers., April, Mai ab 35,– DM.
Tel. 0 45 61 / 77 19

SAUERLAND

Haus WALDWINKEL, komf. Ferienwhg. m. Hallenbad, waldumgeben, 7 Tg. ab 2 Pers. 225,– DM. 5790 Brilon-Alme (Hochsauerland), Tel. 0 29 64 / 22 56 o. 0 29 64 / 2 21. Hausprospekt

TEUTOBURGER WALD

Wohn- u. Wanderparadies
Erstkl. Ferienwohnungen im Dreieck Bad Meinberg–Driburg–Lippspringe.
Feriengut Rothensiek
OT Leopoldstal, 4934 Horn-Bad Meinberg
Telefon 0 52 34 / 44 65

VERSCHIEDENES INLAND

Kinderfreundliche große Ferienwohnung
im Lipperland, zw. Weserbergland u. Teutoburger Wald, Nähe Stausee Schieder-Emmertal, mit vielseit. Wander- u. Sportmöglichk., Naturgarten mit Schafen u. gr. Grill.
Familie Merkord, Reinkental 7
4933 Blomberg-Eschenbruch
Tel. (0 52 31) 60 95 94

FERIEN-KATALOG
Ferienhäuser und Wohnungen ab 50,- DM pro Woche. Lassen Sie sich den Ferien-Katalog mit seinen tollen SPAR-PREIS-ANGEBOTEN für 3,- DM umgehend zusenden.
Otto Breisch, Fremdenverkehrswerbung, Paulinenstr. 11, 7145 Markgröningen

Waldhessen · Sauerland
Schwarzwald · Odenwald



Ein Erlebnis für die ganze Familie:
Urlaub im Ferienhaus
Nah, gut, preiswert. Neue, rustikale und komfortable Ferienhäuser, 2-6 Pers., incl. TV. Viele Spiel- und Sportmöglichkeiten. Zum Teil günstige Sonderangebote. Z.B. 2 Wochen bleiben – 1 Woche zahlen ab DM 310,–. Interessiert? Coupon absenden oder anrufen.
Ich interessiere mich für Ferienhausurlaub.
Name
Straße
PLZ/Ort
BWZ
Hein GmbH & Co. KG
Gladbecker Str. 148-170
4250 Bottrop
Tel. 0 20 41/3 10 61

Radwandertouren
durch die münsterländische Park- u. Wasserburgenlandschaft (Thermalsolebad). Lux.-Fewo., sehr ruhig, f. 2–5 Pers., 1984 Termine frei.
Telefon 0 25 98 / 8 91

Eifel, Ferienwhg. für 4–7 Pers.
H.-Hellendahl, Waldweg 2
5378 Blankenheim
Tel.: 0 26 97 / 13 35

Heppenheim/Bergstraße
komf. Ferienwhg., 2–3 Pers., Südbalk., Farb-TV, ruhige Lage.
Tel.: 0 62 52 / 39 27

Ferienhaus „Zur Allee"
Naturp. „Hoher Vogelsberg" / Thermalb. / Ferienw. / Einzelz. /
T. 0 66 43 / 7 00

Ferienwohnung im wald- und wildreichen Nordtaunus
komfortabel, kinderfreundlich, preisgünstig, in ruhiger Lage/separate Liegewiese, Grill usw., TV, Radio, kompl. Küche (E-Herd, Kühlschrank usw.), Bad, Dusche. Bis 4 Personen DM 45,- pro Tag, von 5–7 Personen DM 55,- pro Tag (inkl. aller Nebenkosten). Bitte rufen Sie an, oder fordern Sie schriftlich Haus- und Ortsprospekte.
Ferienwohnung Taunusruhe
Familie Ott, Hohlweg 10, 6251 Selters-Eisenbach (anerkannter Erholungsort), Tel. 0 64 83 / 71 63

Zw. Rüdesheim/Rhein - Loreley
2-Zi.-Komf.-W. f. 2–3 Pers. (55 m²) in Lorch, 5 Min. z. Rheinprom. Farbf. Garten, je 30 km Wand.- u. Radf.-W. in romant. u. waldr. Geg. Wassersport. Regenarmste Zone Deutschl. Orts- u. Hausprosp. End. Pr. 40,- bis 50,- DM. T. 0 67 26 / 571, Schmidt, 6223 Lorch, Lorcher Str. 66

SCHLESWIG HOLSTEIN

Im Landhaus am Flüßchen
Ruhige Lage, 2–5 Personen, auch Hund. Großer Rasen, Räder usw.
Tel. 0 48 36 / 14 57

LÜNEBURGER HEIDE

APARTMENT-ANLAGE HEDDER
Neu ab 1. April
Attr. Aktiv-Urlaub im st. a. Erholungsort der Lüneburger Heide
Viel Wald - Wasser - Heide: wandern, radeln, reiten, paddeln, baden, angeln
Großräumige, geschmackvolle Terrassen-Apartments bis 5 Pers. Eigener Tennis-Wandplatz, Sauna, Fitness, Spielplatz
2124 Amelinghausen · ☎ 04132/85 85

HARZ

Ferienpark im Oberharz
Ferienwohnung, 45 m², Wohnzi., Schlafzi., Kinderzi., Du./WC, Zentralhzg., Kü., TV, bis 6 Pers., Parkpl., Balk., Skiraum, Kinderspielpl.
J. Duwe, Tel. 0 53 28 / 6 58

Hahnenklee
Ferienwhg. für 4 Pers. mit Balkon, TV u. Stellpl. ab DM 35,-/Tag zu verm.
0 51 72 / 80 78

NIEDERSACHSEN

Komfortable FeWo
Bad Zwischenahn
Telefon 0 44 88 / 47 87

Gartow am See
– ein Ferienparadies zwischen Wald und See. Die Ferienhäuser liegen unmittelbar am Gartower See.
Es ist an alles gedacht. Die Kinder lieben den Abenteuerspielplatz, das geheizte Waldschwimmbad und die Minigolfbahnen.
Wer Lust hat, kann seine Angel auswerfen, und wer segeln möchte, kann sich ein Boot leihen oder sich mit dem Windsurfbrett vergnügen.
Hier gibt es Tennis, Freilichtschach, eine Schießsportanlage, eine Bundeskegelbahn, und im Reiterhof können die Feriengäste reiten lernen.
Unsere original dänischen Ferienhäuser sind für ihre Qualität, Behaglichkeit und hohen Ausstattungsstandard bekannt. Rufen Sie an, und teilen Sie uns Ihre persönlichen Wünsche mit. Wir bieten Ihnen dann das Haus, welches Ihren Interessen am besten entspricht.
Ein Ferienhaus für 4 bis 6 Personen je nach Saison ab 56,- DM pro Tag. Außerdem bieten wir zu bestimmten Zeiten Sonderangebote wie z. B. 3 Wochen wohnen – 2 Wochen zahlen. Fragen Sie uns doch einfach.
NORDRING-GmbH
Habichthorst 32
2000 Hamburg 61
Tel. (0 40) 5 51 10 10–19

NORDSEE

Langeoog
Whg., 58 m², 2 kpl. Schlafräume, Wohnzimmer, FFS, Küche, Duschbad m. WC, Diele, ideale Lage an Stranddünen, bis Mitte August zu verm., 4–5 Betten, 150,– DM/Nacht.
Telefon 0 44 21-6 12 66

Nordseeheilbad Wyk auf Föhr
Komf. Appartements, dir. a. Meer, teilw. m. Schwimmb., Sauna, Gar., Tel., TV usw., zu verm.
Tel. 0 45 31 / 29 15 u. 36 02.

Ferienwohnungen in Kampen und Wenningstedt
AVV KG, Tel. 0 22 41 / 7 40 81

St. Peter-Ording
4-Zi.-Whg., 80 m², in Reetdachkate, bis 14. 4., v. 28. 4.–12. 5., vom 2. 6.–30. 6. und ab 11. 8. noch frei, Ortsteil Süd.
Telefon 04 61 / 9 19 50.

Amrum/Wittdün
Ferien-Kft.-Whg., 2 Z., 70 m², bis 14. 7. 84 frei, 4/6 Personen, DM 130,–/150,–/Tg.
Tel. 0 48 23 / 38 38 + 44 33.

Kampen/Sylt
Ferienhs. f. 3–10 Pers. zu verm., auch ganzjährig.
T. 0 23 31 / 6 05 24 ab 20 Uhr

Westerland
Kurzentr. 1 u. 3 Zi. komf. FEWO-Terrasse, strandnah, 2-, 3- u. 5 Pers., DM 35–155, v. Eigentümer.
Tel. 0 40 / 49 78 78

Nordsee-Heil- u. Schwefelbad St. Peter-Ording
Vermiete ganzjährig 3-Zi.-Ferienwohnung für 2-4 Personen, u. App. für 2 Pers.
A. Groth, T. 0 48 63/23 45 (n. 18 Uhr).

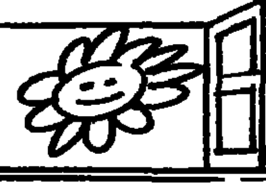
Lux.-Fer.-App. m. a. Kft. Insel Sylt/Westerland, ganzj. z. verm., 46 m², Unterk. bis zu 4 P., p. Tg. nach Saison 100,– bis 120,– DM.
Tel. 02 31 / 71 50 08, ab Mo.

Dagebüll – Nordsee
Gesundheit ist Trumpf!
Tun Sie etwas f. Ihre Atemwege durch lange Spaziergänge an unseren Deichen m. d. frischen Brise in unserem gesunden Meeresreizklima. Gemütl. Ferienwohnungen ab DM 30,–.
Prospekt: F.-V.-G. Dagebüll u. Umgebung, Ilse Hansen, 2260 Galmsbüll, Tel. 0 46 61 / 83 38.

Wangerooge
2-Zi.-Kft.-Whg., Südbalk., 150 m Strand, 4 P., frei.
T. 02 51 / 4 04 46 od. 0 25 97 / 85 36.

St. Peter-Ording
Ferienhaus/Dorf f. 4 Pers. zu verm., mindestens 3 Wo., DM 130,– pro Tag v. 23. 6. – 21. 7. u. ab 26. 8.
Tel. 0 40 / 22 49 87

Kampen/Sylt
exkl. Teilhs. a. Watt, 3 Zi., Südterr., bis 31. 5. frei, Tel. 0 40 / 6 03 89 25

Familien-Urlaub  in Ferienwohnungen und Ferienhäusern

Anzeige

Urlaub in den „eigenen vier Wänden" wird immer beliebter. Weit weg von zu Hause – und doch leben Sie „ganz privat" und familiär, frei und ungezwungen: Ferienhäuser und Ferienwohnungen gibt es für große und kleine Familien. Auch mehrere befreundete Familien können so gemeinsam Urlaub machen. Was auf den Tisch kommt – Sie bestimmen es selbst. Oder Sie entschließen sich spontan, essen zu gehen, wenn Sie einmal keine Lust haben zu kochen. Auch für die Kinder ist es herrlich, wenn die Familie nach ihrer eigenen „Hausordnung" Urlaub machen kann.

Sie möchten auf diese moderne Art Ferien machen? Die Auswahl erleichtert es Ihnen, unter den Angeboten das zu finden, das Ihren Urlaubswünschen am nächsten kommt. Sind Sie mehr für gemütliche, ruhige Ferien in einem beschaulichen Ort? Oder ist Ihnen ein lebhafter Ort lieber mit vielen Sport- und Unterhaltungsmöglichkeiten? Ferienhäuser und Ferienwohnungen gibt es überall, wo es schön ist.

Und Sie können auch wählen, ob Sie sich im Urlaub manchen Komfort gönnen wollen, indem Sie etwa ein Chalet für höhere Ansprüche mieten. Vielleicht aber freut es Sie mit Blick auf Ihr Reisebudget besonders, den Preisvorteil dieser Urlaubsart zu nutzen. Mit wem Sie auch reisen – alle Personen können sich den Wochenmietpreis teilen. Und geteilte Miete ist „halbe Miete". Quer durch Europas schönste Feriengebiete empfehlen sich hier attraktive Ferienhäuser und Ferienwohnungen der verschiedensten Art. Wählen Sie die Vorteile des unabhängigen Wohnens im Urlaub, des Ferienmachens nach Lust und Laune!

NORDSEE

spiekeroog
Osterurlaub auf der Nordseeinsel Spiekeroog
ein neues Appartementhaus zum Kennenlernen
6-Pers.-Appartement, 95,– DM Tagesmiete
4-Pers.-Appartement, 85,– DM Tagesmiete
Die App. sind komplett mit Bettwäsche, Handtüchern, Geschirr, Farbfernseher und Telefon eingerichtet.
Eine Sauna und Hausbar stehen zur Verfügung.
Reservierungen an:
GVG MBH, Karl-Grünklee-Str. 4, 34 Göttingen
Tel. 05 51 / 3 40 91 / 92, Telex 9 6 648

Nieblum / Föhr
Ferienhäuser- und Wohnungen unter Reet.
Excl. Ausstattung wie FTV, Tel., Geschirrspüler und/oder Waschmaschine, für 4-6 Personen, DM 85,— bis DM 190,— Tagesmietpreis. Bis 21.7.84 und ab 3.8.84 noch Termine frei.
SENATOR GmbH
Postfach 2553, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040 / 44 05 58 von 9-13 Uhr

Sylt – Tennis
Luxusapp. in Morsum, bis 4 Pers., Tel., Farb-TV, hauseig. Tennispl., Sauna, Solarium, beheizter Pool, Hauptsaison noch einige Termine frei, günst. Nebensaisonpreise.
Tel. 04 31 / 8 52 63.

Norddeich/Nordsee
Exkl. urgem. Ferienhäuser u. Wohnungen (Ostern-Pfingsten usw.) je 2 Schlafz., 90 m² inkl. allem Zubeh.
Tel. 0 49 31 / 42 79 Unterl./Verw. Königb. Str. 14, 2980 Norden 1

Nordseeinsel Juist
FeWo in ruh. Lage am Naturschutzgebiet, 150 m vom Strand, sep. Haustüren, 70 m², 4–7 Pers., Kü. m. Spülm., ESpl., WoZi (TV) rustikal, 2 Schlafzi., Ostern 3 Wo. 2000 DM, V+NS ab 120 DM, HS 180 bis 210 DM tgl.
Ruf 02 01 / 21 19 00

Ostfries. Nordseeküste
Geräum. Ferienwhg. (75 m²) f. 2–6 Pers., Nähe Nordseebad Esens-Bensersiel; ruhige, ländl. Lage; Wohnr./Kü., 2 Schlafr., Bad/WC; Farb-TV, Waschmasch.; sep. Eingang.
Grete Tjarks, Nettelburger Str. 1
2943 Stedesdorf, Tel. 0 49 71 / 6 81.

IHR ZUHAUSE AUF SYLT
APPARTEMENTHAUS
Nici's Hüs
2280 Westerland, Trift 25, Tel. 04651/75 85
Das neuerbaute Appartement-Haus im Landhausstil liegt 400 m zum Strand wie zur Stadt, Wellenbad und zum Kurzentrum. Im Haus befinden sich 2- bis 4-Zimmer-Appartements der Luxus-Klasse sowie Schwimmbad 28°, Sauna, Solarium und Massagen auf Wunsch. Die Appartements sind mit Farb-TV, Video, Radio, Telefon, Geschirrspüler und Wäsche ausgestattet sowie teilweise mit Kaminen. Alle Appartements nach Süden, Größe 40 bis 100 m². Reiten und Tennis in der Nähe, Vor- und Nachsaison 30–40 % Ermäßigung. 2 Pers. ab 90,–, 4 Pers. ab 120,– DM. Hausprospekt anfordern.

Insel Sylt
Sehr schön gelegenes, exkl. eingericht. Ferienhs., 150 m v. Str. m. Meerbl., von Pri. an Kurgäste zum Preis v. tägl. 300,- DM zu vermieten. 3 Schlafzi. (je 2 Betten), 2 Bä., Wohnzi. m. Eßecke, mod. einger. Kü. (Geschirrsp., Waschmasch., Wäschetr., Kühl-/Gefrierschr., Balkon), Farb-TV, Stereoanlg. u. Tel. sind selbstverst. Anfr.: Tel. 0 46 51 / 2 37 17 o. 0 46 51 / 80 66 (ab Montag).

Norderney
sehr gepflegte Fewo. in Strand- und Kurplatznähe, TV, für 2–3 Personen, 1984 noch Termine frei, DM 60,- bis 90,-.
Telefon 0 25 99 / 8 91

Norddorf/Amrum
Appartement, 4 Personen, Farb-TV, Fahrräder, DM 40,– bis 90,–.
Tel. 0 66 54 / 3 34 (nach 17 Uhr)

Vorsaison auf NORDERNEY!
Villa Ilse, Heinrichstr. 3
1- bis 2-Zimmer-Komfort-Appartements, zentrale, ruhige Lage, 2 Min. v. Meer, gut beheizt, preiswert!
Tel. 0 49 32 / 4 22

Nordseeinsel Amrum
Komf. Ferienwohnungen f. 2–6 Pers., Südspitze, Seeblick, Schwimmb., Sauna, Sol. im Hause, ideal f. Resturlaub, frei bis 14. 4. (Frühjahrferien in HH), Wo. ab DM 350,– bis DM 640,–.
Tel. 0 41 01 / 4 32 28

Norderney
3 komf. Ferienwohnung. f. 2–6 Pers., m. Spülmasch., strandnähe, Vor- u. Nachsais. bes. preisw., viele Termine fr.
Telefon 0 49 32 / 34 04

Südliche Nordsee – Carolinensiel
Großzügig eingerichtetes ½ Ferienhaus (3 Schlafr.) mit Südterrasse, Garten, Balkon, Waschm., Trockner etc. Noch einige Termine frei.
Tel. 0 41 52 / 7 20 71

Westerland/Sylt
Exklusive bzw. komfortable Ferienwohnungen mit Terrasse/Balkon, bis 4 Personen, sehr ruhig am Wäldchen gelegen, ca. 800 m zum Strand.
Tel.: 0 46 51 / 2 39 26 (abends)

NORDERNEY
Komfortable Ferienwohnung frei.
Tel.: 0 21 91 / 3 94 94

Westerland
Komf.-Fewo., 4 Pers., 2 Zi., Du., Waschautom., Farb-TV, Tel., Südloggia, strandnah.
K. Schrum, Rendsburg
Tel. 0 43 31 / 50 64

Juist
exclusive Ferienwohnung zu vermieten, frei bis 6. 4. 100,– DM täglich, ab 29. 4. bis 25. 7. 140,– DM/200,– DM, ab 9. 9. 200,–DM/100,– DM.
Telefon 0 23 24 / 7 23 65

Westerland/Sylt
Ruh. Parterre-Whg. in Ferienhaus m. Garten für 4 Pers. Bis Juni frei.
Tel. 0 40 / 89 65 43.

Keitum
Luxuriöse Ferienappartements
mit 2–4 Zimmern für bis zu 6 Personen, in reetgedecktem Friesenhaus. Alle Wohnungen mit Terrasse, Farb-TV, Telefon, teilw. Geschirrspüler. Sehr stilvoll und behaglich.
Friesenhaus Aur Merel – Zoubel · Süderstraße 6
2280 Keitum/Sylt-Ost · Telefon 0 46 51 / 36 38

SYLT – Appartements – Ferienhäuser – Gästezimmer 04651-7577
BÜRO KUECHLER, 2280 Westerland
Friedrichstraße 9

Nordsee b. Büsum
Familienferien in gemütl. Landhaus, gesundes Klima, gr. Grundstück m. Spielmöglichk., gut ausgestattete Ferienwhgn., ab 40,- DM tägl. nach Jahreszeit. Tel. 06 11 / 50 43 98

AUSLAND

SCHWEIZ

Wallis/Schweiz
ideales Skiparadies, Crans Montana, Kft.-App., 1500 m, ruh. zentr., 4–6 P. sof. prsw. z. verm.
Tel. 0 54 03 / 6 05

Lenzerheide
Berge, See. Sehr schöne 3-Zi.-Fewo, 70 m², all. Komf., TV, Kamin, nahe Lift, Loipe, See, Hallenbad, Tennis, 4 Pers., herrl. Blick, ruhig.
Tel.: 02 34 / 7 44 92

Davos/Schweiz
Komfort-Ferienwohnung für 2–4 Personen. Nähe Kongreß-Zentrum, Frei- und Hallenbad. März, April, Sommer frei. Winter Sfr. 100,–, Sommer Sfr. 50,– pro Tag.
Tel. 0 30 / 7 71 13 76 Berlin.

CH-Leukerbad/Albinen, Komf. Chalet zu verm. Herrl. Ski- u. Wandergebiet, Thermalbad, T. 0 72 25/51 12, ab 13 Uhr.

Grimentz/Wallis 1572 m
Gemütl. Chalet für 2–6 Pers., großer Tagesraum mit Kamin, 3 Schlafräume, komfortabel, im herrlichen Wander- und Skigebiet, ab Sfr. 60,– pro Tag zu vermieten.
Tel. 0 40 / 81 51 56 abds. oder 0 40 / 8 32 24 04.

Lucano
Seeblick, traumhafte Lage, preiswerte Ferienwohnung frei.
Tel. 0 41 22 / 8 20 10

Davos
Komf.-Whg. b. 5 P., ruhig, zentral gelegen, TV, Tel., Spülm., gr. Südbalkon, Garage.
Tel. 0 21 61 / 28 91

TESSIN – LAGO MAGGIORE
Locarno, 2-Zi.-Komf.-Wohng. m. Kü., Diele, Bad und Gart.-Terrasse. Ruh. Südlage, herrl. See- u. Bergpanor., Schwimmb., TV, Telef. u. Garage vorh. An Feriengäste zu vermieten.
Tel. 0 25 04 / 34 14.

Chalet bei Brig/Wallis
herrl. Wander- + Skigebiet, komf. Ausstg., Kamin, Farb-TV, Tel., 2–8 Pers.
Tel.: 0 62 52 / 39 27

Gemütlichkeit zu jeder Jahreszeit
Sommererholung Wintersport
Komfortzimmer, Ferienwohnungen, Almhütte
ÜF ab 145,-S HP ab 200,-S Kinder-Ermäßigung
Gasthof-Pension Lacknerhof Göriach 50
A-5571 Mariapfarr Tel. 06473/33696

Seefeld/Tirol
Komf. Appart. f. 2–4 Pers., zentrale Lage, TV, rustik.-gemütl., verm. Tel. 02 11 / 40 43 94 ab 18.30 Uhr.

Waidring/Tirol
Komf. mod. Ferienhs. m. Kam., Sauna, Farb-TV in Ski- u. Wandergeb. zu verm. Sehr schöne, ruh. sonn. Hangl. m. Panoramabl. Günst. Zuf. Für 6–12 Pers.
Blenn, Tel. 05 51 / 5 92 72

Saalbach-Hinterglemm
Schönes Wander- u. Ausflugsgebiet, FEWO, 4–5 Pers., frei ab 15. Juni 84.
Tel. 02 34 / 47 68 40

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

ÖSTERREICH

TIROL
2 Ferienhäuser in Traumlage. CHALET IRMI: Wohnzi. m. Farb-TV, offenem Kamin, Küche, 3 Schlafzi., Bad, Dusche, WC, extra WC in der Diele, Sauna im Keller u. Tischtennisr., DM 95,– bis DM 168,– pro Tag, je nach Saison u. Belegung. Höchstbelegung 8 Personen.
CHALET KARIN: Wohnzi. mit Kochnische, Farb-TV, 2 Schlafzi., Dusche, WC, DM 75,– bis DM 125,– pro Tag, je nach Saison u. Belegung. Höchstbelegung 4 Personen. Selbstverständliche auch einzeln mietbar.
Fam. Grissemann, A-6460 Imst Tirol, Kramergasse 4
Tel. 00 43 54 12 / 22 25.

Salzburger Land
Stilv. Haus o. exklus. Apptm., urgemütl. f. Winter u. Sommer, 2–8 Pers., herrl. Südlage, 2 Terr., jegl. Komf., off. Kamine, Farb-TV, App. ab 45,–, Haus ab DM 90,–/Tg. Tel. 06 81 / 87 11 18

Aktivurlaub am Wolfgangsee
FEWOs, kompl. eingerichtet, 150 m z. See (Seebad), Tennis, Golf, Wandern, auch Wintersport mögl. (Skicenter Postalm).
Tel.: 0 61 93 / 8 32 62.

Achensee – Tirol
Ferienwohnungen u. -häuser mit Komfort ab DM 65,- tägl. Ausgezeichnet mit dem Prädikat „sehr empfehlenswert" der Tiroler Fremdenverkehrswerbung. Bildprospekt anfordern.
Landhaus Landauer
A-6212 Maurach, ☎ 0 52 43 / 54 22

Kärnten/Ossiacher See
Gemütl. Ferienwhg. bis zu 4 Pers. im App.-Hs. dir. a. See, Hallenbad im Hs., zu vermieten.
Tel.: 02 51 / 31 46 88

Ferien im Almdorf
Königsleiten, herrl. Wandergebiet + Tennis + Segeln = Familienurlaub. Gemütl. Komf.-Ferienhs. f. 4–8 Pers., off. Kamin, Sauna!
Tel. 0 89 / 8 50 92 32

Romantisches
TIROLER FERIENHÄUSCHEN
mit Komfort, Nähe Innsbruck
Tel. 00 43 / 52 24 / 8 65 32
Heidegger.

Alpenhotel Schütterhof
Rohrmoos 140D, Tel. 03687-61205
A-8970 SCHLADMING
Dachstein-Tauern-Region
40 Zimmer u. Ferienwohnungen mit Telefon u. allem Komfort. TV, Lift, Sauna, Fitnessraum, Whirl-Pool, geheiztes Freibad. Zim./Frühst. p.P.u.T. DM 32-36, HP DM 40-44, Frühstücksbuffet. Ferienwoh. p. Wo. DM 400-780

DÄNEMARK

Bornholm / Nexø Dueodde
Touristbüro Aasen 4
DK-3730 Nexø, Telefon 0 04 53 / 99 32 00
Vermittlung von Sommerhäusern, -wohnungen sowie Hotel- und Pensionsvermittlung. Vermietung von Wohnwagen. Wir helfen auch bei der Schiffsreservierung. Fordern Sie bitte unseren neuen Katalog an und erkundigen Sie sich nach unseren Sonderangeboten bis 31. 5. 1984.

DanCenter
Dänische Ferienhäuser
Über 4000 Ferienhäuser in ganz Dänemark
Je nach Saison ab DM 200,- bis 1200,- pro Haus u. Woche. Vom führenden Dänemark-Spezialisten! Farbkatalog kostenlos!
Spitalerstr. 16, 2000 Hamburg 1
Telefon 040/32 27 81

Ferienhäuser
und Appartements
Dänemark Nord- und Ostsee,
alle Jahreszeiten
vom Einfach- bis zum Luxushaus.
Niedrigstpreise außer Saison.
Sofort Katalog anfordern!
Vermietung nach deutschem Recht.
P. Markvardsen, Hoptrup, DK 6100-Haderslev
Tel. von Deutschland: 0045-4-57 56 76

Ferienhäuser in Dänemark
Insel Bornholm
Neue Komf.-Ferienhäuser a. Bornholm fr. in Hauptsaison. Günstige Pr. i. Juni u. Sept. Farbkatalog in Deutsch (92 Seiten) kostenl.
Bornholms Sommerhaus-Vermietung
DK 3770 Allinge, Havnegade 2
Telefon 0 04 53-98 05 70

Komfort-Ferienhaus
mit Meerblick in Skagen/DK, zu vermieten. Bis 23. 6. u. ab 1. 9. frei, für Vor- u. Nachsaison bestens geeignet.
Telefon 0 22 31-8 24 66

Sonderpreise – Dänemark
Ferienhauskatalog gratis.
Ständig Sonderangebote.
Direkt von:
SKANDIA, Marsweg 23
2390 Flensburg – Tel. 0461/63619

ITALIEN

Adria
Ferienhaus mit Garten, Nähe Meer, zu vermieten
Tel. 07 11 / 34 34 04

Urlaubsvilla Ischia/St. Angelo
zu vermieten. Ruhige, traumhafte Lage a. d. Meer, Thermalbad, Tennis, priv. Badeplatz, Gutspark.
Tel. 0 76 21/6 11 90, Bürozeit 7 20 23

Ferien- und Bauernhäuser in der Toskana
– Individueller Urlaub in der Toskana durch die Schweizer Gesellschaft CUENDET!
– Über 1500 perfekt ausgestattete Villen, Schlösser und Bauernhäuser.
– Im Landesinneren, am Meer oder auf Inseln zu mieten.
– Fordern Sie den CUENDET-Ferienkatalog an (DM 7.–).
Zusätzlich bieten wir an: Ferienhäuser auf Elba und Sardinien
Ihr Spezialist für Ferienhäuser weltweit:
AIR + SPORT REISEN, CUENDET-Vertragsbüro
Kaiserstraße 47, 8000 München 40, Tel. 0 89/39 10 64

Ferienhäuser u. Wohnungen
Italien für bes. Ansprüche
TOSKANA
Auskunft: Dr. H. Boventer
Tel. 0 89-4 30 10 24/4 30 10 25

UMBRIEN '84 Mittelitalien
LA TORRE Dudenstr. 30 1000 Berlin 61
Preiswerte, rustikale Ferienhäuser und -wohnungen, Residenzen und Villen an Seen, in den Bergen, mit und ohne Swimmingpool.
Erstmals Auswahl neben Katalog auch durch VIDEO!
Tel. 0 30 / 7 85 22 99, (auch Wochenende)

Lago Maggiore/Luino
Ferienhaus direkt am See, m. Strand, Bootsgarage/Slipanlage, gr. Sonnenterrasse, Balkon, Garten, 3 Schlafr., Preis ab 150,– DM/Tag
Tel. 02 31 / 73 67 39

Terracina
100 km südlich Rom, Haus/Apartments am Meer.
Tel. 08 21 - 9 15 36

In den Dolomiten am Karerpaß, Nähe Bozen:
Ferienhaus eines Architekten mit Blick zum Rosengarten und Latemar an Privat zu vermieten.
Tel. 02 31 / 6 54 21

Ab DM 285,– 4 Pers./Wo. b. 7. 7. a. d. it. Adria, Gut einger. Ferienw./Häus. dir. a. Meer in Mil. Marittima, Cervia, Cesenatico usw. Gratiskatalog d. Hildeg. Herbst, Tel. 0 40/8 31 50 29 + 8 31 66 31

SPANIEN

Mallorca
2-Zi.-Wohnung m. Balkon, 2–4 Pers., 100 m z. Strand, 50,- DM/Tag
Tel. 0 41 03 / 30 61

COSTA BLANCA
Dort, wo Spanien am schönsten ist, erwartet Sie ein anspruchsvoll eingerichtetes Komforthaus mit gepflegtem Garten und Meerblick. Pinienwald, großartige Steilküste mit Badebuchten, Sandstrand. Ideal auch z. Überwintern! Tagesmiete ab DM 40,–
Tel. 0 86 49 / 6 87

Aldea Cala Fornells I, Mallorca, Paguera, Fe.-Wo. mit Panorama-Blick: 18. 2.–17.3/30. 4.–16. 5./3. 6.–27. 6. u. ab 23. 9. 1984 frei. T. 02 01 / 70 26 78

Bungal., b. 4 Personen
kompl., an langem Sandstr., 120 km südl. Tarragona, Sommer-Term. frei
Tel. 0 89 / 93 25 03

Costa Blanca / La Manga
Haus, 110 m², dir. a. Meer, m. Garten, 8 Pers. Frei bis 30. 5., v. 7. 7.–5. 8., v. 23. 8.–15. 9. u. ab 6. 10.
Tel. 0 72 03 / 10 68

Gran Canaria, Playa del Inglés, Bungalow, 2 Do.-Zi., Kü., Bad, Wo.-Zi., herrl. Garten, Pool, priv. Anlage, Nähe Dünen. Ab DM 40,- pro Pers. + Tag inkl. Service, Sonderpr. für Langzeitmieter, 0 26 44/29 55

COSTA DEL SOL
30 km südlich vom Malaga in EL FARO, 2- bis 6-Pers.-Bungalows von Privat zu vermieten in unmittelbarer Nähe Strand - Pool - Restaurant - Supermarkt
T. 0 61 22 / 1 22 75 u. 0 61 36 / 4 23 72

Formentera und Ibiza
Kft.-Ferienhäuser, 4–8 Personen, von Privat zu vermieten.
Tel.: 0 21 51 / 56 24 44

Mallorca/Bungalow
frei 17. 3.–28. 4. und ab 4. 8.
Tel.: 02 21 / 38 69 94 (werktags)

IBIZA 84
Komfortbungalow + Pkw, noch Termine frei.
Tel.: 0 68 61 / 7 22 75

Bei Calpe (Alicante)
schönes, ruhiges Ferienhaus, 6–8 Pers., 400 m vom Strand, preiswert.
Tel.: 02 28 / 35 67 15

MIAMI PLAYA
Komf.-Whg., dir. Strand; Schwimmbad, Tennis, gr. Südbalk., ab 35,-.
Tel. 0 23 06 / 1 34 28

Cullera / Valencia
dir. a. ruh. Strand, in Bungalowsiedlung, ab DM 28,- b. 95,-, App's u. Bungalows, Tel. 0 67 22 / 16 18

Santa Ursula - Teneriffa
Lux. Ferienhaus u. Studio preisg. zu verm.
Tel. 02 11 / 40 00 68

Fuerteventura/Jandia
Direkt am 20 km langen einsamen Sandstrand Haus für 2 + 4 Pers. zu vermieten. Zuschr. bitte u. N 3838 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Playa d. Aro/Co. Br.
App. 1–4 Pers. F. Böd., Postf. 3160 Lehrte, 0 51 32 / 46 66

Costa del Sol
Almunecar ist ein individueller Ferienort, Villa am Meer für 2–8 Personen in 2000 m² großem tropischen Garten gelegen.
Tel. 07 11 / 72 28 19

Mallorca einmal anders
Urlaub in der schönsten Bucht der Balearen, App. f. 2–6 Pers. in Traumvilla direkt am Meer, eig. Park, Tennispl., Pool, Hafen, zu vermieten.
Tel. 06 11 / 38 26 69

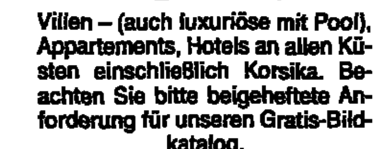
FRANKREICH

Ile du Levant - Südfrankreich
FKK-Sonneninsel, Ferienwohnung im Haus am Meer (wunderschön und ruhig gelegen). Näheres Tel.: 0 89 / 75 70 29 oder unter B 3917 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Monte Carlo - Cap Martin
2-Zi.-Lux.-App. für 2–3 Personen, mit Traumsicht aufs Meer und auf Monaco, dir. Zugang zum Meer, von Privat zu vermieten.
Telefon 07 11 / 76 39 36

Ursula Lotze
vermittelt für
Vacances France VF
sorgfältig ausgewählte Ferienhäuser, Villen und Wohnungen an allen französischen Küsten. Telefon 02 11 / 58 84 91, Niederkasseler Kirchweg 8, 4000 Düsseldorf 11

Roscoff / Bretagne
Neue Privatvilla
mit 2 Wohnungen, gr. Garten, sehr ruhige Lage, 30 m vom Meer, wochenw. zu vermieten.
Aballéa R. 16 rue Sully
Prud'homme 29200 Brest
Tel. (00 33) 98 46 35 14
(Es wird Deutsch gesprochen)

Agence Française

Ihr Spezialist für France
Villen – (auch luxuriöse mit Pool), Appartements, Hotels an allen Küsten einschließlich Korsika. Beachten Sie bitte beigeheftete Anforderung für unseren Gratis-Bildkatalog.
Agence Française
Friedhofstraße 25
7000 Stuttgart 1
T. 0711/251010/251019




Elsaß-Vogesen
50-m²-Ferien-App., Kachelofen, 2 Zi. + Kü. + Bad + Garage. Sehr ruhige Lage. Ideale Wander- und Ausflugsmögl. 60,– DM pro Tag.
Tel. 0 75 63 / 23 45

Côte d'Azur

Wir vermitteln erstklass. Ferienwohng. und Häuser, Hotels an der ganz. Küste zw. Antibes, Cannes, St. Maxime, St. Tropez etc... u. Korsika. Alle Jahreszeiten. – Gratis-Bildkatalog '84 anfordern:
COTE D'AZUR-RESIDENCES GMBH
Geigelsteinstraße 18 · D-8210 Prien/Ch.
☎ 0 80 51 / 37 06 + 10 60 · Telex 525457

BRETAGNE / CLEDER
12 km v. St. Pol, 150 m vom Meer: 2 unabhängige
Komfortwohnungen
in neuer Villa, wochenw. zu vermieten. Abgeschl. Garten, Süd-Terrasse.
R. Jacq, Rte. de St. Pol, F-29230 Landivisiau
Tel. 00 33 98-68 14 83 (nur franz.)

Côte d'Azur – 15 km v. St. Tropez
Luxus-Villa
ruh. Lage, 4 Schlafzi., 8 Bett., 2 Bäder, Schwimmbad, Tel., wöchtl. zu verm. Beste Referenzen, mehrere Jahre an dieselbe deutsche Familie vermietet.
Tel. 0 03 33 / 9 18 54 51
(man spricht Deutsch)

FKK-Urlaub
Frankreich, Mittelmeer, Cap d'Agde, priv. Appartement bis 4 Personen zu vermieten.
Telefon 0 40-7 42 52 21

2-Zimmer-Komfort-Wohnung
provencial. Stil, zwischen St. Tropez u. Le Lavandou, am Meer gelegen.
Tel.: 0 40 / 3 19 52 49

Côte d'Azur
Komf. Ferienwohnung u. Doppelzimmer m. gr. Sonnenterr. und exot. Gärtchen, absol. ruhig, herrl. Panorama, in dt. Privathaus a. d. Höhe v. NIZZA zu vermieten. Tel. 00 33 / 93 98 36 75

VERSCHIEDENES AUSLAND

St. Lucia Karibik
Ferienvillen ab DM 800,– pro Haus und Woche für 4–8 Personen an wunderschönem weißen Sandstrand. Hausmädchen inkl.
Tel. 0 80 28 / 28 54

Urlaubsparadies Die Schwedische Seenplatte
6000 Seen, Schleusen und Kanäle in Värmland, Dalsland und Västergötland; Ferienhäuser, Camping, Hotels, Kanutouren, Angeln, Floßfahrten, Radtouren ... Katalog kostenlos:
Schweden-Reisen West
S-651 05 Karlstadt/Schweden
Box 323 · Tel. 0046-54-10 10 21 70

Ferienhäuser Norwegen Schweden Finnland
Die neuen Kataloge sind da!
Viele freie Häuser
Skandinavisches Reisebüro
Kurfürstendamm 206
neben der Komödie
Tel. 8 81 21 24 / 8 83 20 66
Montag–Freitag, 9–18 Uhr

KRETA GRIECHENLAND
Ferien-Wohnungen
Alexander Damianof
Schulstraße 17, 7257 Ditzingen 5
(0 71 56) 70 71 oder 82 34 auch Sa + So

Madeira
Bungalow, Meerblick, 100 m z. Atlantik, 2 Schlafr., 2 off. Kamine, Terrasse; Preis 50% unter Veranstalterprs.; Tel.: 02 31 / 73 87 39

FLORIDA, St. Petersburg-Beach
(Flughafen Tampa), 3-Zi.-Wohg., 2 Bäd., Kü., Balk., dir. am Wasser, v'möbl., all. Kft., Tennis, Golf, Schw'bd., v/a privat, DM 110,- p/Tg. plus $ 40,- Endreinig. Tel. 0 41 05 / 8 44 88 od. 0 40 / 36 57 13

Finnland 1984
Ferienhäuser zu vermieten. Personenzahl, Zeitpunkt bitte angeben!
Touristenverein Sydväst
10600 Ekenäs, Finnland

TELEMARK, gemütl. Hütte, 4–5 Pers., im Gebirge am See, 2 Autostd. v. Oslo/Larvik, ab 350 DM pro Wo. im Sommer/Winter. Privatverm. auch von anderen Hütten (bis zu 40 Pers.) T. Tjønnemark, N-3810 GVARV, Tel. (00 47 36) 6 46 95

GRIECHENLAND
Villen, FerWhgn. App. Festland/Inseln Fährschiffe, Flüge Immobilien. Tel 02 28/48 54 07 Johanna Burggraf, Karmeliterstr 43, 5300 Bonn 3

Ferienhäuser am Atlantik
Süd-Bretagne, Côte d'Argent, Süd-England. Schöne komf. Ferienhäuser u. gemütl. Cottages.
Katalog:
Ursula Neukirchen, individ. Ferienhaus-Vermittlung, Prinz-Eugen-Str. 6
4400 Münster
Tel. (0251) 79 36 42

NEU BAHAMAS NEU
APPARTMENTS mit deutscher Betreuung, i. Meeresnähe, f. 2–4 Personen, zu vermieten. Preisg. Flüge können vermittelt werden.
Tel. 04 51 / 50 18 12

Irland
Über 150 Ferienhäuser in den schönsten Landesteilen (ab 195 DM/Woche), Kabinenboote, Zigeunerw. u. a.
F. J. König, Karl-Halle-Str. 91
58 Hagen, Tel.: 0 23 31 / 8 66 82

frosch
Ferienwohnungen auf
MALTA
für Selbstfahrer: z. B. für 4 Pers. 3–4 Zi.-Wohnung DM 39,–/Tag
Ki. unter 16 J. in Begleitung frei
mit Linienflug: z. B. für 4 Pers. 10 Tage incl. Mietwagen, Transfer DM 849,–/p. Person
Ki. bis zu 2 J. 90%, bis zu 12 J. 50%
frOsch ☎ 0 89/53 23 35
Ferienwohnungen und Reisen
8 München 2, Schwanthalerstr. 40

Korfu
Ferienh., App. u. Zi. zu verm. So preisw. wie noch nie! Kein Massentourismus! Auch Flug- u. Fährvermittlung.
Tel. 04 61 / 2 32 02, a. n. 18 Uhr

Florida Clearwater am Golf von Mexico
Bungalows f. 4–6 Personen im Golf- u. Tennisclub, strandn., Woche: US-$ 300,–
Tel. 0 40 / 5 25 12 59

Ferienhaus in der Algarve
bei Balaia-Albufeira am Meer, mit 3 Doppelzimmer, 3 Bädern zu vermieten.
Telefon in Lissabon 2 68 72 79 (abends)

Möchten Sie in der nächsten Ausgabe dieser WELT-Sonderwerbung „Ferienwohnungen und Ferienhäuser" inserieren?
Gern geben wir Ihnen nähere Informationen.
Oder Sie schicken uns gleich den anhängenden Coupon!
DIE WELT Anzeigenabteilung, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.
Tel.: (040) 3 47-44 83, 3 47-41 33, 3 47-1

Anzeigen-Bestellschein
Bitte veröffentlichen Sie in der nächsten Ausgabe der WELT-Sonderveröffentlichung „Ferienwohnungen und Ferienhäuser" am 6. März 1984 eine Anzeige mit folgendem Text:

Die Anzeige soll _____ mm hoch und _____ Spalten (zu je 45 mm) breit sein (Mindestgröße 15 mm). 1 mm Höhe je Spalte kostet DM 5,13 einschließlich Mehrwertsteuer. Die Rechnung schicken Sie bitte an meine Anschrift:

01-889

Name: ____________

Straße/Nr.: ____________

PLZ/Ort: ____________

Vorwahl/Tel.: ____________

Datum: ________ Unterschrift: ____________

Rundfunkgesetz: SPD will nun Karlsruhe anrufen

schw. Hannover

Die niedersächsische SPD will das Landesrundfunkgesetz, über das in den kommenden Monaten abgestimmt werden soll, beim Bundesverfassungsgericht überprüfen lassen. Die Partei gehe zwar davon aus, erklärte der Fraktionsvorsitzende Karl Ravens, daß das Monopol der öffentlich-rechtlichen Anstalten sich auf Grund der technischen Entwicklung faktisch überlebt habe. Aber die konkreten Grenzen, die vom Bundesverfassungsgericht zur Zulassung privater Veranstalter gesetzt worden sind, würden in Niedersachsen überschritten. In Niedersachsen würden Veranstalter zugelassen, die auch Programmanteile in anderen Bereichen der Bundesrepublik ausstrahlen werden. Die Landesregierung werde einen zu starken Einfluß bei der Auswahl der Veranstalter haben gegenüber der eingeengten Kompetenz des vorgesehenen Landesrundfunkausschusses, der die öffentliche Kontrolle ausüben soll.

FDP wendet sich gegen Tempolimit

dpa, Bonn

Die Freien Demokraten haben der Forderung von Grünen und SPD nach einem Tempolimit als Beitrag gegen das Waldsterben eine Absage erteilt. Unter Hinweis auf die Expertenanhörung im Innenausschuß erklärte ihr innenpolitischer Sprecher Burkhard Hirsch, trotz der unterschiedlichen Darstellungen könne als Ergebnis festgehalten werden, daß ein Tempolimit zwar die Abgabe von Stickoxiden verringere, jedoch andererseits die Immission der für die menschliche Gesundheit schädlichen Kohlenmonoxide und Kohlenwasserstoffe steige. Außerdem, so erklärte Hirsch, fahre nach polizeilichen Ermittlungen die Mehrheit der Autfofahrer auf Autobahnen längst nicht mehr als 120 Kilometer pro Stunde. Es sei also ziemlich abwegig zu glauben, mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung könnte irgendein Einfluß auf das Waldsterben ausgeübt werden. Vordringliches Ziel bleibt deshalb nach seinen Worten die Beschränkung der Schadstoffe aus Autoabgasen durch Übernahme der strengen US-Grenzwerte.

Vorruhestand: Dregger gegen Länder-Forderung

Kabinett befaßt sich noch einmal mit dem Entwurf

GISELA REINERS, Bonn

Das Bundeskabinett wird sich heute in Bonn noch einmal mit der Empfehlung des Bundesrates zur geplanten Vorruhestandsregelung befassen. Es wird jedoch nicht mehr mit großen Veränderungen gerechnet. Die Ländervertretung hatte sich in ihrer Sitzung am vergangenen Freitag für einige weitreichende Änderungen ausgesprochen.

So sollte das Vorruhestandsgeld *von 65 auf 70 Prozent* vom letzten Bruttoeinkommen und der Erstattungsbetrag der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg von 40 auf 50 Prozent heraufgesetzt werden. Als Verbesserung der Mittelstandskomponente sollte für Betriebe mit bis zu 50 Mitarbeitern (statt 20) die Freiwilligkeit auf den Arbeitgeber ausgedehnt werden. Dieser Beschluß war zustande gekommen, weil die Länder Bayern und Rheinland-Pfalz mit den SPD-regierten Ländern für diese Nachbesserung gestimmt hatten.

Gezieltes Störmanöver

Dies wird in Bonn für ein gezieltes Störmanöver des bayerischen Ministerpräsidenten gehalten, während man Rheinland-Pfalz ein großes Engagement in der Sache zugute hält. Das Gesetz bedarf zwar der Zustimmung der Länder; diese sind jedoch finanziell bei der Ausfüllung der Vorruhestandsregelung nicht gefordert.

Probleme der Gewerkschaft

In Bonn glaubt man allerdings nicht, daß es noch große Veränderungen in der Vorruhestandsregelung geben wird. Ebenso wie Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) zeigte sich auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger nicht geneigt, den weitergehenden Forderungen vor allem der Interessenvertreter des Mittelstands und des Handwerks nachzugeben. Auch von Arbeitsminister Norbert Blüm und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) ist bekannt, daß sie an dem bisherigen Entwurf festhalten wollen.

Wenn man dem Mittelstand nachgebe, so heißt es, müsse man sich weitere Forderungen der Sozialausschüsse gefallen lassen usw. Wenn außerdem die Zahl der Ausnahmen zu groß werde, sei dem Gesetz immer weniger Erfolg beschieden. Darüber *hinaus werde es für die Gewerkschaften* immer schwieriger, ihre Mitglieder von den Vorteilen einer Vorruhestandsregelung gegenüber einer verkürzten Wochenarbeitszeit zu überzeugen.

Zahlt Bonn an Ost-Berlin für Ausreise?

■ Fortsetzung von Seite 1

der „DDR" gewesen. In diesen Orten hatte die nichtstaatliche Friedensbewegung und die ständig wachsende Zahl der Ausreisewilligen mit ihren Protesten den Machthabern in Ost-Berlin größtes Kopfzerbrechen bereitet. Der Staatssicherheitsdienst hat trotz Zwangsabschiebungen einzelner Personen nach dem Westen, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Verhören und anderer Pressionen den Widerstand der – vorwiegend – Jugendlichen gegen die zunehmende Militarisierung des Lebens und die verschlechterten politischen Lebensbedingungen nicht unter Kontrolle bringen können.

Es ist daher nach Ansicht politischer Beobachter nicht auszuschließen, daß Ost-Berlin jetzt denjenigen Personen die Ausreise nach der Bundesrepublik Deutschland gewähren will, die für sie zum besonderen Unruhefaktor geworden sind. Anfang der 70er Jahre hatte die Zahl der Antragsteller auf Ausreise (nach Abschluß der KSZE in Helsinki) einen Höchststand von fast 200 000 erreicht. Nach einer Phase der Beruhigung stieg die Zahl derer, die für sich das Recht auf freie Ausreise in Anspruch nahmen, seit August 1983 auf fast 500 000, wie im Oktober 1983 aus internen Informationen der SED bekannt wurde.

„In Polen herrscht vielfach Resignation"

SPD-Politiker Wischnewski über Warschauer Eindrücke

PETER PHILIPPS, Bonn

In Polen gibt es nach dem Eindruck von Hans-Jürgen Wischnewski „trotz vieler immer noch geltender Beschränkungen ... mehr Liberalität als in allen vergleichbaren Staaten". Allerdings herrsche unter den Bürgern des Landes eine weitverbreitete Resignation. Dieses Fazit zog der SPD-Politiker nach einer sechstägigen Reise durch Polen. Wischnewski hatte das Land auf Einladung von ZK-Sekretär Czyrek besucht. Nach Ansicht Wischnewskis versucht die polnische Führung, den resignierenden Teil der Bevölkerung durch die Kommunalwahlen in diesem Jahr und die auf 1985 verschobenen Wahlen zum Sejm wieder „stärker zu beteiligen".

Wischnewski, der außer mit Czyrek auch mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski, Außenminister Olszowski, dem ZK-Sekretär Barcikowski, Vertretern des Klerus und der neuen Gewerkschaft zusammengetroffen war, bestätigte gestern, daß es „zu einer Reihe von Fragen in der polnischen Führung Diskussionen" über den richtigen Weg gebe. Dazu gehöre auch die Fragestellung, ob man sich „nicht stärker an die Sowjetunion anlehnen" solle. Aber, so sei sein Eindruck, der weit überwiegende Teil der Regimespitze sei weiterhin dafür, „in Loyalität den politischen Weg zu gehen". Im übrigen hätten gerade die westlichen Sanktionen nur die Abhängigkeit Polens von Moskau erhöht. Die Sanktionen müßten umgehend vollständig aufgehoben werden, in der Bundesrepublik Deutschland über den Einsatz von Hermes-Krediten nachgedacht werden, damit die Polen wichtige Ersatzteile kaufen könnten, mit denen Maschinen für Exportware wieder in Gang gesetzt werden könnten.

Wischnewski erwartet, daß die von der katholischen Kirche forcierte Stiftung zur Unterstützung der privaten Bauern für den Sommer realisiert werde. Die entsprechenden Stiftungsgesetze sollten jedenfalls im März verabschiedet werden. Mit Vertretern der Untergrund-„Solidarität" hatte der SPD-Politiker keinen Kontakt, dafür mit Repräsentanten der neuen vom Regime geförderten Gewerkschaften, von denen viele ehemalige Solidaritäts-Funktionäre seien. Sie zeigten, so der SPD-Politiker, daß sie die Interessenvertretung in den Betrieben sehr ernst nähmen, aber sich nicht wie die „Solidarität" mit einem Engagement für gesamtgesellschaftliche Veränderungen „übernehmen" wollten.

USA präzisieren Gründe für UNESCO-Austritt

rtr, Paris

Die Vereinigten Staaten haben gestern erstmals offiziell in aller Ausführlichkeit die Gründe für ihren angekündigten Austritt aus der UNESCO dargelegt. Die US-Botschaft am UNESCO-Sitz veröffentlichte eine Liste, in der der Organisationsspitze unter anderem Unfähigkeit und Unbelehrbarkeit sowie die Politisierung ihrer Arbeit, Richtungslosigkeit in der Menschenrechtspolitik, Bedrohung der Pressefreiheit und Mißwirtschaft angelastet werden. Nach Ansicht von Diplomaten scheint nunmehr sicher zu sein, daß die USA sich nicht zum Verbleib in der UNESCO bewegen lassen werden.

Zur Austrittserklärung vom Dezember heißt es, Fehlentwicklungen in Verwaltung, Organisationspolitik und Etatgestaltung hätten die Arbeitsfähigkeit der UNESCO beeinträchtigt und, gewollt oder ungewollt, den politischen Zielen einiger weniger Mitgliedsländer Vorschub geleistet. Die UNESCO-Stellungnahmen seien „in unglaublichem Maße" parteilich und freiheitsfeindlich geworden, besonders hinsichtlich der USA, heißt es weiter.

„Brüsseler Gipfel muß Erfolg werden"

Co. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher war sich mit seinem britischen Amtskollegen Sir Geoffrey Howe bei einem Kurzbesuch in London darin einig, daß der Brüsseler Europagipfel am 19. und 20. März zu einem Erfolg werden müsse, wenn Europa weltpolitisch weiter ernst genommen werden solle. Genscher versicherte, sein Gespräch mit Howe habe ihn in seiner Zuversicht bestätigt, daß die Gemeinschaft die gegenwärtigen Herausforderungen bestehen werde.

Bei der Unterredung zwischen den beiden Außenministern ging es vor allem um die Reform der EG-Agrarpolitik, eine Umstrukturierung des Haushalts, den Abbau der Ungleichgewichte bei den EG-Beiträgen, eine Erhöhung der EG-Eigenmittel und die Süderweiterung der Gemeinschaft. Howe bezeichnete eine Beitragsentlastung Großbritanniens als Voraussetzung für einen Erfolg in Brüssel.

In Beirut droht eine Regierung unter syrischer Regie

● Fortsetzung von Seite 1

Nach dem Rücktritt von Regierungschef Wazzan und seiner neun Minister am vergangenen Sonntag hat der belagerte Präsident Gemayel bislang keinen neuen Ministerpräsidenten gefunden. Schiiten, Drusen und Sunniten verweigern Verhandlungen mit dem „Nero von Baabda", wie sich Schiiten-Chef Berri ausdrückte. Alle Ministerien in West-Beirut sind von Milizen besetzt, nur das Außenministerium liegt in Ost-Beirut.

Als klaren politischen Sieg des Assad-Regimes in Syrien bezeichnen politische Beobachter die Eroberung West-Beiruts durch die von syrischer Artillerie unterstützten Schiiten und Drusen. Entsprechend den Forderungen der Syrer und der libanesischen Oppositionsfront wird ein baldiger Rückzug der alliierten Friedenstruppe und die Annullierung des Abzugsabkommens mit Israel erwartet.

Im christlichen Lager Beiruts heißt es inzwischen, Gemayels Hauptfehler sei es gewesen, sich bei den Amerikanern politisch abzustützen und den Vertrag mit Israel am 17. Mai 1983 abzuschließen. Von da an habe Syrien mit Hilfe der Drusen und Schiiten auf den Sturz des Präsidenten und die Umwandlung Libanons in ein syrisches Protektorat hingearbeitet. Dies habe nicht nur Gemayel, sondern vor allem Washington unterschätzt. Gemayel sei nun vor den Augen der gesamten arabischen Welt als Mann der Amerikaner entmachtet worden.

Libanon ist jetzt ein dreigeteiltes Land: Im Süden stehen die Israelis, in Ost-Beirut und der Küste nördlich davon die Christen mit starken Milizen, und im übrigen Land (rund 70 Prozent) haben die Syrer und Moslems das Sagen. Ihr Ziel, ein „arabisches Libanon" zu schaffen, wurde schrittweise durchgesetzt und steht vor der Verwirklichung, wenn sich die christlichen Parteien – gezwungenermaßen – an einer neuen Regierung beteiligen.

*

US-Präsident Ronald Reagan hat sich angesichts der zugespitzten Lage in Libanon hinter Präsident Gemayel gestellt. Er forderte Syrien auf, den Beschuß der Beiruter Wohnviertel einzustellen und die „Terroristen" in Libanon nicht weiter zu unterstützen. Reagan äußerte sich zustimmend zu dem Plan Gemayels, die libanesische Opposition an einer neuen Regierung zu beteiligen. Nach seinen Worten fühlen sich die USA weiterhin „der Einheit, Unabhängigkeit und Souveränität Libanons" verpflichtet. Amerika wolle weiterhin mithelfen, daß der Traum eines wiedervereinigten Libanon „immer noch Realität wird".

Jüngste Äußerungen von US-Außenminister Shultz ließen allerdings Zweifel daran offen, ob die Vereinigten Staaten ihre bisherige Libanon-Politik beibehalten werden. In Brasilia sagte der Minister, man müsse abwarten, wie sich die Lage entwickle und dann auf der Basis einer neuen Situation Position beziehen. Diese Äußerung wird von Beobachtern als erster Hinweis darauf gewertet, daß Washington seine seit gut einem Jahr in wesentlichen Punkten unveränderte Libanon-Politik überdenkt. Mögliche Schritte der US-Regierung wurden von Shultz nicht genannt und nicht erläutert. Die Möglichkeit eines amerikanischen Rückzuges ließ er offen.

Das jüngst vereinbarte Gipfeltreffen der in der arabischen Liga vereinten Staaten ist – *offensichtlich unter* dem Eindruck der Krise in Libanon – erneut verschoben worden. Dies meldete die amtliche saudiarabische Nachrichtenagentur, allerdings ohne Gründe zu nennen oder einen neuen Termin bekanntzugeben. Die Konferenz war für Ende Februar in der saudischen Hauptstadt Riad angesetzt worden.



Mobil nimmt die dritte Förderplattform im Statfjord-Feld in Betrieb.

Mit einem Anteil von fast einem Drittel ist die Nordsee Deutschlands wichtigster Öllieferant geworden. Das Nordsee-Feld Statfjord, das größte Ölfeld Europas, wurde 1974 von Mobil entdeckt. Seitdem sind riesige Summen investiert worden, um dieses Feld zu erschließen. Wenn Statfjord C die Arbeit aufnimmt, fördern die größten Plattformen der Welt – unter der Betriebsführung von Mobil – Erdöl und bald auch Erdgas. Bis 1990 soll die Erdölförderung auf 80.000 t pro Tag gesteigert werden. Bereits seit 1980 bezieht die Mobil-Raffinerie in Wilhelmshaven Rohöl aus dem Statfjord-Feld. Jetzt ist eine Pipeline im Bau, durch die ab 1986 das Statfjord-Erdgas in Emden angelandet wird.

Weitere Informationen erhalten Sie unter dem Stichwort „Statfjord" von der Mobil Oil AG, *Steinstr. 5, 2000 Hamburg 1.*

Mobil
macht Energie mobil

Auf Offensive geschaltet

nl – Noch vor drei Jahren, im Zeichen der damaligen Ölpreiskrise und der Ausstrahlungen auf die Weltkonjunktur, befand sich der *Zuffenhausener Sportwagenbauer* Porsche in einer ausgesprochen defensiven Situation. Man hatte sich auf einen schrumpfenden Markt eingerichtet. Entsprechend vorsichtig und von kurzfristigen Planungen gekennzeichnet war die seinerzeitige Investitionspolitik.

Inzwischen hat sich die Einstellung gründlich gewandelt. Voller Stolz kann Porsche-Chef Peter W. Schutz verkünden, daß „für einen Porsche Qualität und technische Klasse wichtigere Verkaufsargumente sind als der Preis". Im laufenden Geschäftsjahr wird der Absatz von rund 48 000 Porsche-Fahrzeugen anvisiert. Dabei kann man es sich im Hinblick auf die rasante Aufwärtsfahrt des Typs 944 sogar leisten, Produktion und Absatz des 924er zurückzudrehen. Porsche hat eher mit Lieferengpässen denn mit Absatzsorgen zu kämpfen. Ein alles in allem beruhigendes Gefühl.

Gleichwohl wächst freilich in Zuffenhausen die Erkenntnis, daß der Markt in Westeuropa in seiner Aufnahmefähigkeit an Grenzen zu stoßen beginnt. Dies aber ist in den USA noch längst nicht der Fall. Es erscheint deshalb geradezu logisch, daß sich Porsche auf jenem Markt, in dem man sich bisher in einer Verkaufsehe mit der VW-Händlerorganisation befand, auf eigene Beine stellen will. Trotz der Risiken jener starken Verankerung in Übersee – in der Offensive allein liegt Porsches Chance, bevor die Konkurrenz wach zu werden beginnt.

Personalien

dos – Über personelle Veränderungen im Top-Management wird derzeit beim bundeseigenen Salzgitter-Konzern, wenn überhaupt, dann bestenfalls nur beiläufig gesprochen. Angesichts der desolaten Situation ist dies verständlich. Denn allzu leicht könnte der Mißerfolg bestimmter Bereiche zu voreiligen Schlüssen verleiten. Ohne Zweifel aber steht das inzwischen angelaufene Revirement im engen Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Ergebnissen. Hans Betermann, im Salzgitter-Vorstand zuständig für den Unternehmensbereich 3 (Weiterverarbeitung), dürfte bei solchen Überlegungen die Ausnahme sein, die die Regel bestätigt. In allen anderen Fällen hingegen ist das Ausscheiden gleichbedeutend mit Schuldzuweisung. In besonderem Maße gilt dies für die Maschinen und Anlagen AG. Die vor Jahresfrist geäußerte hohe Erwartungshaltung hat getrogen. Die fast schon traditionelle Salzgitter-Politik: Der Chef muß gehen.

UMWELTSCHUTZ / Union will Einführung neuer Methoden prüfen

Innenministerium sträubt sich weiter gegen ökonomische Maßnahmen

HEINZ HECK, Bonn

Während in der CDU die Bereitschaft wächst, die polizeistaatlichen Elemente im Umweltschutz durch ökonomische Maßnahmen abzulösen, hält zumindest die Beamtenschaft im federführenden Bundesinnenministerium weitgehend an den bisherigen Methoden fest. Auf einem Fachkongreß im Herbst dieses Jahres will die CDU „die neue Generation umweltpolitischer Instrumente" erörtern.

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am 14. Juni 1983 die zuständigen Ministerien mit der Prüfung beauftragt, „ob und inwieweit bestehende Regelungen zur Luftreinhaltung (TA Luft, Großfeuerungsanlagen-Verordnung) durch zusätzliche, *marktwirtschaftlich orientierte* Instrumente ergänzt werden können. Dabei sollte insbesondere untersucht werden, ob die Einführung von übertragbaren Emissionsrechten ein geeignetes und wirtschaftliches Instrument des Umweltschutzes darstellt."

Die bisherigen Beratungen der Ressorts – die nächste Sitzung findet am 20. Februar statt – haben als Ergebnis eine völlige Ablehnung der übertragbaren Emissionsrechte (Zertifikate). Dieses Modell geht von folgenden Überlegungen aus: Für die einzelnen Schadstoffe werden tolerable Gesamtemissionsmengen festgelegt, in Teilmengen aufgeteilt, verbrieft und den einzelnen Unternehmen als Emissionsrechte zugewiesen, zugleich aber jährlich um einen bestimmten Prozentsatz abgewertet.

In einem Zwischenbericht lehnt das Innenministerium diesen neuen Ansatz aus mehreren Gründen ab. So erfordere eine Zertifikatsregelung „in jedem Fall einen erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Zu der notwendig bleibenden Emissions- und Immissionskontrolle tritt die behördliche Überwachung der Markttransaktionen und Abwertungsverfahren".

Mehr Geschmack vermögen die BMI-Beamten flexiblen Kompensationsregelungen abzugewinnen; dabei erhalten Anlagenbetreiber die Erlaubnis, selbst zu entscheiden, wie geltende Grenzwerte in bestimmten Räumen eingehalten oder unterschritten werden. Das bedeutet, daß nicht jedes einzelne Unternehmen die Norm erfüllen muß. Ausschlaggebend ist die Gesamtbelastung. Die Unternehmer können damit erstmals die für sie insgesamt kostengünstigste Lösung anvisieren. Mehr- und Minderleistungen jedes einzelnen gegenüber den Umweltnormen werden dann „kompensiert". Ansätze hierfür finden sich in der Novelle zur TA Luft. Von einem nachträglichen Einbau in die Großfeuerungsanlagen-Verordnung wird in dem Zwischenbericht abgeraten, da „ökonomische Vorteile nur mit einer Verzögerung der Luftreinhaltemaßnahmen erkauft werden" könnten.

Denn hierzu sei eine Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes erforderlich. Da die Unternehmen in der Verordnung allerdings verpflichtet seien, ihre Investitionsplanungen bis zur Jahresmitte abzuschließen, würde eine Novellierungsdiskussion vor allem dazu führen, noch ausstehende Investitionsentscheidungen zu verschieben.

Der Bundesvorstand der CDU hat mit der Gründung eines eigenen Fachausschusses „Umwelt" (bisher Teil des Fachausschusses „Energie und Umwelt") unterstrichen, welche Bedeutung er dieser Frage als eigenständiger und offensiv zu vertretender Politikaufgabe beimesse. Diese Auffassung hat ihr Vorsitzender, der Berliner Senator Volker Hassemer, vor Journalisten in Bonn vertreten. Umweltpolitik sei in der Vergangenheit nur eine Randbedingung gewesen. Sie müsse künftig zu einer zentralen Gestaltungsaufgabe werden. Dabei müsse „die ökologische Optimierung ebenso selbstverständlich werden wie die ökonomische". Neue Instrumente, die Einfallsreichtum, Verhalten und Investitionen mobilisieren, müßten Schritt für Schritt die heutigen – polizeistaatlichen – Instrumente ablösen. Damit seien vor allem ökonomische Instrumente angesprochen.

VEREINIGTE STAATEN

FED zieht Geldschraube an – Zinsen bleiben weiter hoch

H.-A. SIEBERT, Washington

Auf das eigentlich nicht überraschende leichte Anziehen der Geldschraube durch die US-Notenbank (WELT v. 6. Februar) haben die amerikanischen Aktienmärkte mit neuen Kursstürzen reagiert. An der New York Stock Exchange sackte der Dow-Jones-Industrie-Index am Montag noch einmal um 22,72 auf 1174,31 Punkte; er lag damit um neun Prozent unter dem im Januar erreichten Rekordhoch. Folgerichtig gewann der Dollar an Wert, während in Manhattan die Notierung für Gold und Silber nachgab.

Mit großer Deutlichkeit hat das Federal Reserve Board in Washington klargemacht, daß es dem lauten Ruf nach einer Lockerung der monetären Politik nicht folgen wird. Für ihn darf der Kampf gegen die Inflation nicht vorzeitig aufgegeben werden, zumal die US-Wirtschaft auch weiterhin kräftig wächst und im zweiten Aufschwungjahr neue stabilitätsgefährdende Faktoren zum Tragen kommen. Die Strategie des „Fed" läßt sich auf diesen Nenner bringen: Die Zinsen sinken in Amerika erst dann, wenn Administration und Kongreß den Rekordhaushaltsdefiziten von jährlich rund 200 Milliarden Dollar ernsthaft zu Leibe rücken.

In seinem gesetzlich vorgeschriebenen Halbjahresbericht an den Kongreß hat das „Fed" den ursprünglichen Zielkorridor für das kleinste Geldaggregat M1 (Bargeld und Sichteinlagen) mit vier bis acht Prozent zwar unverändert gelassen. Für die größeren Aggregate M2 und M3 wurden jedoch die Obergrenzen um ein und 0,5 Prozent auf jeweils sechs bis neun Prozent herabgesetzt. Die Rahmendaten gelten für das Gesamtjahr 1984. Im letzten Jahr wuchsen die genannten Geldmengen tatsächlich um 7,2, 8,3 und 9,7 Prozent; das heißt, nur M3 durchstieß das obere Limit. Nach Ansicht der Notenbank garantiert die angestrebte Geldversorgung „eine dauerhaft wirtschaftliche Expansion bei fortgesetzter Inflationskontrolle".

Der Geldpolitik zugrunde liegt ein konjunkturelles Szenarium, das sich weitgehend mit den Prognosen der Reagan-Administration deckt. Laut „Fed" nimmt das US-Bruttosozialprodukt 1984 nominal um neun bis zehn und real um vier bis 4,75 Prozent zu. Gemessen am Deflator, steigen die Preise um 4,5 bis fünf Prozent, während die Arbeitslosenquote auf 7,5 bis 7,75 (zur Zeit acht) Prozent sinkt.

Hinsichtlich der Preisstabilität, so die US-Notenbank, wird die amerikanische Volkswirtschaft 1984 einem ernsten Test unterworfen, wenn die Produktionsfaktoren stärker ausgelastet sind. Besonders große Sorgen bereitet dem „Fed" der enorme Kreditbedarf des US-Schatzamtes zur Finanzierung der Budgetdefizite, wodurch „ein extrem großer Teil der Nettoersparnisse aufgezehrt wird".

Britische Bilanz trügt

Von WILHELM FURLER, London

Die Diskussion in Großbritannien über die Frage, ob der konjunkturelle Erholungsprozeß weiter an Fahrt gewinnen und vor allem nachhaltig sein wird oder nicht, konzentriert sich zusehends auf den Bereich Außenhandel. Ganz fraglos hat die stürmische Entwicklung der heimischen Nachfrage insbesondere bei Konsumgütern im vergangenen Jahr alle Erwartungen deutlich hinter sich gelassen. Doch weit auseinander gehen die Ansichten darüber, wie stark die Sogwirkung der boomenden Verbrauchernachfrage auf die Importe zum Nachteil der eigenen Produktion ist.

Der zweite Streitpunkt: Kann das zu einem großen Teil über höhere Verschuldung und daher über kurz oder lang zwangsläufig wieder erlahmende *Konsumgütergeschäft durch* eine merkliche Verbesserung der britischen Warenexporte abgelöst werden, wie sich die Regierung Thatcher dies zur Gewährleistung eines anhaltenden Wirtschaftswachstums vorstellt? Die Regierungschefin und ihre Minister sind überzeugt, daß die Antwort nur Ja lautenkann. Dabei verweisen sie darauf, daß die für das vergangene Jahr befürchtete weitgehende Aufzehrung des Leistungsbilanzüberschusses von 1982 in Höhe von 5,376 Milliarden Pfund habe abgewendet werden können. Damit macht es sich die Regierung allerdings etwas zu einfach.

Nur zu gerne läßt sie unerwähnt, daß der Überschuß ausschließlich auf Rekordverkäufe von britischem Nordseeöl sowie auf den traditionell starken britischen Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland zurückgeht. So brachte der Ölhandel im vergangenen Jahr einen Überschuß von immerhin 6,924 Milliarden Pfund und der Dienstleistungsbereich (Banken, Versicherungen, Tourismus usw.) steuerte noch einmal 2,97 Milliarden Pfund (nicht ganz zwölf Milliarden Mark) bei.

Dagegen klafft im britischen Warenhandel – ausgenommen Öl – ein Defizit in Höhe von 7,9 Milliarden Pfund. Und 1983 war das erste Jahr seit man sich zurückerinnern kann, in dem Großbritannien ein Handelsdefizit bei Industriegütern hinnehmen mußte. Bei Produkten der verarbeitenden Industrie entstand ein Handelsdefizit von 5,1 Milliarden Pfund.

Kritiker werfen der Regierung vor, daß sie mit einem zu scharfen Restriktionskurs während der schwersten Rezession seit den dreißiger Jahren die Zerstörung weiter Industriekapazitäten zugelassen habe. Folglich sei die britische Wirtschaft heute nicht mehr in der Lage, dem mit der allgemeinen Wirtschaftsbelebung einsetzenden Nachfrageanstieg sowohl auf dem eigenen Markt als auch auf den Auslandsmärkten entsprechend zu antworten.

In der Tat sind die Zeiten vorbei, wo Großbritannien der führende Autoexporteur in der Welt war, und 25 Prozent aller Schiffe auf britischen Werften vom Stapel liefen. Heute sind sich die Briten nicht sicher,ob das sprudelnde Nordseeöl nun Segen oder Fluch für das Land brachte. Einerseits hat es den britischen Regierungen viele Milliarden Pfund an zusätzlichen Steuereinnahmen beschert, die heute unter anderem helfen, das Heer von mehr als drei Millionen Arbeitslosen zu finanzieren. Auf der anderen Seite hat es das Pfund als „Nordseeöl-Währung" vor allem gegenüber den wichtigen kontinentaleuropäischen Währungen übermäßig hoch gehalten, was die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft erheblich belastet.

Im übrigen hat das Wissen vom Öl vor der britischen Nordseeküste sicherlich einen negativen psychologischen Einfluß auf das allgemeine Verhältnis der Briten zur Leistung und zum Lebensstandard gehabt. Dennoch muß man fairerweise anerkennen, daß seit dem Amtsantritt der Regierung Thatcher vor knapp fünf Jahren gerade auf diesem Gebiet ein neuer Realismus eingekehrt ist.

Der Optimismus der Regierung, den Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Ausland wettmachen zu können, ist nicht ganz unbegründet: Der Anstieg der Stückkosten in der britischen Wirtschaft war 1983 der niedrigste seit 1970; die Unternehmensgewinne liegen um durchschnittlich 25 Prozent über denen von 1982; und schließlich war das Ergebnis der jüngsten Umfrage des britischen Industrieverbandes bei seinen Mitgliedsfirmen bezüglich der Auftragslage, Exporte und Investitionen so optimistisch wie seit Jahren nicht mehr.

AUF EIN WORT



„Die weitere Bürokratisierung des Stahlmarktes ist eine bittere Pille. Aber nur so kann sich die deutsche Stahlindustrie aus dem Würgegriff des subventionierten Imports befreien."

Dr. Dieter Spethmann, Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG, Duisburg
FOTO: JUPP DARCHINGER

Defizit in der Zahlungsbilanz

dpa/VWD, Frankfurt

Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik schloß 1983 mit einem Fehlbetrag von 4,07 Milliarden Mark gegenüber einem Überschuß von 3,08 Milliarden Mark im Vorjahr. Dies ergibt sich aus der Zahlungsbilanzstatistik, die die Deutsche Bundesbank gestern veröffentlichte. Das Defizit ist auf die erheblichen Kapitalabflüsse im vergangenen Jahr zurückzuführen. Die Kapitalbilanz wies per Saldo ein Defizit von 18,96 Milliarden nach minus 4,6 Milliarden Mark 1982 aus. Diese Abflüsse konnten durch den Überschuß in der Leistungsbilanz von 8,4 Milliarden Mark – nach 8,6 Milliarden Mark im Vorjahr – nicht voll ausgeglichen werden. Der Außenhandel erbrachte 1983 einen Überschuß von 42 Milliarden Mark.

AKTIENMÄRKTE

New Yorker Kurseinbruch verunsichert Weltbörsen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Nach dem Kurseinbruch am Montag haben viele internationale Börsen gestern einen neuen Schwächeanfall erlitten. Zwischenzeitlich machten sich zwar hier und da Erholungsansätze bemerkbar; aber sie wirkten noch nicht sehr überzeugend. Ausgelöst wurden die teils starken Kursverluste von der Schwäche der Wall Street.

An der deutschen Börse ermäßigte sich das Kursniveau am Montag und Dienstag um drei Prozent. Der WELT-Aktienindex, der am Donnerstag voriger Woche mit 160,0 Punkten seinen absoluten Höchststand erreicht hatte, fiel auf 155,0 Punkte. Angeführt wurde die Abwärtsbewegung von einigen blue chips. So gaben Siemens innerhalb von zwei Tagen um 23 Mark oder 5,6 Prozent ihres Kurswertes nach, Mannesmann verloren neun Mark oder gut sechs Prozent, und Papiere wie Deutsche Bank, BMW und Daimler büßten 15 bis 20 Mark ein.

Der Druck ging vor allem von Abgaben der Kulisse aus, die enttäuscht war über das Ausbleiben der massiven Auslandsnachfrage, die in der letzten Woche ein kursstützendes Gegengewicht zu den wachsenden Gewinnmitnahmen anderer Marktteilnehmer bildete. Zudem machte sich gestern im privaten Publikum Unsicherheit bemerkbar.

Die Börsianer waren sich zwar noch nicht sicher, ob die Bereinigung schon ausgestanden ist. Überwiegend wurde jedoch die Auffassung vertreten, daß schwache Tage „Kauftage" sein sollten, weil die Argumente für eine positive Börsenentwicklung unverändert Gültigkeit hätten.

AGRARPOLITIK

EG-Regierungen sträuben sich gegen die Realitäten

WILHELM HADLER, Brüssel

Unverändert hart sind in der EG die Gegensätze über die Reform der europäischen Agrarpolitik. Entsprechend mühsam verlief auch in dieser Woche die zweite Beratungsrunde des Ministerrates über die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise im Wirtschaftsjahr 1984/85.

Einige Regierungen scheinen sich allerdings nach wie vor nur schwer mit den Realitäten abzufinden. So verwiesen Frankreich und Italien nachdrücklich auf Artikel 39 des Römischen Vertrages, der den Landwirten die Sicherung eines angemessenen Einkommens verspricht. Die Reform der Agrarpolitik darf sich nach Meinung dieser Länder nicht ausschließlich an der „Guillotine der Haushaltsrestriktionen" ausrichten. Sie selbst wollen ihren Bauern keine neuen Opfer aufbürden.

Auch in einigen anderen Ländern stießen die Preisvorschläge der EG-Kommission auf harte Kritik. So beeinflußte Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle von vornherein das Verhandlungsklima, als er sich mit aller Entschiedenheit gegen die geforderte Senkung des deutschen Grenzausgleichs zur Wehr setzte.

Die Diskussion über die Reform des Milchmarktes ist seit dem Athener EG-Gipfel kaum vorangekommen. Einigkeit herrscht zwar über die Notwendigkeit, die Preisgarantien auf Höchstmengen zu begrenzen. Über die Modalitäten des geplanten Quotensystems gehen die Meinungen indes noch immer weit auseinander. Die Hoffnung der französischen Präsidentschaft ist es, bis Mitte März wenigstens die wichtigsten Elemente für einen Kompromiß zusammenstellen zu können. Am 19./20. März treffen sich die Regierungschefs wieder in Brüssel.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Weltbank stehen weitere Umschuldungen bevor

Washington (VWD) – Etwa 18 bis 20 Entwicklungsländer werden 1984 ihre Gläubiger um eine Umschuldung bitten müssen. Diese Auffassung vertrat ein Sprecher der Weltbank bei der Vorlage der jüngstern Übersicht über den Schuldenstand von Ländern der Dritten Welt. Danach wird dieser per Ende 1983 auf 810 Milliarden Dollar geschätzt. Im vergangenen Jahr hätten insgesamt 27 Mitgliedsländer der Weltbank eine Umschuldung beantragt. Einschließlich anderer Staaten wie Polen und Kuba seien Umschuldungsverhandlungen für 36 Staaten in 1983 abgewickelt worden. Der Gesamtbetrag habe sich auf 67 Milliarden Dollar belaufen. In 1982 seien erst zehn Umschuldungsvereinbarungen über zwei Milliarden Dollar getroffen worden.



Jedes Land strebt nach ausreichenden Devisenreserven, um gegen die von den Weltmärkten herrührenden Erschütterungen gewappnet zu sein. Als Devisenreserve eignen sich Währungen, hinter denen eine starke Volkswirtschaft steht und die jederzeit von jedermann gern genommen werden. Der US-Dollar als Zahlungsmittel der stärksten Wirtschaftsmacht der Welt erfüllt diese Voraussetzungen und ist daher die am weitesten verbreitete Reservewährung. Mit großem Abstand folgen die D-Mark und der Yen. QUELLE: GLOBUS

Keine Reaktorförderung

Bonn (VWD) – Die Bundesregierung will sich aus der Förderung von Kernreaktoren zurückziehen. In diesem Sinne äußerte sich der beim Bundesforschungsministerium zuständige Abteilungsleiter, Günter Lehr, auf einer vom deutschen Atomforum in Bonn veranstalteten Fachtagung über die Rolle der Großforschung in der Kerntechnik. Die Entwicklung und der Bau von Reaktoren seien Aufgabe der Industrie. Dies gelte nunmehr auch für die fortgeschrittenen Reaktorlinien, nämlich den Schnellen Brüter und den Hochtemperaturreaktor.

Pflanzenmesse in Essen

Düsseldorf (Py.) – Mit über 170 Ausstellern aus neun Ländern ist die IPM – 2. Internationale Pflanzenmesse – (9. bis 12. Februar in Essen) die größte Branchenpräsentation des Jahres 1984. Sie ist Informations- und Ordermarkt für alle Bereiche des Gartenbaus. Schwerpunkte des Angebots dieser Fachmesse sind Topf- und Grünpflanzen, Gemüse- und Baumschulpflanzen, Schnittblumen, Saatgut und Gartengerät aller Art. Ideeller Träger der IPM ist der Zentralverband Deutscher Gartenbau. Schirmherr ist der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ignaz Kiechle.

„Staat fehlt Marktgefühl"

Bonn (HH) - DIHT-Präsident Otto Wolff von Amerongen hat vor industriepolitischen Initiativen der EG gewarnt, mit denen Europas Defizit an internationaler Wettbewerbsfähigkeit aufgeholt werden soll. „Gegen solche Initiativen à la francaise" wandte er gestern in einem Vortrag vor dem diplomatischen Corps in Bonn ein, daß dabei traditionsgemäß der Staat die führende Rolle bei der Suche nach zukunftsträchtigen Industrien übernehme, obwohl „ihm jedes Marktgefühl fehlt". Zudem bestehe die Neigung, solche Zukunftstechnologien zunächst hinter einem Marktschutz gegenüber Drittländern zu entwickeln - eine Maßnahme, die allzu leicht Nachahmer in anderen Staaten auf den Plan rufe.

Frage: Auf welcher Messe finden Unternehmer, Betriebsleiter und Ingenieure die fortschrittlichen Energie-Lösungen? Für das wirtschaftliche Bereitstellen, Umwandeln und Speichern von Energie? Alles über Energie-Verteilung und -Rückgewinnung? Maßgeschneiderte Lösungen für Betriebe jeder Größe?

Antwort: Technologien zur sinnvollen Energienutzung

energie84

...auf der Messe der Messen

Mittwoch, 4. – Mittwoch, 11. April



PHILIPPINEN / Umschuldung läßt auf sich warten

IWF mißtraut der Regierung

dpa/VWD, Manila

Je länger der Internationale Währungsfonds (IWF) und damit auch die rund 400 ausländischen Gläubiger die von dem Marcos-Regime in Manila dringend gesuchte Umschuldung von jetzt über 25 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden hinauszögern, umso tiefer rutschen die Philippinen in eine schon bald auf lange Zeit nicht mehr zu reparierende Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese düstere Prognose hört man gegenwärtig in Makati, der „Wall Street" der philippinischen Hauptstadt, übereinstimmend von in- und ausländischen Bankfachleuten.

Das Vertrauen des IWF in das Regime ist nach Aufdeckung falscher offizieller Angaben über die noch vorhandenen Devisenbestände und die inländische Geldumlaufmenge erschüttert. Die zu spät unterbundenen großen illegalen Devisentransaktionen, an denen auch hohe Regierungsmitglieder beteiligt gewesen sein sollen, sowie lückenhafte Daten hinsichtlich der inländischen Kredite haben das Mißtrauen des IWF noch verstärkt. Der IWF verlangt nun erst einmal ein erneutes Offenlegen der Bücher und eine Revision des wirtschaftlichen Notprogramms der Regierung, bevor er über eine Kreditlinie von 650 Millionen US-Dollar befinden wird.

Von der Entscheidung des IWF, mit der frühestens in den kommenden Monaten gerechnet wird, hängt ab, ob sich andere – wie die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank, Regierungen und private Finanzinstitutionen – an dem Rettungspaket beteiligen und weitere Kredite in Höhe von insgesamt 3,9 Milliarden Dollar bereitstellen. Schließlich suchen die Philippinen eine dringende Umschuldung von zunächst 15 Milliarden Dollar mit einer Umwandlung vor allem der kurzfristigen Kredite in langfristige mit einer Laufzeit von neun Jahren zu „günstigen Bedingungen".

Das Zahlungsbilanzdefizit der Philippinen war zum Jahresende 1983 auf 2,9 Milliarden US-Dollar angeschwollen. Inzwischen sind die Devisenreserven – falls die Angaben jetzt stimmen – auf den äußerst bedrohlichen Niedrig-Stand von 400 Millionen Dollar zusammengeschmolzen. Sie reichen damit nicht mehr aus, die zum Weiterleben großer Industriezweige unbedingt notwendigen Importe von Rohstoffen und Zulieferteilen zu finanzieren.

Die Geldmenge hat sich innerhalb des vergangenen Jahres um 45 Prozent erhöht. Die Inflationsrate machte im Großraum Manila allein im letzten Quartal 1983 fast 33 Prozent aus. In ihrer Not hat sich die Marcos-Regierung bei der Suche nach Überbrückungskrediten zum Einkauf von Lebensmitteln und Düngemitteln für die Landwirtschaft sogar an osteuropäische kommunistische Länder und Peking gewandt. Auch die Partner in der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN verspüren wenig Neigung, dem hart bedrängten Bundesgenossen unter die Arme zu greifen.

Besonders hart betroffen ist die ganz von den japanischen Zulieferungen abhängige Automobilindustrie. Sollten sich die japanischen Firmen weigern, „auf Pump" zu liefern, verlieren demnächst in Manila zusätzlich rund 200 000 Menschen ihre Arbeitsplätze. Das renommierte philippinische Wirtschaftsforschungsinstitut „Centre For Research And Communications" schätzt, daß 1984 rund 300 der 1000 größten Unternehmen des Landes von der völligen Pleite bedroht sind. Um Devisen zusammenzukratzen, riskiert die Regierung lieber wieder den für die Landwirtschaft auf die Dauer verhängnisvollen Raubbau an den Tropenwäldern, forciert den Holz-Einschlag und hebt das teilweise erlassene Holzausfuhrverbot wieder auf. Auch den Diplomaten „geht es an den Kragen". Als Einsparungsmaßnahmen ist daran gedacht, weniger wichtige Missionen zu schließen und andere Botschaften für mehrere Länder zusammenzulegen.

SPANIEN / Unternehmer beklagen Abstieg der Wirtschaft

Die Staatsausgaben wachsen beständig

ROLF GÖRTZ, Madrid

Den „gefährlichen Abstieg" der spanischen Wirtschaft begründete der Präsident des Dachverbandes der spanischen Unternehmerorganisationen (CEOE), Carlos Ferrer Salat, vor der Generalversammlung seines Verbandes mit der widersprüchlichen Wirtschaftspolitik der amtierenden Regierung. Der erfolgreichen Restriktionspolitik fehle als Gegengewicht die gleichzeitige Senkung der Ausgaben der öffentlichen Hand: „Wenn die Politik die Inflation durch geringeren Geldumlauf bremsen will, muß sie im gleichen Maße die öffentlichen Ausgaben einschränken. Andernfalls wird unsere Finanzpolitik nur über den Tod der Wirtschaft stabil."

Die Wirtschaft habe zwar im vergangenen Jahr nach den Angaben des Wirtschaftsministers Miguel Boyer ein Wachstum von 2,1 Prozent erreicht – andere Quellen sprechen nur von 1,5 Prozent. Der Präsident der CEOE wies jedoch darauf hin, daß schon in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres 80 000 Arbeitsplätze vor allem durch Firmenzusammenbrüche verlorengingen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg durch den Zuwachs Jugendlicher auf Arbeitssuche um 200 000 auf 2,5 Millionen (18 Prozent der Beschäftigten). Angesichts dieser Zahlen verzichtete Ferrer Salat auf den Hinweis, daß die Regierungspartei bei den Wahlen versprach, 800 000 Arbeitslose in den Fabriken unterzubringen.

Den Arbeitsrückgang führt Ferrer Salat vor allem darauf zurück, daß die Regierung sich nicht in der Lage sieht, die als notwendig angekündigten Maßnahmen zur Sanierung der Industrie auch durchzusetzen. So hätten sich die Investitionen von 25 Prozent des Bruttoinlandproduktes im Jahre 1974 auf 18,6 Prozent im vergangenen Jahr verringert. Diese Entwicklung sei die Folge des staatlichen Bemühens, zur Finanzierung des enormen Defizits die letzten Mittel abzuschöpfen, die nunmehr der freien Wirtschaft fehlten.

Die zusätzlichen Mittel – auch 1984 braucht der Staat eine Steigerung seiner Einnahmen um 40 Prozent – fließen jedoch nicht als Investition in die Infrastruktur oder in die Ausrüstung etwa der zu 70 Prozent von der staatlichen Holding INI kontrollierten Schwerindustrie. Diese Mittel dienten vielmehr der Deckung der Ausgaben, die im vergangenen Jahr um 25 Prozent, das ist das Doppelte der Inflationsrate, stiegen, und diesen Rhythmus beibehalten. So werden auch 1984 nicht ganz 180 Milliarden Mark – 40 Prozent des Nationalproduktes – für nichtproduktive Zwecke verwandt.

Eine der Hauptausgaben des Staates bildet dabei die Schaffung von 17 Ländern des neuen Bundesstaates Spanien mit ihren Verwaltungsapparaten. Der ungeheure Geldbedarf der öffentlichen Hand führt, wie Ferrer Salat erklärte, dazu, daß der Privatsektor der Wirtschaft seine Kapitalnachfrage nur um 5 Prozent erhöhen kann. Die Steigerung der Mindestreserven verknappt die Mittel für die private Wirtschaft zusätzlich. Selbst zu höchsten Preisen sei Geld heute kaum noch zu erhalten. Ferrer Salat kam zu dieser Schlußfolgerung: „Die Degeneration unseres Wirtschaftssystems besteht im legalen Abbau der (privaten) Unternehmen." (SAD)

DOMOTECHNICA / Lambsdorff: Schwächen im Export

Sicherheitsdenken zu stark

HEINZ HECK, Bonn

Trotz beeindruckender Erfolge hat die deutsche Wirtschaft in einigen wichtigen Hochtechnologiebereichen „den Weg zur Spitze noch nicht gefunden", bei wichtigen Produkten sogar noch Marktanteilsverluste hinnehmen müssen.

Bei der Eröffnung der Domotechnica in Köln erinnerte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gestern abend daran, daß der Weltmarkt der Mikroelektronik 1982 ein Volumen von 22 Milliarden Mark hatte, wovon 66 Prozent auf amerikanische, 26 Prozent auf japanische und nur vier Prozent auf deutsche Lieferfirmen entfallen seien.

Hinzu komme, daß der deutsche Export sich stärker als der amerikanische und japanische auf Regionen mit stagnierendem oder rückläufigem Anteil am Weltmarkt konzentriere. So sei der deutsche Export auf den wenig expandierenden Märkten Europas „überdurchschnittlich präsent", in den stark wachsenden Märkten des pazifischen Raums und der Schwellenländer „dagegen nur unterdurchschnittlich vertreten".

Nach Meinung Lambsdorffs gilt es, „bei uns vor allem zwei Schwachstellen zu überwinden". Informationen über Technologien und Märkte würden in der Bundesrepublik nicht in dem Umfang und der Schnelligkeit umgesetzt wie in den genannten Konkurrenzländern.

Außerdem gebe es „bei uns so etwas wie eine Wagnislücke". Lambsdorff erläuterte, daß ausgeprägtes Sicherheitsdenken, fehlendes Engagement sowie institutionelle und organisatorische Hemmnisse neue Unternehmen und Märkte nicht mit der Dynamik entstehen ließen, wie es aus Wettbewerbsgründen wünschenswert wäre.

Viele bahnbrechende Erzeugnisse wie der Mikroprozessor, der Videorekorder und die Bildplatte hätten ihren Ursprung in der Bundesrepublik. Die Produktionsschwerpunkte lägen jedoch heute in USA und Japan. Die Ursache für diese Entwicklung sei also „schwerlich in mangelndem technischen Wissen zu suchen".

Lambsdorff verband mit dieser Diagnose die Forderung nach einer stärker marktwirtschaftlich orientierten Forschungspolitik.

NAMEN

Gerd O. Horschitz, Herausgeber und Chefredakteur des „Wirtschafts-Kurier", München, vollendet am 9. Februar das 65. Lebensjahr.

Dr. Rudolf Hedinger, Direktor der Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft, ist per 1. Juli 1984 zum Vorstandsmitglied der SR Beteiligungen AG, München, bestellt worden und wird 1985 als Nachfolger von **Ralph Ochsenbein** Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft.

Horst Engelkes (42), Geschäftsführer der Transportbeton-Beratungs-Gesellschaft mbH und **Dr. Wolfgang Mergelsberg** (49), Geschäftsführer der Readymix Kies GmbH, wurden zu Generalbevollmächtigten der Readymix AG für Beteiligungen, Ratingen, ernannt.

Max W. Staudinger, Vorsitzender des Vereins der Glasindustrie, München, und Geschäftsführer der Flabeg GmbH, Fürth, wird heute 65 Jahre.

Dr. Franz Schröcksnadl, Vorstandsmitglied der Heilit + Wörner Bau-AG, München, ist zum 31. Dezember 1983 aus dem Unternehmen ausgeschieden. **Jürgen Dillinger**, wurde per 1. Januar 1984 zum Generalbevollmächtigten ernannt.

Bayern: Stromabgabe übertraf Erwartung

sz. München

Alle Erwartungen haben 1983 die Zuwachsraten der Stromabgabe in Bayern übertroffen. Nach Angaben der Bayernwerk AG, dem größten bayerischen Energieversorger, erhöhte sich die nutzbare Stromabgabe im Landesdurchschnitt gegenüber 1982 um 5,3 Prozent. Allein in den letzten vier Monaten des Jahres sei die Abgabe sogar um durchschnittlich 10 Prozent gestiegen, was auf ein Anspringen der Konjunktur in Bayern schließen lasse. Auf alle Fälle kann nach Ansicht des Unternehmens daher für 1984 wieder mit einer Steigerung des Strombedarfs um 4 bis 5 Prozent gerechnet werden.

Forciert vorangetrieben hat das Bayernwerk die Planungen für die Naßentschwefelungsanlagen in den Steinkohlekraftwerken Frauenaurach (433 MW) und Aschaffenburg (300 MW). Die entsprechenden Auftragsvergaben mit einem Investitionsvolumen von zusammen 300 Mill. DM stünden „kurz vor der Tür". Insgesamt würde das Bayernwerk für die Naßentschwefelung seiner Kohlkraftwerke 500 bis 600 Mill. DM aufwenden müssen.

BITBURGER BRAUEREI / Wieder Plus beim Ausstoß

Export in die USA geplant

HANS BAUMANN, Essen

Erfolgsverwöhnt kann für das Geschäftsjahr 1983 die Bitburger Brauerei Th. Simon GmbH, Bitburg, auf einen Ausstoßzuwachs bei Bitburger Pils von 6,3 Prozent auf über 1,97 Mill. Hektoliter blicken. Das entspricht einem Zuwachs von 117 000 Hektolitern.

Überdurchschnittlich ist auch die Entwicklung der Gerolsteiner Sprudel GmbH & Co., Gerolstein, an der die Bitburger Brauerei neben den Anteilen der Familie Simon mit 75 Prozent beteiligt ist. Der Absatz von Gerolsteiner Sprudel erhöhte sich im Berichtsjahr um 12 Prozent und überschritt die Zwei-Millionen-Hektoliter-Marke. Bit erzeugt damit über 4 Mill. hl Getränke im Jahr.

Daß die Bitburger ein preisbewußtes Unternehmen sind, zeigt die Umsatzentwicklung. Sie übertraf mit plus 7,6 Prozent den mengenmäßigen Ausstoßzuwachs und erreichte 238 (221) Mill. DM.

Wer so gut im Markt liegt, der muß auch ständig investieren. So wurden 1983 insgesamt 50 Mill. DM eingesetzt zur Schaffung neuer Anlagen und zur Sicherung des Absatzes. Neu in Betrieb genommen wurde ein Gär- und Lagerkeller in der neuen Braustätte Bitburg-Süd, die Schritt für Schritt die alte Braustätte Bitburg-Nord integrieren wird. Zur Zentralisierung der Produktion sind bis 1987 jährlich weitere 50 Mill. DM Investitionen vorgesehen.

Bit wird zur Zeit in rund 18 000 Gaststätten ausgeschenkt. Der Faßbieranteil beträgt 41 Prozent, und mindestens 20 Prozent Flaschenbier werden in der Gastronomie verkauft. Bit arbeitet mit 750 Fachgroßhändlern zusammen, die auch den Lebensmittelhandel bedienen. Sie vertreiben auch den neuen Sechser-Pack Einweg und die Fünf-Liter-Dose. Die Brauerei unterhält 77 Ausschänke als Leitgaststätten. 1984 kommen neue in Düsseldorf, Bielefeld, Bremen und Luxemburg hinzu.

Der Bit-Export stützt sich vornehmlich auf die von deutschen Urlaubern bevorzugten Ferienländer. 1984 soll als weiterer Schwerpunkt das US-Geschäft hinzukommen. 1983 wurden insgesamt 30 Importeure im Ausland beliefert.

Reallöhne blieben unverändert

J. Sch. Paris

Der französische Lohnauftrieb hat sich im Laufe des letzten Jahres stark abgeschwächt. Im vierten Quartal stieg der Index der Stundenlöhne nur noch um 1,7 Prozent gegenüber 1,9 Prozent im dritten Quartal, 2,5 Prozent im zweiten und 3,1 Prozent im ersten Quartal. Für 1983 ergibt sich damit ein Lohnanstieg von 9,6 Prozent, der genau der jahresdurchschnittlichen Inflationsrate entspricht.

Diese Rate hatte im Vorjahr 11,8 Prozent erreicht. Demgegenüber war die zuvor veröffentlichte „gleitende" Inflationsrate (Jahresendvergleich) auf 9,3 (9,7) Prozent zurückgegangen. Unter Hinweis darauf behauptet die Regierung, daß die Masse der Löhne auch 1983 real noch leicht gestiegen sei. Nach der gleitenden Rate richtet sich in Frankreich aber nur der von der Regierung festgesetzte gesetzlich garantierte Mindestlohn (Smic). Bei den allgemeinen Lohnverhandlungen geht man dagegen von der jahresdurchschnittlichen Inflation aus. Diese ist auch für den internationalen Preisvergleich maßgeblich. Sie lag 1983 allerdings fast doppelt so hoch wie im OECD-Durchschnitt.

HANSA INVEST / Neugeschäft ist stark gewachsen

Bestand bei 700 Millionen

JAN BRECH, Hamburg

Das kräftige Hoch an den Aktienbörsen hat bei der Hansa Invest Hanseatische Investment-GmbH, die zu 75 Prozent der Iduna-Versicherung und zu 25 Prozent der Vereins- und Westbank AG gehört, zu einem stürmisch gewachsenen Neugeschäft geführt. Mit einem Mittelzufluß von 124 Mill. DM hat sich das Ergebnis des Vorjahres fast verzehnfacht. Das Fondsvermögen der vier Hansa-Invest-Publikumsfonds stieg um 20,7 Prozent auf 698 Mill. DM.

Nach Angaben des Geschäftsführers Detlef Oehlenschläger verlief die Wertentwicklung bei allen vier Fonds erfreulich. Der internationale Rentenfonds Hansainternational erzielte eine Wertsteigerung von 15,1 Prozent und hat seit der Gründung im September 1981 ein Fondsvermögen von 89,4 Mill. DM erreicht. Hansaprofit als internationaler und Hansasecur als deutscher Aktienfonds profitierten von den weltweit haussierenden Aktienbörsen. Die Wertsteigerungen betrugen 16 Prozent bei dem internationalen und 24,7 Prozent bei dem deutschen Aktienfonds. Der Rentenfonds Hansarenta verbesserte sich um 5,5 Prozent.

An Erträgen hat Hansa Invest zum 1. Februar rund 60 Mill. DM (plus 25 Prozent) ausgeschüttet; bei Hansainternational betrug die Ausschüttung je Anteil 7,70 (i. V. 6,80), bei Hansaprofit 3 (3,80), bei Hansarenta unverändert 3 und bei Hansasecur 2,20 DM.

Zur Anlagepolitik erklärt die Geschäftsführung, daß bei Hansainternational mit fast 60 Prozent das Schwergewicht auf US-Dollar-Anleihen liege. Auch bei Hansaprofit dominierten US-Aktien mit einem Anteil von 48 Prozent. Weitere 16 Prozent entfielen auf Rohstoffanlagen in Kanada und Australien. Beim deutschen Rentenfonds Hansarenta habe man erste Schritte unternommen, die durchschnittliche Laufzeit der Anlagen von jetzt 8 auf 6 Jahre und 9 Monate zu verkürzen. Dabei hätte sich die durchschnittliche Nominalverzinsung von 8,22 auf 8,37 Prozent erhöht. Der deutsche Aktienfonds Hansasecur sei zu mehr als 90 Prozent in deutschen Aktien engagiert.

Zur weiteren Entwicklung heißt es, daß der Aufwärtstrend zwar nicht beliebig fortgeschrieben werden könne, bei einem noch nicht ausgereizten Potential aber prinzipiell anhalten dürfte.

Mit TWA's Ambassador Class nach Amerika.



Erste Wahl. Nicht nur die erstbeste.

Das sollten Sie sich für alle USA Flüge notieren. Groß und breit: Wer in TWA's 747 Ambassador Class – der Klasse für den Geschäftsreisenden – Platz nimmt, hat besonders viel davon. Denn mit Achter- oder Neuner-Reihen muß er bei uns nicht mehr rechnen. Wir wollten, daß die Klasse zählt, nicht die Masse. Deshalb sind wir auf Distanz gegangen. Mit nur drei Paar Sitzen nebeneinander. Da kann jeder seinen ganz persönlichen Freiraum ausgedehnt genießen.

Manche haben neun.
Manche haben acht.
Nur TWA hat sechs.

Eines allerdings ist kaum zu beschreiben: was Sie fühlen, wenn Sie sich in unserem Sessel zurücklehnen, weiter als bei anderen in der Business Klasse. Probieren Sie es aus. Buchen Sie TWA.

Dann bleibt es auch nicht aus, daß Sie gleich unsere guten New Yorker Verbindungen mit kennenlernen. Nach mehr als 50 amerikanischen Städten. Denn auch hier sind wir erste Wahl.

Nähere Informationen von Ihrem Reisebüro oder direkt von TWA – Frankfurt/Main, Tel. 0611/770601 und 770671.
TWA-Generalagenturen in: Hamburg 040/372491, Düsseldorf 0211/84814, München 089/597643.

Sie sollen sich bei uns wohlfühlen.



TWA 16/83

INDIEN / Größtes ausländisches Einzelausstellerland auf der Hannover-Messe '84

Kooperationsmöglichkeiten gesucht

HARALD POSNY, Düsseldorf

Mit einer selbst für aufstrebende Industrienationen sensationell hohen Beteiligung von fast 400 Ausstellern an der diesjährigen Hannover-Messe (4. bis 11. April) unterstreicht Indien das starke Interesse von Regierung und Wirtschaft an der Kooperation mit deutschen und anderen europäischen Unternehmen. Als „Partnerland 1984" wird Indien auf 22 000 qm Ausstellungsfläche das größte ausländische Einzelausstellerland in der Messegeschichte Hannovers sein.

Neben den Ausstellern aus den Bereichen Antriebs- und Elektrotechnik, Bürotechnik, Werkzeug- und Werkzeugmaschinenindustrie, Anlagenbau, aus dem Gebrauchsgüterbereich und aus der Fahrzeugindustrie werden 20 Förder- und Serviceorganisationen des Landes für Investitionsgespräche zur Verfügung stehen. Neben einer deutsch-indischen Industriellenkonferenz werden einige Workshops zu Kooperationsfragen stattfinden.

Der indische Botschafter in Bonn, Ramachandra D. Sathé, hob in Düsseldorf die Bedeutung seines Landes als eines der verheißungsvollsten Geschäftspartner für Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer hervor. Für Industrieländer stellt sich Indien mit weitgreifenden Möglichkeiten der technologischen Zusammenarbeit und gemeinsamen Produktionsfinanzierung im In- und Ausland dar, aber auch als Beschaffungsquelle für eine große Anzahl vielfältiger Qualitätsprodukte zu konkurrenzfähigen Preisen für den heimischen Verbrauch sowie für den Re-Export. Außerdem erweise sich Indien immer stärker als ein expandierender Markt für Investitionsgüter.

Die Zusammenarbeit bei Projekten in Drittländern wachse ebenso wie die Bedeutung des Landes als Standort für Exporte nach Asien und anderen Märkten durch Gemeinschaftsproduktion. Sathé betonte, daß in den letzten Jahren Indiens Import- und Investitionspolitik liberalisiert worden sei. Der Abbau bürokratischer Hürden biete weitaus bessere Investitionsmöglichkeiten als zuvor. Mit Inkrafttreten des Doppelbesteuerungsabkommens mit der Bundesrepublik zeige sich Indien als „Paradies für Investitionen mit niedrigsten Steuersätzen." Die starke Präsenz auf der Hannover-Messe läßt sich Indien, so Sathé, etwa 50 Millionen Mark kosten, die sich die staatliche Trade Fair Authority of India (TFAI) und die ausstellenden Unternehmen teilen. Unter ihnen sind sowohl Großbetriebe als auch mittlere und kleine Unternehmen.

Von 1957 bis heute haben sich mit der Bundesrepublik über 1300 Kooperationen ergeben, in Drittländern gibt es jedoch erst drei Joint Ventures mit Indien. Von 1971 bis 1982 wurden 211 Mill. Mark in Indien investiert. Damit stehen deutsche Unternehmen an vierter Stelle. Vorrang haben hier Industriemaschinen, Elektrogeräte, Textilmaschinen sowie Werkzeuge, Ausrüstungen, Chemikalien und Pharmazeutika.

Der deutsch-indische Handelsaustausch erreichte 1983 rund drei Milliarden Mark mit steigender Tendenz während der letzten drei Jahre. Im Zuge weitgehender Anstrengungen in der Industriemodernisierung und -erweiterung habe dies jedoch zu einer Verschlechterung der negativen Handelsbilanz Indiens geführt.

BERTHOLD / Dividende wird wohl ausfallen

Umsatzwachstum beachtlich

PETER WEERTZ, Berlin

Bei der H. Berthold AG, Berlin, haben sich 1983 die Vorleistungen in der modernen Fotosatz-Technik schon positiv ausgewirkt. Mit einem Umsatzzuwachs in der AG um 17,9 Prozent auf 164 Mill. DM wurden die Erwartungen des Unternehmens übertroffen. Gleichzeitig stieg der Konzernumsatz (Inland) um 7,3 Prozent auf 226 Mill. DM. Die Exportquote der AG nahm 1983 auf 38,2 (Vorjahr 36,8) Prozent zu. Damit ist der Umsatzrückgang von 1982 (minus 10 Prozent) mehr als ausgeglichen. „Seit April 1983 haben wir wieder Vollbeschäftigung", bestätigt Vorstandsvorsitzender Heinrich Metz.

Mit diesem Umsatzwachstum wurde nach Angaben von Metz die Gewinnzone trotz der verstärkten Vorleistungen für die Entwicklung von neuen Produkten und der Software-Aktivitäten wieder erreicht. Der Jahresfehlbetrag hatte 1982 noch 16,23 Mill. DM betragen. Für 1983 wird jedoch – wie im Vorjahr – voraussichtlich keine Dividende gezahlt werden können, weil Verluste und Wertberichtigungen bei den inländischen Tochtergesellschaften das Jahresergebnis belasten. Auch die nordamerikanische Tochtergesellschaft Alphatype Corp. ist noch ertragsschwach. Günstig entwickelt haben sich hingegen die Vertriebstöchter in Frankreich, der Schweiz, Italien und Großbritannien.

Das Unternehmen festigte mit seinen weltweiten Aktivitäten seine marktstarke Position in Europa und Übersee. Impulse werden von der Fachmesse „Imprinta '84" erwartet, die vom 22. Februar in Düsseldorf stattfinden wird. Hier wird das Unternehmen außer dem neuen Gestaltungsterminal „gst 4000" das neu entwickelte Komplett-Satzsystem „Fox" und das „M.A.G.I.C.-System" vorstellen, das die Herstellung kompletter Druckvorlagen mit Text, Grafik und Bild ermöglicht.

Für die Zukunft erwartet Metz einen größeren Auftragseingang durch die moderne Fotosatztechnik auf Basis der angewandten Mikroelektronik. Unter den 1171 Mitarbeitern ist der Anteil der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung weiter gewachsen.

PORSCHE / Neue Vertriebstochter in den USA wird mit 60 Millionen Mark bis September auf die Beine gebracht

Das Marktpotential noch lange nicht ausgeschöpft

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die renommierte deutsche Sportwagen-„Schmiede" Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG, Stuttgart-Zuffenhausen, legt weiterhin ein atemberaubendes Expansionstempo vor. Auffallendes Kennzeichen für diese stürmische Entwicklung ist die erhebliche Aufstockung des Investitionsprogramms. So wird im laufenden Geschäftsjahr 1983/84 (31. 7.) mit über 250 Mill. DM beinahe doppelt soviel wie im Vorjahr investiert, ein Volumen, das auch in den folgenden Jahren durchgehalten werden soll. Bezüglich der Finanzierung macht man sich bei Porsche angesichts der Ertragskraft des Unternehmens keine Sorgen.

Schwerpunkte der Investitionen dieses Jahres sind der Ausbau des Entwicklungszentrums in Weissach, Verbesserungen im Produktionsablauf sowie (für 60 Mill. DM) Investitionen im Ausland. Dieser Betrag dient zum Aufbau einer eigenen Händler-Organisation in den USA, die bis zum 1. September dieses Jahres stehen wird. In diesem Zusammenhang befindet sich derzeit die Vertriebstochter Porsche Cars North America In., Reno/Nevada, in Gründung. Bisher (seit 1969) hatte für den US-Markt eine Verkaufsehe zwischen dem VW-Konzern und Porsche bestanden, aus der sich Porsche gelöst hat.

Porsche-Vorstandsvorsitzender Peter W. Schutz begründet diesen Schritt damit, daß Porsche der Überzeugung sei, mit der Neuorientierung der Vertriebsstrategie in Übersee jenen wachstumsträchtigen Markt besser als bisher bedienen zu können. Beinahe jeder zweite Porsche (45 Prozent) wird nach den USA verkauft.

In der Produktion (Schutz: „Wir denken überhaupt nicht daran, außerhalb des Stuttgarter Raums zu produzieren. Neckarsulm – dort werden die Typen 924 und 944 bei Audi NSU in Lohnauftrag gefertigt – ist schon weit genug.") sei nur eine moderate Ausweitung vorgesehen. Zur Zeit werden in Neckarsulm 132 Fahrzeuge (vor 14 Monaten waren es noch 76) werktäglich hergestellt, im Stammwerk Zuffenhausen kommt Porsche auf eine Tagesproduktion von 81 Fahrzeugen (911 und 928). Wie schon im Berichtsjahr 1982/83 wird Porsche auch im laufenden Geschäftsjahr die Zahl der Arbeitsplätze um 600 bis 700 erhöhen.

In den ersten fünf Monaten des laufenden Geschäftsjahres hat das Unternehmen 12,6 Prozent mehr Fahrzeuge als in der gleichen Vorjahreszeit verkauft, der Umsatz stieg um 26 Prozent. Zielsetzung für 1983/84 sei der Verkauf von 48 000 Fahrzeugen und rund 2,5 Mrd. DM Umsatz. Man gibt sich zuversichtlich, an das Ergebnis des Vorjahres anknüpfen zu können.

In 1982/83 war es für Porsche (39 Prozent Absatzplus, 43 Prozent Umsatzzuwachs) steil bergauf gegangen, wobei insbesondere der 944er eine gewaltige Schubkraft entwickelte. Trotz der großen Steigerung sei das Marktpotential nicht ausgeschöpft worden. Bei der Händlerorganisation gibt es praktisch keine Bestände mehr.

Noch dynamischer war die Ergebnisentwicklung, die sicherlich zu einem guten Teil vom florierenden US-Geschäft (und dem starken Dollar-Kurs) beeinflußt wurde: Der Jahresüberschuß stieg um 85 Prozent auf fast 70 Mill. DM. An die Familienaktionäre, die das 50 Mill. DM betragende Aktienkapital halten, dürften „maximal" 15 Mill. DM ausgeschüttet werden. In der Bilanz, die nach wie vor von keinerlei Bankschulden getrübt ist, hat sich die Eigenkapitalquote von 22,2 auf 23 Prozent erhöht.

Porsche AG	1982/83	± %
Verk. Fahrzeuge	44 825	+ 39,2
dav. 924	5 883	– 46,4
944	21 744	+ 241,9[1]
911	12 989	+ 22,9
928	4 209	– 2,2
Gesamtumsatz (Mill. DM)	2 134	+ 43,4
dav. Fahrzeugumsatz	1 900	+ 47,4
Exportquote (%)	73	(68)
Beschäftigte	5 883	+ 11,6
Investitionen (Mill. DM)	131,1	+ 4,3
Abschreibungen	71,1	+ 53,6
Cash-flow[2])	161,0	+ 75,2
Jahresüberschuß	69,6	+ 85,1

[1]) Produktion begann erst im Laufe des Geschäftsjahres 1981/82;
[2]) Jahresüberschuß + Abschreibungen + Zuf. zu Pensionsrückstellungen

AEG-HAUSGERÄTE

Verlust offenbar verringert

dpa/VWD, Nürnberg

Die AEG-Telefunken Hausgeräte AG, Nürnberg, konnte ihren Verlust im vergangenen Jahr offenbar verringern. In der Branche geht man davon aus, daß er 1983 auf weniger als 100 (200) Mill. DM reduziert wurde. Wie das Unternehmen gestern mitteilte, erreichte der Umsatz weltweit rund 1,8 Mrd. DM und konnte damit knapp gehalten werden. Der Inlandskonzern setzte etwa 1,5 Mrd. DM um. Auf das Auslandsgeschäft entfielen insgesamt rund 750 Mill. DM. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung wurden von rund 1,6 Prozent vom Umsatz 1982 auf 2 Prozent 1983 gesteigert. Das laufende Geschäftsjahr 1984 beurteilt der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Günter W. Tumm, „mit verhaltenem Optimismus" und hofft auf eine Umsatzsteigerung. Das Unternehmen peilt für 1984 nach wie vor ein ausgeglichenes Ergebnis an.

Anzeige

Abonnieren Sie Erfolg

Früher mehr zu wissen als andere – das ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Handeln. Die WELT informiert Sie täglich schnell, umfassend, präzise, weltweit. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen Informationsvorsprung.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Beruf:
Telefon: Datum:
Unterschrift:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

01-536

Unterschrift:

INTERCONTINENTAL / Ziel knapp verfehlt

Mit Hotelbelegung zufrieden

INGE ADHAM, Frankfurt

In den deutschen Intercontinental-Hotels ist es im vergangenen Jahr nicht ganz so rasch aufwärts gegangen wie erhofft. Mit der Durchschnittsbelegung von 70 Prozent wurde das angestrebte Ziel (73 Prozent) wegen der Schwächen im Messe- und Individualgeschäft im ersten Halbjahr 1983 knapp verfehlt. Max Herr, Leiter des Flaggschiffes der Gruppe in Frankfurt und deutscher Regionalchef, gibt sich gleichwohl recht zufrieden. Denn trotz der seit langem anhaltenden Verluste aus Hannover habe die deutsche Gruppe das Jahr mit schwarzen Zahlen abgeschlossen.

Insgesamt setzte die deutsche Gruppe – mit Hotels in Frankfurt, Hamburg, Hannover, Düsseldorf und Köln sowie zwei Forum-Hotels in Wiesbaden und München (Penta) – 168 Mill. DM um, gut drei Prozent mehr als im Jahr zuvor (163 Mill. DM). Dazu kommen rund 50 Mill. DM Franchise-Umsatz (Vier-Jahres-Zeiten, München, Inter-Continental Berlin).

Besser als die Gruppe schnitt das mit gut 800 Betten und 560 Mitarbeitern noch größte deutsche Hotel (Konkurrent Sheraton hat zum Überholen angesetzt), das Frankfurter Interconti, ab. Es steigerte seine Belegung auf durchschnittlich 69 (i. V. 64,4) Prozent, das sind insgesamt 201 085 (i. V. 188 477) verkaufte Zimmer. Vom zweiten Halbjahr an haben sich ein höheres Gruppengeschäft, ein gewachsenes arabisches Gästeaufkommen und ein ausgezeichnetes Messegeschäft positiv ausgewirkt, erläutert Herr. Dazu kommt ein deutliches Wachstum im US-Geschäft, wo die deutschen Hotels vom starken Dollar-Kurs profitieren. Mit einem Anteil von gut 19 Prozent an den verkauften Zimmern ist das Einzelgeschäft nach Ansicht von Herr noch ausbaufähig, es soll in diesem Jahr gezielt „gepflegt" werden.

Offenbar ist es im vergangenen Jahr auch gelungen, Schwachpunkte im Restaurationsbereich des Frankfurter Hauses, das 49 (46) Mill. DM zum deutschen Gruppenumsatz beiträgt, auszumerzen. Auch dieser Bereich arbeite jetzt profitabel, betont Herr. Das Brütto-Betriebsergebnis liegt in Frankfurt mit rund 30 Prozent im Gruppendurchschnitt.

Vergleich wurde vorzeitig erfüllt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Das Amtsgericht Gelsenkirchen wird in Kürze die Überwachung der Küppersbusch AG aufheben, nachdem der Vergleichsverwalter Dieter Zirpins die vorzeitige Erfüllung des Vergleichsverfahrens melden konnte. Küppersbusch war im August 1982 in den Sog der zahlungsunfähig gewordenen AEG geraten, deren Tochter sie war. Der außergerichtliche Vergleich vom Februar 1983 sah vor, daß eine Teilquote von 40 Prozent bis Ende August 1984 und die restlichen 10 Prozent Ende Februar 1986 fällig würden. Zirpins teilte jetzt mit, daß bereits Ende 1983 die gesamte Quote von 50 Prozent an die Gläubiger ausgeschüttet wurde. Insgesamt handelte es sich um 7,1 Mill. DM.

Darüber hinaus erbrachte Küppersbusch Leistungen an entlassene Arbeitnehmer aufgrund von Sozialplänen in Höhe von 5,1 Mill. DM. Zirpins hob hervor, daß die Ausschüttung an die Gläubiger ohne Kreditinanspruchnahme aus eigener Finanzkraft erfolgt ist.

Die vorzeitige Vergleichserfüllung ist aufgrund eines guten Geschäftsverlaufs im Jahr 1983 möglich geworden. Aus dem gleichzeitig erschienenen Aktionärsbrief des Unternehmens geht hervor, daß die Umsatzentwicklung mit knapp 238 Mill. DM um 12 Prozent über den Plänen aus dem ursprünglichen Sanierungskonzept lag. Damit konnten die wesentlichen Marktpositionen gehalten werden. Der Vorstand rechnet für 1983 mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Der Abbau der Belegschaft wurde aufgrund der Beschäftigungslage geringer gehalten und die Möglichkeit für 300 weitere Arbeitsplätze geschaffen.

Für die Zukunft scheinen dem Vorstand rund 1300 (zur Zeit: 1397) Arbeitsplätze als gesichert. Die Entflechtung zu AEG-Telefunken wurde durch eine Produktbereinigung fortgesetzt. So präsentiert Küppersbusch für 1984 ein komplett neues Hausgeräteprogramm. Die Investitionen wurden planmäßig durchgeführt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Auftrag für Mannesmann

Düsseldorf (Py.) – Die Mannesmann Anlagenbau AG, Düsseldorf, hat von der Megal GmbH, Essen, einen Pipeline-Auftrag im Wert von 126 Mill. DM erhalten. Die Megal GmbH erstellt in den Jahren von 1984 bis 1986 eine 447 km lange Erdgasleitung von der deutsch-tschechoslowakischen Grenze bis Altenbordbach in der Pfalz, kurz vor der deutsch-französischen Grenze. Der Mannesmann-Auftrag umfaßt die im April beginnende Verlegung von 166 km, für die 68 000 t längnahtgeschweißter Großrohre der Mannesmannröhren-Werke benötigt werden.

Sonder-Ausschüttung

München (sz.) – Eine Steigerung ihrer Beitragseinnahmen um 7,3 Prozent auf 428 Mill. DM verzeichneten die WWK Versicherungen, München, im Geschäftsjahr 1983. Der Versicherungsbestand erhöhte sich um 4,1 Prozent auf 12,1 Mrd. DM. Aus den Kapitalanlagen von 3,91 Mrd. DM (plus 11,8 Prozent) wurden mit 308 Mill. DM um 13,3 Prozent höhere Erträge erzielt. Insgesamt rechtfertige dies, so die WWK, die Anhebung der Überschußbeteiligung für die Mitglieder auf 4,75 (4,25) Prozent. Darüber hinaus hat die WWK beschlossen, wegen des 100jährigen Firmenjubiläums 1984 den Sparguthaben ihrer Mitglieder eine Sonderausschüttung in Höhe von 3 Prozent anzurechnen.

ELF schließt Raffinerie

Düsseldorf (AP) – Auf Beschluß der französischen Muttergesellschaft ELF-Aquitaine wird der Verarbeitungsbetrieb in der Erdölraffinerie in Speyer Anfang April stillgelegt. Nach Angaben der deutschen Tochtergesellschaft sind von der Stillegung rund 260 Arbeitsplätze betroffen. Die Raffinerie in Speyer hat eine Jahreskapazität von etwa 5 Mill. t. Als Handelsgesellschaft sowie auf dem Tankstellenmarkt will ELF weiter auf dem deutschen Markt tätig sein.

Vorsichtiger Optimismus

Bielefeld (hdt.) – Für die Nahrungsmittelfirmen der Oetker-Gruppe (Umsatz 1982: 1,33 Mrd. DM) haben sich 1983 nicht alle Erwartungen erfüllt, erklärte August Oetker, persönlich haftender Gesellschafter des Bielefelder Stammhauses in einer ersten Stellungnahme zum abgelaufenen Geschäftsjahr. 1984 rechnet er jedoch mit einem zufriedenstellenden Ergebnis, wobei sogar positiver Optimismus angebracht sei. Für die drei wichtigsten Unternehmen des Bereichs, die Dr. August Oetker GmbH, die Dr. Oetker Tiefkühlkost und Eiscreme GmbH, beide Bielefeld, sowie die Dibona Markenfabrik GmbH, Ettlingen, wurde jetzt eine gemeinsame Geschäftsleitung berufen. Ihren Vorsitz übernimmt August Oetker selbst.

Mehr Fiat finanziert

Frankfurt (cd.) – Die Fiat-Kredit Bank GmbH, Heilbronn, berichtet über eine 24prozentige Ausweitung des Geschäftsvolumens auf knapp 2 Mrd. DM. Die Kundenfinanzierungen stiegen um 61 Prozent, die Händlerfinanzierungen um 20 Prozent und die Leasinggeschäfte um 68 Prozent.

Erdöl Frisia entläßt

Emden (dos) – Die Erdölwerke Frisia in Emden, ein Unternehmen der im Vergleich befindlichen Bomin-Gruppe in Bochum, hat Antrag auf Massenentlassungen gestellt. Davon betroffen sind nach Angaben der Firmenleitung 148 der insgesamt 180 Mitarbeiter. Begründet wird dieser Schritt mit der drastischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Raffineriebetrieb soll mit einigen wenigen Mitarbeitern aufrechterhalten werden.

BOSCH / Wachstum mit Elektrowerkzeugen

Heimwerker im Vordergrund

MANFRED FUCHS, Solothurn

Der Weltmarkt für Elektrowerkzeuge, der in den letzten zehn Jahren durchschnittlich um sechs Prozent pro Jahr wuchs, wird auch in diesem Jahr wieder um vier bis sechs Prozent zunehmen. Diese Zunahme wird hauptsächlich von einer erheblichen Zunahme des Do-it-yourself-Geschäfts getragen sein. Daran will der Geschäftsbereich Elektrowerkzeuge, der Robert Bosch GmbH, Stuttgart, überproportional teilnehmen. Schon im Geschäftsjahr 1983 konnte der Bereich Bosch-Elektrowerkzeuge seinen Außenumsatz um acht Prozent auf rund eine Milliarde DM steigern und will auch 1984 knapp „zweistellig" wachsen.

Joachim Koch von der Bosch-Geschäftsführung erklärte bei der 83prozentigen Bosch-Beteiligungsgesellschaft Scintilla AG in Solothurn/Schweiz, der Markt der Heimwerker-Elektrowerkzeuge, auf den bei Bosch etwa die Hälfte der Produktion entfällt, werde auch über das Jahr 1985 hinaus weiter kräftig wachsen.

Auch für den Bereich der gewerblichen Elektrowerkzeuge gebe es Anzeichen für einen wieder steigenden Bedarf. Bosch gilt weltweit als zweitgrößter Anbieter von Elektrowerkzeugen nach Black & Decker. Auch auf dem europäischen Markt hält Bosch den zweiten Rang nach Black & Decker und vor AEG-Peugeot, Winnenden/Württ., und Metabowerke GmbH, Nürtingen/Württ.

Bosch fertigt seine Elektrowerkzeuge weltweit mit etwa 4500 Mitarbeitern an sechs Standorten. Im Werk Leinfelden werden mit etwa 1800 Mitarbeitern überwiegend Werkzeuge für das Handwerk, im Werk Murrhardt/Württ. mit 500 Mitarbeitern Industriewerkzeuge, im Werk Campinas (Brasilien) mit 450 Personen Elektrowerkzeuge für Südamerika, bei der Scintilla AG in Solothurn mit etwa 1200 Mitarbeitern vorrangig Heimwerkzeuge und im Werk St. Niklaus/Schweiz mit 300 Mitarbeitern Stichsägeblätter produziert.

Jüngster Standort ist das 1980 erworbene Werk in New Bern, North Carolina. Dort werden mit derzeit noch 450 Mitarbeitern Elektrowerkzeuge für die Holzbearbeitung produziert. Das Werk soll ausgebaut werden. Die Bosch-Investitionen im Bereich Elektrowerkzeuge betragen 1982 bis 1985 über eine viertel Milliarde DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Baden-Baden: KBA Kapital- u. Grundstücksbeteiligungs-AG; Bückeburg: Nachl. d. Wilhelm Droste, Seggebruch; Hannover: Türkische Gemeinde i. Hannover und Umgebung e. V.; Treff Treppen-, Elemente-, Fertigfenster GmbH; Hildesheim: Ratsstuben Bad Salzdetfurth Betriebsges. mbH, Bad Salzdetfurth; Mönchengladbach: Willi Vos GmbH & Co. KG; Mühldorf a. Inn: Holzland Möbel GmbH; Pforzheim: Oswald Werner Passenheim, Fuhrbetrieb, Geesthacht; Stuttgart: Ges. f. Spezialguß mbH & Co. Metallhandel KG, Schönaich; Wuppertal: Friedhelm Dausend.

HELL / Forschungsintensive Unternehmenspolitik bringt Erfolge

Auftragsregen aus dem Ausland

JAN BRECH, Hamburg

Die Dr.-Ing. Rudolf Hell GmbH, Kiel, ein weltweit führendes Unternehmen der Reproduktions-, Satz- und Informationstechnik, spürt in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres 1983/84 (30. 9.) eine wesentliche Belebung der Nachfrage. Vor allem in den USA, Japan, Südostasien und einigen westeuropäischen Ländern ist das Geschäft überproportional gewachsen. Nach Angaben des Vorsitzenden der Geschäftsführung Ernst-Erich Marhencke sind die Auftragseingänge insgesamt um 15 Prozent auf 210 Mill. DM und die Umsätze ebenfalls um 150 Mill. DM gestiegen.

Der Schub sei zur Zeit so groß, betont Marhencke, daß Hell anhaltendes Wachstum für das gesamte Geschäftsjahr erwarte. Der Umsatz dürfte die 500-Mill.-DM-Grenze deutlich übersteigen und der Ertrag sogar überproportional wachsen. Bei der Nettorendite werde sicher wieder eine Drei vor dem Komma stehen.

Den hohen Erwartungen entsprechend baut Hell sowohl die personellen als auch die sachlichen Kapazitäten aus. Die Belegschaft von zur Zeit 2290 Mitarbeitern wird noch weiter aufgestockt (im Jahresdurchschnitt 1982/83 lag sie bei 2165), die Investitionen werden um rund 50 Prozent auf 30 Mill. DM steigen. Der Forschungs- und Entwicklungsaufwand bleibt mit mehr als 50 Mill. DM oder elf Prozent vom Umsatz auf hohem Niveau.

Bei Hell werde der Umsatz fast zu 100 Prozent mit Produkten abgewickelt, die nicht älter als fünf Jahre sind, erklärt Marhencke. Dieses Innovationstempo möge vielen Kunden zu schnell sein, räumt er ein, verleihe dem Unternehmen aber die notwendige Schubkraft für die Entwicklung des Geschäfts und des grafischen Marktes. Der Erfolg dieser seit Jahren betriebenen forschungsintensiven Unternehmenspolitik drückt sich in überragenden Marktpositionen aus. Bei Einzelscannern liegt der Marktanteil in den wichtigsten Abnehmerländern wie der Bundesrepublik, USA, Japan und Westeuropa zwischen 50 und 60 Prozent, bei ganzen Systemen zwischen 35 und 40 Prozent.

Die rasante Geschäftsbelebung hat bei Hell bereits in den beiden letzten Quartalen des Geschäftsjahres 1982/83 eingesetzt und zu einem um neun Prozent höheren Auftragseingang geführt. Demgegenüber wuchs der Umsatz lediglich um ein Prozent auf 448,6 Mill. DM. Hierin, so Marhencke, spiegle sich einmal der negative Konjunkturverlauf im ersten Halbjahr, zum anderen ein anhaltender Preisverfall am Markt. Hell habe die Preise im Durchschnitt um sechs Prozent zurücknehmen müssen, so daß das Geschäftsvolumen real um sieben Prozent ausgeweitet worden sei.

Erholt von den Einbußen des Jahres 1981/82 zeigt sich die Ertragslage. Zwar weist Hell einen um 14,5 Prozent niedrigeren Jahresüberschuß von 12,4 Mill. DM aus, doch, so Marhencke, habe man Sonderdotierungen bei den Pensionsrückstellungen vorgenommen und alle Möglichkeiten der Reservebildung genutzt. Der echten Ertragsverbesserung entspreche der Anstieg des Netto-Cash-flows um 25 Prozent auf 41 Mill. DM oder neun Prozent des Umsatzes.

31080

TC 22 G



Größe: 21,5 x 31 x 5 cm. Gewicht: 1,8 kg. Das abgebildete Modell (24K - 26-3802) kostet 2.395 DM*

Der tragbare Computer für den Nah- und Ferndialog mit Ihrer Zentralstelle.

Die Microsoft® BASIC Computersprache und die vier statisch gespeicherten Programme machen den TRS-80 Modell 100 zu einem leistungsfähigen, stets einsatzbereiten Computer. Aktive Kommunikation mit anderen Computern (TELCOM). Textverarbeitung (TEXT). Wiedergabe von Terminplan (SCHEDL). Adressenkartei und Telefonliste (ADDRSS) sind die wichtigsten Funktionen dieses Kleincomputers, der in jeden Aktenkoffer paßt.

Ob mit Batterie- oder Netzbetrieb, der TRS-80 Modell 100 arbeitet wie ein ganz normaler Bürocomputer. Über das Telefonnetz mit anderen Computern verbunden, nimmt er Daten auf oder übermittelt eigene Daten. Selbst bei Stromausfall oder leeren Batterien hält er den Speicher bis zu einem Monat aktiv. Die Möglichkeit des Anschlusses an andere Computer, an alle TRS-80 Drucker sowie der Verarbeitung von Cassettenprogrammen verleiht dem TRS-80 Modell 100 eine Vielseitigkeit, wie man sie bei Geräten dieser Größe nicht erwartet. Die Schreibmaschinen-Tastatur und der leicht ablesbare Bildschirm (8 Zeilen x 40 Zeichen LCD-Anzeige) sorgen außerdem für eine sichere und bequeme Handhabung in allen Situationen.



Der TRS-80 Modell 100 läßt sich problemlos mit anderen Computern und Zusatzgeräten verbinden

Der TRS-80 Modell 100 konkretisiert das Konzept einer neuen Computer-Dimension. Nutzen auch Sie es. Zusammen mit der Beratung, der Garantie und dem Service eines weltweit anerkannten Spezialisten: TANDY.

Schon ab 1.895 DM*
inkl. 14% Mehrwertsteuer
(Unverbindliche Preisempfehlung)
* Preise ab 1. September 1983, unter Vorbehalt von Verkaufsprogramm- oder Preislistenänderungen.

Tandy

TANDY CORPORATION - Marketing Department (Herr G. Michielin)
Christinenstraße 11 - 4030 RATINGEN 1
Senden Sie mir bitte ausführliche Informationen über den Modell 100
Name ... Funktion ...
Firma ... Tätigkeitsbereich ...
Straße ...
Ort ... Plz. ...
Tel. ...

TRS-80, ein Microcomputer für jeden Beruf.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

FÜRSTENTUM MONACO

Aus Nachlaß zu verkaufen: florierende Industrie- u. Handelsfirma. Großer, ausgewählter Kundenstamm in Frankreich. Keine Spezialkenntnisse notwendig. Geführt v. leitenden Angestellten mit langj. Erfahrung. Hohe Erträge. Seit 25 Jahren ständiges Wachstum. Gr. Expansionsmögl. im Ausland. Gesamtpreis: 33 Mio. FF (sofort bezahlbar), davon 12 Mio. FF Umlaufvermögen u. 4 Mio. FF Lagerbestände.

Auskünfte nur nach Kapitalnachweis.

Zuschriften für einen 1. Kontakt an:
Fa. BELLAVISTA – Le Millefiori – MONTE CARLO Fürstentum MONACO.

Mitteilung

Nach längerer und erfolgreicher Vermittlungs- und Handelsarbeit zwischen der arabischen Welt und der Bundesrepublik Deutschland freut sich unsere Firma

Kawash Trading aus Amman/Jordanien

den deutschen Unternehmern mitteilen zu dürfen, daß sie eine Schwesterfirma in der Bundesrepublik gegründet hat. Wir bieten den deutschen Unternehmern Absatzmärkte in der arabischen Welt für ihre Produkte an. Hierfür stehen wir mit unserem Service und unserer Beratung zur Verfügung.

Kawash Trading Im- und Export
Colonnaden 3, 2000 Hamburg 36
Tel. 0 40 / 34 01 46 oder 34 01 52, Telex 2 14 384

DM 200 000,– p. a.

für Strebsame mit Organisationstalent im Innendienst leicht erreichbar *(keine Versicherung etc.). Beginn nebenberuflich möglich.* Startkapital erforderlich (Absicherung durch Treuhänder).

Näheres unter S 3885 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ein starker Partner in der

Immobilienwirtschaft

sucht leistungsfähige

Anlageberater und Vertriebsgesellschaften

als Vertriebspartner

für eine marktorientierte Produktpalette in guten Lagen.

Erfolgsbezogene Konditionen sind selbstverständlich.

Wenn Sie an einer langfristigen und erfolgreichen Zusammenarbeit mit einem erfahrenen, seriösen Partner interessiert sind, dann schreiben Sie bitte unter Kennziffer 80 233 an die beauftragte

Scheerer Werbung GmbH
Hohenzollernstr. 65
Postfach 10 35 55
4300 Essen 1

Wir kaufen u. verkaufen

fast jeden Warenposten aus dem Food- und Non-Food-Bereich.
Tel. 06 81 / 5 78 11, FS 4 421 283

SO WERDEN SIE IHR EIGENER CHEF EINE TODSICHERE EXISTENZ NARRENSICHER UND RISIKOLOS

Geeignet für Damen und Herren mit Organisationstalent, die in der Lage sind, eine Vertriebs-ORGA aufzubauen. Sie arbeiten ohne Konkurrenz, bei entsprechendem Einsatz, erzielen Sie Traumgewinne. Unterstützung ist gewährleistet. Geringes Eigenkapital für Exklusivrechte etc. Verpassen Sie die Chance nicht, endlich auch mehr Geld zu machen. Vereinbaren Sie einen Gesprächstermin in unserem Büro mit Herrn Mertens. Sie sind garantiert überrascht.
Unternehmens- und Strategieberatung, Tel.: 0 61 02 / 5 26 88.

Sicherheitsberatung SAFETY & SECURITY

Am Bach 2, 493 Detmold
Tel. 0 57 55 / 2 89

Kurierfahrten

für In- u. Ausland, seriös und schnell.
Anfr. erb. u. T 3886 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Spielautomaten-Aufstellung

zu vergeben in Superdisco, ca. 1000 m² Nutzfl. in verschiedene gastonomische Einheiten aufgeteilt. Besucherzahl ca. 1500 bis 2000 täglich in zentraler deutscher Großstadt. Gegen Höchstgebot (Beteiligung o. Darlehen).
Zuschriften unter Y 4089 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



IN ZUKUNFT

Postfachmitbenützeradresse in Zürich

für Versandfirmen und Privatpersonen. Ihre Post wird durch uns zuverlässig an Sie weitergeleitet.
IVM, Abt. Tras, Postfach, CH-8042 Zürich

Wie komme ich in die Zeitung?

Diese Frage stellen sich viele Unternehmer. Die Antwort gibt der presse-brief. Erzielen *auch Sie kostenlose Veröffentlichungen in* Millionenhöhe. Gratisinfo durch presse-brief, Postfach 12 34, D-5010 Bergheim.

Geld verdienen

Geschäftsideen verwirkl. o. 50 % billiger eink. können in Zukunft auch Sie. Alle notwendigen Inform. u. Adressen erhalten Sie f. DM 20,– (Vorkasse) von *Wolfgang Klein, Speckweg 165, 6800 Mannheim*

CITY büros hamburg

vermietet komplett eingerichtete Büroräume mit Empfang/Sekretariat u. allen techn. Einrichtungen. Als Firmensitz od. Repräsentanz können Ihnen die Räume sofort zur Verfügung stehen. Fragen Sie uns nach Einzelheiten:
Tel. 0 40 / 23 11 75, Tx. 2 174 311

Hersteller von Volkswärmepumpen

sucht

Vertriebsorganisation

abc Blockkraftwerk GmbH
2074 Steinburg III
T. 0 45 34 / 89 89

Gute Provision

wenn Sie unserem Architektenteam Aufträge vermitteln.
Zuschr. erbeten unter A 3849 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Qualitätsorientierte italienische Sektkellerei – Hersteller, Methode Champenoise, aus eigenen Pinot Noir Reben – dreijährige Flaschengärung, sucht direkten Kontakt mit Importeur in der Bundesrepublik Deutschland.
Angebote erbeten unter U 3887 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Benöt. Sie einen neuen Lebenserwerb? Wir sind ein Dienstl.-Unternehmen. Unser Metier ist es, Marktlücken zu finden u. z. ausgearbeiteten i. d. Praxis geprüft. Unternehmenskonz. auszuweit. Desh. biet. wir Ihnen d. neuen Lebenserwerb m. Garant. Benöt. Kenntn. werd. v. uns i. Seminaren vermittl. Die Kosten trägt z. 90 % d. Staat. Ihre neue Exist. sollte Ihnen DM 211,– wert sein. Ruf. Sie unseren Hr. Kelbel unt. 0 40 / 59 21 76 an od. Chiffre PP 47 624 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Vergeben Auftrag

an Generalübernehmer f. Erst. von 9 schlüsselfert. Wohnhäusern in *Berlin. Baubeginn 3/84.*
Zuschr. erb. u. T 3974 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

VERTRIEBSPARTNER GESUCHT

Wir haben einen neuen Superartikel, exklusiv, der „riesig" ankommt. Sehr hohe Verdienstchancen! Für einige 2stellige PLZ-Bereiche suchen wir noch selbständige Vertriebsprofis als Distributoren. Reagieren Sie schnell!

Tel.: 0 89 / 52 50 57.

GEWINN GmbH, Brienner Str. 54b, 8000 München 2

Computer-Fachberater

hilft Klein- u. Mittelbetrieben bei Neuorganisation, Auswahl, Umstellung auf Bürocomputer. *Beratungskosten* können durch Bundesregierung bis zu 25% bezuschußt werden. Anrufen, informieren.
G. Littig, Tel. 0 41 72 / 66 16

U.S.A. EINWANDERUNGSVISA

Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern.
Informationen: VIC GmbH
Widenmayerstr. 18/I · 8000 München 22
Tel. (0 89) 22 91 31 · Telex 5 216 554 indad

STELLENANGEBOTE

Immobilien-Kfm.

f. Verk. von ETWs in Hannover ges. Erf. u. Nachw. über schon getätigte erfolgr. Verk. erf. Nur beste Referenz. Verdienstmögl. über 200 000,– p. a. mögl. (Nachweisb. schon erzielt). Weit. Verkaufsschul. wird durch u. noch übern. Geh. a. Anfr. Tel. 0 51 61 / 30 94 Zuschr. erb. unter W 3977 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsvertreter

für unsere Produkte in der Garten- u. Samenhandelsbranche ges. Im Gebiet Nielsen II, III, IV u. V. Wir bieten einmaligen unter unserem Patentschutz hergestellten Artikel. Gute Einführungskond. f. unsere *Produkte. Tel. Mo. – Fr. 10 – 17 u.* 0 40 / 49 86 14.

Mittelständische Maschinenfabrik, Hersteller von Verpackungsmaschinen, im Raum Koblenz, sucht zum frühestmöglichen Termin

qualifizierten technischen Leiter

Bewerbungen erbeten unter V 3866 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Betriebswirt (Marketing), Industrie- und Exportkaufmann, Produkterfahrung: Haus- und Heimtextilien, Chemiefasern, Garne, Verkaufsbereich bisher im Außendienst/Innendienst: BRD, europ. Länder

43 J., ledig, 12jährige Außendiensterfahrung als Handels- und Industriereisender, Vertreter und Exportgruppenleiter. Innendiensterfahrung mit Angebots- und Auftragsbearbeitung, mehrspr. Korrespondenz, Vertretermotivation- und -kostenrechnung, Marktübersicht der text. Anbieter und den Kundengruppen, gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift, 3 Jahre Kanada-Aufenthalt, Franz.- und Holländischkenntnisse, Bereitschaft, neue Sprachen zu lernen, ortsungebunden, sucht neue Aufgabe – Schwerpunkt Außendienst – in

Verkaufsbüro in Deutschland/Europa oder Übersee, Verkaufs- oder Exportabteilung im In- oder Ausland

in Industriebetrieb oder bedeutendem Import/Export – Textilindustrie oder anderen Industrien.

Eintritt nach Vereinbarung. Die Französischkenntnisse können durch Intensivkurs im Ausland vor Eintritt verbessert werden.

Zuschriften mit Aufgabenstellung direkt an:
A. Brockmann, Bahnhofstr. 31, 443 Steinfurt 1/D.

Techn. Führungskraft

Maschinen- und IE-Ing., 44, 18 J. als LA in Groß- und mittelständ. Betrieben der Metallbau- sowie Kunststoffind., Engl., verhandlungssicher, Erf. als LA in Stab, Fertigung, techn. Marketing, FUE-Leiter Profitcenter, 30 Mio. Ergebnisverantw., Sanierung, z. Zt. techn. Geschäftsführer, Zeitmanagementvertrag, sucht fordernde Aufgabe mit unternehmerischer Prägung z. 1. 5. 84, evtl. Beteiligung, mögl. Großr. Hamburg bevorzugt.

Angebote erbeten unter D 3786 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Volljurist – als Sachbearbeiter –

30 J., ledig, Fhn. d. Res., Studium Uni Köln, 2. jur. Ex. 10/83 in NRW „ausr." (ohne Anrechnung der Vornoten), Gesamtausbildungsnote „voll befr.", während Referendarzeit 6 Mon. in lebhafter Allgemeinkanzlei (Schriftsatzfertigung mit Diktiergerät, Mandantenberatung, Terminwahrnehmung u. ä.), z. Z. freier Mitarbeiter, beweglich und belastbar, sucht ausbaufähige juristische Tätigkeit, ggf. Teilzeit (Bundesgebiet einsch. W-Berlin).
Zuschr. erb. an: T 9300, Annoncen-Expedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1.

Leiter der Verwaltung

Sucht Lebensaufgabe. 45 J., Prok., 20 J. in leit. Funkt. Erfahrung: mod. ReWe, Controlling, Finanzen, Devisen, Revision, Abrechn. n. Deckungsbeiträgen u. Plankosten, EDV, Büroorganisation, Logistik, Personalführung. Beste Referenzen. Angebote erb. u. K 3879 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (Chemie)

TH-FH, 44, gel. Chemie-Laborant, Wirtschafts-EDV-Zusatzstudium, Verfahrenstechnologie, sucht wirtsch.-techn. Aufgabengebiet.
Angeb. erb. u. R 3862 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gesamt-Vertriebsleiter

36 J., Dipl.-Kfm., ungekündigte Position, 30 Mio. DM Umsatzverantwortung im Vertrieb erklärungsbedürftiger Investitionsgüter, sucht zum 1. 10. 84 oder später anspruchsvolle Aufgabe im Raum Hamburg.
Angeb. erb. u. B 3894 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen



Vertriebs- und Marketingleiter, Geschäftsführer

Dr. rer. pol., Dipl.-Kaufmann, 55, verh., mit langjähriger Berufserfahrung in Unternehmen der Markenartikelindustrie, hervorragende Handelskontakte, erfahren in allen Vertriebs- und Absatzfragen wie Sortiments-, Preis- und Konditionspolitik, Verkaufssteuerung, Logistik, Industriemarketing; sucht neue Aufgabe in Industrie, Handel oder Verbandswesen, Westfalen/südl. Niedersachsen.

Auskünfte erteilt: Herr Wiefel
Fachvermittlungsdienst Bielefeld, Friedenstraße 19
4800 Bielefeld 1, ☎ 0521/587-342 oder -361, FS 932344

219

Dipl.-Soziologin

24, Uni Hamburg 10/83 (gut), Schwerpunkt Wirtschafts- und Betriebssoziologie, Erwachsenenpädagogik, angewandte Psychologie. Praktika im Personal- und Fortbildungsbereich; Erf. in der Lernstatt- und Qualitäts-Zirkel-Arbeit; sucht Anfangsstelle im Personal- und Sozialwesen, Aus- und Fortbildung, in Verbänden und Behörden.

Auskünfte erteilt: Frau Maderner
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2495, FS 2163213

220

Wirtschaftsingenieur

35, verh., berufliche Erfahrungen im Bereich der Betriebsorganisation, Arbeitswissenschaften, Planung, Controlling und der Personalführung; Kenntnisse und Erfahrungen in der Datenverarbeitung (Cobol) sind vorhanden; sucht neue Aufgabe in Leitungs- bzw. Stabsfunktion im Bereich des Controlling, der Organisation oder Ausbildung, bevorzugt im Großraum Hannover.

Auskünfte erteilt: Herr Pein
Fachvermittlungsdienst Hannover, Hanomagstraße 9
3000 Hannover 91, ☎ 0511/4737-209, FS 921428

221

ICH

Bin ledig, frei, ungebunden und außerdem weiblichen Geschlechts. Hinzu kommt eine 39jährige Lebenserfahrung, die mich äußerst aufgeschlossen und flexibel gemacht und ... agil erhalten hat. Voraussetzungen also, die dort genutzt werden sollten, wo das Schema F fehl am Platze ist und das Engagement eines „Outsiders" erfordern. – Mein Background ist kaufmännisch, dabei stark technisch und kreativ orientiert sowie medizinisch/psychologisch/wissenschaftlich interessiert. – Sie sollten mir in jedem Falle schreiben. Vielleicht bin ja gerade ICH FÜR SIE gelegentlich – oder auch öfter – DAS GELBE VOM EI für die Realisierung Ihrer Spezialaufgaben. – By the way: trotz dieses unkonventionellen Textes berücksichtige ich nur seriöse, aussagefähige Angebote!

Zuschriften erb. u. V 3888 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer Vertrieb

Dipl.-Kfm., 38 J., verh., versiert in ertragsorientiertem Vertriebsmanagement von Investitionsgütern und Deinstleistungen: Produktführung, Außen- und Innendienst, Fachhandelspflege. Absatzplanung u. -controlling mit DV, Großkundenverhandlung, Englisch, Spanisch; kreativ aber pragmatisch, sucht neue Aufgabe im Raum Hamburg ab 1. 10. 84.

Zuschriften erbeten unter PB 46 344 an WELT-Verlag, Postfach, *2000 Hamburg 36.*

Erfolgreicher Vertriebsmanager

Person: Anf. 40, verh., Ind.-Kfm., untern. denkend, führungserfahren, engl. verhandls. Harzburg-Diplom.
Erfahrung: Über 10 Jahre Vertrieb techn. Produktlinien in allen Stufen – *zuletzt als Alleingeschäftsführer mit Aufbau einer Vertriebsorganisation.*
Ziel: Herausfordernde, langfristige Aufgabe als Geschäftsführer od. Leiter des Vertriebs.
Kontakt: über G 3877 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Inhaberin des *„First Certificate in English"* der Universität Cambridge, Prüfungsergebnis Grade A (=1) und Absolventin eines zweijährigen USA-Programms der Carl-Dusiberg-Gesellschaft e. V., Köln:

Universitätskurzstudium in Betriebswirtschaft,
1½ J. Erwerbstätigkeit in einer Firma,
(zuletzt als Buchhalterin und Korrespondentin)

sucht adäquate Stellung als

ENGLISCH-KORRESPONDENTIN

bzw. eine Aufgabe, für die die Beherrschung der englischen Sprache als Voraussetzung gilt.

Bewerberin ist 25 J. und unabhängig. Anfragen und Angebote erbeten unter M 3881 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Management-Vertrieb

Kaufmann, 40 Jahre, Organisationstalent, Ausdauer, Durchsetzungsvermögen, englisch, verhandlungssicher, langjährig erfolgreich in Leitung und Aufbau von Vertriebsorganisationen, sucht zum 1. 4. 84 neuen Wirkungskreis. Bevorzugt Dienstleistung, Leasing oder ähnliches, keine Versicherung.

Angebote erbeten unter PS 47626 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Regionalleiter im Pharma-Außendienst

Akademiker, 46 J., verh., ungekündigt, bestens eingeführt bei allen Kliniken im norddeutschen Raum/Berlin, mit langj. Erfahrung im Klinikgeschäft (klin. Prüfungen Phase IV) sowie Menschenführung sucht adäquate Position als Regionalleiter/Außendienstleiter in Norddeutschland.
Angebote erbeten unter N 3882 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ingenieur (FH)

sucht verantwortungsbewußte Stellung im Tiefbau, Straßenbau oder Ingenieurbau im Raum Bonn/Köln. Biete: 14 Jahre Berufserfahrung (erworben im In- und Ausland) in der Bauleitung, Abrechnung, Personalführung bzw. Verhandlungen *mit Bauherren und Subunternehmern.* Grundkenntnisse in der EDV vorhanden.
Angebote erb. u. P 3883 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Organisations- / Verkaufsleiter

40 J., Gastronomiekaufm., fachl. versiert, kreativ, flexibel, gute organisator. Fähigkeit., bisher. Funktionen: Abt.-Leit. d. Gastro. (Warenhauskonz.), Verkaufsleit. (ppa.) – Konzeption u. Realisier. v. Systemgastronomie (Kaffee-Konzern), eigenverantwortl. Leitung eines umfangreich. Gastronomiebetr., sucht entspr. Posit. in Industrie, Handel, Dienstleist.
Angeb. erb. u. Z 3892 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

BETRIEBSLEITER

Endvierziger, verh., Maschinenbau-/REFA-Ing., Systemanalytiker, Programmierer (Cob., Bas., Fortr., Assembler-Kenntn.), Techn.-, Arbeitswirtschaftsleiter, Erfahrung in Arbeitsorgan., Entlohnung, Personalführung, Controll., Firmenplanung, Daten- u. Erfolgsdokumentation in Masch.-Bau, Metallverarb., Chemie, Holz-/Kunststoff-Industrie sucht Aufg. in Mittelindustrie, max. 100 km Umkreis Hannover, evtl. Consulting.
Angebote unter Z 3870 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Papierkaufmann

Anf. 40, Sitz Hamburg, langj. Erfahrung im Außendienst Papier-Karton-Formularwesen, sucht *neuen Wirkungskreis im Großraum Hamburg.*

Angebote unter L 3880 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Deutsche Firmen verschlafen derzeit ihre

Chancen in Südostasien

– einem Markt von 280 Millionen –

Blitzbesuche genügen nicht mehr. Der Kunde hier verlangt heute den kontinuierlichen, persönlichen Einsatz Ihres Mannes vor Ort:
Deutscher, Ende 30, verh., mehrsprachig, langjährige Berufserfahrung als techn. Außenhandelskaufmann (Maschinen/Anlagen) im asiatischen Raum.
Zuschriften erb. u. P 3817 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Schiffsbetriebsing.

Patent C I, Kfz- und Flugzeugbau-Ing. grad., 37 Jahre, su. Tätigkeit an Land. Angeb. u. PO 47 623 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Fremdsprachensekretärin

(Deutsch, Engl., Span.) mit langjähr. Auslandserf. sucht neuen Wirkungskreis, vorzugsweise Auslandseinsatz.
Zuschr. erb. u. S 3973 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Marktforscherin

Dipl.-Volksw., 42 J., langj. Berufspraxis in Konsumgüter-Mafo in Agentur u. Industrie, methodisch u. analytisch versiert, konzeptionell u. strategisch ausgerichtet, engagierte Arbeitseinst., gute Englischk., sucht qualif. Tätigkeit in Marktforschung/*Marketing im Großr. Düsseldorf/* Duisburg/Essen.
Zuschr. erb. u. Y 3891 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bauingenieur

33, jewells mehrj. Tätigk. in der Bauplanung u. -leitung; Forschung u. Entw. Bauphysik u. Baustoffe; Begutachtung u. Sanierung v. Bauschäden aller Art; Beratung f. Neubaumaßn.-Konstr., Bauphysik, Abdichtung, sucht z. 1. 11. 84 verantwortungsv. Position, mögl. Raum Hamburg. Ang. u. D 3874 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (Uni)

40 J., verh., sucht neuen Wirkungskreis auf dem Gebiet Qualitätssicherung (techn. Zuverl.), Produktionssicherheit, Arbeitssicherheit oder Risk Management. Raum Nordd. bevorzugt.

Angeb. erb. u. W 3889 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bio-Chemiker

Dr. rer. nat., Univ. Köln Note 1, sucht Anfangsst. in Umwelt-Forschung od. Industrie.
Zuschr. erb. unter U 3975 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diener/Chauffeur

40 J., ledig, gutes Organisationstalent, französische Kochkenntnisse, sucht neuen Wirkungskreis.
Angeb. erb. u. PW 47629 an WELT-Verl., Postf., 2 Hamburg 36

Besonders informierter Manager für Gummi- u. Kunststofferzeugnisse

(außer Verpackung), bietet seine Dienste an, evtl. auf Zeit.
Ang. erb. u. PW 47610 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Bankkaufmann

(44), 15 J. Geschäftsleiter einer Geno'Bk. Praktische Erfahrungen im Aktiv- und Passivgeschäft, Akquisition, kontakt- und entscheidungsfreudig, ab 1. 4. 84 frei für leit. Stellung im nördl. Nds. oder Hamburg.
Ang. erb. u. PD 46345 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Su. Tätigkeit in Thailand

39jähriger, deutsch, handw. u. kaufm. Ausbildung, überwieg. Außend., su. alsbald. neue Aufgabenstell. in obigem od. gesamt. Bereich Südostasien. Freie Außenvertr., techn. Betreuung usw. als auch Finanzbeteiligung verhandlungsfähig. Angeb. erb. u. B 3872 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bau-Ingenieur

indonesischer Dipl.-Ing., möchte nach erfolgr. Fachhochschulstud. der Fachrichtg. Bau-Ing.-Wes. prakt. Erf. samm.
Zuschr. u. PM 47527 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Dipl.-Kaufmann

27 J., Uni Hamburg, Abschluß 10/83, Studienschwerpunkte Steuern u. Recht, sucht Anfangsstell. b. StB/WP o. *StBG/WPG im Raum Norddeutschl.*
Ang. erb. u. H 3878 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Lebensmitteltechnologe

Ing. (grad.), 25 J., Studienschwerpunkte: Lebensmittelanalytik, Fleisch, *Getreide,* Verfahrenstechnik, Mikrobiologie, sucht Anstellung in Produktion, Qualitätskontrolle, evt. Trainee-Programm.

Angeb. u. X 3890 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsfrau, 43 Jahre

Führerschein 3, ortsunabhängig, 20 Jahre Erfahrung in Büro und Geschäftsführung eines Mittelbetriebes, sucht nach Scheidung einen neuen Wirkungskreis in verantwortlicher Position. Ang. u. X 4066 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Personalfachmann

Dipl.-Kfm., 36, Studium: Personalwirtschaft, Organisationspsychologie, Arbeitsrecht, Personalentwicklung, mehrj. Industrieerfahrung in strategischer Personalpolitik u. im Einsatz der modernen Systeme des Personal- und Sozialwesens, sucht verantwortungsvolle leitende Position. Angebote unter A 3871 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Auslandskorrespondentin

u. Dipl.-Übersetzerin (Uni Saarbr.), Engl., Franz., 29 Jahre, ledig, ortsungebunden, techn. Kenntnisse (z. B. auch Telekommunikationsformen, EDV), vielseitig interessiert, sucht geeignete Stellung, auch als Sekretärin. Angebote bitte unter C 3873 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

DIPL.-VOLKSWIRT

39 J., Engl., langjährige Führungserfahrung in der BAU-INDUSTRIE, sucht fordernde Aufgaben in NRW.
Angeb. erb. u. A 3893 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

Erfinderischer, engagierter

Verkäufer – Berater, 52

der Baustoffindustrie, ungek., mit langj. Außendiensterfahrung, insb. Raum Bonn – Köln, sucht neuen Wirkungskreis.
Vertraul. Kontaktaufnahme unter W 9301, Annoncen-Expedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1.

Suche Arbeitsstelle als

Privatsekretärin/Gesellschafterin

eines älteren Ehepaares. Ich bin 43 Jahre alt, Führerscheininhaberin, habe 20 Jahre Erfahrung als Bürokauffrau und Geschäftsführerin eines Mittelbetriebes. Meine 4 Kinder sind groß, ich bin geschieden und damit nicht ortsgebunden. Ang. u. M 4079 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Programmierer

30 J., Hard- u. Software, techn. Informatik, sucht neuen Wirkungskreis im Köln-Bonner Raum.
Ang. erb. u. G 3899 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Staatl. gepr. techn. Übersetzer

für Russisch sucht Pos., evtl. freie Mitarbeit. Tel. 0 89 / 3 54 16 78, abends

Programmierer/Elektroing.

31 J., auslandserfahr., Erfahr. in Projektleit. u. techn. Informatik, s. Auslandstätigkeit, a. Montage.
Angeb. erb. u. R 3884 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gastronomieleiter

40 J., mit Konzernerfahrung
(Warenh. u. Kettengastro.)
sucht entspr. Position.
Angeb. erbeten unt. K 3813 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Mutter von 4 erwachsenen Kindern

43 Jahre, geschieden, ortsunabhängig, mit Führerschein und kompletten Haushaltskenntnissen sowie erfahren in Schreibarbeiten, sucht Stelle als Haushälterin mit Kinderbetreuung. Angeb. u. P 4050 an WELT- Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.

Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu stark ermäßigten Preisen berechnet.
1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 335,16 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 195,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 111,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

101-801

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige
_____ mm hoch; _____ spaltig zum Preis von DM _____
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Vorwahl/Telefon: _____

Unterschrift: _____

Der Anzeigentext:




DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Renten nachgebend

Der wieder steigende Dollar sowie die Zinsunsicherheit in den USA bei ausbleibenden Anlagekäufen aus dem Ausland führten am Rentenmarkt zu einem Stimmungswandel. Die Kurse öffentlicher Anleihen wurden bis zu 0,40 Prozentpunkte gesenkt. Unberührt blieb davon erwartungsgemäß die jüngste 8¼prozentige Bundesanleihe, die zu ihrem Emissionskurs von 100 Prozent in den Handel eingeführt worden ist. DM-Auslandsanleihen litten unter Käufermangel und bröckelten leicht ab. Gleiches gilt für den Pfandbriefmarkt, wo die Kurse auch zögernd nachgaben.

Bundesanleihen

		7. 2.	6. 2.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,25G	100,25G
7 Bund 77	3/84	100G	100
7½ dgl. 78 II	4/84	100,15	100,2
5 dgl. 78	5/84	99,7	99,7
6 dgl. 78 III	9/84	99,8	99,8
8¼ dgl. 76	9/84	101	101
6 dgl. 78 IV	12/84	99,8	99,8
6¾ dgl. 79	1/85	99,95	99,95
8½ dgl. 73 I	3/85	101,85	101,8
7 dgl. 79	4/85	100,35	100,25
7½ dgl. 79 II	6/85	100,6	100,5
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,3	101,2
8 dgl. 78 IV	10/85	101,45	101,45
5½ dgl. 78 II	3/86	97,4	97,55
6¼ dgl. 78	5/86	97,1	97,1
7¼ dgl. 78 I	12/86	99,65	99,8
6½ dgl. 79	1/87	97,9	98
7¼ dgl. 78 II	1/87	99,4	99,55
6¾ dgl. 77	4/87	97,8G	97,8
6½ dgl. 77	7/87	96,75	96,75
6 dgl. 77	10/87	94,45	94,45
6 dgl. 78 I	1/88	94,6	94,8
6½ dgl. 78 I	9/88	95,5	95,55
6½ dgl. 78 II	12/88	95,05	95,05
6¾ dgl. 79	1/89	96,25	96,4
7¼ dgl. 79 I	4/89	97,4G	97,6
10 dgl. 81	4/89	107,8	107,9
7½ dgl. 79 I	6/89	98	98,1
8 dgl. 79 I	7/89	100,05	100,2
8 dgl. 79 II	8/89	100,15	100,15
7½ dgl. 79 II	9/89	98	98,15
7¾ dgl. 79 II	11/89	99,9	99,1
7¾ dgl. 80 I	1/90	99,23	99,4
10 dgl. 80	4/90	108,65	108,8
5¾ dgl. 78	5/90	91	91,1
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,2	100,6
8¼ dgl. 80 II	11/90	100,2	100,35
7¾ dgl. 82	11/90	98	98,1
9 dgl. 81	2/91	104,15	104,3
10¼ dgl. 81	7/91	110	110,2
10¾ dgl. 81	8/91	112,65	113
10 dgl. 81 II	12/91	109,3	109,3
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,8	108,15
9¾ dgl. 82 II	3/92	107,9	108,2
6 dgl. 78 II	3/93	88,2	88,2
9,5 dgl. 82	4/92	106,3	106,45
9 dgl. 82	5/92	103,55	103,65
8½ dgl. 82	6/92	101,15	101,2

		7. 2.	6. 2.
F 8½ dgl. 79	2/85	99,95	99,95
8½ dgl. 73	2/85	101,75	101,85
7 dgl. 77	2/87	98,2	98,4
6 dgl. 77	9/87	94,4	94,5
6 dgl. 78 II	7/88	93,2	93,2
6½ dgl. 77	5/89	93,55	93,8G
8 dgl. 79 I	7/89	99,95	100,15
6 dgl. 78 I	2/90	91,1	91,1
8 dgl. 80 II	7/90	99,75	100
9 dgl. 81	3/91	104,35	104,5
10½ dgl. 81	9/91	111,5	111,86
10¾ dgl. 81	11/1	110,35	110,85G
8 dgl. 80 I	2/92	99,2	99,35
10 dgl. 82	2/92	109,5	109,6
9½ dgl. 82	7/92	107,1G	107,2
8 dgl. 82	11/92	98,5	98,85B
7¾ dgl. 83	1/93	96,7	96,85
8¼ dgl. 83	10/93	99,75	100

Bundespost

		7. 2.	6. 2.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,25G	100,25G
6½ Bdpost 68	6/88	99,16	99,16
8 dgl. 72 I	9/87	100,8	100,7
10 dgl. 81	3/89	108	108,1
10¼ dgl. 81	6/89	109,25	109,35
8 dgl. 80	3/90	99,9	100
7¾ dgl. 80	9/90	98,75	98,85
8¾ dgl. 80	12/90	102,6	102,75
10½ dgl. 81	10/91	111,6	111,8
9¾ dgl. 82	2/92	107,85	108
8¾ dgl. 82	8/92	102,5	102,7
8½ dgl. 82	10/92	101,15	101,45
7¾ dgl. 83	2/93	97,2	97,2
8½ dgl. 83	8/93	101,2	101,5

Länder – Städte

		7. 2.	6. 2.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	88	96,75	97
8¼ dgl. 82	92	99,75G	99,9
M 7 Bayern 68	86	100,25G	100,25G
6½ dgl. 67	87	100,5	100,5
6 dgl. 68	85	98,75	98,75G
7 dgl. 72	84	100G	100
7½ dgl. 76	84	100G	99,75

	7. 2.	6. 2.
M 5½ Bayer.Hsbk. Pf 14	91,75G	91,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
8¾ dgl. Pf. 2	95,5G	95,5G
7 dgl. Pf 3	95G	95bG
7 dgl. Pf 27	100,2B	100,2B
6½ dgl. KS 14	98,75G	98,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 38	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	78G	78bG
6 dgl. KO Pf 50	100G	100bG
6½ dgl. Pf 10	83G	83G

	7. 2.	6. 2.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90G	90G
6 dgl. 47	78	78
10 dgl. KS 46	–	–
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	93,95G	93,95G
8 dgl. Pf 73	100,45B	100,45G
4 dgl. KO 6	102,5G	102,5G
H 6 Hyp.LHbg. Pf 96	81,5	81,5
6½ dgl. Pf 80	90G	90

	7. 2.	6. 2.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5B	117,5G
6 dgl. Pf 95	77,5G	77,5bG
7 dgl. Pf 100	99,6G	99,8bG
D 6 WestLB Pf 350	101G	101G
6¾ dgl. Pf 403	97,1G	97,1G
9½ dgl. Pf 1007	106,25G	106,25G
8 dgl. Pf 1015	99,4G	99,4G
7 dgl. KO 556	99,95G	99,95G
6¾ dgl. KS 420	95,55G	95,55G
9¾ dgl. KO 1301	104,8bG	105,05G
8¼ dgl. KS 1278	101,65G	101,65G



Hier gibt es ein einmaliges Sonderangebot für Ihre Werbung in EUROPAGES.

Sie wissen: EUROPAGES, das Export-Branchenbuch neuen Typs – mit einer garantierten Auflage von 268 000 Exemplaren und Verteilung an die Importeinkäufer in den 6 wichtigen europäischen Märkten.

In der neuen Ausgabe 1984/85 können Sie jetzt eine der bewährtesten Werbemöglichkeiten einmalig günstig buchen:

50% Nachlaß auf den gerahmten Eintrag C 9 bei Belegung aller 6 Länderausgaben. Am besten lassen Sie sich gleich informieren, auch über die vielen anderen Werbearten in EUROPAGES.

Am Telefon können Sie sogar gleich bestellen. Oder außerhalb der Geschäftszeit Ihre Wünsche auf Band sprechen.

Per Telex können Sie ein fernschriftliches Angebot anfordern. Alles weitere per Draht. Vielen Dank für Ihr Interesse.

Deutsche Postreklame GmbH, Postfach 16245, 6000 Frankfurt 16, Telefon (0611) 2682-0, Telex 416272, Telefax (0611) 2682218, Btx *1711#

Postreklame

EURO PAGES

komplett und kompakt für schnellen Kontakt

Nach Colombo und weiter bis Singapur... und auf der ganzen Strecke ein Hauch von Paradies.



Air Lanka bietet Ihnen hervorragenden Tristar-Komfort von Frankfurt bis Colombo und weiter nach Singapur. Abflug an jedem Mittwoch, Freitag oder Sonntag mit Ankunft am nächsten Morgen in Colombo. Wenn Sie dann etwas Zeit übrig haben, genießen Sie einen entspannenden Zwischenaufenthalt auf unserer paradiesischen Insel... oder Sie fliegen noch am gleichen Tag mit unserem Tristar-Service weiter bis Singapur. Die Rückflüge von Singapur (dienstags, donnerstags und samstags) haben Anschluß an unsere Flüge von Colombo nach Frankfurt.

Und auf der gesamten Strecke erleben Sie den Service mit einer so sanften Wärme, wie sie nur von Menschen kommen kann, die im Paradies zu Hause sind.

AIRLANKA
Ein Hauch von Paradies

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Ihr Reisebüro oder rufen Sie uns an: Airlanka Bethmannstr. 58, 6000 Frankfurt/Main, Telefon 28 13 95.

Favoriten weiter unter Druck

Glattstellungen wegen anhaltender Wall-Street-Schwäche

DW. – Der neuerliche kräftige Rückgang an der New Yorker Aktienbörse sowie die sich zuspitzende Lage in Libanon lähmten an der Dienstag-Börse die Anlageaktivitäten. Kaufaufträge aus dem Ausland blieben wiederum aus. Deshalb verursachten Gewinnmitnahmen in den Standardaktien teilweise wieder zweistellige Kurseinbußen. Im Gegensatz zum Vortag blieb auch auf der ermäßigten Basis die Kauffreudigkeit begrenzt, so daß es zum Börsenschluß keine durchgreifende Kurserholung gab. Besonders betroffen von den Gewinnmitnahmen waren die diversen Optionsscheine, von denen die meisten an den Kurstafeln mit Minusankündigungen versehen werden mußten.

Von den Spitzentiteln wurden Daimler um weitere 15 DM auf 605 DM zurückgenommen, Schering um 10 DM auf 359 DM. Bei Siemens hielt sich der Abschlag mit 4 DM in engen Grenzen. Für diese Papiere machen sich einige Banken stark, die den Versicherungen wegen des in diesem Jahr zu erwartenden weiteren Gewinnanstiegs bei Siemens dringend zum Erwerb dieser Papiere raten. Nahezu unberührt von der Schwäche blieben AEG-Aktien. Der SEL-Kurs wurde dagegen um 9 DM auf 356 DM zurückgenommen, innerhalb von zwei Tagen hat dieses marktenge Papier rund 20 DM eingebüßt.

Düsseldorf: Küppersbusch befestigten sich um 11 DM auf 251 DM, Mauser zogen um 5 DM auf 116 DM an und Ravensberger Spinne konnten sich um 9 DM auf 197 DM verbessern. Aigner verminderten sich um 5 DM auf 305 DM, DAT gaben um 12 DM auf 443 DM nach und Dyckerhoff St. sanken um 5 DM auf 240 DM.

Frankfurt: Von Nebenwerten gaben Chemieverwaltung um 11 DM auf 303 DM nach. Huta Hegerfeld bei doppelter Minusankündigung um 9 DM auf 81 DM. Von Stahl- und Maschinenaktien blieben Rheinmetall 303 DM (minus 6,50 DM), Buderus 450 DM (minus 10 DM), Kr.-Maffei 2100 DM (minus 100 DM). Mauser stiegen bei Plusankündigung um 7 DM auf 120 DM.

Hamburg: Beiersdorf gaben um 3 DM auf 375 DM nach und Holsten Brauerei gingen zu 292 DM minus 2,50 DM aus dem Markt. Bremer Wolle schwächten sich nach anfangs 133 DM bis auf 128 DM minus 7,50 DM ab. HEW lagen bei 104 DM minus 1,10 DM und NWK-Vz. bei 177 DM minus 1,50 DM.

München: Agrob Vz. fielen um 5 DM auf 300 DM, Dywidag gaben um 6 DM auf 209 DM nach und Süd Chemie verminderten sich um 3 DM auf 395 DM. Audi NSU zogen um 2 DM auf 292 DM an, Leonische Draht schlossen mit einem Plus von 5 DM auf 341 DM ab.

Berlin: Engelhardt wurden um 25 DM niedriger taxiert. Herlitz Vorzüge büßten 8 DM, Herlitz Stämme 7 DM, DeTeWe 6 DM und Berthold 4 DM ein. DUB-Schultheiss lagen um 2,50 DM und Orenstein um 1 DM leichter. Kempinski erholten sich um 1 DM.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex vom 7. 2.: 155,9 (157,5); WELT-Umsatzindex vom 7. 2.: 4117 (5828)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Ungeregelter Freiverkehr

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Toronto

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

London

[illegible]

Mailand

[illegible]

Wien

[illegible]

Tokio

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

Zürich

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Madrid

Geschlossen

Hongkong

[illegible]

Singapur

[illegible]

Paris

[illegible]

Sydney

[illegible]

Optionshandel

Frankfurt: 7. 2.: 1781 Optionen = 85 280 (12 980) Aktien, davon 258 Verkaufoptionen = 14 900 Aktien. Kaufoptionen: AEG 4-70/3, 4-75/28, 4-85/17,85, 4-90/12,2, 4-95/10, 4-100/7,5, 4-110/4, 4-120/2, 7-85/22, 7-100/15, 7-110/10, 7-120/6, 10-85/27, 10-90/23, 10-100/20, 10-110/15, 10-120/8, BASF 4-160/17,9, 4-170/12,4, 4-180/6,7, 4-190/2,1, 7-170/20, 7-180/14,3, 7-190/9,9, 7-200/5, 10-190/15, 10-200/7,9, 10-210/5,2, Bayer 4-160/20, 4-170/16, 4-180/8, 4-190/5, 4-200/3,4, 7-170/24, 7-190/13, 7-200/6, 7-210/5, 10-180/21,2, 10-190/16, 10-210/6,4, BBC 4-240/15, BHF 4-330/8,1, Bekula 4-95/5,6, 4-100/2,5, 7-95/7,5, 10-100/6,5, BMW 4-450/20, 4-460/13, 7-470/25, Bay. Vereinsbank 4-360/21,5, 4-370/14, 7-380/19,6, 10-360/40, Commerzbank 4-170/20, 4-180/13,6, 4-190/8, 4-200/5,4, 4-210/4, 7-160/38, 7-170/28, 7-180/20,7, 7-190/14,5, 7-200/11,4, 7-210/7,8, 7-220/4,7, 10-180/26,5, 10-190/22, 10-200/16,6, 10-210/12,9, 10-220/8, 10-230/89, Conti 4-113,7/28, 4-122,7/17,15, 4-133,7/9, 4-140/8,1, 4-150/3,5, 7-113,7/30,15, 7-120/30, 7-130/22,8, 7-133,7/16,8, 7-140/13,1, 7-150/7,9, 7-160/5,6, 10-150/17, 10-160/10,5, Daimler 4-640/14,4, Dt. Babcock St. 4-190/10, 7-180/14, 7-200/9,9, Dt. Babcock Vz. 4-180/11, 7-200/11,2, Deutsche Bank 4-340/55, 4-350/41, 4-360/40,75, 4-370/30, 4-400/20, 4-420/20, 4-430/6, 7-340/65, 7-370/39,5, 7-380/39, 7-400/30, 7-420/20,3, 7-430/15,5 10-410/44, 10-420/32,5 10-430/21,7, Degussa 4-390/25,5, Dresdner Bk. 4-170/17, 4-180/12,2, 4-190/8,85, 4-200/4,5, 4-210/3, 7-170/24,8, 7-180/18,3, 7-190/9,9, 7-200/7, 7-210/6,5, 10-190/17, 10-200/13, 10-210/8, Hoechst 4-160/31,8, 4-180/14, 4-190/8,9, 4-200/8,8, 7-180/24,8, 7-190/17,4, 7-200/4,9, 7-200/10, 7-210/7,5 Hoesch 4-110/17,4, 4-120/14, 4-130/8,5, 7-110/21, 7-120/16, 7-130/12, 7-140/8, 10-120/21,2, 10-130/15,4, 10-510/8,6, Karstadt 4-280/9, Klöckner 4-45/28, 4-50/19,4, 4-55/15,6, 4-60/14,5, 4-65/11,4, 4-70/7, 4-75/8, 7-40/26, 7-50/21,8, 7-60/14,9, 7-75/10, 7-80/8,5, 10-75/12, MAN 4-180/4,1, Mercedes 4-520/36, 7-590/13,6, 10-590/20,2, Metallges. 4-250/10,25, Mannesmann 4-140/13,6, 4-150/7,5 4-160/4,6, 7-140/17, 7-150/14,4, 7-160/7,5, 7-170/4,5, 10-160/13,4, 10-170/9,4, Preussag 4-290/8, 7-290/14, RWE St. 4-180/9,4, 7-190/7, Schering 4-380/16, Siemens 4-380/32, 4-400/22, 4-410/13,5 4-420/10, 4-430/3,3, 4-440/6, 7-410/28,6, 7-420/22, 7-430/20, 7-440/14, 10-410/35, 10-420/31, 10-430/26, 10-440/20, Thyssen 4-70/21,8, 4-80/13,4 4-85/7,5, 4-90/6,9, 4-95/6,1, 4-100/3,6, 7-80/15,85, 7-90/11, 7-95/8,5 7-100/7, 10-90/14,6 10-95/12,8, 10-100/10,85, 10-110/6, Varta 4-190/6,6, 7-180/21, 10-190/19, Veba 4-170/14, 4-180/8,8, 4-190/4,4 4-200/2,4, 7-180/12,8, 7-190/7,8, 10-180/12,4 10-200/8, VEW 4-130/4,4 7-120/17, VW 4-210/23, 4-220/12, 4-230/8, 4-250/3,5 7-230/25,2 7-230/16, 7-240/14,1 7-250/8,4, 10-220/30, 10,230/28,5 10,240/22, Verkaufoptionen: AEG 4-85/2,4, 4-100/3, 7-90/1,4, 7-100/4,5, 10-85/2, 10-90/3, 10-95/4,2 Bayer 4-180/4,8, 7-180/8,6 BBC 4-240/8,4, 7-340/7, BHF 7-300/4,1 BMW 7-410/4, Commerzbank 4-120/3, 7-170/3,5, 7-180/4,9, Conti 4-130/2, 4-140/3,65, 7-140/6,4 Deutsche Bank 7-380/10,4 Dresdner Bank 4-180/3,2, 7-180/5, 10-180/7,5 Hoechst 4-190/4,5 7-190/5,8, Hoesch 4-130/4,3 7-130/4, 7-130/6,9, 10-120/4,5, 10/130/8,6 Kaufhof 7280/5,5 KHD 7-250/2,9, Klöckner 4-60/1,5, 4-65/2,5 4-70/4,05, 7-60/2,2 7-70/4,8, 10-50/1, Lufthansa Vz. 4-160/2,6, Mannesmann 4-150/4, 10-140/2,8, 10-150/5,5 Preussag 4-280/5, RWE St. 10-180/4,95, Siemens 10-380/7, Thyssen 700/5, VW 10-200/3,5, 10-210/4,5. (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7. 2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝–9⅞	5⅝–5⅞	2⅞–3¼
3 Monate	9¾–10	5¾–6	3⅜–3⅝
6 Monate	9⅞–10⅛	5⅞–6⅛	3⅜–3⅞
12 Monate	10¼–10½	6⅛–6⅜	3⅞–4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 7. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1595,00	1932,30
10 US-Dollar (Indian) **)	1198,00	1410,26
5 US-Dollar (Liberty)	510,00	672,60
1 £ Sovereign alt	243,06	299,82
1 £ Sovereign Elizabeth II	236,00	291,84
20 belgische Franken	185,00	240,34
10 Rubel Tscherwonez	256,00	319,20
2 südafrikanische Rand	237,00	291,84
Krüger Rand, neu	1063,00	1251,72
Maple Leaf	1063,00	1251,72
Platin Noble Man	1090,00	1282,50
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	263,00	327,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	199,00	250,80
20 franz. Franken „Napoléon"	199,00	258,80
100 österr. Kronen (Neuprägung)	981,00	1182,18
20 österr. Kronen (Neuprägung)	196,00	246,25
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	138,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	465,00	570,00
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

7. 2. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Ankfs.-Kurs[4])	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York[3])	2,7642	2,7722	2,7409	2,71	2,80
London[1])	3,901	3,915	3,875	3,84	3,99
Dublin[1])	3,083	3,097	3,044	3,03	3,18
Montreal[1])	2,2170	2,2250	2,1990	2,15	2,24
Amsterd.	88,505	88,725	88,58	87,50	89,50
Zürich	123,900	124,100	124,00	123,00	125,75
Brüssel	4,875	4,895	4,812	4,68	4,88
Paris	32,490	32,650	31,89	31,75	33,50
Kopenh.	27,460	27,590	27,24	26,50	28,50
Oslo	35,350	35,470	34,79	34,25	36,00
Stockh. **)	33,890	34,050	33,54	33,00	34,75
Mailand[2]) **)	1,622	1,632	1,582	1,58	1,68
Wien	14,168	14,208	14,172	14,09	14,31
Madrid**)	1,758	1,768	1,708	1,67	1,79
Lissabon**)	1,980	2,000	1,890	1,60	2,40
Tokio	1,1815	1,1845	–	1,14	1,20
Helsinki	46,900	47,100	45,90	46,00	47,75
Buen. Air.	–	–	–	–	14,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,658	2,712	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5420	2,5610	–	2,47	2,58
Johannesbg.*)	2,1885	2,2075	–	2,00	2,25

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Mit Verstimmung reagierte man am Markt auf die feste Verfassung der Tagesgeldzinsen am New Yorker Markt und die Diskussionen über die kommenden Budgetdefizite, die vom augenblicklichen Standpunkt aus keine Zinserleichterung ermöglichen. Der Dollar profitierte am 7. 2. von dieser Stimmungslage und gewann im Tagesverlauf von 2,7580 bis 2,7680 zeitweise 1 Pfg. Die Bundesbank verkaufte zur Notiz von 2,7682 17,15 Mill. Dollar, blieb aber dem Freiverkehr fern. Recht unterschiedlich entwickelten sich die übrigen Währungen. Einerseits legte der Yen 30 Punkte auf 1,1830 zu, andererseits notierten das englische Pfund und der Schweizer Franken niedriger. Für den holländischen Gulden, die dänische Krone, die Lire und der Escudo wurden neue historische Tiefstkurse erreicht. Dollar in: Amsterdam 3,1220; Brüssel 56,6550; Paris 8,4975; Mailand 1700,00; Wien 19,5000; Zürich 2,2324; irl. Pfund/DM 3,090; Pfund/Dollar 1,4117; Pfund/DM 3,908.

Ostmarkkurs am 7. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei etwas anziehenden Dollar-Zinssätzen wurden die Dollar-Deports am 7. Februar erhöht gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,94/0,84	2,78/2,68	5,38/5,18
Pfund/Dollar	0,05/0,08	0,19/0,22	0,38/0,42
Pfund/DM	1,80/0,40	4,00/2,80	7,10/5,70
FF/DM	28/12	75/59	140/124

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7. 2.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,5–5,65 Prozent; Dreimonatsgeld 5,9–6,05 Prozent.

Privatdiskontsätze am 7. 2.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 7. 2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,03. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,90, Rendite 7,80.

Warenpreise – Termine

Während sich die Goldnotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex leicht abschwächten, konnte sich Silber etwas verbessern. Durchweg schwächer ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Zu deutlichen Abschlägen in allen Sichten kam es bei Kaffee. Weniger drastisch waren die Einbußen bei Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	7. 2.	8. 2.
März	333,00	331,50
Mai	333,75	335,00
Juli	330,00	331,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	7. 2.	8. 2.
St. Lawrence 1 CW	247,90	248,65
Amber Durum	236,40	237,50

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	129,50	134,50
Mai	132,00	136,50
Juli	134,00	139,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	126,00	127,00
Mai	123,00	124,50
Juli	122,30	122,50

Hafer Chicago (c/bush)	7. 2.	8. 2.
März	171,00	171,75
Mai	173,00	173,50
Juli	173,00	173,50

Mais Chicago (c/bush)		
März	329,00	329,50
Mai	332,75	333,50
Juli	333,50	334,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	7. 2.	8. 2.
März	127,30	128,50
Mai	128,30	129,80
Juli	129,50	130,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	7. 2.	8. 2.
März	139,80	142,75
Mai	133,78	136,05
Juli	130,80	132,15

Kakao New York ($/t)	7. 2.	8. 2.
Terminkontr. März	2480	2518
Mai	2431	2458
Juli	2401	2430
Umsatz	2054	4586

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	7,04	7,26
Mai	7,33	7,64
Juli	7,83	7,98
Sept.	7,89	8,22
Okt.	8,09	8,38
Umsatz	10 735	6 330

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7. 2.	8. 2.
	–	7,14

Kaffee London (£/t) Robusta-	7. 2.	8. 2.
Kontrakt März	2084–2085	2098–2101
Mai	1921–1924	1928–1930
Juli	1847–1848	1854–1858
Umsatz	5761	2732

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1839–1840	1842–1846
Mai	1826–1827	1828–1829
Juli	1812–1813	1806–1810
Umsatz	4973	5746

Zucker London (£/t)		
März	129,75–129,90	132,95–133,00
Mai	134,75	138,35
Umsatz	2427	–

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	7. 2.	8. 2.
schw. Sarawak spez.	405,00	400,00
weißer Sarawak	647,50	637,50
weißer Muntok	655,00	645,00

Orangensaft New York (c/lb)	7. 2.	8. 2.
März	159,25	162,20
Mai	160,50	163,25
Juli	160,25	163,00
Sept.	159,75	162,90
Nov.	159,00	162,00
Umsatz	1500	2000

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	7. 2.	8. 2.
Südstaaten fob Werk	47,25	47,25

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,00	27,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	27,05	27,25
Mai	27,52	27,70
Juli	27,75	28,00
Aug.	27,65	27,90
Sept.	27,05	27,30
Okt.	26,45	26,75
Dez.	26,25	26,39

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	29,50	29,60

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	29,00	29,00
Choice white hog 4% fr. F.	19,00	19,00

Talg New York (c/lb)		
top white	18,75	18,75
fancy	18,25	18,25
bleichfähig	18,00	18,00
yellow max. 10% fr. F.	16,75	16,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	49,75	49,30
Apr.	46,40	46,30
Juni	52,35	52,30

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	63,70	64,10
März	64,50	64,70
Mai	66,25	66,20

Häute Chicago (c/lb)	7. 2.	8. 2.
Ochsen sinh. schwere River Northern	53,00	53,00
Kühe sinh. schwere River Northern	56,00	56,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	719,50	725,00
Mai	737,50	741,00
Juli	750,00	755,00
Aug.	749,00	754,00
Sept.	723,50	730,00
Nov.	712,50	716,00
Jan.	725,00	729,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	188,20	190,00
Mai	192,30	193,80
Juli	196,30	196,00
Aug.	196,20	198,00
Sept.	193,50	194,50
Okt.	190,50	191,50
Dez.	192,40	193,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	7. 2.	8. 2.
März	361,00	367,00
Mai	364,00	370,50
Juli	366,50	373,00

Kokosöl New York (c/lb)	7. 2.	8. 2.
Westküste fob Werk	51,00	51,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	7. 2.	8. 2.
jegl. Herk. cif	1040,00	1040,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	495,00	495,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	1075,00	1100,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	209,50	208,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1270,00	1285,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	303,00	310,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	7. 2.	8. 2.
März	76,55	76,45
Mai	76,45	76,50
Juli	76,50	76,25
Okt.	73,55	73,45
Dez.	72,00	71,85
März	73,25	73,00

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	57,75	57,75

Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	7. 2.	8. 2.
März	433–438	430–438
Mai	454–457	450–457
Aug.	481–484	478–479
Umsatz	19	1

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	7. 2.	8. 2.
März	48,30	geschl.
Mai	48,70	geschl.
Juli	49,00	geschl.
Okt.	49,40	geschl.
Umsatz	0	0
Tendenz		stetig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	7. 2.	8. 2.
März	575,00–576,00	579,50–579,80
Mai	589,00–592,00	594,50–595,00
Juli	603,0	606,6–607,5
Umsatz	82	20

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	7. 2.	8. 2.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	7. 2.	8. 2.
Febr.	13 928	13 936
März	13 938	13 949

Kautschuk London (p/kg)	7. 2.	8. 2.
Nr. 1 RSS loco	87,50–89,50	88,00–89,80
März	87,50–89,00	88,50–89,00
April	88,00–89,00	89,00–91,40
April/Juni	88,80–88,90	88,80–89,00
Tendenz: etwas stetiger		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	7. 2.	8. 2.
Febr.	261,50–261,75	265,00–266,00
März	270,00–275,75	273,00–273,50
Nr. 2 RSS Febr.	255,00–256,00	257,00–258,00
Nr. 3 RSS Febr.	251,50–252,50	253,50–254,50
Nr. 4 RSS Febr.	245,00–246,00	247,00–248,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	7. 2.	8. 2.
BWC	500,00	500,00
BWD	495,00	495,00
BTC	500,00	500,00
BTD	495,00	495,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	7. 2.	8. 2.
Blei: Basis London laufend. Monat	108,45–108,84	108,75–108,95
drittfolg. Monat	112,16–112,26	112,28–112,48
Zink: Basis London laufend. Monat	274,83–275,22	276,88–276,88
drittfolg. Monat	273,45–273,86	273,94–274,04
Produz.-Preis	291,98	289,17
Reinzinn 99,9%	3729–3766	3800–3837

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	7. 2.	8. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	390,52–392,48	390,72–392,58
Blei in Kabeln	116,25–117,25	116,50–117,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	430,50–452,00	430,50–452,00
Vorziehdraht	439,50–464,00	439,50–464,00

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 18 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	7. 2.	8. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	375–384	375–386
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	426–427	427
MS 63	422–427	422–427

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	7. 2.	8. 2.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	7. 2.	2. 2.
Leg. 225	470–473	470–473
Leg. 226	472–475	472–475
Leg. 231	502–505	502–505
Leg. 233	512–515	512–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	7. 2.	8. 2.
Platin (DM je g)	38,75	37,10
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	34 050	34 450
Rücknahmepr.	33 300	33 300
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	34 100	33 980
Rücknahmepr.	33 570	33 450
verarbeitet	35 790	35 660
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 810	33 765
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	781,20	784,80
Rücknahmepr.	765,50	769,00
verarbeitet	815,20	819,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	7. 2.	8. 2.
10.30	379,25	380,40
15.00	379,75	380,80
Zürich mittags	378,75–379,25	379,50–380,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 600	103 450
Silber (p/Feinunze) London Kasse	610,70	614,30
3 Monate	624,25	628,40
6 Monate	639,20	643,40
12 Monate	669,20	673,40
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	272,25	271,30
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	110,95	110,75

New Yorker Preise	7. 2.	8. 2.
Gold H & H Ankauf	379,75	380,80
Silber H & H Ankauf	881,00	856,50
Platin fr. Händlerpr.	386,00–388,00	386,00–388,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	156,00–158,00	162,00–164,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze) Feb.	879,50	876,40
März	882,00	880,00
Mai	891,00	888,00
Juli	897,00	894,50
Sept.	914,00	909,00
Dez.	929,50	926,20
Jan.	954,50	949,50
Umsatz	20 000	22 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	7. 2.	8. 2.
Feb.	63,05	63,65
März	63,40	64,00
Mai	64,70	65,30
Juli	66,00	66,60
Sept.	67,45	68,15
Dez.	69,45	70,15
Jan.	70,20	70,85
Umsatz	7 000	6 500

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	7. 2.	8. 2.
Kasse	1073,0–1074,0	1067,5–1068,5
3 Monate	1100,0–1100,5	1095,0–1095,5
Blei (£/t) Kasse	277,00–277,50	276,00–278,50
3 Monate	287,00–287,25	285,50–286,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	984,50–985,50	984,50–985,00
3 Monate	1035,5–1006,0	1007,5–1008,0
abends Kasse	986,00–987,00	987,00–988,00
3 Monate	1008,0–1009,0	1010,0–1010,5
(Kupfer-Standard) Kasse	974,00–976,00	973,00–975,00
3 Monate	995,00–995,50	996,00–997,00
Zink (£/t) Kasse	708,00–709,00	698,00–699,00
3 Monate	705,00–705,50	696,00–696,50
Zinn (£/t) Kasse	8615–8625	8570–8575
3 Monate	8765–8766	8710–8711
Quecksilber ($/Fl.)	300–315	305–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	72,00–77,00	72,00–77,00

ERSCHÜTTERT UND VOLL TRAUER TEILEN WIR MIT, DASS HERR

DIREKTOR

GEORG SIEDT

SONDERBEVOLLMÄCHTIGTER FÜR DEN SCHIENENVERKEHR

* 6. 12. 1915 † 4. 2. 1984

NACH KURZER, SCHICKSALHAFTER KRANKHEIT VON UNS GEGANGEN IST.

MEHR ALS 32 JAHRE HAT ER AN FÜHRENDER STELLE MIT GROSSER TATKRAFT, HINGABE UND FACHLICHEM KÖNNEN IN VORBILDLICHER PFLICHTERFÜLLUNG AN DER GESTALTUNG UNSERES UNTERNEHMENS MITGEWIRKT.

VOR ALLEM DEN HERAUSRAGENDEN LEISTUNGSSTAND UND DAS ANSEHEN UNSERES EISENBAHNBAUS VERDANKEN WIR IHM.

IN FREUD UND LEID STAND ER DREI GENERATIONEN DER FAMILIE HEITKAMP TREU ZUR SEITE.

TIEFES MITGEFÜHL VERBINDET UNS MIT SEINEN ANGEHÖRIGEN.

WIR WERDEN IHN NICHT VERGESSEN.

FAMILIE HEITKAMP
UND
BEIRAT, AUFSICHTSRAT, GESCHÄFTSFÜHRUNG, BETRIEBSRAT, BELEGSCHAFT
DER
BAUUNTERNEHMUNG HEITKAMP

4690 HERNE 2, DEN 4. FEBRUAR 1984

DIE TRAUERFEIER FÜR DEN VERSTORBENEN FINDET AM DONNERSTAG, DEN 9. FEBRUAR 1984 UM 11.00 UHR IN DER EVANGELISCHEN KIRCHE ZU WITTEN-HERBEDE STATT.
IM ANSCHLUSS DARAN ERFOLGT DIE BEISETZUNG AUF DEM EVANGELISCHEN FRIEDHOF HERBEDE.

Am 6. Februar 1984 verstarb im 74. Lebensjahr

Präsident a. D.

Dr. Friedrich Käss

Inhaber des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Der Verstorbene war von 1957 bis 1975 Vorsitzender des Verwaltungsrates der Lastenausgleichsbank.

Mit Sachkenntnis und Engagement hat er an der Weiterentwicklung unseres Hauses entscheidenden Anteil gehabt und sich um den Erfolg unseres Hauses hochverdient gemacht.

Wir trauern um einen Mann, dem wegen seines fachlichen Könnens, der Klarheit seines Urteils und seines persönlichen Einsatzes höchste Wertschätzung entgegengebracht wurde.

Wir werden ihm stets ein dankbares und ehrendes Gedenken bewahren.

Verwaltungsrat und Vorstand
der
Lastenausgleichsbank

VIELE REDEN VOM FRIEDEN. WIR ARBEITEN FÜR IHN.



Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Straße 2 · 3500 Kassel · Postscheckkonto Hannover 103360-301

Für die überaus zahlreichen Beileidsbekundungen, Zeichen der Liebe und Verehrung, die meinem geliebten Mann

Günter Rieck

Bildhauer

„Kupferkanne" Kampen/Sylt

durch Blumen, Kränze und Geleit zur letzten Ruhestätte dargebracht wurden, wie auch für die aufrichtige, mitfühlende Teilnahme durch Wort und Schrift, sage ich meinen tiefempfundenen Dank. Besonders herzlich danke ich Herrn Pastor Giesen für seine Hilfe, die er mir in meiner schwersten Stunde zukommen ließ.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Ruth Rieck

Kampen, 1. Februar 1984

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Tel.: Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80 – 39 42 o. – 42 30
Berlin (0 30) 25 91 – 29 31
Kettwig (0 20 54) 5 18 und 5 24

Telex: Hamburg 2 17 001 77 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Mit Worten unterwegs
Schriftsteller arbeiten mit Inhaftierten e. V.

Im neunten Jahr arbeiten wir im Rahmen dieses als gemeinnützig anerkannten Vereins mit der Literatur in den Gefängnissen Nordrhein-Westfalens. Wir veranstalten Lesungen, führen Gespräche und fördern Ausbildungen. Unser Ziel ist, den Kontakt zwischen Gefängniswelt und der Öffentlichkeit herzustellen und Alternativen für die Zukunft zu öffnen. Der Kultusminister unterstützt die Aktion. Aber das reicht nicht. Deshalb suchen wir private Spenden. Unsere Konto-Nr. BLZ 300 700 10 / 230 3600 Deutsche Bank AG, D'dorf (Spendenquittung wird ausgestellt). Bitte fordern Sie Prospekte, Presseberichte und Bücher an:

Dr. Astrid Gehlhoff-Claes
Kaiser-Friedrich-Ring 53, 4000 Düsseldorf 11

Rückenschmerzen können oft rheumatisch sein.

Schmerzen im Rücken, an den Schultern oder im Nacken sind urplötzlich da – und nur wenige wissen, daß es sich dabei um einen Rheuma-Schub handeln kann.

Denn Rheuma hat viele Angriffspunkte. Was tun gegen die peinigenden, ziehenden Schmerzen, die oft jede Bewegung zur Qual machen?

Befreiende Erleichterung durch eine Therapie der Vernunft.

Statt einer hochdosierten Substanz die sinnvolle Kombination von nur 3 Wirkstoffen: Das ist das Antirheuma-Konzept von Togal. Denn damit wird einerseits eine gesteigerte Gesamtwirkung erreicht, andererseits ermöglicht diese Kombination eine geringere Wirkstoff-Dosierung.

Kein Wunder, daß sich Togal seit 70 Jahren in der Rheuma-Behandlung als besonders gut verträglich bewährt. Dabei beeinflußt es das rheumatische Krankheitsgeschehen insgesamt heilungsfördernd.

Togal wirkt nicht nur rasch schmerzstillend; es läßt Entzündungen und Schwellungen abklingen. Die Beweglichkeit bessert sich spürbar. Das Leben des Rheumatikers wird wieder lebenswert.

Herrlich – sich endlich wieder schmerzfrei bewegen zu können!

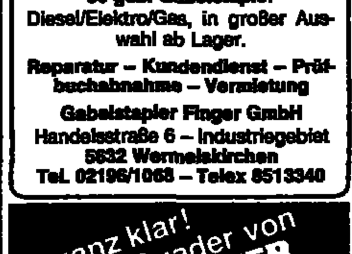
Wenn die Bewegungs-Blockade aufgehoben ist, fühlt man sich auch nicht mehr als »halber Mensch«, hat wieder Freude an Geselligkeit, an Sport und nicht zuletzt an der Arbeit.

Togal gibt es rezeptfrei in jeder Apotheke.

Togal Tabletten bei Rheuma, Neuralgien, Rücken-, Kopf- u. a. Schmerzen sowie Erkältungs-Grippe. Nicht anwenden bei Salicylatüberempfindlichkeit (Asthma), erhöhter Blutungsneigung, Magen-Darmblutungen bzw. -geschwüren, vorgeschädigter *Niere und in den letzten 3 Schwangerschaftsmonaten.* Längere Anwendung und höhere Dosierung nicht ohne ärztlichen Rat. Togal-Werk München.

---

50 geb. Gabelstapler
Diesel/Elektro/Gas, in großer Auswahl ab Lager.
Reparatur – Kundendienst – Prüfbuchabnahme – Vermietung
Gabelstapler Finger GmbH
Handelsstraße 6 – Industriegebiet
5632 Wermelskirchen
Tel. 02196/1068 – Telex 8513340





Cavete Münster
feiert am 28. 4. 84 25jähriges Jubiläum und fahndet nach Verschollenen. Ehemalige Mitarbeiter, Kellner und Jazzer, meldet euch! Wir suchen Erinnerungen.
Fragen und Zuschriften:
Lothar Weidert, Kasewinkel 7
44 Münster, Tel. 02 51 / 32 40 60

Suche dringend
Promotionsmöglichkeit
an deutschspr. u. franz. Universitäten.
Zuschr. u. V 3976 an WELT-Verl., Postfach 10 08 64, 4300 Essen

MEDIZIN-STUDIUM
TMS: wissenschaftlich überprüftes ZVS-Test Training BAD NENNDORFER MODELL
Zentrale 05723 / 81482 od. 089 / 592430

HANNOVER-MESSE 84
1-Zi.-Whg. f. 2 Pers., 20 Min. zur Messe, ab 1. 4. 84 frei.
Tel.: 05 11 / 65 13 42

The Economist

In der Ausgabe vom 4. Februar berichten wir in einer ausführlichen Studie über die drängensten Probleme der Bundesrepublik Deutschland. Eines steht mit Sicherheit fest. Der Weg zur Wende ist noch weit.

Europe's international weekly The Economist berichtet mit fundierten Nachrichten, Analysen und Kommentaren über Weltpolitik, Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft. Er erscheint jeden Freitag und ist in 180 Ländern der Welt überall dort erhältlich, wo die internationale Presse vertreten ist.

Viele behinderte Kinder könnten gesund sein

Zweidrittel aller angeborenen Behinderungen lassen sich vermeiden oder *doch wesentlich bessern*

Jedes zehnte Neugeborene, das in der Bundesrepublik zur Welt kommt, trägt das Risiko in sich, behindert zu werden. Sie tragen einen auf Vererbung beruhenden Defekt in sich oder erleiden während der Schwangerschaft oder unter der Geburt Schaden, den es zu verhüten gilt.
Rechtzeitige Vorsorge und Früherkennung können Zweidrittel dieser Behinderungen vermeiden oder doch ganz wesentlich bessern!
Die Stiftung für das behinderte Kind zur Förderung von Vorsorge und Früherkennung bemüht sich, durch gezielte Vorsorgemaßnahmen angeborene Schäden und Behinderungen zu vermeiden.

Ihre Spende hilft uns helfen!

Spendenkonten: Postscheckamt Frankfurt/Main 606-608 (BLZ 500 100 60), Bank für Gemeinwirtschaft BfG Frankfurt 1009001900 (BLZ 500 101 11). Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig.
Wenn Sie sich über das Vorsorgeprogramm für werdende Eltern informieren möchten, fordern Sie mit dem Coupon die Fibel an „Unser Kind soll gesund sein ..."
Die Empfehlungen der Fibel erhöhen die Chancen, ein gesundes Kind zu bekommen. Sie sagt Ihnen, durch welche Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen Sie mögliche Gefahren von Ihrem Kind abwenden können.

Coupon
Name
Straße
PLZ/Ort

Stiftung für das behinderte Kind zur Förderung von Vorsorge und Früherkennung
Kennedyallee 123, 6000 Frankfurt am Main 70. Tel. 0611-637109

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje;
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: *Adalbert Bärwolf*

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99,
Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der *Niedersächsischen Börse zu Hannover;* der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Probleme über Probleme - „Der Internationale Jugendfilm" im ZDF

Suche nach der eigenen Persönlichkeit

Der Konflikt zwischen einer Tochter und ihrer Mutter, die sich zu wenig um die Tochter und zu sehr um die eigene Karriere gekümmert hat, steht im Mittelpunkt des Films „Die Zeit wird kurz", der in der Reihe „Der Internationale Jugendfilm" heute abend im ZDF gesendet wird. Eine Halbindianerin, die nicht weiß, ob sie zu den Weißen oder den Indianern gehört, ist die Hauptfigur des kanadischen Beitrags dieser Serie, der unter dem Titel „Homecoming" irgendwann in diesem Jahr ausgestrahlt wird. Und in „Die Farbe der Freundschaft" dreht sich alles um das amerikanische Rassenproblem, mit dem ein weißer Schüler in einer gemischten Schule konfrontiert wird.

Soziale Probleme, Probleme mit den Eltern, mit der Pubertät, mit der Suche nach der eigenen Persönlichkeit, nach Beziehungen und Anerkennung – dies sind die wichtigsten Themen der meisten Filme, die im Rahmen des „Internationalen Jugendfilms" diskutiert werden. Sechs- bis zehnmal im Jahr gehen diese „Problemfilme" für Jugendliche zwischen zwölf und 20 Jahren im ZDF über den Bildschirm. Der Erfolg scheint der Sendung durch die Jahre hindurch recht treu geblieben zu sein. Bei 25 Prozent Sehbeteiligung lagen die Zahlen noch vor einem Jahr. Jetzt sind es immerhin noch 23 Prozent, und das in einer Zeit, da fast alle Fernsehprogramme über starken Zuschauerschwund klagen.

Dennoch wird der offenbar so populäre Internationale Jugendfilm wesentlich seltener ausgestrahlt als noch vor einigen Jahren. Der verantwortliche Redakteur klagt über mangelnden Platz im Programm, den sich seine Reihe noch mit „Direkt", „Spielregeln" und „Jugend und Recht" teilen muß. Das Angebot an sendewürdigen Filmen stehe in keinem Verhältnis zu den zur Verfügung stehenden Sendeminuten, meint er. Etwa 20 bis 30 Filme hat er pro Jahr für seine Reihe zu sichten, höchstens

Die Zeit wird kurz - ZDF, 19.30 Uhr

zehn kann er davon auswählen, und manche davon würden auch besser in einem anderen Programm erscheinen.

Die meisten Filme stammen aus den USA und Kanada, etliche aus der Sowjetunion, Ungarn und Polen. Aus deutschen Landen kommt ihm dagegen so gut wie gar nichts auf den Tisch. Da nämlich das Budget im Vergleich zu anderen TV-Ressorts sehr knapp bemessen ist beim Internationalen Jugendfilm und davon noch Einkäufe und die deutsche Bearbeitung der Filme zu bezahlen ist, bleibt an verlockenden Produktionsmitteln für deutsche Filmemacher fast gar nichts mehr übrig.

Erstaunlich ist die weltweite Übereinstimmung in den Themen, die die Filmemacher für ein jugendliches Fernsehpublikum interessant erachten. Von Aussteigern, wie sie jüngst in zwei sowjetischen Beiträgen gezeigt wurden, bis hin zu pubertären Nöten und zur Verführung bestimmter Gruppen durch Bagwhananhänger spannt sich der Themenbogen.

Das größte Echo, das es bisher je auf die Serie gegeben hat, kam und kommt noch heute auf einen amerikanischen Film, der vor zwei Jahren ausgestrahlt wurde. In diesem Film mit dem Titel „Die Welle" ging es um das Experiment eines Lehrers, der seiner Klasse das Phänomen des Nationalsozialismus auf sehr eigenwillige Art nahebringen möchte. Er verkündet seinen Schülern, daß es in den USA eine neue Jugendbewegung mit Namen „Die Welle" gebe, deren oberste Prinzipien Ordnung, Sauberkeit und strenge Disziplin seien. Begeistert machen die Jugendlichen mit, und in ihrem Enthusiasmus verlieren sie bald jedes Maß für Fairneß, Toleranz und Gerechtigkeit. Das Experiment ist geglückt – sehr zum Kummer des Lehrers. Noch heute äußern sich Jugendliche in zahlreichen Briefen zu diesem Beitrag und haben immer wieder eine Wiederholung gefordert. Ihr Wunsch soll in den nächsten Monaten im Nachmittagsprogramm erfüllt werden.

Filme wie dieser sind selten in der Reihe des Internationalen Jugendfilms. Durchschnittlichkeit bestimmt auch hier das Bild der Reihe. Aber weshalb sollte es bei Jugendsendungen anders sein als im Programm für die Erwachsenen?

M. v. SCHWARZKOPF

KRITIK

Ein „Apfel" muß sich anpassen

Szenen aus dem Leben eines Indianerjungen vom Stamme der Cree: Schulalltag in einem Internat für Indianerkinder, Ferien daheim im kanadischen Reservat, auf Fischfang mit dem Vater, beim Fallenstellen in der Wildnis. Dann wieder der Schulalltag, die Einsamkeit, die Sehnsucht nach dem Stamm, für den der Junge immer mehr zum Fremden wird. „Apfel" nennen die Indianer den jungen Buckley, denn er sei innen weiß und außen rot. Er gehört weder zu den Weißen, die er nicht verstehen kann, noch zu den Indianern, deren Sprache er nie richtig gelernt hat. Er will um jeden Preis ein echter Indianer sein, aber dafür ist es längst zu spät. Der alte Indianer John hat es einmal kurz formuliert: „Zum Indianer muß man vom ersten Lebenstag an erzogen werden."

Daß Buckley, der heimatlos zwischen Weiß und Rot hin und her treibt, schließlich in den Tod geht, daß er irgendwo in der Kälte erfriert, war die erschütternde, wenn auch logische Konsequenz von Martin Delfrancos Film **„Reise in die Kälte"** (ARD). Denn ein „echter Indianer weiß sich vor Kälte zu schützen", lautet der Kommentar eines alten Indianers. Daß dieser beeindruckende Film über den jungen Buckley, dessen Schicksal stellvertretend für den Niedergang seines Volkes steht, zu so später Stunde ausgestrahlt wurde, ist bedauerlich.

NINA SCHULENBURG

STUDIO

Das Samstagabends im Ersten Fernsehprogramm ausgestrahlte und von den Kirchen inhaltlich verantwortete **„Wort zum Sonntag"** soll aktueller werden. Dies hat jetzt der Vorsitzende der für die Auswahl der evangelischen Sprecher zuständigen Kommission, Hans Dieter Osenberg (Saarbrücken), gefordert. In einem Beitrag für die EPD-Fachkorrespondenz „Kirche und Rundfunk" nahm Osenberg den Fall Kießling/Wörner zum Anlaß für eine harte Kritik an der bisherigen Gestaltung des „Wort zum Sonntag". Weder der evangelische noch der katholische Sprecher seien auf den Fall eingegangen. Sie hätten es versäumt, aus christlicher Sicht etwas zum achten Gebot zu sagen („Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten"). Damit sei das „Wort zum Sonntag" seinem ureigenen Auftrag nicht gerecht geworden, sich mit einem „Zwischenruf des Evangeliums in einem erregenden öffentlichen Vorgang einzumischen".

Für den moralisch-ethischen Aspekt des Falles seien offenbar manche Journalisten sensibler gewesen als die Sprecher des „Wort zum Sonntag", rügt Osenberg. Es gehe nicht darum, „geistliches Öl in politisches Feuer zu gießen" oder diese Sendereihe zu Tageskommentaren zu mißbrauchen. „Aber wer nicht synchron zum Leben und seinen Abläufen Gottes Wort ins Spiel bringt, muß sich fragen, ob er am Ende nur sich selbst predigt", schreibt der Vorsitzende der Fernsehkommission im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik. Man dürfe sich dann nicht wundern, wenn diese Sendung als eine „institutionalisierte Belanglosigkeit" bespöttelt werde. (epd)

*

Der **Fernseh-„Tatort"** mit dem Titel „Freiwild" vom vergangenen Sonntag, die letzte Arbeit des verstorbenen Regisseurs Wolfgang Staudte, erreichte nach den vorläufigen Messungen der Teleskopie einen Zuschauerrekord: Er wurde von 57 Prozent aller westdeutschen Fernsehhaushalte und damit von mehr als 21 Millionen Zuschauern gesehen. Dies berichtete die ARD-Programmdirektion in München. Erfolgreichster „Tatort" des Jahres 1983 war „Fluppys Masche", der am 6. Februar 53 Prozent aller Haushalte erreichte. (dpa)



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
8.55 Tagesschau
8.58 - ca. 11.30 Aus dem Bundestag
Aussprache zum Fall Kießling
Nur über die Sender des ZDF
09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Sauerbruch – Das war mein Leben
12.05 Umschau
12.25 WISO
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wunderland 84
Streifzug durch die 35. Internationale Spielwarenmesse in Nürnberg
Mit Sabine Sauer und Friedrich Merz
16.55 Geheimprojekt Doombolt
Serie in 6 Teilen (Wh. v. 1979)
4. Auf den Spuren des Verräters
17.20 Dahintergeschaut
Der 17. Mann des FC Bayern
Film von Lutz Neumann und Jürgen Wesche
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Das schöne irre Judenmädchen
Fernsehfilm von Dietrich Feldhausen nach „Biographien der Wahnsinnigen" von Christian Heinrich Spieß
Mit Renan Demirkan, Christian Berkel u. a.
Regie: Götz Fischer
22.00 Brennpunkt
Hessen vorn?
Grün - Rot, die neue Mehrheit
22.30 Tagesthemen
23.00 Handeln - für ein unerreichbares Ziel
Siegfried Lenz im Gespräch mit Manès Sperber
Es gehört zu den seltenen Ereignissen im Fernsehalltag, daß ein Gespräch vor der Kamera, wenn es, wie dieses, zwei Stunden gedauert hat, in voller Länge und ungeschnitten ausgestrahlt wird.
1.00 Tagesschau

ZDF

13.40 Spaß, Spiel, Sport und Spuk
Früh übt sich
beobachtet von Peter von Zahn
14.25 Olympische Winterspiele
Eröffnungsfeier in Sarajevo
16.00 heute
16.04 Rappelkiste
Wilhelms Geheimnis / Apfelklau
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Bären sind los
Die große Überraschung
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ivo Pogorelich, The Romantics
17.50 Bret Maverick
Der neue Partner
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Der internationale Jugendfilm
Die Zeit wird kurz
USA, 1981
20.15 Olympische Winterspiele
Auftakt aus dem ZDF-Olympia-Studio
21.00 Der Denver-Clan
Die 100-Dollar-Scheidung
21.45 heute-journal
22.05 Mittwochslotto – 7 aus 38
22.10 Don Xavier – das soll unser Pfarrer sein?
Porträt eines Priesters im Baskenland
Film von Gerhard Maier, Peter Schumann
22.40 Das kleine Fernsehspiel
Deines Nachbarn Sohn
(Griechisch mit dt. Untertiteln)
23.45 heute


Szene mit Renan Demirkan als „Das schöne irre Judenmädchen" Esther Lopez - Um 20.15 Uhr in der ARD FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Englisch (9)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitness
22.15 Der Whistler
Amerik. Spielfilm, 1944
23.15 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Großtrappe – Der schwerste Flugvogel der Welt
19.15 Briefmarken – nicht nur für Sammler
Mit Dagmar Berghoff
19.30 Agrarland USA (1)
Wie die Landwirtschaft Amerika reich machte
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
Anschl. Kurznachrichten
21.00 Kolonialmacht Venedig (5)
Der Griff nach dem Festland
21.45 Der Film-Club
Swinging USA
23.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Ludwig
19.00 Hobbythek
19.45 Herrchen gefunden
20.15 Ein Land wie jedes andere
Schüler erleben die „DDR"
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Minstrel Man
US-Fernsehfilm

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (9)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Zeit genug
5. Roulette
20.15 Sammelsurium
21.00 Die siebte Kavallerie
Amerik. Spielfilm, 1956
22.15 Kolonialmacht Venedig
5. Gewinn und Verlust

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
19.45 Nur ein Viertelstündchen
20.00 Kimbim
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Der steinige Weg zur Downing Street 10
Winston Churchill (7)
22.45 Z. E. N.
22.50 Die Helden sterben nicht aus
22.55 Rundschau
23.40 News of the Week

IMMOBILIEN / KAPITALIEN



Einladung

zu einem Golfspiel auf dem ersten "Robert-Trent-Jones-Platz" Deutschlands.
Nur wenn Sie selbst einmal hier waren wissen Sie, was wir meinen, wenn wir von der einmaligen landschaftlichen Lage, dem Blick auf Lindau, den Bodensee und das herrliche Alpenpanorama sprechen.
Und dann werden Sie auch verstehen, daß es eine einmalige Gelegenheit ist, hier – mitten in einer der schönsten Golfanlagen – einen Wohnsitz am Bodensee zu erwerben.
34 Appartements werden im Rahmen der Clubanlage (Clubhaus und Restaurant sind integriert) gebaut. Natürlich mit dem bestem Komfort, mit allem, was dazu gehört.
Schreiben Sie uns. Oder rufen Sie uns einfach an und verlangen Herrn Klauke.
Tel.: 07541 / 71055
Wir senden Ihnen gerne alle Informationen.

ROSTAN
Baugesellschaft mbH & Co KG
Ehlersstraße 34 · 7990 Friedrichshafen
Name
Straße
Ort Tel.

Nähe Montreux u. Top-Skigebieten
3-Zi.-Appts., 77 m², ab Fr. 138 650,–, 4-Zi.-Appts., 97 m² ab Fr. 177 200,–. Küche kompl. einger., Spannteppiche, gr. Balkon, Bad, sep. Gäste-WC, Parkpl., Keller, ruhige Lage. Ferner: Wunderschöne Chalet-Bauparzellen (800 m²), voll erschl., mit phantastisch schöner Aussicht ab Fr. 48 000,–, 5-Zi.-Chalets (96 m²) ab Fr. 252 000,–, inkl. Land. Nötiges Kapital ca. 30 %, Hypotheken zu 6½ %.
H. SEBOLD, SA, Tour-Grise 6, CH-1007 Lausanne
Telefon 00 41 / 21 / 25 26 11

Herrlich gelegene Wohnung in WASSERSCHLOSS
mit Salon, Schlafräumen, eingebauter Komfortküche, Bad, neuerstellt 1982, Nähe München, umständehalber mit Steuervorteil 10 % von Privat für Liebhaber abzugeben, 107 m² Wfl., VB DM 500 000,–.
Nähere Auskünfte und Unterlagen anfordern unter Tel. 0 89 / 64 - 80 41 o. 42, Herr Esser.

Grundstück mit Villa in München-Grünwald
4000 m², an Liebhaber zu verkaufen. Sofort beziehbar, DM 3,2 Mio.
Zuschriften erbeten unter Z 4002 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Studentenwohnungen Göttingen –
im neuen Universitätsviertel. Von 18–55 m² für Kapitalanleger mit MwSt.-Rückerstattung und für Eigennutzer geeignet. Günstige Finanzierungsmöglichkeiten, interessanter Verkaufspreis. Neidel Wohnungsbauunternehmen, Rühmkorffstr. 1, 3000 Hannover 1, Tel. (05 11) 3 90 20.

Ingrid Vahle ab 15% p. a. Vermögensberatung
Zuschriften unter S 9214 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Grundschulddarlehn
Ab DM 50 000,- auch bei Zwangsmaßnahmen, Negativauskünften, Darlehnskündigungen.
Kaufheld Kapitalvermittlung
Steinstr. 28, 49 Herford,
Telefon 0 52 21 / 5 86 88

Gesucht Darlehen von
sfr 3 Mio.
für den weltweiten Marktaufbau eines patentierten Systems (Investitionsgut).
Dauer 6–8 Jahre. Interessante Konditionen mit Gewinnbeteiligung. Namhafte Verkaufserfolge in D + CH sind vorhanden.
Heinz Frei
Postfach 198
CH–5036 Oberentfelden
Telex Schweiz 982 123

Ost-Paraguay
Farm-, Acker- und Weideland ab DM 300,-/ha, Bauland ab DM 5,-/m².
Zuschr. erb. u. R 4062 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen



GmbH (Dienstleistung)
mit positiver Entwicklung (Gewinn in 1983) und starkem Expansionsstreben
sucht
Gesellschafter mit DM 50 000,– Beteiligung bei Verzinsung, Gewinnanteil und Fixum, evtl. auch als Geschäftsführer.
Anfragen bitte unter W 4021 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Alt-Bausparkonten
angespart abzugeben
GIESE · Tel. 05341 / 35319

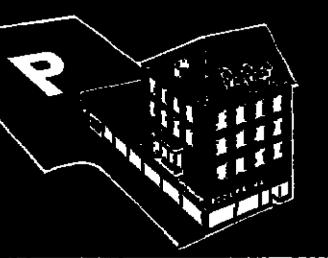
Notverkauf
50 000,– DM unter Ansch.-Preis, Eigentumsetage, m. Klima- u. Sprechanl., 86 m², Tiefgar., in Siegen, geeign. als Büro o. Arztpraxis – Neurologe o. Psychiater – zentr. Lage, am Busbahnh., sof. zu verk., günst. Finanz. gesichert, evtl. Vermietungsgarantie für 1 Jahr u. weitere Vermietung durch die Vermittler gesichert.
Zuschr. unter X 4022 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kapitalanlage
8 vermietete Wohnungen in Zentrumslage, Bj. 63, z. B. 86 m² = 108 000,–.
Heinz G. Löhrs
Bgm.-Martin-Donandt-Platz 26
2850 Bremerhaven
Tel. 04 71 / 41 30 66 od. 2 23 16

Kanarische Inseln Fuerteventura, Corralejo
Baugelände mit genehmigten Plänen, in Losen oder im ganzen zu verkaufen.
VANTOUR sàrl
11c, avenue de la Porte Neuve
LUXEMBURG
(Großherzogtum Luxemburg)
Fernschreiber 1237

1-Familienhaus
in St. Georgen/Schwarzwald
140 m² Wohnfläche, Hanglage, preiswert zu verkaufen.
BEB
7601 Schutterwald
Tel. 07 81 / 5 10 61

GEWERBLICHE IMMOBILIEN



LADENLOKAL
(für alle Branchen geeignet)
ca. 280 m² mit 10 Schaufenstern in 4050 Mönchengladbach 1-City. Nähe Bahnhofsvorplatz, neben der „Kaufhalle" zu vermieten.
W. Roderburg, 4050 Mönchengladbach 1
Sittardstraße 17, Telefon 0 21 61 / 18 22 60

Verwaltungsgebäude
in günstiger Lage (Nähe Hbf.) der Stadt Münster/Westf., etwa im 1. Quartal 1985 frei, zu verkaufen.
Netto-Bürofläche ca. 4700 m²,
Technik- und Sozialräume (wie Fernsprechanlage, Heizung, Kantine, Sanitätsräume etc.) ca. 1000 m²,
Abstellfläche 300 m², 20 Pkw-Stellplätze.
Im Erdgeschoß mögliche Geschäftsfläche mit Schaufensterfront 300 m².
Zuschriften erbeten unter X 4044 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Existenzgründung
Radio- und Fernsehfachgeschäft
m. HiFi-Video-Studio u. Werkstatt, gut eingeführt, umfangreiche Kundenkartei, Fußgängerzone im Stadtzentrum, sauberer Markt, steigerungsfähiger Umsatz 780 000,–, zu verpachten.
Einzugsbereiche: RW-TUT-VS-Schwarzwald, Nähe Bodensee - Schweiz.
Angebote unter Y 4023 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Langenfeld – Düsseldorf
200 m², Neubauhalle m. Büro vermietet
Tel. 0 21 22 / 6 28 94

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

MÜNSTER
Bahnhofsnähe, Büro-Etage, 130 m², separater Eingang, bestens als Auslieferungslager geeigent, zu vermieten.
Soweit Auslieferung mit evtl. techn. Service von uns übernommen werden kann, entfällt Miete.
Tel. 02 51 / 6 42 67 (Herr Graf)

MODERNES FERIENHEIM AM ARLBERG/ÖSTERREICH langfristig an Verein oder Unternehmen zu vermieten. 60–70 Betten. Alle Zimmer mit Bad und WC.
Zuschriften unter D 4050 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Eiscafé m. Straßencafé
in 4700 Hamm/Stadtmitte, kurzfristig abzugeben. KP nach Verhandlung.
Zuschr. erb. unter P 4081 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

USA & CANADA AKTIEN
Aktien von Gold- und Silberminen sowie Erdölgesellschaft und Technologiewerten als Neu-Emission über die Schweiz erhältlich. Teilweise bis 15% Dividende.
Sämtliche USA & Canada Aktien sind MwSt.-frei.
Erwerben Sie Ihre amerk. und kanadischen Wertpapiere über die Schweiz zum Schutz gegen die Inflation.
TRUST & INVESTMENT SCHWEIZ
Baarerstr. 8, 6300 Zug, Tel. 00 41 / 42 21 77 50
COUPON: Name ...
Adresse ...
Tel.-Nr. ...



Spanien, Calpe
(Costa Brava)
Luxusvilla, Baujahr 1970, 4 Doppel-Schlafzimmer, 4 Bäder, Salon 9 x 6 m, Zentralheizung mit 17 Radiatoren, Telefon. Meeresblick, schöner Garten (2700 m²), mit 2 Springbrunnen, Schwimmbad 12 x 6 m, geheizt, elektr. Gartenbewässerung – Barbecue. Direktverkauf 400 000,– sfr.
Schreiben Sie unter Chiffre PM 350 394 Publicitas, CH 1002 Lausanne.

Der Markt für Kapitalien ist heute überregional.
Deshalb kommen Sie schneller zum Ziel, wenn Sie Kapitalien überregional anbieten oder suchen. Kapitalien-Anzeigen in der Großen Kombination DIE WELT/WELT am SONNTAG sind der richtige Platz für Ihr Angebot oder Gesuch.
W 3936

Die Große Kombination
Immobilien-Kapitalien
DIE WELT
WELT am SONNTAG

Ein Bolero nur für Bo

K. K. – John Derek möchte gern berühmt werden. Und da er sich bereits eine Weile in der Filmbranche umgesehen hat, scheint es ihm das Leichteste, diesen Ruhm als Filmregisseur zu ernten. Dafür hat er ein sehr einfaches Rezept: Seine Frauen. Außerdem bringt er noch eine Tugend mit: Ausdauer.

Er fing damit an, seine diversen Ehefrauen – Patti Behrs, Ursula Andress, Linda Evans und Bo Derek – beharrlich abzulichten, nackt natürlich. Das sorgte für Aufmerksamkeit. Aber es brachte ihn seinem Ziel nicht näher. Also stellte er den Fotoapparat in die Ecke und griff zur Filmkamera. Zuerst versuchte er es mit einem Tarzan-Film. Hauptrolle: Bo Derek (nicht als Tarzan). Aber damit erntete er eher Spott als Anerkennung. Doch das stört einen nicht mehr ganz jungen Mann auf dem Weg zum Filmruhm nicht. Er hatte gleich wieder eine Idee, einen Hauptdarsteller (seine Frau nämlich) und mit Cannon samt zwei großzügigen Herren auch ein paar Finanziers, die ihm schöne fünf Millionen Dollar zur Verfügung stellten.

Nachdem sich jüngst allerhand „Carmen"-Varianten bewährt hatten, entschied sich John Derek für „Bolero". Doch die Leute, die sich jetzt ansahen, was mit großen Mühen und furchtbar viel Streit in Spanien zustandegebracht wurde, gewannen nicht den Eindruck, daß ihnen Mr. Derek samt Bo da ein neues (kassenträchtiges) Lebensgefühl entdeckt hätte. Ein Telegramm an die Dereks stellt lieblos fest: „'Bolero' war völlig unerträglich und total peinlich. Nach 15 Minuten konnten die Betrachter nicht mehr an sich halten. Sie brachen in Lachanfälle aus und riefen sarkastische Bemerkungen in den Saal ... Die Atmosphäre war unvorstellbar. Nach den Maßstäben der Filmindustrie kann man 'Bolero' nicht einen Film nennen. In seiner gegenwärtigen Form wird MGM ihn nicht in Verleih nehmen."

John und Bo Derek mochten das gar nicht. „Wir finden das häßlich", sagte Bo. „Der Film ist sehr schön und auf saubere Weise kommerziell und sexy," ergänzte John. Nur Cannon und MGM, die alle Cannon-Filme verleiht, beeindruckt das nicht. Sie hoffen nun auf die Kunst eines routinierten Cutters, der aus dem Film, der kein Film ist, einen Film zurechtschneidet.

Gesamtdeutsches interessiert nicht – Die Großen Anfragen zur Kulturpolitik

Feindbild Tugendwächter

Die Fragen sind gestellt. Die Antworten lassen noch auf sich warten. Aber wie so oft im parlamentarischen Leben verraten die Fragen schon viel von den Vorstellungen, Wunschvorstellungen und Voreingenommenheiten des Fragenden. Das ist bei den beiden Großen Anfragen zur Kulturpolitik, die einerseits von der SPD-Opposition, andererseits von der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag eingebracht wurden, nicht anders. Was und wie gefragt wird, ist schon eine Betrachtung wert, und betrachtenswert ist auch, was die eine oder die andere Fraktion (und manchmal sogar alle drei) nicht zu interessieren scheint.

Beide Anfragen beginnen deklamatorisch mit einer Grundsatzerklärung. Die SPD (Bundestagsdrucksache 10/382) stellt den Satz voran: „Die neue Bundesregierung hat ihre Arbeit unter das Motto der geistig-moralischen Wende gestellt", um daran sofort die Behauptung zu knüpfen, daß das zu einer „Gängelung" geführt und darum „viele Bürger, vor allem die Künstler selbst, aufgeschreckt" habe. Dieser Ton der Unterstellungen und des Mißbehagens durchzieht die gesamte Anfrage. Da wird von dem „Zugriff kulturfeindlicher und einseitiger Bevormundung" und der „Bewußtseinsindustrie" orakelt. Da wird postuliert, daß „sich der Staat nicht zum Kunst- und Kultur- oder gar Tugendwächter vermeintlicher Mehrheitsmeinungen machen" dürfe. Doch wer die „Kulturfeinde" sind, wo sie sich äußern, wie sie eingreifen, bleibt schwammig ungewiß.

In der Einleitung der Großen Anfrage erklären die SPD-Abgeordneten auch: „Soziale Veränderungen und lebendige Kultur bewirken wechselseitig eine ständige Entwicklung von Kunst und Kunstauffassungen, auf die die Politik keinen Einfluß nehmen darf." Soll das so verstanden werden, daß damit dem sozialistischen Grundsatz „Alles ist Politik" abgeschworen und für die Kultur ein „politikfreier Raum" gefordert wird? Daß das unter der SPD/FDP-Regierung nicht so war, verrät nicht zuletzt die Frage, ob „die Bundesregierung die kulturpolitischen Verpflichtungen der früheren Regierungen" übernimmt, und ob sie hinter dem Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) „steht".

Die Angst, Besitzstände und damit Einflußmöglichkeiten zu verlieren, spiegeln die Fragen nach der Filmförderung oder (bei der auswärtigen Kulturpolitik) nach den Goethe-Instituten. Zugleich kommt die „Minderheiten-Manie", die nicht die wirklichen Interessen von Minderheiten im Auge hat, sondern – oft konstruierte – „Minderheiten" als politischen Hebel zu benutzen trachtet, wiederholt zum Vorschein. So lautet die letzte Frage: „Ist die Bundesregierung bereit, internationale Projekte zur Förderung von politisch unterdrückten Minderheiten (z. B. Literatur der Kurden) zu unterstützen?"

Da bleibt nur offen, wieso die „vermeintlichen Mehrheitsmeinungen" (die demnach Minderheitsmeinungen sind), nicht auch diesen Anspruch auf „Minderheitenschutz" haben. Und: Wieso proklamiert eine „Volkspartei", für die „Elite" eines der gefährlichsten Tabuwörter ist, einen elitären Kulturbegriff, der Mehrheiten mit Kulturfeindlichkeit gleichsetzt?

Der Vergleich des SPD-Fragenkataloges mit der CDU/FDP-Anfrage (Bundestagsdrucksache 10/785) läßt zuerst einmal erkennen, was die Opposition kulturell alles für unerheblich hält. Die Nationalstiftung – obwohl einst von Willy Brandt vorgeschlagen –, die Bundeskunsthalle und die studentische Kulturarbeit gehören dazu. Die CDU/FDP fragt nach den Auswirkungen des KVSG auf Verlage, Buchmarkt, Galeristen. Sie will wissen, welche Folgen daraus für die freien Mitarbeiter entstehen und für die Künstler insgesamt aus der Verlängerung der Anwartschaftszeiten bei der Arbeitslosenversicherung. Der SPD ist offenbar noch gar nicht aufgefallen, daß es da nachteilige Folgen gibt.

Die CDU/FDP fragt auch sehr detailliert nach einem kulturfreundlichen Steuerrecht und einer Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur, nach verstärkten Anreizen für Stiftungen, nach der Unterstützung privater Initiativen beim Denkmalschutz oder den Erleichterungen beim Berufseinstieg junger Künstler. Die SPD berührt das alles nicht. Sie weiß zwar in ihrem Vorspruch, daß „der rasante Ausbau der elektronischen Medien auch zu Veränderungen in der Teilhabe an Kunst und Kultur" führt. Aber nur die CDU/FDP will wissen, wie die Bundesregierung das aus kulturpolitischer Sicht beurteilt.

Die CDU/FDP-Anfrage ist also sehr viel gründlicher und umfassender. Sie geht in ihrer Präambel von der bisher guten Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern aus und versucht, die kulturellen Möglichkeiten des Bundes auszuschöpfen, ohne das föderale Prinzip zu schwächen. Sie interessiert sich für die europäische Kulturpolitik, vergißt nicht, danach zu fragen, wie es mit den Verpflichtungen der KSZE zu einem umfassenden Kulturaustausch in der Praxis aussieht, und begrenzt auch die Förderung des Kultur- und Geschichtsbewußtseins nicht wie die SPD darauf, „der von Gustav Heinemann angeregten Besinnung auf die republikanisch-demokratischen Volksbewegungen gegen Unterdrückung und Ausbeutung, für Freiheit und Gerechtigkeit den ihr gebührenden Rang (zu)zuerkennen".

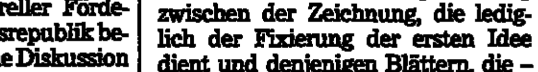
Bis in den Wortlaut hinein besteht bei beiden Anfragen Übereinstimmung zur Situation der Künstlerinnen, die offenbar als eine eigene Spezies aufgefaßt werden, und bei den Maßnahmen gegen die Abwanderung „unersetzlicher Kulturgüter" (wobei die CDU/FDP noch das Wort „deutscher" dazwischenschiebt).

Erstaunlich ist, was beide Anfragen unerwähnt lassen. Die Architektur taucht nur kurz beim Denkmalschutz auf. Die Kunstpreise (und gar die Frage nach einem nationalen Kunstpreis) oder das weite Feld der Theater- und Orchestersubventionen werden nicht angesprochen. Alles, was mit Unterhaltungskultur zu tun hat, wird offensichtlich von beiden Fraktionen nicht der Kultur zugerechnet.

Am gravierendsten ist freilich, daß der gesamtdeutsche Aspekt völlig fehlt. Die CDU/FDP will zwar wissen, ob sich die Bundesregierung weiterhin für die Pflege der ostdeutschen Kultur einsetzen will – und die SPD fügt hinzu: „Wird sie dabei auch künftig die Grundsätze der Friedens- und Entspannungspolitik zur Versöhnung mit den Völkern Osteuropas berücksichtigen?" Aber Mitteldeutschland als Kulturraum und die „DDR" mit ihrem separatistischen Kulturbegriff bleiben gänzlich ausgeklammert. Nach der Förderung des Bewußtseins für Deutschland als einer Kulturnation wird nicht gefragt.

Da kann man nur hoffen, daß die Bundesregierung die Chance der beiden Anfragen nutzt, um einmal deutlich hervorzuheben, daß sich die Rahmenbedingungen kultureller Förderung zwar auf die Bundesrepublik beschränken, die inhaltliche Diskussion aber stets auf eine deutsche Kunst und Kultur zielen muß, die die von den Besatzungsmächten gezogenen Demarkationslinien überspannen.

PETER DITTMAR



Betonung der Kontur: A. v. Hildebrands „Kompositionsentwurf" (um 1900). Aus der Bremer Ausstellung FOTO: KATALOG

„Bildhauer zeichnen" – Eine Ausstellung in Bremen

Rodin ist der Größte

Die Kunsthalle in Bremen gehört nur zu den Instituten mittlerer Größe. Auf einem Gebiet hat sie allerdings Außerordentliches zu bieten: auf dem Gebiet der Grafik, speziell der Handzeichnung. Vor dem Krieg war sie noch der Ort, wo man mehr Düreraquarelle sehen konnte, als an jedem anderen Platz der Welt. Davon ist zu viel verlorengegangen. Trotzdem kann die Sammlung sich noch immer und wieder weltweit sehen lassen. Das belegt die Auswahl aus eigenen Beständen: „Bildhauer zeichnen".

Oberkustos Gerhard Gerkens, der den Fall bearbeitet hat, versucht einleitend eine kurze Kategorisierung zwischen der Zeichnung, die lediglich der Fixierung der ersten Idee dient und denjenigen Blättern, die – entweder ganz für sich oder auch über den anfänglichen Zweck hinaus – eine Rolle als eigenwertige Zeichnung spielen.

So sieht man den Bildhauer bei der Arbeit, wie er eine erste, noch ganz vage Idee in wenigen Strichen rasch fixiert. Markantestes Beispiel dafür ist die „Ideenskizze zur Bronze 'Welle'" aus dem Skizzenbuch von Waldemar Grzimek, dem diesjährigen Träger des Bremer Bildhauerpreises. In sehr schneller Aktion wurde mit dem Kugelschreiber ein als „Welle" ausschwingender weiblicher Körper auf Sockel ganz verschiedener Form postiert. Es ist eine echte Funktionsskizze.

Ähnliches gilt für die Modellstudie zur Bronzefigur eines jungen Mannes, des Bremer Bildhauers Waldemar Otto. Die Plastik, die der Kunsthalle gehört, ist im selben Raum ausgestellt, so daß der Betrachter den Weg von der ersten Fixierung der Idee bis zur Ausführung verfolgen kann. Die Zeichnung entspricht dabei ziemlich genau – man beachte das Profil des Mannes – der Bronze.

Die Ausstellung, im übrigen der Chronologie entsprechend aufgebaut, beginnt mit Arbeiten aus dem französischen Bereich, mit François Rude (1784–1855), Carpeaux (1827–1875) und setzt erste Höhepunkte mit einigen Zeichnungen von Auguste Rodin (1840–1917), von dem eine ganze Reihe charakteristischer Blätter gezeigt werden, die allesamt die Mitte zwischen Funktionszeichnung und selbständigem Blatt halten. Sie haben, in ihrer Betonung der Kontur und füllender Lavierung, nicht nur das plastische Moment auch in die Zeichnung eingeführt, sondern weitgehenden Einfluß auf die Fassung der Bildhauerzeichnung überhaupt ausgeübt – bis hin zu den glanzvollsten Leistungen in dieser syntaktischen Manier bei Georg Kolbe.

Wenn man beispielsweise nicht wüßte, daß das Blatt von Bernhard Hoetger „Sitzender weiblicher Akt" (1905) von dem nachmaligen Bremer stammte, würde man es sofort Rodin als Urheber zuweisen, denn Hoetger hat es als Aquarell über Bleistift (reine Kontur) 1905 ausgeführt, als er im Atelier des französischen Meisters arbeitete. Kolbes Zeichnungen, die sich, wenn auch viel selbständiger, direkt aus dieser Linie herleiten, sind wohl die am weitesten entwickelten dieser Zeichensprache und gehören zu seinen stärksten Blättern. Man denkt bei ihnen kaum noch an Bronzen.

Unter den Arbeiten, die zwar aus einer Ideenplanung entstanden, aber dennoch einen eigenwertigen graphischen Reiz besitzen, taucht auch eine kleine Federzeichnung, ein Brunnenentwurf, von Adolf von Hildebrand auf. Der Ort des geplanten Brunnens ist nicht festzustellen. Was bleibt, ist ein glanzvoll und energisch gezeichnetes Blatt.

Ganz in den Bereich freier zeichnerischer Gestaltung gehören dagegen viele Blätter von Barlach und die meisten Zeichnungen von Giacometti, die man im strengeren Sinne denn auch kaum als „Bildhauer"-Zeichnungen auffassen kann. Sie gehören in eine Sonderkategorie. Genauso wie etwa auch das mit dem Zirkel konstruierte Blatt „Element Bogen – II. Version, 1969" (Feder) des bedeutenden Bremer Acrylplastikers Uli Pohl. Von Carpeaux bis in die Gegenwart entwickelt sich so aus dem Thema eine fesselnde Ausstellungsidee. (Bis 11. März, Katalog 19 Mark)

HERBERT ALBRECHT

JOURNAL

Klare Kompetenzen am Bonner Theater in Sicht?

DW. Bonn

Ein Ende des Kompetenzgerangels zwischen dem Generalintendanten der Bühnen der Stadt Bonn, Jean-Claude Riber und seinem Schauspieldirektor Peter Eschberg, scheint in Sicht. Auf Initiative der CDU-Fraktion im Stadtrat wurde jetzt von den Beteiligten ein Papier unterzeichnet, wonach vorgesehen ist, daß erstens die Verträge mit Riber und Eschberg 1986 um fünf Jahre verlängert werden, und daß zweitens Riber Chef der Oper und des Balletts wird (mit dem Titel „Generalintendant der Bühnen der Stadt Bonn") und Eschberg Chef des Schauspiels („Intendant des Schauspiels Bonn in den Kammerspielen Bad Godesberg"). Das Schauspiel hat danach das Recht, das Große Haus (Hausherr: Riber) für zusätzliche Vorstellungen zu mieten.

Ausgabenfreudige US-Bibliotheken

AP, Berlin

Die öffentlichen Bibliotheken in den USA sind offensichtlich viel ausgabenfreudiger und haben einen größeren finanziellen Spielraum als die Bibliotheken in der Bundesrepublik. Nach einer jetzt in Berlin veröffentlichten Statistik des Deutschen Bibliothekeninstituts gaben im Jahr 1982 die US-Einrichtungen insgesamt fünf Milliarden Mark aus. Pro Einwohner sind das mehr als 21 Mark. In der Bundesrepublik haben die Bibliotheken dagegen im Vergleichszeitraum weniger als zehn Mark pro Einwohner aufgewendet.

Die Lesegewohnheiten der polnischen Jugend

J. J. G. Warschau

Polens Jugend greift immer mehr nach religionskundlicher Literatur, nicht nur christlicher Provenienz, stellt die Zeitung „Glos Wybrzeza" fest. Auch seien Lyrikbände und Kunstalben weiter im Vormarsch. Dagegen hätten Memoiren kommunistischer Kriegshelden und Partisanenbücher kaum noch Absatzchancen. Gleichzeitig beklagt der kommunistische Schriftsteller und Abgeordnete, Wilhelm Szewczyk, in der Illustrierten „Panorama", daß sich polnische Jungmarxisten von den „pessimistischen Ideen eines Herbert Marcuse" beeinflussen lassen.

Knochen eines Hadrosaurus

AFP, Carlsbad

Ein 70 Millionen Jahre alter Saurierknochen ist bei Bauarbeiten unweit der Stadt Carlsbad in Südkalifornien gefunden worden. Es handelt sich bei dem Fund um den Knochen eines Hadrosaurus, der letzten damals noch existierenden Saurierspezies. Das pflanzenfressende Urtier erreichte eine Länge von sechs Metern und war an seinem Maul leicht erkennbar, das die Form eines Entenschnabels besaß.

Hölderlin-Preis für Sarah Kirsch

dpa, Bad Homburg

Der Lyrikerin Sarah Kirsch ist der mit rund 15 000 Mark dotierte Friedrich-Hölderlin-Preis der Stadt Bad Homburg zuerkannt worden. Die aus Ost-Berlin stammende und jetzt in der Bundesrepublik lebende Autorin soll damit für eine „Poesie ohne Beschönigung" geehrt werden. Der Preis wird zum zweiten Mal verliehen. Erster Preisträger war Hermann Burger.

Jorge Guillen †

AFP, Malaga

Der spanische Dichter Jorge Guillen ist im Alter von 91 Jahren in Malaga (Andalusien) gestorben. Der am 18. Januar 1893 in Valladolid zur Welt gekommene Vertreter der „poésie pure" war einer der letzten Repräsentanten der spanischen Dichtergruppe der 20er Jahre „La generacion del 27", der keine Geringeren als Federico Garcia Lorca, Rafael Alberti, Vicente Aleixandre angehörten. Das dichterische Schaffen Guillens brachte die drei Hauptwerke „Cantico", „Clamor" und „Homenage" hervor. Im spanischen Bürgerkrieg emigrierte Guillen in die Vereinigten Staaten. Erst 1977 kehrte er in sein Geburtsland zurück und erhielt im selben Jahr den Literaturpreis Miguel de Cervantes, der als eine Art Nobelpreis für spanischsprachige Literatur gilt.

Kurt Stavenhagen tot

Ital. Hamburg

In Mexico City starb im Alter von 84 Jahren der deutsche Kunstsammler Kurt Stavenhagen. Letzten Herbst zeigte das ZDF einen Dokumentarfilm über sein Leben und seine einmalige Kollektion präkolumbischer Kunst. Geboren 1899 in Frankfurt am Main, studierte Stavenhagen Psychologie und promovierte über ein Thema der Ästhetik. 1936 emigrierte er und ließ sich 1940 in Mexico City nieder. Seine Sammlung umfaßt über 7000 Objekte.

Die 25. Tage der Neuen Musik in Hannover

Rückblick ohne Zorn

Nach dem Feuerwerk der Kompositionsaufträge und Uraufführungen im vergangenen Jubiläumsjahr standen die diesjährigen Veranstaltungen im Zeichen der stillen Besinnung und der Überprüfung der Werte. Neue Musik, die in den 60er und 70er Jahren gerade in Hannover so frech-fröhlich „Was kostet die Welt?" gefragt hatte, hat nun die Kosten erfahren und versucht gleichsam in Rückblicken nachzurechnen, was ihr an Entdeckungen geblieben sei.

Sind Hindemiths um Bach kreisende Orgelsonaten (Lajos Rovatkay) oder seine herben Kammermusiken der späten 30er Jahre nicht schon wieder Neuentdeckungen? Oder Ravels „Sérénade grotesque" von 1893, Schönbergs noch ganz an Schubert erinnernde 3 Klavierstücke von 1896? Diese Entdeckungen präsentierte in Interpretationen von Nobuko Nagaoka und Ralf Hohn ein von Bernhard Ebert enzyklopädisch geplantes Programm „Die mannigfachen Aspekte des Klaviers im 20. Jahrhundert". Zu den Entdeckungen dieses Programms gehörten die 1915 komponierten „Formen in der Luft" des in Rußland verschwiegenen und in Amerika vergessenen Petersburger Futuristen Arthur Lourié, gespielt von Ingo Metzmacher, und gehörte als Interpretin die deutsch-türkische Virtuosin Gülsin Onay mit Werken des jungen Südtirolers Hubert Stuppner und des türkischen Bartók-Zeitgenossen Ahmed Adnan Saygun. Auch die Beschäftigung mit der jüngeren und jüngsten Komponistengeneration hatte diesmal offenbar einer kritischen Auswahl im Hinblick auf Wichtiges unterlegen. Glücklicher als in früheren Jahren präsentierte sich das Niedersächsische Staatstheater mit seiner Inszenierung der Kammeroper „Jakob Lenz" von Wolfgang Rihm: Gerhard Faulstich in der Titelpartie, Barr Peterson als Oberlin und Wolf-Hildebrand Moser als Kaufmann gestalteten unter Leitung von Bernhard Lang ihre zwischen Sprache und Gesang angelegten Rollen überzeugend. Von Wolfgang Rihm stand dann seine 1969 komponierte Erste Sinfonie zur Uraufführung durch das Niedersächsische Staatsorchester unter George Alexander Albrecht: ein gewaltig sich aufbäumendes Stück im Pendel zwischen der damals neuentdeckten Klangflächentechnik und emphatischen Ausbrüchen.

Im selben Konzert als Uraufführung spielte Raymund Havenith das Klavierkonzert des 1946 geborenen Ulrich Leyendecker: eine Musik, die trotz scheinbarer Geschäftigkeit in Andeutungen und Verschweigungen ihre Geheimnisse wahrt. Rihm, Leyendecker und Manfred Trojahn standen schließlich mit teils aggressiven, teils lyrischen Kammerkompositionen auf dem Programm eines Nachtkonzerts im Staatstheater unter Wulf Konold, dessen Ehrgeiz auf eine Ausweitung der Konzerte Neuer Musik über das Jahr hinweg zielt.

Zwei Uraufführungen erinnerten an die abhandengekommene Frechheit der Neuen Musik: Die Japanerin Mayako Kubo läßt in ihrem „Vor- und Nachspiel" nach Martin Walser einen Klarinettisten und einen Baßklarinettisten kunstreich phrasierte Tonleitern spielen. Und Peter Kiesewetter beginnt „Quelques obsessions", deren Uraufführung vom vorigen auf dieses Jahr verschoben wurde, mit Beethovens C-Dur-Polonaise, die er bald satirisch und bald nostalgisch instrumentiert. Mit sichtlichem Behagen wurde das Stück von Ladislav Kupkovic und seinen Hochschulstudenten musiziert und vom Publikum begeistert akzeptiert: Diese parodistische Spielart hat der Musik schon lange gefehlt.

DETLEF GOJOWY



Düsseldorf: W. Allens „Magische Glühlampe"

Eine Jugend in Brooklyn

Da lebt, knapp vierzig Jahre ist das her, ein gehbehindertes Mädchen in einer Welt von Glastieren und fürchtet sich vor der Welt draußen vor den Fenstern. Eine schwatzhafte Mutter verzehrt sich vor Ehrgeiz, ihre Tochter unter die Haube zu bringen. Ein Liebhaber taucht auf – und entpuppt sich als Niete. Bruder Tom, das schwarze Schaf der traurigen Familie, ist dauernd auf dem Sprung „in ein neues Leben". „Die Glasmenagerie" war Tennessee Williams' Abrechnung mit der eigenen Biographie – das zärtlichste und poetischste Drama, das er geschrieben hat.

Jetzt konnte man am Düsseldorfer Schauspielhaus einen sehr dünnen Aufguß dieses berühmten Themas besichtigen. Der sprachgestörte Paul Pollack ist so sehr in die Zauberei vernarrt, daß er darüber die Welt vergißt. Für das Leben außerhalb der Illusion ist er ohnehin nicht geschaffen. Die ehrgeizige Mutter, die das eigene Versagen im Sohn kompensieren will, hat große Pläne mit ihm vor – schließlich ist er nicht dumm.

Aber Paul ist schon längst von der Schule geflogen, er schwänzt den Unterricht und verbringt seine Zeit in Zauberläden. Nachdem die Mutter den Schock über diese Neuigkeit überwunden hat, entscheidet sie: Dann soll der Junge eine Karriere im Showgeschäft machen. Aber er versagt bereits, als er einem Manager (den die Mutter listenreich in die Wohnung gelockt hat) einige Tricks vorführen soll. Der Mutter sterben damit gleich zwei Illusionen unter den Händen weg, denn auch der Impresario ist eine Niete, der noch nie einen großen Künstler unter Vertrag hatte. So bricht auch die Zuneigung abrupt ab, die die Mutter zu diesem älteren Herrn entwickelt hatte.





Illusion statt Wirklichkeit: A. Kraupa als Paul Pollack FOTO: BERMBACH

Der Vater, ein etwas zwielichtiger Charakter, will mit seiner Geliebten irgendwo in Amerika „ein neues Leben beginnen", und auch Steve, der Benjamin der Familie, redet dauernd davon, daß er bald abhauen will. Jeder flieht auf seine Weise, und dennoch bleiben alle immer da.

Woody Allen hat sich mit seinem Stück „Die magische Glühlampe" ebenfalls seine Kindheitsgeschichte von der Seele geschrieben. Aber es ist wohl das Schlechteste, was der amerikanische Filmemacher je zu Papier gebracht hat. Keine Spur seines berühmten Witzes, seiner faszinierenden Einfälle. Der Handlung fehlt es vollkommen an Spannung, der zweite Akt mit der sich anbahnenden Liebesgeschichte ist entsetzlich lang, und die Personen lassen völlig kalt. Dem schüchternen Paul (Arpad Kraupa), in dem man unschwer Allen selbst erkennt, möchte man am liebsten einen aufmunternden Tritt in den Allerwertesten geben; der Vater (Michael Hornig) bleibt ein schemenhafter Typ, der sich nur wahnsinnig darüber aufregt, daß man ihm Mayonnaise ans schicke Hemd schmiert. Bloß der kleine Steve (Philipp Moritz) bringt mit seinem rotzigen Jungencharme ein bißchen frischen Wind in die miese Behausung, und Hanna Seiffert als resolute Mutter hat ein paar gute tragikomische Momente. Die retten jedoch den Abend nicht.

Jaroslav Chundela führt Regie in einem Bühnenbild, das er sich von Hans Georg Schäfer hat entwerfen lassen: Die armselige Wohnung wirkt durch ihren kitschigen rosafarbenen Grundton noch trübseliger; eine schwarze Brandmauer, die die Szene nach hinten abschließt, verliert auch durch zahllose Graffiti nichts von ihrer Trostlosigkeit, zumal die Schmierereien vollkommen anachronistisch sind. Was haben Worte wie „Neonbabys" und „Freeterritory" im Brooklyn der vierziger Jahre zu suchen? Hier wurden eine Zeit und ein Geist zusammengezwängt, die absolut nichts miteinander zu tun haben.

Wir sollten die magische Glühlampe ganz schnell wieder ausknipsen und auf Allens neuen Film hoffen. Der kann nur besser werden.

RAINER NOLDEN

Rabiate Kürzungen in Italiens Kulturhaushalt

Historiker als Postboten

Italiens Ministerium für die Kulturgüter (Beni Culturali) trägt den Spitznamen „Ministerium für die Leiden der Kultur" (Mali Culturali), seitdem der Finanzminister Pietro Longo ihm die immer schon kargen Bezüge auf ein Drittel gekürzt hat. Von 53 eingereichten Projekten für dringende Restaurierungsarbeiten wurden nur zwei genehmigt und mit 78 Milliarden Lire dotiert. Die sollen den fünf der zirka hundert „insulae" der Ausgrabungen in Pompeji und dem Umbau des Palazzo Massimo in Rom in ein Museum zugute kommen.

Allein in der Toskana müssen 19 Baustellen geschlossen werden, und die Ausgaben für die dort begonnenen Restaurierungsarbeiten, darunter an der Accademia Chigiana in Siena und dem Bargello in Florenz, drohen, umsonst gemacht worden zu sein. Das gleiche gilt für die Arbeiten an den Ex-Savoia-Schlössern Racconigi und Veneria bei Turin, für das Schloß von Vigevano (Lombardei), die Pinakothek Brera und die Biblioteca Braidense in Mailand, das Arsenal und die Bibliothek Marciana in Venedig, die Villa Venete, die Certosa von Parma. Man kann die Liste kreuz und quer durch Italien seitenweise fortsetzen und kommt zu dem tristen Schluß, daß der unersetzlichste Besitz des Landes, Kunst und Architektur, den Sparmaßnahmen der Regierung zum Opfer fallen soll, während hohe Summen für Projekte bereitgestellt wurden, die nur dem Fang von Wählerstimmen zu dienen scheinen.

In Frage gestellt ist auch die Existenz zahlreicher Museen, die Weiterführung der Ausgrabungen der ersten Etruskersiedlung nördlich des Po bei Mantova, das für 1985 angesagte „Jahr der Etrusker" und vieles andere mehr. Ein kleines Beipsiel für eine absurde Situation: Einer der wichtigsten Superintendanzen Italiens, die regelmäßig große Kunstausstellungen veranstaltet, wurde für das laufende Jahr 360 Mark für Postgebühren gewährt. Das bedeutet, daß die Kunsthistoriker persönlich die Einladungen austragen müssen. Denkmalspfleger und Museumsdirektoren sind in verständlicher Erregung. Bei einem Kongreß in Mailand nannten sie als einzig mögliche Rettung für ihre verfallenden Monumente, Bilder und Skulpturen den Appell an das Mäzenatentum von Firmen, Banken und privaten Sponsoren. Dabei bleibt jedoch das Problem, daß jeder Sponsor sich drängt, weltbekannte Kunstwerke zu retten, aber kaum einer Interesse daran hat, „normale" und dringend notwendige Restaurierungsarbeiten zu finanzieren.

MONIKA von ZITZEWITZ

KULTURNOTIZEN

Das 6. Göttinger Filmfest findet vom 3. bis 6. Mai im Hause des Jungen Theaters statt.

Die Edizioni di Torino bereiten eine umfangreiche „Geschichte der Italienischen Oper" vor.

„Künstlerinsel Sylt", eine Ausstellung in Schloß Gottorf in Schleswig, wird bis 26. Februar verlängert.

Das Emdener Rathaus am Delft zeigt bis 4. März eine Ausstellung über Christian Rohlfs.

Die Stadt Regensburg zeigt in der Zentralbibliothek der Stadtbücherei vom 7. Februar bis 2. März eine Ausstellung über Georg Büchner.

Im Oberen Belvedere in Wien wurde ein großer Schauraum eingerichtet, der über die Tendenzen österreichischer Kunst nach 1945 informieren soll.

Ettore Scola hat für seinen Film „Le Bal", der die Internationalen Berliner Filmfestspiele eröffnen wird, den belgischen Kritikerpreis erhalten.

„Nicht jeder Kittel kann porentief rein sein"

Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung kündigt unnachsichtiges Vorgehen gegen Krankenschein-Manipulationen an

PETER JENTSCH, **Bonn**

„Ich werde meinen Beruf mit Gewissenhaftigkeit und Würde ausüben", geloben deutsche Ärzte nach dem Eid des Griechen Hippokrates. Doch mit der Gewissenhaftigkeit ist das so eine Sache. Denn während Ärzteverbände und Krankenkassen gemeinsam um Kostendämpfung im Medizinbetrieb ringen, bereichert sich – so scheint es – mancher Mediziner mit „goldenen Krankenscheinen".

Nach dem „Bochumer Rezeptskandal", in den vornehmlich Ärzte und Apotheker verwickelt waren und der auch in andere Städte reichte, deckten die AOK Dortmund und die Ortskrankenkasse Essen jetzt neue Ungereimtheiten auf (WELT vom 27. Januar).

Nach Darstellung des Dortmunder AOK-Chefs Wilhelm Vogelsänger wurden mit EDV-Hilfe inzwischen 18 000 Abrechnungen überprüft und 1396 Unregelmäßigkeiten festgestellt. Das sind immerhin acht Prozent der Prüffälle.

Auch die Essener Ortskrankenkasse fühlt sich durch die Abrechnung „*nicht erbrachter ärztlicher Leistungen*" geprellt. Am Wochenende teilte sie mit, daß u. a. ein Augenarzt die Kasse um 400 000 Mark geschädigt habe, in fünf weiteren Fällen ist von 127 000 Mark die Rede.

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe, Gert Rusche, wertet diese Vorwürfe als eine „Kampagne, die einen ganzen Berufsstand diffamiert". Rusche: „Ich bin sicher, daß der überwiegende Teil der von der AOK monierten Fälle sich als harmlos herausstellen wird." Und Unregelmäßigkeiten wie falsch eingetragene Behandlungsdaten, Namensverwechslungen oder die versehentliche Abrechnung beim Besuch von Angehörigen verstorbener Patienten seien „Alltäglichkeiten".

Betrug nicht unterstellt

Dem AOK-Geschäftsführer wirft Rusche sogar vor, „daß er ohne genauere Kenntnis der Einzelheiten ... an die Öffentlichkeit getreten ist und dort den pauschalen Vorwurf betrügerischer Abrechnungsmanipulationen erhebt, ohne die KV eingeschaltet zu haben".

Hier freilich irrt der KV-Vorsitzende, laut AOK-Chef Vogelsänger: „Am 21. November 1983 habe ich schriftlich um eine Aussprache wegen gravierender Unstimmigkeiten bei den Abrechnungen gebeten." Bis heute habe er keine Antwort auf diesen Brief erhalten. Im übrigen wolle er weder die Ärzte diffamieren, noch einem Mediziner mit drei bis vier Unregelmäßigkeiten im Jahr Betrug unterstellen.

Auch der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Hans Wolf Muschallick, nimmt die Mehrheit der Ärzte von derlei Manipulationan aus. Der WELT sagte er: „Unter 60 000 Kassenärzten kann nicht jeder Kittel porentief rein sein. Wir aber werden ‚Ariel' einsetzen; wir haben nichts zu verbergen. Zum Schutze der großen Mehrheit der korrekt arbeitenden Ärzte und zur Wahrung unseres Ansehens werden wir uns nicht scheuen, die Ärzte, die durch Manipulationen irgendwelcher Art das in sie gesetzte Vertrauen mißbrauchen, im Zusammenwirken mit den Kassen und staatlichen Ermittlungsbehörden zur Rechenschaft zu ziehen und notfalls aus unseren Reihen zu entfernen."

Muschallik hat freilich auch erkannt, daß das System der gesetzlichen Krankenversicherung Mißbrauch ermöglicht: „Die Abrechnung ärztlicher Leistungen ist bei dem heutigen System der sozialen Krankenversicherung auf Vertrauen begründet. Mißbrauch dieses Vertrauens durch Abrechnung nicht erbrachter Leistungen erfüllt im strafrechtlichen Sinne den Tatbestand des Betrugs."

Verdienen Ärzte weniger?

Ob sich der Mißbrauch freilich nur auf Dortmund und Essen beschränkt, oder ob nicht auch in anderen Städten Weißkittel mit Krankenscheinen unverdientes Geld schöpfen, bleibt abzuwarten. Denn der Konkurrenzdruck unter den niedergelassenen Ärzten ist groß – ihre Zahl vermehrt sich und die der Patienten nimmt ab. Hat etwa ein Allgemeinarzt 1980 pro Quartal noch durchschnittlich 785 Fälle abgerechnet, so waren es 1983 nur noch 704. Da zugleich die Honorare nur unwesentlich stiegen, sanken die Realeinkommen vieler Mediziner. Daß da einige unlautere Auswege suchen, so urteilen selbst Standesgenossen, scheint offensichtlich.



Vom Winde verweht . . . FOTO: MANFRED GROHE

Katastrophenalarm nach Unwetter über Deutschland

Mosel, Neckar und Saar traten über die Ufer / Busse und Züge stellten Betrieb ein / Zugspitze meldete Orkanböen von 200 km/h

dpa, **Hamburg**

Sintflutartige Regenfälle und Stürme mit Orkanböen mit Geschwindigkeiten bis zu 120 Kilometern in der Stunde haben gestern in Süd- und Westdeutschland Millionenschäden angerichtet. Zahlreiche Flüsse traten über die Ufer, Keller wurden überflutet, Dächer abgedeckt. Umgestürzte Bäume blockierten die Straßen. In Nordbayern starb ein 20jähriger Autofahrer, der mit seinem Wagen gegen einen umgestürzten Baum geprallt war. Im schleswig-holsteinischen Landkreis Plön kam eine Frau ums Leben, deren Wagen auf schneeglatter Straße ins Schleudern geraten war und mit einem anderen Auto zusammenstieß. In den Landkreisen Gießen, Marburg-Biedenkopf und Altenkirchen im Westerwald gaben die Behörden Katastrophenalarm. Die Innenstadt von Wetzlar stand unter Wasser.

In den Tälern von Mosel, Saar und Sauer kündigte sich die dritte und bisher schlimmste Hochwasserwelle innerhalb von drei Wochen an. Die Mosel hatte gestern mittag in Trier einen Pegelstand von 8,03 Metern – 4,83 Meter über normal – und stieg stündlich um bis zu 15 Zentimeter an. Die erst Sonntag wieder freigegebene Moselschiffahrt mußte erneut eingestellt werden. Etwa 300 Schiffe lagen fest. Auch auf dem Neckar war Schiffahrt nicht mehr möglich. In Saarbrücken war die Saar gestern mittag fast schon wieder bis zur Hochwassermarke von 4,80 Meter gestiegen. Das Gebiet von Lahn und Dill in Hessen wurde vom schlimmsten Hochwasser seit 1946 betroffen.

In dem vom Katastrophenalarm betroffenen Kreis Altenkirchen mußten viele Menschen, deren Wohnungen überschwemmt waren, in Notunterkünfte und Schulen umziehen. Buslinien stellten ihren Betrieb ein, nur noch wenige Züge verkehrten. Die Kläranlagen fielen wegen der Überflutung aus. In vielen Gemeinden funktionierte die Trinkwasserversorgung nicht mehr. Die Behörden riefen dazu auf, nur noch abgekochtes Wasser zu verwenden.

In Nordrhein-Westfalen waren besonders der Raum Aachen und das Siegerland betroffen. In Siegen waren 700 Feuerwehrleute im Einsatz. In Aachen wurden mit 44 Litern pro Quadratmeter die stärksten Regenfälle seit 1891 gemessen. Teile der Glasfassade eines Geschäftshochhauses fegte der Sturm aus 15 Metern Höhe auf die Straße. Polizei, Feuerwehr und Ordnungsämter im Aachener Raum bildeten Krisenstäbe.

In Bayern fegten die Böen mit einer Geschwindigkeit von mehr als 110 Stundenkilometern übers Land. Auf der Zugspitze wurden 200 Kilometer pro Stunde Windgeschwindigkeit gemessen. Vor allem in Unterfranken stieg das Hochwasser des Mains und seiner Nebenflüsse weiter an.

Grundwasser in Stuttgart verseucht

AP, **Stuttgart**

Das Grundwasser der baden-württembergischen Landeshauptstadt ist nach Feststellungen des chemischen Untersuchungsamtes mit chlorierten Kohlenwasserstoffen verseucht. Ein Mitarbeiter erklärte gestern in Stuttgart, daß in den vergangenen Wochen bei Proben aus städtischen und privaten Grundwasserbrunnen stark überhöhte Werte festgestellt worden seien. Der Grenzwert von 25 Milligramm chlorierter Kohlenwasserstoffe, den das Bundesgesundheitsamt ermittelt habe, sei bis zum Zwanzigfachen überschritten. Die möglichen Verursacher stehen noch nicht fest. Nach Auskunft des Stuttgarter Amtes für öffentliche Ordnung müssen sie mit Bußgeldern bis zu 100 000 Mark rechnen. Oberbürgermeister Manfred Rommel, dem nach eigenen Angaben bereits seit Juli des vergangenen Jahres Hinweise auf die Verseuchung vorliegen, schloß eine Gefährdung der Bevölkerung aus. Aus den beanstandeten Brunnen werde lediglich Nutzwasser gezogen. Weder die Stuttgarter Mineralquellen, noch die Brauwässer der Brauereien seien betroffen. 55 Prozent des Stuttgarter Trinkwasser-Bedarfs kommt nach Auskunft der Stadtverwaltung aus dem Bodensee. Den Rest liefere die Landeswasserversorgung. Mit der Bildung einer Arbeitsgruppe, zusätzlichen Probebohrungen und Wassertests will die Stadt dem Übel auf den Grund kommen. Rommel kündigte an, daß für Sofortmaßnahmen 500 000 Mark bereitgestellt würden. Zudem appellierte er an die Bürger, mit chemischen Reinigungsmitteln künftig sorgsamer umzugehen und diese nicht einfach wegzuschütten.

Zwei Mitpatienten getötet

dpa, **Mönchengladbach**

Ein 23jähriger Patient des Landeskrankenhauses Süchteln hat gestanden, in den vergangenen Jahren zwei Mitpatienten in Süchteln und Essen getötet zu haben. Die Polizei fand die beiden Skelette der Opfer jetzt in einem Wäldchen und auf einer Schutthalde. Der Täter, der seit Jahren in Heimen untergebracht war, hatte begrenzten Ausgang.

Tödliches Spiel

dpa, **Köln**

Der Tod von zwei jungen Frauen und zwei Kindern, deren Leichen Feuerwehrleute am Montag in einer teilweise verkohlten Kölner Wohnung gefunden haben, scheint aufgeklärt. Die beiden 21 und 23 Jahre alten Schwestern und zwei Jungen im Alter von drei und fünf Jahren sind offenbar durch das Spiel der Kinder mit einem Feuerzeug ums Leben gekommen.

Whisky begraben

dpa, **Kuwait**

Rund 30 000 Flaschen Whisky sowie Tausende von Bierbüchsen sind mit Baggern irgendwo in der Wüste von Kuwait vergraben worden. In dem Emirat gilt ein striktes Alkoholverbot. Der Wert des *konfiszierten Alkohols* betrug rund 14 Millionen Mark.

Blitz traf „Tornado"

dpa, **Wittmund**

Nach einem Blitzschlag ist Montag abend über dem ostfriesischen Landkreis Wittmund ein „Tornado" der britischen Luftwaffe in einen Wald gestürzt. Die beiden Besatzungsmitglieder konnten sich mit ihren Schleudersitzen retten.

„Shergar ist tot"

SAD, **London**

Genau ein Jahr nach dem teuersten Pferdediebstahl der Welt soll feststehen: Shergar, der irische „Wunderhengst", ist ein Opfer der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) geworden. IRA-Terroristen sollen das Rennpferd wenige Tage nach der Entführung getötet haben. Den Beweis dafür wollen die Shergar-Eigentümer jetzt mit einer elfseitigen Dokumentation antreten, um „alle weiteren Spekulationen zu beenden".

Streik dauert an

dpa, **Rom**

Die mehr als 200 000 italienischen Lkw-Unternehmen haben gestern ihren bis Samstag ausgerufenen Streik fortgesetzt. Der Grenzverkehr der Lastkraftwagen zwischen Italien und dem Ausland blieb dadurch wie am Montag lahmgelegt.

LEUTE HEUTE

Nixon kann kommen

Der frühere US-Präsident **Richard Nixon** hat eine Wahl gewonnen und kann wieder nach New York ziehen: Die 13 Appartement- und zwei Ladenbesitzer eines Hauses an der Park Avenue entschieden jetzt in einer mit Spannung erwarteten Abstimmung, daß sich Nixon ein freistehendes 12-Zimmer-Appartement in ihrem Haus für umgerechnet fünf Millionen Mark kaufen darf. Der Hauptwiderstand gegen Nixon kam von Multimillionär **Jacob Kaplan** (93), der die Miteigentümer vergeblich vor den Ruhestörungen warnte, die seiner Meinung nach die *Nixons mit ihren Bewachern ins* Haus bringen.

Gemälde verteilt

Die vom italienischen Staat konfiszierte Gemälde-Sammlung der Schauspielerin **Sophia Loren** und ihres Mannes **Carlo Ponti** soll auf mehrere Galerien des Landes verteilt werden und dort vorerst bleiben. Eine entsprechende Verfügung hat Kultusminister **Antonio Gullotti** erlassen. Die 230 Stücke umfassende Sammlung war im März 1977 vom Zoll beschlagnahmt worden, als das Ehepaar Ponti sie angeblich außer Landes schmuggeln wollte. Ihr Wert wird auf umgerechnet fast zehn Millionen Mark geschätzt.

Don Camillo heute

Terence Hill (46) alias Mario Girotti hat die vor 32 Jahren mit Fernandel in der Titelrolle gedrehte Filmkomödie Don Camillo und Peppone modernisiert. In den römischen Filmstudios dreht er derzeit eine zeitgemäße Fassung der Guareschi-Komödie und spielt selbst den Don Camillo. Sein Gegenspieler, der kommunistische Bürgermeister Peppone, wird von dem Iren **Colin Blakely** dargestellt. Hill als moderner Priester fährt in Jeans und Motorrad, springt mit einem Fallschirm ab, ist begeistert von moderner Tanzmusik und wagt sich auf Rollschuhe.

Ehrung für Cousteau

Der französische Tiefseeforscher **Jacques-Yves Cousteau** (73) ist gestern in Paris für seine Verdienste um die Umwelt mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Bundespräsident **Karl Carstens** würdigte damit, daß Cousteau das weltweite ökologische Bewußtsein in einer Zeit gestärkt habe, in der die Menschen durch Nachlässigkeit ihre Umwelt zu zerstören drohten. Der deutsche Botschafter in Paris, **Franz Joachim Schoeller**, sagte bei der Verleihung, die Steigerung des Umweltbewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland sei ein wichtiger Beitrag zum deutsch-französischen Kulturaustausch.

Katerstimmung bei den Versicherungen

WOLFGANG WILL, **Houston**

Der Verlust von zwei teuren, hochversicherten Nachrichten-Satelliten sorgt bei verschiedenen Versicherungsunternehmen für Kopfschmerzen. Sie werden nun hohe Summen auszahlen müssen – für relativ niedrige Prämien.

Der Gesamtwert des Kommunikationssatelliten „Westar" wird etwa auf 75 Millionen Dollar veranschlagt. Er war jedoch von Western Union mit 105 Millionen Dollar versichert worden. Die Prämie dafür betrug lediglich 5,5 Millionen Dollar, weil der Start von Satelliten von der Versicherungsindustrie als verhältnismäßig risikolos angesehen wurde. Für „Palapa" gibt es keine genauen Angaben, doch dürften sie mit denen von „Westar" identisch sein.

„Da gibt es offenkundig ein Mißverhältnis, eine nicht länger tragbare Diskrepanz", erklärte am Start-Kap dazu ein Vertreter einer Versicherungsgesellschaft: Er erklärte, daß die Prämien für Satelliten-Versicherungen bald schon „drastisch erhöht werden müssen". Der Kommunikationskonzern Western Union hatte auf einer Versicherungssumme von mehr als 100 Millionen Dollar für „Westar" bestanden, um Baukosten, Startkosten sowie Einnahme-Verlust voll gedeckt zu haben. Zwei Hauptversicherer hatten einen entsprechenden Vertrag mit Western Union abgeschlossen: Alexander und Alexander Services New York und Sedgwick London, und beide hatten Versicherungsanteile an andere Versicherer, darunter auch Lloyds London, abgetreten. (SAD)

Der erste Mensch schwebte frei im All

Nach einer Serie von Pannen freuten sich Astronauten über einen „tollen Schritt"

A. BÄRWOLF, **Hamburg**

Als erster Mensch ist der amerikanische Seeoffizier Bruce McCandless gestern mit der kosmischen Geschwindigkeit von 28 000 Stundenkilometer als eigenständiger Satellit im Freiflug um die Erdkugel gezogen. Nach den vorausgegangenen Pannen mit dem Totalverlust von zwei Satelliten, die aus der Ladeluke des US-Raumflugzeuges „Challenger" abgesetzt worden waren, hatte die fünfköpfige Besatzung des Raumtransporters das historische Experiment *unter größter nervlicher Belastung* begonnen. Doch Kapitän McCandless, der 15 Jahre lang an dem Manövriergerät gearbeitet hatte, trat um 14.28 selbstbewußt seinen Flug zwischen den Sternen an. In Anspielung auf seinen Kollegen Armstrong, der als erster Mensch den Mond betreten hatte, sagte der Astronaut: „Für Neil mag es ein kleiner Schritt gewesen sein, für mich ist das ein toller Schritt."

Als McCandless sich entschlossen hatte, über den östlichen USA kurz vor Sonnenaufgang die schützende Ladeluke von „Challenger" zu verlassen, zeigte das Raumflugzeug mit dem Heck zur Erde. Eingehüllt in seinen Raumanzug, mit dem er in das roboterähnliche Manövriergerät integriert worden war, schwebte er behutsam vorwärts in Flugrichtung aus dem offenen Schlund des Muttersatelliten heraus, damit er die geöffneten Lukenklappen mit ihren scharfen Kanten gut sehen konnte. Dabei betätigte er mit der linken Hand die Steuersensoren auf dem linken Arm des Manövriergerätes. Die Elektronik erfaßte den Steuerbefehl, und aus vier der 24 Gasdüsen des „Rucksacks" strömte Stickstoff und versetzte McCandless eine Bewegung in entgegengesetzte Richtung.

Dann hatte er den Muttersatelliten verlassen und entfernte sich von ihm mit einer relativen Geschwindigkeit von zwei bis drei Stundenkilometer. Mit Befehlen der rechten Hand stabilisierte sich McCandless und drehte sich dabei um, damit er das Raum*flugzeug immer im* Auge hatte.

„Da liegt das Cape", rief er begeistert. Um 14.29 Uhr sah er Key West und war dann über Kuba. Um 14.31 meldete er: „Ich bin jetzt 25 Meter von euch entfernt." Jedesmal, wenn er einen Steuerbefehl gab, leuchtete in seinem Helm ein Lichtsignal einer Faseroptik auf. Das hieß: die Düsen haben Gas ausgeströmt. Mit welcher Geschwindigkeit er sich von seinen Kameraden entfernte, wußte er nicht, weil dafür kein Anzeigegerät vorgesehen ist.

Kommandant Vance Brand richtete unterdessen sein Bordradar auf den ersten „menschlichen Mond" der Erde. Brand wollte so die Entfernung zu McCandless messen. Doch das klappte nicht. „Ich kann dich mit Radar nicht erfassen", rief er über Funk. „Du reflektierst nicht genug."

Wären alle Steuersysteme des „Rucksacks" ausgefallen, hätte Brand + Challenger immer noch an seinen gestrandeten Kameraden heranfliegen können. *Bob Stewart hätte* McCandless in diesem Fall greifen und in die offene Ladeluke hineinziehen können.

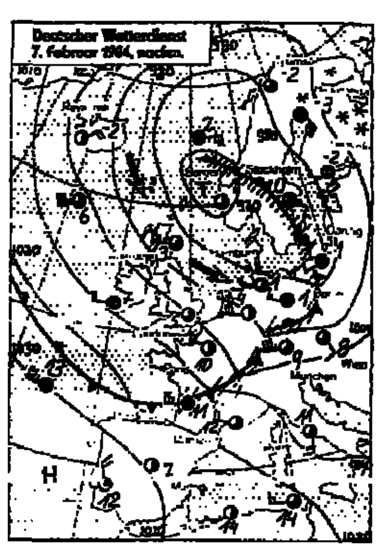
Da McCandless kein elektronisches Gerät bei sich hatte, das ihm die Entfernung zum Raumschiff anzeigte, hatte er sich auf der Erde einen Meßstab anfertigen lassen, auf dem kalibrierte Einheiten markiert waren. „Ich bin jetzt ungefähr 50 Meter von euch entfernt", meldete er. „Dreh lieber um", kam es aus Texas zurück. Er hielt den Stab in Richtung Raumschiff und konnte sozusagen über den *Daumen bei der wechselnden* Größe des Raumflugzeugs seine Entfernung schätzen. Bei etwa 50 Meter Abstand vom Raumschiff drehte er um und flog zurück. Beim zweiten Freiflug entfernte sich McCandless einhundert Meter von „Challenger". Danach stand Stewart ein ähnliches Programm bevor.

Obgleich die Stickstofftanks in den Manövriergeräten bis zu vier Stunden Energie bieten, tankten die Astronauten jedes Mal bei Erreichen von „Challenger" wieder Treibstoff auf.

Das rund fünfstündige aufsehenerregende Außenbordmanöver, das in der Geschichte der Raumfahrt ohne Beispiel ist, hatte um 13.15 Uhr deutscher Zeit begonnen, als McCandless und Stewart über Afrika den Druckausgleich *hergestellt* hatten und in die Ladeluke hinaustraten. Dann schnallten sie sich die Manövriergeräte um und flogen zur Probe in der *Ladeluke* umher.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: In der vom Atlantik nach Mitteleuropa gerichteten Nordweströmung überquert ein Tiefausläufer Deutschland nach Südosten.



Vorhersage für Mittwoch:

Ganz Deutschland und Raum Berlin: Östlich der Weser wechselnd wolkig mit Schnee-, Regen- und Graupelschauern. Westlich der Weser Bewölkungsverdichtung von Nordwesten her und nachfolgend Niederschläge, in Lagen oberhalb 400 Meter als Schnee. Tagestemperaturen zwischen plus 2 Grad im Nordosten und plus 6 Grad im Südwesten. Tiefstwerte um 0 Grad, örtlich Straßenglätte. Mäßiger bis frischer und zum Teil böiger Wind aus West.

Weitere Aussichten:

Am Donnerstag nachlassende Schauertätigkeit, Temperaturen wenig verändert.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	1°	Kairo	18°
Bonn	3°	Kopenh.	2°
Dresden	4°	Las Palmas	19°
Essen	4°	London	5°
Frankfurt	5°	Madrid	7°
Hamburg	1°	Mailand	0°
List/Sylt	3°	Mallorca	16°
München	9°	Moskau	–10°
Stuttgart	4°	Nizza	16°
Algier	14°	Oslo	–2°
Amsterdam	5°	Paris	10°
Athen	12°	Prag	1°
Barcelona	15°	Rom	11°
Brüssel	5°	Stockholm	0°
Budapest	2°	Tel Aviv	16°
Bukarest	5°	Tunis	14°
Helsinki	–2°	Wien	8°
Istanbul	8°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 7.48 Uhr, Untergang: 17.25 Uhr, **Mondaufgang:** 10.41 Uhr, Untergang: 0.20 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Verbotenes Gift bleibt noch Jahre im Frühstück

Wegen des Verdachts der Krebserzeugung darf Pflanzenschutzmittel EDB in den USA von sofort an nicht mehr verwendet werden

A. v. KRUSENSTIERN, **New York**

Der traditionelle amerikanische Geburtstagskuchen ist vergiftet. Gift ist auch in den Getreideflocken, die morgens auf Millionen von amerikanischen Frühstückstischen stehen. Wer immer in den USA Kuchen oder Getreideflocken ißt, kann dem Gift nicht entgehen; denn die Umweltschutzbehörde der amerikanischen Regierung hat zwar die Verwendung des Pflanzenschutzmittels Ethylen-Dibromid (EDB) verboten, das nachweislich bei Versuchstieren Krebs hervorruft, aber Getreideerzeugnisse, die EDB enthalten, werden nicht generell aus dem Handel gezogen. Es wird ein bis zwei Jahre dauern, bis sie aufgebraucht sind.

EDB ist so allgegenwärtig, daß die Amerikaner verhungern müßten, wenn alle Lebensmittel, in denen EDB nachweisbar ist, vernichtet würden. Vierzig Prozent des in den USA eingelagerten Weizens und 16 Prozent des eingelagerten Maises wurden vor dem Verbot mit EDB behandelt, um das Getreide gegen Insektenfraß zu schützen.

Daß EDB bei Versuchstieren Krebs *hervorruft, ist seit Jahren bekannt*, aber den EDB-Spuren in Getreideerzeugnissen schenkte niemand viel Beachtung. Alarm wurde erst geschlagen, als Wissenschaftler vor etwa einem halben Jahr hohe EDB-Konzentrationen im Grundwasser von Obstplantagen in Florida, Texas, Kalifornien, Arizona und Hawaii entdeckten. Diese Entdeckung führte schließlich in der vorigen Woche zu *einem generellen* EDB-Verbot.

So wurden Getreide und Obst vor Insekten geschützt

EDB wurde bisher in der amerikanischen Landwirtschaft auf drei verschiedene Weisen verwendet. In Obstplantagen tränkte man den Boden direkt, um die Wurzeln der Bäume vor Würmern zu schützen. Dazu wurde das Obst damit bespritzt, um Insekten wie der Fruchtfliege beizukommen. Und schließlich wurde eingelagertes Getreide mit EDB-Dämpfen behandelt, um es vor Insekten zu schützen.

Nur etwa zwanzig Prozent des in den USA auf den Markt kommenden EDB wurde bisher für landwirtschaftliche Zwecke verwendet. Etwa 80 Prozent fand als Benzin-Additiv Verwendung, da EDB auch die Ablagerung von Blei in Automotoren verhindert.

Gleichzeitig mit dem Verbot gab die Umweltschutzbehörde zulässige Höchstmengen von EDB in Getreide und Lebensmitteln bekannt. Die Regierungen der einzelnen Staaten der USA wurden ermächtigt, Lebensmittel, die mehr als die zulässige Höchstmenge EDB enthalten, aus dem Handel zu ziehen. Mehrere Staaten, vor allem Florida und Kalifornien, haben davon bereits Gebrauch gemacht und den Verkauf mehrerer Getreideprodukte mit sofortiger Wirkung verboten. In Kalifornien darf darüber hinaus keine Baby-Fertignahrung mehr verkauft werden, die auch nur die geringste Spur von EDB enthält.

Es besteht kein Anlaß, den Notstand auszurufen

William Ruckelshaus, Chef der Umweltschutzbehörde, betonte bei der Verkündung des EDB-Verbots, daß die Lebensmittel mit nachweisbaren EDB-Spuren, die noch in den Regalen stehen, keinerlei Anlaß böten, einen „Notstand" auszurufen. Nach den bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen stellten diese geringen Spuren keine Bedrohung dar, und die Regierung habe daher keinen Anlaß zu drastischen Maßnahmen. Sie wolle aber im Laufe der nächsten Jahre erreichen, daß EDB vollständig aus allen Lebensmitteln verschwinde, da die Chemikalie möglicherweise langfristig eine Gefahr darstelle. (SAD)

Anzeige



ZU GUTER LETZT

„Er fand bei Herbert Wehner Verständnis und Halt, was ihn später nicht hinderte, Willy Brandt aufrichtig zu verehren." Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Horst Ehmke über den Altkommunisten und späteren Brandt-Berater Leo Bauer